

lambdanachrichten



Petra & Sandy

In Dänemark verheiratet
– in Österreich „Fremde“

EU-Charta

Was sie uns bringt

Bei den drei Weisen

Menschenrechte eingefordert



VON GUDRUN HAUER

Hört die Signale

Die „Sanktionen“ der EU-14, die außer bestimmten PolitikerInnen und einigen DiplomatenInnen ohnehin keine und keiner bemerkt oder gar gespürt hat, sind seit kurzem aufgehoben. Jetzt endlich lichten sich auch für alle, die zuvor gerade nicht genau hinschauen wollten, die künstlichen Nebel vor der Politik der beiden Regierungsparteien ÖVP und FPÖ.

Das von ihnen angeschlagene Tempo bei ihren geplanten Maßnahmen in der Sozial- wie in der Gesellschaftspolitik ist ein sehr schnelles. Im Vierundzwanzig-Stunden-Takt prasseln neue Ankündigungen diverser Vorhaben auf die ob des vorgebliehen „Reform“-Tempos staunenden, begeisterten, betroffenen, verängstigten, wütenden BewohnerInnen dieses Landes nieder. Glauben die involvierten PolitikerInnen, nicht mehr genügend Zeit für die von ihnen ständig propagierte „Wende“ zu haben? Versuchen sie daher in aller Eile, möglichst schnell auf bestimmten, für konservative oder rechtspopulistische IdeologInnen wichtigen Politikfeldern ihre ideologische sowie praktisch-politische Markierung zu hinterlassen? Als Folge weht immer häufiger ein intensiver Gestank durch das Land – der Gestank nach Ausgrenzung und nach Entsolidarisierung, der Gestank nach Kontrolle und Entmündigung, der Gestank nach Zensur und Denunzierung, der Gestank nach Begünstigung der Reichen und SteuernutznießerInnen, der Gestank nach Armutverschärfung und Hinauswurf aus immer löchriger werdenden sozialen Netzen.

Doch alle, die glauben, dieser politische Wahnsinn habe keine Methode, hinter diversen Maßnahmen verberge sich keinerlei politisches Konzept, er sei somit höchst

willkürlich und zufällig, die liegen falsch, irren sich gründlich. Hier gilt es nur die eigentliche Aussage bestimmter Floskeln herauszuschälen! Verschlangung des Staates und der öffentlichen Verwaltung, Sparen vor allem bei den Sozialausgaben und auch bei Subventionen, Anpeilen des sogenannten Null-Defizit-Budgets bedeuten im Klartext die Transformierung des Staates in einen nach privatwirtschaftlichen Gewinnkriterien funktionierenden Betrieb. *Lean management* nennt sich diese Methode in der Sprache der im Banne der Globalisierung und der *new economy* stehenden ManagerInnen diverser multinationaler Konzerne, die Dividenden durch Minimierung der Personalkosten maximieren, MitarbeiterInnen „freisetzen“ durch Entlassungen, also Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren. Doch wie kann der „Konzern Staat“ seine scheinbaren Verluste transferieren? Indem er sie rücksichtslos abwälzt auf diejenigen, die ohnehin schon die Kosten tragen und die sich natürlich keinen neuen Betrieb Staat suchen können. (Warum eigentlich nicht?) Und Menschen, die ums tägliche Überleben kämpfen müssen, haben meist keine Energien mehr für Politik.

Förderung der Familien, lautet ein weiteres Pseudo-Zauberwort. Bestrafung vor allem der Frauen, die nicht Mütter sein wollen, bedeutet dies im Klartext. Wie sonst ließe sich etwa eine Maßnahme wie die Streichung der Mitversicherung erklären? Von existenzsichernder Grundsicherung für alle hier lebenden Menschen sind wir ohnehin weit entfernt.

Einführung von Studiengebühren nennt sich der neueste Streich, mit dem Wissen-

schaftsministerin Elisabeth Gehrler gezielt vorführt, daß PolitikerInnen offensichtlich nicht geglaubt werden darf. Sehr „treffsicher“, denn StudentInnen genießen hierzulande noch immer keinen guten Ruf und gelten als aufmüppig, revolutionär, kritisch – wenn auch vielfach zu Unrecht. Sich leerende Hörsäle und Seminar- und Laborräume bedeuten im Klartext weniger Ausgaben für Lehrende, weniger Computer, kleineren Platzbedarf und natürlich auch weniger Intellektuelle, weniger KritikerInnen von Gesellschaft, Politik und Ökonomie und auch weniger Frauen, die dank besserer (Aus)Bildung über ihr Leben bestimmen wollen.

Doch ein Bereich der Gesellschaftspolitik bleibt von Veränderungen unbeeinflusst – der des Abbaus von Lesben- und Schwulendiskriminierung und somit der Beförderung zumindest von Gleichstellung. Hier dominieren immer noch uralte Vorurteile und Ideologien; hier erweist sich die Zweite Republik nach wie vor als ein Entwicklungsland. Geht es hier nicht auch um ein ganz bestimmtes altes und vertrautes Vorurteil – das von Lesben und Schwulen als StaatsfeindInnen oder zumindest von unzuverlässigen und nicht gerade willfähigen BürgerInnen?

Ein heißer Herbst steht vor der Tür, orakeln diverse Politauguren. Machen wir ihn noch wärmer! Wir leben hier und heute und nicht erst in hundert Jahren! Machen wir alle diese Republik unregierbar – überall wo wir sind! Auf der Straße, in den Wahlzellen, in den Universitäten, an unseren Arbeitsplätzen! Es reicht! Wir sind viele! Wir haben die Schnauze voll! Widerstand!

Steck' Wien in die Tasche!

Österreichs Magazin für alles andere was zum schwulen Leben gehört!

Jeden Monat neu, mit allen Terminen, allen Adressen und einem Stadtplan.

Gratis in allen Szenelokalen erhältlich!

Und Österreich gleich mit dazu...



mit
Stadtplan,
with
city Map



COVERFOTO: CHRISTIAN HÖGL

editorial

Erscheinungstermine 2001

Für das kommende Jahr haben wir folgende Erscheinungstermine ins Auge gefaßt: 9. Jänner, 10. April, 10. Juli und 9. Oktober. Wie immer ohne Gewähr!

impresum

22. Jahrgang, 4. Nummer

Laufende Nummer 85

Erscheinungsdatum: 17. 10. 2000

Herausgeberin, Medieninhaberin

Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien – 1. Lesben- und Schwulenverband Österreichs

Mitgliedsorganisation der International Lesbian and Gay Association (ILGA), des European Council of AIDS Service Organisations (EuroCASO), des International Lesbian Information Service (ILIS) und der International Lesbian and Gay Youth Organisation (IGLYO)

Chefredaktion

Mag. Kurt Krickler

Redaktion

Britta Stroj
Ing. Christian Högl
Dr. Gudrun Hauer
Tamara Reitprecht
Waltraud Riegler

Artdirektion,

Layout & Produktion
Christian Högl
Friedrich Nußbaumer

Anzeigenakquisition

Alfred Guggenheim
Christian Högl
Kurt Krickler

Druck

Melzer Druck Ges.m.b.H.,
Vogtgasse 29, 1140 Wien

Redaktions- und Erscheinungsort

HOSI Wien, Novarag. 40, 1020
Wien, Tel./Fax (01) 216 66 04
lambda@hosiwien.at
www.hosiwien.at

Konto

CA 0023-57978/00, BLZ 11.000

LeserInnenbriefe, Material und Beiträge für die Zeitung sowie Bestellungen dieser und früherer Ausgaben der LN an obige Adresse. Abonnement-Preis für vier Ausgaben: S 240,-/€ 17,44. Nachdruck nur mit Quellenangabe und gegen Belegexemplar erwünscht!

Erscheinungstermin der nächsten Nummer: 9. Jänner 2001
Redaktionsschluß: 15. 12. 2000

inhalt



6 besuch bei den drei weisen



50 schwule und lesben in der us-armee

59 der „erste schwule“ der weltgeschichte

special

- IV Der mißverständene Bischof
- V Der schwule Robinson
- VI Taxi Orange: Sympathien für Robert
- VI Aus lesbischer Sicht
- VII Gloria & Marlene
- X USA: Präsidentenwahlen 2000
- XI Audiophil
- XI Aus dem Hohen Haus
- XII Politik, Theater, Widerstand und Donnerstagsdemos
- XIII 20 Jahre HOSI Salzburg
- XIV Sport News



- 3 Gudruns Leidartikel
Hört die Signale
- 4 Impressum
- 5 HOSI intern
- 5 LAMBDA-Echo

österreich

- 6 Besuch bei den drei Weisen
Weisheit oder Feigheit?
- 14 Kurts Kommentar
Haiders willige Vollstrecker
- 15 Richter übt Kritik an Paragraph 209
- 16 Coverstory
Zurück in die Steinzeit
- 21 Gastkommentar Andreas Laun
Kirche und Homosexualität
- 22 Österreich aktuell
- 26 Aus der Bewegung
- 27 Interview zum Summermeeting Y2K

international

- 29 Europarat: Österreich muß endlich handeln
- 30 Die Charta der Grundrechte der EU
- 35 Zuagroast – Briefe aus Brüssel
Wer die Wahl hat...
- 36 EU: Richtlinie und Aktionsprogramm vor Verabschiedung
- 38 Gewalt, nein danke!
- 40 Deutschland: „Das Homo-Ehe-Gesetz ist ein heterosexuelles Gesetz“
- 43 Anmerkungen zur „Homo-Ehe“
- 45 Nicaragua: Stürmische Zeiten
- 47 Bolivien: „Gesellschaftliche Kämpfe sind nicht aus der Mode“
- 50 Lesben und Schwule in der US-Armee
- 53 Aus aller Welt
- 56 ILGA-Europa tagte in Bukarest
- 58 IGLYO-Lesbentreffen in Berlin

feuilleton

- 59 Der erste Schwule der Weltgeschichte
- 64 Malta twelve points!
- 66 Girl from Ipanema
- 68 Erlesenes
- 70 Kleinanzeigen

hosi intern

PosiHives Café schließt die Pforten

Schon längere Zeit und nicht zuletzt auch beim Fest anlässlich seines 7. Geburtstags am 19. Juni (vgl. LN 3/00, S. 26) hat sich abgezeichnet, daß das posiHIVE Café in der HOSI Wien irgendwie ein Auslaufmodell geworden ist. Natürlich ist es schade, daß dieses Projekt eingestellt wurde – allein schon wegen der Personen, die jahrelang ihre Energie und Kraft ins Café investiert haben, und darunter sind ja einige liebe Freunde gewesen, die nicht mehr unter uns sind und deren Andenken mit dem Café verbunden sind, wie Bernhard Durst, Arthur Prikryl und Karl Hoffmann, aber andererseits ist es auch als positives Zeichen zu werten, daß sich eine Einrichtung wie das Café überlebt hat. HIV-positive und an AIDS erkrankte Menschen haben heute dank der verbesserten Therapien die Chance, wieder das relativ normale Leben chronisch Kranker führen zu können. Die Isolation und Ausgrenzung, die sie vor fünfzehn, zehn oder vielleicht auch noch vor fünf Jahren zu spüren bekamen, ist heute Gott sei Dank nicht mehr so ausgeprägt. Das Bedürfnis, in geschütztem Rahmen Gleichbetroffene zu finden, sich mit

ihnen dort auszutauschen, ist bestimmt nicht mehr so stark vorhanden wie früher. Generell ist ja zu bemerken, auch bei anderen Initiativen im HIV/AIDS-Bereich, daß der Thematik schon länger weniger Aufmerksamkeit und Bedeutung beigegeben wird.

Das posiHIVE Café hat sicherlich in all den Jahren eine ganz wichtige Funktion erfüllt. Bleibt uns nur, uns bei jenen zu bedanken, die in all den sieben Jahren mitgeholfen haben, das Café zu führen, insbesondere bei Gottfried Gruber und Martin de Caracas, die in den letzten Jahren wohl die Hauptarbeit dabei geleistet haben, und die verstorbenen „Cafétiers“ in lieber Erinnerung zu behalten.

Förderung

Die HOSI Wien hat auch dieses Jahr eine Förderung von der Gemeinde Wien, Magistratsabteilung 13, erhalten – und zwar in der Höhe von S 30.000,- für unsere laufenden Aktivitäten.

**JUGEND
BILDUNG**

lambdaecho

Paradenbericht (LN special 3/00)

Lieber Christian!
Vielen herzlichen Dank für Dein liebes Eigenschaftswort zu meinen Texten, die ich nämlich selbst oft unerträglich finde. Und gratuliere zum schönen Heft und Eurer enormen Arbeit!
HERMES PHETTBERG, WIEN

Untergruppen haben entweder diese Frage noch nicht erörtert, oder es wurde bis jetzt entschieden, nur Männer aufzunehmen.

DR. HORST SCHALK (OBMANN),
WIEN

Lob

Ich beziehe Euer Magazin seit vielen Jahren im Abonnement (Anm. d. Red.: seit der Nr. 1/82!). Die LAMBDA-Nachrichten sind in meinen Augen das vom Anspruch und vom Niveau her intellektuell führende Gay-Magazin im deutschen Sprachraum. Ein dickes Kompliment an die BlattmacherInnen. Glückwunsch zu den ersten 20 Jahren und viel Kraft und langen Atem für die Zukunft.
HANNES, WIEN

HOMED – Präzisierung (LN 3/00)

HOMED – Homosexuelle im Gesundheitsbereich hat folgende „Unterorganisationen“: für homosexuelle Ärzte und Ärztinnen, für Medizinstudenten, für Psychotherapeuten und für Diplompfleger. Nur bei den Ärzten sind zur Zeit auch Frauen im Verein. Alle anderen

Besuch bei den drei Weisen

Ein Erfolg für die Zivilgesellschaft – und die HOSI Wien

VON KURT KRICKLER

Wie in den letzten LN angekündigt (vgl. S. 15 f), hat sich die HOSI Wien um einen Gesprächstermin mit den drei Weisen Martti Ahtisaari, Jochen Frowein und Marcelino Oreja bemüht. Mit Erfolg. Die drei Weisen hatten bekanntlich den Auftrag und das Mandat der 14 EU-Partnerländer Österreichs, auf der Grundlage einer eingehenden Untersuchung einen Bericht vorzulegen über 1. das Eintreten der österreichischen Regierung für die gemeinsamen europäischen Werte, insbesondere hinsichtlich der Rechte von Minderheiten, Flüchtlingen und Einwanderern; 2. die Entwicklung der politischen Natur der FPÖ.

Ende Juli statteten sie Österreich einen dreitägigen Besuch ab, um u. a. VertreterInnen der Regierung, der Opposition und von Religionsgemeinschaften zu treffen. Grünen-Chef Alexander van der Bellen lud am 28. Juli interessierte VertreterInnen nichtstaatlicher Organisationen zu einem Gespräch ein und gab ihnen die Gelegenheit, ihn und Ulrike

Lunacek über ihre Anliegen zu briefen. Außerdem erklärte er sich bereit, als Briefträger zu fungieren und den Weisen Unterlagen der NGOs zu übergeben. Der Autor dieser Zeilen nahm für die HOSI Wien an diesem Gespräch teil (DER STANDARD vom 31. 7. berichtete). Wir hatten Briefe an die drei Weisen vorbereitet, in denen wir sie um einen Gesprächstermin ersuchten. Außerdem legten wir die von uns erstellte Faktenzusammenstellung über die Chronologie der Nicht-Abschaffung des § 209 durch FPÖVP und der Aufrufe internationaler Gremien und Organe an Österreich, diese menschenrechtswidrige Bestimmung zu beseitigen, bei (vgl. auch die Presseaussendung im Kasten auf S. 8; die Faktenzusammenstellung ist auf dem Website der HOSI nachzulesen, www.hosi-wien.at). Außerdem legten wir eine Kopie eines Artikels aus der französischen Tageszeitung *Le Monde* bei, die am 19. Juli in ihren ausführlichen Beiträgen über Österreich auch über den menschenrechtswidrigen § 209 berichtete.

Van der Bellen und Lunacek trafen am 29. Juli mit den drei Weisen zusammen, dabei wurde der menschenrechtswidrige Paragraph 209 angesprochen. Die drei Weisen reisten am 30. Juli aus Wien ab, ohne jedoch mit NGO-VertreterInnen gesprochen zu haben. Weitere Besuche in Wien seien nicht geplant, hieß es. Jene nicht zu anhören, die an vorderster Front mit den Auswirkungen der politischen Natur der FPÖ und den von FPÖVP zu verantwortenden Menschenrechtsverletzungen konfrontiert sind – das geht wohl nicht. Das wollten sich die NGOs auf keinen Fall gefallen lassen.

Eugene Sensenig-Dabbous von *GenderLink* in Salzburg ergriff die Initiative und alarmierte über den europäischen Dachverband *ESAN* (*European Social Action Network*), in dem *GenderLink* Mitglied ist, die Plattform europäischer Sozial-NGOs in Brüssel. Diese Plattform ist ein Zusammenschluß von derzeit 30 europäischen Netzwerken und Dachverbänden, die im Sozialbereich tätig sind. Die ILGA-Europa ist seit März 1998 ebenfalls Mitglied.

Weitere österreichische Mitgliedsorganisationen der Plattform-Mitglieder wurden kontaktiert und mobilisiert. Am 3. August schrieb schließlich der Vorsitzende der Plattform, Giampiero Alhadeff, an Staats- und EU-Ratspräsident Jacques Chirac und beklagte den unerklärlichen Umstand, daß die drei Weisen mit keinen NGO-VertreterInnen gesprochen hatten. Ohne eine Anhörung der NGOs könne der Weisenbericht nicht glaubwürdig werden. Kopien des Briefes ergingen auch an die drei Weisen. Der Deutsche Jochen Frowein lenkte dann auch sofort ein und schlug in einer E-Mail an die Plattform am 9. August eine fünfstündige Anhörung von NGO-VertreterInnen in Heidelberg vor. Die Plattform wurde ersucht, diese Anhörung mit ihren österreichischen Mitgliedern zu arrangieren. Außerdem teilte er mit, man habe die Möglichkeit, mit österreichischen NGOs in Kontakt zu treten, ohnehin diskutiert, aber die Schwierigkeit der Weisen sei es gewesen, über die NGO-Struktur in Österreich nicht Bescheid gewußt zu haben. Das war natürlich eine faule Ausre-

de, denn es hätte ja gereicht, jene NGOs zu treffen, die über von der Bellen oder direkt den Wunsch bekundet hatten, mit den drei Weisen zusammenzutreffen.

Obwohl aus dieser zeitlichen Abfolge klar ist, daß Chirac wohl gar keine Gelegenheit hatte, auf die drei Weisen einzuwirken (weiß man doch, daß im August ganz Frankreich auf Urlaub ist, und muß man wohl vermuten, daß der Präsident nicht innert Tagen auf NGO-Briefe reagiert), bevor diese von sich aus einlenkten, wurde später in den Medien – insbesondere im *FORMAT* – das anti-französische Ressentiment bedient und Chirac die Schuld zugeschoben, daß die NGOs diese Gelegenheit bekamen, Österreich zu „vernadern“.

Die HOSI Wien hatte sicherheitshalber am 6. August eine E-Mail an Ahtisaaris Sekretär geschickt, um nachzufragen, ob ihr durch van der Bellen überreichter Brief auch beachtet worden sei. Wir wiesen auf das Schreiben der Plattform an Chirac hin und betonten, Mitglied der ILGA-Europa, einer der Plattform-Verbände, zu sein. Matti Kalliokoski schrieb am 7. 8. prompt zurück und bestätigte den Empfang unseres Briefes, ebenso, daß viele NGOs um einen Termin gebeten hatten (!). Er meinte, es wäre nützlich, den drei Weisen einen Vorschlag zu unterbreiten, wer die legitimierten GesprächspartnerInnen seien und welche Art von für das Mandat der Weisen relevanten Materialien sie übergeben könnten.

NGOs formieren sich

Eugene Sensenig-Dabbous übernahm schließlich die Koordination und praktische Vorbereitung der Plattform-Delegation in Absprache mit dem Plattform-Sekretariat in Brüssel. Da sich herausstellte, daß auch etliche NGOs Interesse an einem Treffen mit den Weisen hatten, die nicht einem der

Plattform-Dachverbände angeschlossen sind, organisierte Max Koch von *SOS Mitmensch* eine zweite NGO-Delegation. Diese und die Plattform-Delegation teilten sich dann die fünf Stunden Zeit für die Anhörung. Die Plattform erklärte sich bereit, pro Mitgliedsverband einer Person die Reise- und Aufenthaltskosten zu bezahlen. Es war naheliegend, daß der Autor dieser Zeilen als Vertreter der HOSI Wien mit dem ILGA-Europa-Ticket nach Heidelberg fuhr. Da Plattform-Präsident Alhadeff dann nicht selber zur Anhörung fahren sollte, beauftragte er mich, auch die Plattform bei der Anhörung zu vertreten – ich war der einzige in der Plattform-Delegation, der an den Sitzungen des Leitungsgremiums der Plattform regelmäßig teilnimmt, nämlich als Vertreter der ILGA-Europa.

Im Laufe der konkreten Vorbereitungen stellte sich dann heraus, daß die drei Weisen ihr Mandat sehr eng auslegten, das „insbesondere“ hinsichtlich der

und Lesben und Schwule. Froweins Sekretär Christian Walter gab Eugene unmißverständlich zu verstehen, daß Frauen-, Behinderten-, SeniorInnen- und Lesben- und SchwulenvertreterInnen erst gar nicht anreisen bräuchten, weil die drei Weisen deren Anliegen nicht anhören würden, da sie nicht in ihr Mandat fielen. Dies parierten wir allerdings mit dem Hinweis, daß die Probleme in all diesen Bereichen natürlich auch Flüchtlinge und EinwandererInnen (GastarbeiterInnen) betreffen.

Ich telefonierte auch persönlich mit Herrn Walter und erklärte ihm, daß die Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen sehr wohl unter das Mandat der drei Weisen fielen. Was Lesben und Schwule angehe, habe ja ohnehin alles auch mit der „politischen Natur der FPÖ“ zu tun. ILGA-Europa emailte an Ahtisaari und faxte an Oreja ein Schreiben und forderte sie auf, unbedingt auch einen Homosexuellenvertreter anzu-

und der Xenophobie. Die politische Natur der FPÖ sei der beste Beweis dafür. In ihren Kampagnen seien das Schaffen von Sündenböcken und die Ausgrenzung bestimmter Gruppentypische Elemente, und dies beschränke sich nicht nur auf AusländerInnen, sondern betreffe eben auch Homosexuelle. Schließlich setzte die Plattform-Delegation durch, daß Behinderten-, SeniorInnen- und Lesben- und SchwulenvertreterInnen angehört wurden. Diese Re-Fokussierung unseres Vorbringens führte dann dazu, daß in das 22seitige von der HOSI Wien zusammengestellte Dossier auch ein Kapitel über die homophoben Angriffe der FPÖ aufgenommen wurde. Das war eigentlich gar nicht geplant gewesen, weil für uns § 209 und die nicht erfolgte Wiedergutmachung für die homosexuellen NS-Opfer die Hauptanliegen waren (siehe auch Presseaussendung vom 27. August im Kasten auf S. 8). Das Dossier wurde dann am Morgen der Anhörung sofort



Die VertreterInnen der in der Plattform europäischer Sozial-NGOs organisierter Gruppen beim Treffen mit den drei Weisen in Heidelberg (Kurt Krickler zweiter von links, teilweise verdeckt)

Rechte von Minderheiten, Flüchtlingen und Einwanderern war plötzlich zu einem „ausschließlich“ geworden, mit Minderheiten waren nur die autochthonen Volksgruppen gemeint, nicht jedoch andere ethnische Minderheiten – und schon gar nicht soziale Minderheiten, wie z. B. Behinderte

hören. Die Definition von Minderheiten dürfe nicht auf Volksgruppen beschränkt werden, sondern müsse auch soziale Minderheiten miteinschließen, wolle man alle Aspekte der politischen Natur der FPÖ berücksichtigen, hieß es in dem Brief. Sexismus und Homophobie seien Geschwister des Rassismus

auf den Website der HOSI gestellt und kann als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

Medienhype

Obwohl die drei Weisen die Plattform gebeten hatten, von der NGO-Anhörung nicht viel

Presseaussendung der HOSI Wien vom 28. 7. 2000

HOSI Wien weist auf Menschenrechtsverletzungen hin

Die Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien wird heute dem Weisenrat ein Schreiben übermitteln und darin auf die schwerwiegende und anhaltende Menschenrechtsverletzung durch die Aufrechterhaltung und Anwendung des § 209 StGB hinweisen. „Wir ersuchen in unserem Brief auch um einen Termin mit den drei Weisen, um ihnen in einem persönlichen Gespräch die Situation von Homosexuellen in Österreich und die fortwährenden Menschenrechtsverstöße näher zu erläutern“, erklärt HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler.

Massives Menschenrechtsproblem

„Laut Europäischer Menschenrechtskommission und laut UNO-Ausschuß für Menschenrechte stellt ein höheres Mindestalter für homo- als für heterosexuelle Handlungen eine Verletzung der Menschenrechtskonventionen dar“, ergänzt HOSI-Wien-Obmann Christian Högl. „Das Europa-Parlament hat Österreich bereits fünfmal aufgefordert, § 209 aufzuheben, und zweimal, alle deswegen inhaftierten Personen unverzüglich freizulassen. Und die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Nicole Fontaine, hat erklärt, daß Österreich durch diese anhaltende und schwerwiegende Menschenrechtsverletzung auch gegen den EU-Vertrag verstößt.“

„Eigentlich“, so Riegler, „wäre ein Verfahren nach Artikel 7 EU-Vertrag gegen Österreich fällig. Ein solches einzuleiten ist in der jetzigen Situation den EU-14 aber wohl zu heikel. Wir gehen aber davon aus, daß die Aufhebung des § 209 eine Voraussetzung für die Aufhebung der Maßnahmen gegen die österreichische Bundesregierung sein wird.“

massenmediales Aufhebens zu machen, wurde sie von den Medien doch ziemlich prominent gecovert, speziell im Vorfeld, was sicherlich am Sommerloch lag und dem Umstand, daß Max Koch schon 18 Tage vor dem Termin bereits den Startschuß gab. Am 11. August gab er im *Abendjournal* auf Ö1 be-

kannt, daß es zu einer NGO-Anhörung kommen würde, und nannte unter den Teilnehmern auch die HOSI Wien. Am 12. 8. berichteten die *ZiB 3*, das *Ö1-Mittagsjournal* und der *KURIER*, am 13. 8. die *Neue Kronenzeitung*, wobei jedesmal die HOSI Wien erwähnt wurde. Dies sollte dann auch in den nächsten Wochen so bleiben: Die Teilnahme der HOSI Wien wurde in den Wochenmagazinen (*NEWS* # 33, 34; *FORMAT* # 34 und 35, wo – wie im *STANDARD* vom 29. 8. – die Liste der NGO-VertreterInnen veröffentlicht wurde; *Falter* # 34, der fünf der Heidelberg-Reisenden, darunter den Autor dieser Zeilen, im voraus befragte, was sie den Weisen erzählen werden; *Die ganze Woche* # 35) ebenso wie in den meisten Tageszeitungen erwähnt, besonders ausführlich im *KURIER* vom 28. 8. Christian Högl gab dem Kurzwelldienst Radio Österreich International am 25. 7. und FM4-Radio am 28. 7. Interviews. Am 4. 9. wurden Max Koch und ich zu *Headline-Talk* auf ATV eingeladen, um über den NGO-Besuch bei den drei Weisen zu diskutieren.

Die österreichischen Medien, auch die seriöseren, hatten ziemliche Schwierigkeiten damit bzw. konnten es schlecht in ihr Weltbild einordnen, daß plötzlich VertreterInnen der Zivilgesellschaft politisch dermaßen aufgewertet wurden. Was auf EU-Ebene in Brüssel gang und gäbe ist – nämlich der sogenannte zivile Dialog mit den NGOs –, ist halt in Österreich noch ein Novum, an das man sich erst gewöhnen wird müssen. Sofort wußten manche Medien auch von Streitereien innerhalb der NGOs darüber, wer fahren darf und wer nicht, zu berichten – dabei gab es gar keine. Die meistgestellte JournalistInnenfrage war denn auch: Wer bezahlt euch die Reise? Als ob sich nicht auch eine kleine NGO eine Bahnfahrt 2. Klasse

Presseaussendung der HOSI Wien vom 27. 8. 2000 (gekürzt)

Vertreter der HOSI Wien wird mit den drei Weisen zusammentreffen

Die Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien hat ihr Dossier, das sie den Weisen präsentieren wird, bereits zusammengestellt und wird es am Dienstagvormittag auf ihren Website (www.hosiwien.at) stellen.

Wiedergutmachung für die homosexuellen NS-Opfer

„Im wesentlichen wird die HOSI Wien drei Punkte vorbringen“, erklärt HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler: „zum ersten die nicht erfolgte Wiedergutmachung für die lesbischen und schwulen Opfer des Nationalsozialismus. Die Regierung setzt sich damit über ihre eigene, berühmte Präambel zum Koalitionsprogramm hinweg. Wir fordern in diesem Zusammenhang die Berücksichtigung der wegen ihrer sexuellen Orientierung Verfolgten des Nazi-Regimes im Opferfürsorgegesetz. Ein entsprechender Gesetzesantrag scheiterte zuletzt im Juni 1995 an der Ablehnung von ÖVP und FPÖ.“

Freilassung und Entschädigung aller 209er-Opfer

„Zum zweiten“, ergänzt HOSI-Wien-Obmann Christian Högl, „wird die HOSI Wien natürlich den menschenrechtswidrigen Paragraphen 209 StGB zur Sprache bringen. Laut Europäischer Menschenrechtskommission und laut UNO-Ausschuß für Menschenrechte stellt ein höheres Mindestalter für homo- als für heterosexuelle Handlungen eine Verletzung der Menschenrechtskonventionen dar. In der vergangenen Legislaturperiode, in der ÖVP und FPÖ ja ebenfalls über eine Mehrheit im Nationalrat verfügten, haben die jetzigen beiden Regierungsparteien eine Aufhebung dieses menschenrechtswidrigen Paragraphen bei zwei Abstimmungen verhindert. Wir fordern die sofortige Abschaffung des § 209, die sofortige Freilassung aller derzeit deswegen inhaftierten Personen und eine Entschädigung für alle, die seit Einführung dieser Bestimmung aufgrund dieser verurteilt und ins Gefängnis gesperrt worden sind. In den fast dreißig Jahren dieses Justiz-Unrechts sind immerhin rund 1.000 Menschen deswegen verurteilt worden – in vielen Fällen wurde ihr ganzes Leben dadurch verpfuscht.“

Homophobe Hetze

„Zum dritten wird die HOSI Wien auch zur Beleuchtung des Wesens der FPÖ beitragen“, meint Waltraud Riegler weiter. „Rassismus und Xenophobie haben ja Geschwister: Sexismus und Homophobie. An der FPÖ kann dieser Zusammenhang am anschaulichsten demonstriert werden. Es gehört zur politischen Natur der FPÖ, Sündenböcke zu schaffen und bestimmte Gruppen auszugrenzen. Dabei hat sich die FPÖ indes nicht auf AusländerInnen, ImmigrantInnen und AsylwerberInnen – oder sog. SozialschmarotzerInnen – beschränkt. FPÖ-PolitikerInnen haben auch gegen Lesben und Schwule gehetzt. Das Muster ist dabei immer dasselbe: Man appelliert an die niedrigsten Instinkte der Menschen statt an ihre Solidarität. Wir haben die ärgsten Ausfälle gegen Lesben und Schwule zusammengestellt und dokumentiert.“

Österreich hätte nie in die EU aufgenommen werden dürfen

„Der Bericht der Weisen wäre eine Chance, Österreichs Menschenrechtsstandards endlich auf europäisches Niveau zu bringen“, erklärt Kurt Krickler. „Österreich hätte mit seinen menschenrechtswidrigen Gesetzen gegen Lesben und Schwule eigentlich gar nie in die EU aufgenommen werden dürfen. Beim Beitritt 1995 bestanden ja zudem noch das Vereins- und das Informationsverbot für Lesben und Schwule (§§ 221 und 220), durch die auch die Grundrechte auf Vereins-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit massiv verletzt wurden. Obwohl die EU bereits 1993 ihre sogenannten Kopenhagener Beitrittskriterien verabschiedete, wurden sie auf Österreich leider nicht angewendet. Sie werden jedoch für die neuen Beitrittskandidaten gelten. Das EU-Parlament hat bereits bei zwei Gelegenheiten alle Beitrittsländer aufgefordert, alle strafrechtlichen Sonderbestimmungen gegen Homosexuelle aufzuheben, und festgehalten, einem Beitritt eines Landes, das dieser Aufforderung nicht nachkommt, nicht zustimmen zu wollen. Es wäre absurd und unglaubwürdig, wenn Österreich den § 209 beibehalten kann, während etwa Ungarn, das eine ähnliche homosexuellendiskriminierende Mindestaltersbestimmung wie Österreich hat, vor einem Beitritt diese aufheben muß.“

nach Heidelberg leisten könnte! An den Inhalten waren jedenfalls die wenigsten interessiert. Besonders peinlich Joachim Riedls Glosse *Schlußpunkt* im *FORMAT* # 35 vom 28. 8. Kostprobe: *Es ist allerdings bemerkenswert würdelos, wie sich diese Kummertruppe in das diplomatische Spiel hineinreklamiert hat. Nicht sich Gehör zu verschaffen ist ihr angelegen, sondern sich mit eitriger Aufdringlichkeit in den Vordergrund zu rempeln. (...) Jetzt marschier die Krähwinkler Widerstandskompanie zum letzten Gefecht.* Soviel Ignoranz schrie nach einem Leserbrief (siehe Kasten rechts).

Fühlt sich Jörg Haider von der HOSI nicht vertreten?

Auch ein Politiker hatte Probleme damit, daß die HOSI Wien von den drei Weisen angehört wurde: Martin Strutz, FP-Klubobmann im Kärntner Landtag, kritisierte in einer Aussendung am 23. August: *Wenn für linke Vorfeldorganisationen und Homosexuellen-Initiativen eine Einladung erfolgt, gebietet es der diplomatische Anstand, diese Einladung auch für den Landeshauptmann von Kärnten, um den es ja letztendlich auch geht, auszusprechen.* Dabei kann ich versichern, daß ich natürlich auch die schwulen Anliegen Jörg Haiders mitvertreten habe. Oder habe ich da jetzt etwas mißverstanden? Staberl schloß sich jedenfalls Strutzens Ansicht an und widmete uns am 31. August in der *Neuen Kronenzeitung* sogar seine Spaltenüberschrift: *Die HOSI darf, der Haider nicht.* Ja, so geht's!

Bei den drei Weisen

Am 26. August trafen sich die Mitglieder der Plattform-Delegation noch zu einem Vorbereitungstreffen in Linz. Am 28. August setzte sich schließlich

die „Denunziantenprozession“ (© Andreas Unterberger in der *Presse* vom 30. 8.) in Richtung Heidelberg in Bewegung. Die 13 Mitglieder der Plattform-Delegation waren am nächsten Tag pünktlich um 8 Uhr im Universitätsinstitut Jochen Froweins zur Stelle. Wir wurden von den drei Weisen in ein Sitzungszimmer gebeten. Ich sprach als erster, als Vertreter der Plattform, bedankte mich in deren Namen dafür, daß dieses Zusammentreffen möglich wurde, und stellte die Plattform kurz vor. Danach berichteten die TeilnehmerInnen in verschiedenen Themenbereichen über die Folgen der Regierungspolitik – viel Kritik richtete sich auch gegen Dinge, die die früheren Regierungen zu verantworten haben, speziell was die Diskriminierung von AusländerInnen betrifft. Ich kam noch zweimal zu Wort, einmal beim Thema „ungebrochene Nachwirkungen der Nazizeit“, bei dem ich die nie erfolgte Wiedergutmachung für die lesbischen und schwulen Opfer des Nationalsozialismus zur Sprache brachte, und einmal zum Thema „Menschenrechtsverletzungen“, bei dem es um den § 209 ging. Ich berichtete auch über die beiden jüngsten, ungläublichen Fälle des Michael Wodicka und des August Sulzer, die auch im Dossier geschildert werden (vgl. *Österreich aktuell* auf S. 22). Bei letzterem Fall handelt es sich um einen Justiz- und Psychiatriemißbrauch, der nur mehr mit einem sowjetischen Gulag zu vergleichen ist – was ich auch den Weisen so sagte.

Nach meinen Ausführungen zum § 209 fragte Frowein nach (es war dies eine der ganz wenigen Nachfragen durch die drei Weisen überhaupt), was das nun alles mit der Arbeit der jetzigen Regierung seit dem 4. Februar 2000 und mit Minderheiten und AusländerInnen zu tun habe, was mir Gelegenheit gab, den Ausländer-Aspekt auszu-

führen, daß nämlich z. B. einem in Österreich lebenden Türken, der (noch) keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, nach einer Verurteilung aufgrund des menschenrechtswidrigen § 209 sogar die Abschiebung drohen könnte.

Nach genau zweieinhalb Stunden waren wir mit unseren Ausführungen fertig. Die drei Weisen hatten uns brav zugehört, gaben aber keine Stellungnahme ab, ob sie einzelne von uns vorgebrachte Punkte in den Bericht aufnehmen würden. Zum Abschluß stellten wir uns noch für ein Gruppenfoto auf und überließen dann das Feld den VertreterInnen von *SOS Mitmensch* & Co. Um 13 Uhr war die NGO-Anhörung dann beendet. Kurz danach tauchte Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer auf, um ebenfalls noch mit den Weisen zu reden. Sie stahl den NGOs natürlich die Show bei den Medien.

Nach der Anhörung sprach ich noch mit etlichen der zahlreich anwesenden JournalistInnen aus Österreich, auch mit Eva Linsinger, die am nächsten Tag im *STANDARD* völlig aus der Luft gegriffen schrieb: *Allgemeines Problemabladen, von der Verweigerung der Gemeindevohnung bis zum Homosexuellenparagrafen, tolerierten die Weisen nicht. Dafür war auch ihr Programm zu dicht.* Dabei habe ich mindestens fünf Minuten über den § 209 geredet! *Antenne Wien* gab ich ein telefonisches Interview. Die HOSI Wien schickte sofort nach Ende der Anhörung eine Presseaussendung aus, in der ich mich noch optimistisch äußerte – sollten die drei Weisen ihren Auftrag ernst nehmen, konnten sie unmöglich alles, was die NGOs an Informationen und Materialien übergeben hatten, einfach vom Tisch wischen: *Ich kann mir nicht vorstellen, daß die drei Weisen eine eklatante und erwiesene Menschenrechtsverletzung wie den § 209 in*

Leserbrief an *FORMAT*, gekürzt abgedruckt in # 37 vom 11. 9.

Es zeugt wirklich von hinterwälderschem Banausentum, wenn Joachim Riedl sich über die Anhörung von NGO-VertreterInnen durch die drei Weisen lustig macht. Denn einen solchen Weisenbericht erstellen zu wollen, ohne VertreterInnen der Zivilgesellschaft anzuhören, ist nicht nur völlig abwegig, sondern entspricht längst nicht mehr gängiger EU-Praxis. Der sogenannte „zivile Dialog“ mit NGOs – als Ergänzung zum politischen (mit den Parteien) und zum sozialen (mit den Sozialpartnern) – hat sich in Brüssel längst etabliert und wurde auch in den Schlußfolgerungen des EU-Gipfels in Helsinki letzten Dezember anerkannt, obwohl seine Verankerung in den EU-Verträgen, eine Forderung der Plattform europäischer Sozial-NGOs, auf deren Initiative das Treffen in Heidelberg zurückgeht, noch aussteht. Die Plattform und ihre Mitgliedsverbände werden jedenfalls seit langem zu allen wichtigen Fragen sowohl von der EU-Kommission als auch vom EU-Parlament regelmäßig konsultiert. Daher war es nicht nur naheliegend, sondern auch eine grundsätzliche Frage, im Rahmen der Erstellung des Weisenberichts über Österreich auf eine Anhörung von NGOs zu bestehen. Wenn also jemand im Krähwinkel sitzt – und europäische Entwicklungen völlig verschläft –, dann ist es Herr Riedl.

ihrem Bericht ignorieren können. Damit würden sie ihre Aufgabe und ihren Bericht ja völlig zur Farce machen. Allerdings trauten wir der Sache schon damals nicht und meinten weiter: *Sollte der Bericht der Weisen aber von Anfang an als bloße Alibiübung zur Ausstiegshilfe für die EU-14 angelegt gewesen sein oder die Erwähnung wesentlicher Menschenrechtsverletzungen fehlen, dann werden sich die NGOs, speziell auf europäischer Ebene, wohl überlegen müssen, dazu einen Alternativ-Bericht zu erstellen.* Dazu sollte es aber dann nicht mehr kommen, da die Maßnahmen gegen die österreichische Regierung ja bereits vier Tage nach Veröffentlichung des Weisenberichts aufgehoben wurden (siehe folgenden Artikel).

Weisheit oder Feigheit?

Gehören Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen zu den gemeinsamen europäischen Werten?

VON KURT KRICKLER

Nach der NGO-Anhörung bei den drei Weisen (siehe voriger Artikel) blieb die Skepsis, ob sie die Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen überhaupt in ihrem Bericht berücksichtigen würden. Die HOSI Wien schickte daher vorsichtshalber am 5. September Briefe an den französischen EU-Ratsvorsitz (und zwar an Staatspräsident Jacques Chirac, Premierminister Lionel Jospin, Außenminister Hubert Védrine und Europa-Staatssekretär Pierre Moscovici) sowie an die kommende schwedische Ratspräsidentschaft (Premierminister Göran Persson und Außenministerin Anna Lindh) und drückte darin ihre Besorgnis aus, die drei Weisen könnten ihr Mandat sehr eng auslegen und die Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen völlig ignorieren. Wir legten unser 22seitiges Dossier bei und appellierten an die Emp-

fängerInnen, die Aufhebung des § 209 StGB zur Bedingung für die Aufhebung der Maßnahmen gegen die österreichische Regierung zu machen.

Offensichtlich bestand zwischen den EU-14 und den Weisen ein Mißverständnis über das Mandat (siehe auch Kasten auf S. 12). Uns hatte jedenfalls das Büro Persson auf unser Schreiben vom Mai (vgl. LN 3/00, S. 8 ff) im August mitgeteilt, die schwedische Regierung unterstütze die Aufforderungen des Europäischen Parlaments, § 209 abzuschaffen: *Schweden wird weiterhin in relevanten Zusammenhängen derartige Diskriminierungen aufgreifen und gegen sie protestieren.* Da jedoch die Menschenrechtssituation in Österreich zurzeit ohnehin von den drei Weisen untersucht werde, wolle Schweden deren Bericht abwarten, bevor dazu Stellung bezogen werde. Das ist ein klarer Hinweis darauf, daß

die schwedische Regierung in der Tat von den drei Weisen erwartete, auch die Lage der Menschenrechte von Lesben und Schwulen zu überprüfen. Ähnliches war auch der Antwort des niederländischen Außenministeriums auf den Brief der HOSI vom Mai zu entnehmen. Ansonsten gab es im übrigen keine Reaktionen auf unseren zweiten Brief an alle Premier- und AußenministerInnen der EU-14 – nur der Premier- und der Außenminister Irlands bestätigten lapidar den Erhalt des Briefes.

Keinen Tag zu früh gingen diese sechs Briefe hinaus, denn bereits am 8. September 2000 übergaben die drei Weisen im Pariser Elysée-Palast ihren Bericht an Chirac. Durch eine gezielte Indiskretion wurde die spanische Fassung des Berichts den Medien zugespielt, ab Mittag konnte man sie auch im Internet im vollen Wortlaut nachlesen. Unsere Befürchtungen be-

wahrheiteten sich: Die drei Weisen haben die Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen in ihrem Bericht völlig ignoriert – auch sonst wurde nichts darin aufgenommen, was die 23 NGO-VertreterInnen in Heidelberg vorgebracht hatten. Die HOSI Wien schickte noch am selben Nachmittag eine Presseausendung aus, in der sie ihre Enttäuschung zum Ausdruck brachte (siehe Kasten auf S. 12). Diese Erklärung ließen wir auch den drei Weisen zukommen.

Letzte Anstrengungen

In einer letzten Anstrengung schickte die HOSI Wien am 12. September noch E-Mails an Persson und Lindh sowie an das finnische Außenministerium und die finnische Staatspräsidentin Tarja Halonen, um sie aufzufordern, der Aufhebung der Maßnahmen nur unter der Bedingung der Aufhebung des § 209 zuzu-

stimmen. Aber die Zeit war zu knapp, einige Länder drängten auf rasche Aufhebung der Maßnahmen, besonders die dänische Regierung, denn sie wollte ihr Euro-Referendum am 28. September retten – dabei war aber ohnehin klar, daß die DänInnen sowieso gegen den Euro stimmen würden.

Daher kontaktierte die HOSI Wien am 10. September noch die dänische Nachrichtenagentur *Ritzaus Bureau*, die am nächsten Tag ein Interview dem Autor dieser Zeilen veröffentlichte. Ich appellierte noch einmal an die dänische Regierung: *Wenn Dänemark die Maßnahmen nach all dem, was in dieser Angelegenheit passiert ist, aufhebt, dann billigt Dänemark die Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen offiziell und gibt der Regierung in Wien grünes Licht, sie fortzusetzen.* Außerdem kritisierte ich den Weisenbericht heftig. Die Tageszeitung *Jyllands-posten* griff die Aussendung auf und berichtete am 12. 9. (siehe auch Kasten auf S. 13).

Auch ausländische Schwesterorganisationen unterstützten die HOSI-Wien-Aktionen. *Lesbian & Gay Pride Île-de-France* schrieb im Juli ebenfalls an Außenminister Védrine. Im Endspurt der Aufhebung schickte die HOSI Wien an ihre FreundInnen in Schweden, Finnland, Irland und Frankreich Presseausendungen zur Weiterverteilung an die jeweils nationalen Medien. Darin forderten wir die jeweilige Regierung auf, die Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen nicht durch Aufhebung der Maßnahmen zu sanktionieren und sich damit zur Komplizin von FPÖVP zu machen, die sich dadurch nur bestärkt fühlen würde, ihre Menschenrechtsverletzungen fortzusetzen. Auch direkt faxten und emailten wir die Presseausendungen an Medien in Finnland und Irland.

Doch all das nutzte nichts mehr. Am Abend des 12. September, gegen 19 Uhr, gab die französische Ratspräsidentschaft bekannt, daß die Maßnahmen gegen die öster-



Die drei Weisen: Jochen Frowein, Martti Ahtisaari und Marcelino Oreja (v. l. n. r.)

reichische Bundesregierung aufgehoben seien.

Nachwehen

Der Weisenbericht war keine große Überraschung. Daß die neue Regierung in den sieben Monaten ihrer Existenz keine neuen, zusätzlichen massiven Menschenrechtsverletzungen begangen hat, war allen klar – zu sehr stand sie unter internationaler Beobachtung, als daß sie sich solche leisten hätte können. Und wenn es solche gegeben hätte, dann wäre das sofort festgestellt worden. Der erste Punkt des Mandats der drei Weisen war also völlig überflüssig. Und selbst jene Mißstände, die dennoch kritisiert werden, wie etwa der Umstand, daß medienrechtliche Ehrenbeleidigungsverfahren nicht vor den OGH bzw. den Verfassungsgerichtshof gebracht werden können, datieren ja ebenfalls aus der Zeit vor dem 4. Februar 2000.

Der zweite Punkt – die politische Natur der FPÖ – fiel hingegen, wie nicht anders zu erwarten war, ziemlich katastrophal für die FPÖ und damit auch für deren Koalitionspartnerin aus. Doch auch diese Kritik perlte von FPÖVP ab.

Mit Hilfe der gleichgeschalteten bürgerlichen Medien und des Regierungsrundfunks ORF wurde der keineswegs schmeichelhafte Bericht in einen Sieg und Triumph der Regierungsparteien uminterpretiert. Daher können wir nur allen empfehlen, selber den Bericht aufmerksam zu lesen. Daß Österreich darin ein gutes Zeugnis für die Flüchtlings- und Minderheitenpolitik der vergangenen Jahrzehnte ausgestellt wird, überrascht ebenfalls nicht, hat jedoch überhaupt nichts mit der FPÖVP-Politik der letzten Monate zu tun. Der Regierung gelang es aber in ihrer skrupellosen Demagogie, der die österreichischen Medien offenbar nicht das geringste entgegenzusetzen wissen, dieses gute Zeugnis über historische Leistungen als Lob für die jetzige Regierung darzustellen. Chuzpe kann man da nur sagen!

Das fiel aber niemandem mehr auf. Monatlang hatten Regierung und Medien getrommelt, bei den Menschenrechten mustergültig zu sein (vgl. LN 3/00, S. 15 f). Nach dieser Gehirnwäsche glauben wohl jetzt alle Österreicher daran. Noch am Tag vor dem Gespräch mit den drei Weisen behauptete Bundeskanzler Wolfgang Schüssel: *Wir haben bei den Menschenrechten*



Aus schwul-lesbischer Sicht schwer enttäuschender Bericht der Weisen, die ihr Mandat unverständlich eng auslegten.

Presseaussendung der HOSI Wien vom 8. 9. 2000

HOSI Wien über Weisenbericht enttäuscht

Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen nicht im Widerspruch zu den „gemeinsamen europäischen Werten“?

„Wir sind ziemlich enttäuscht“, erklärt HOSI-Wien-Generalsekretär Kurt Krickler nach Lektüre der heute im Internet veröffentlichten spanischen Fassung des Berichts der drei Weisen. „Es ist unverständlich, warum die drei Weisen ihr Mandat krampfhaft so eng ausgelegt haben – aber vielleicht wollten sie ja auch gar keine Verletzung europäischer Werte finden.“

Das Mandat der Weisen sah vor, die Beachtung der Menschenrechte durch die österreichische Bundesregierung, insbesondere in bezug auf die Rechte von Minderheiten, Flüchtlingen und Einwanderern zu überprüfen. „Das Wort ‚insbesondere/vor allem‘ (en particulier) als ‚ausschließlich‘ aufzufassen, wie es die drei Weisen getan haben, ist äußerst willkürlich“, meint Krickler weiter, „ebenso die Beschränkung des Begriffs ‚Minderheiten‘ auf ethnische bzw. nationale Minderheiten (‚Volksgruppen‘), wodurch soziale Minderheiten, wie Lesben und Schwule natürlich ausgeschlossen werden.“

Merkwürdige Selbstbeschränkung der Weisenuntersuchung

„Diese merkwürdige Selbstbeschränkung“, ergänzt HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler, „ist auch deshalb so unverständlich, als die Weisen selber bei der Aufzählung all jener Standards, an denen die gemeinsamen europäischen Werte zu messen sind, ausdrücklich auch Artikel 14 EMRK und Artikel 13 EG-Vertrag anführen (Randnummern 7 und 8 des Weisenberichts), die beide die Nichtdiskriminierung eben auch aufgrund der sexuellen Orientierung zum Inhalt haben und vorsehen.“

„Genauso widersprüchlich ist auch das Ignorieren der nicht erfolgten Wiedergutmachung für die lesbischen und schwulen Opfer des Nationalsozialismus im Weisenbericht“, meint Obmann Christian Högl: „Zwar zitieren die Weisen drei entsprechende Absätze aus der Präambel zum Koalitionsprogramm über die Vergangenheitsbewältigung (Randnummer 52), ignorieren aber völlig, daß es sich in Hinblick auf die homosexuellen NS-Opfer um reine Lippenbekenntnisse handelt. Daß dann auch kein Wort zur homophoben Hetze der FPÖ im Abschnitt über das Wesen dieser Partei steht, verwundert dann eigentlich nicht mehr.“

EU-14 letzte Hoffnung

„Die HOSI Wien setzt jetzt noch eine letzte Hoffnung in die EU-14, die Beendigung der Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen zur Bedingung für die Aufhebung der Maßnahmen zu machen“, erklärt Krickler weiter. „Wir haben der französischen Präsidentschaft und der kommenden schwedischen (Chirac, Jospin, Védrine, Moscovici, Persson und Lindh) jedenfalls diese Woche unser 22seitiges Dossier, das ich am 29. August den drei Weisen auch persönlich überreicht habe, übermittelt. Gerade aus dem bisherigen Schriftverkehr mit dem Büro Persson haben wir den Eindruck gewonnen, daß hier offenbar ein Mißverständnis über das Mandat der drei Weisen vorliegt. Für die schwedische Regierung umfaßt das Mandat offenkundig alle Menschenrechtsverletzungen, nicht nur gegenüber Minderheiten, Flüchtlingen und ImmigrantInnen.“

Ohrfolge für Haiders willige Vollstrecker in der Justiz

Trotz unserer massiven grundsätzlichen Kritik über die oben dargelegte Beschränkung der Überprüfung begrüßt die HOSI Wien die Aussagen über den Justizminister, dessen Rücktritt wohl damit fällig ist, und Haiders willige Vollstrecker in der Justiz. Die Feststellung der drei Weisen in Ziffer 99 ihres Berichts kann wohl nur als dringende Aufforderung an Medienrichter Ernest Maurer verstanden werden, sich einer umfassenden Nachschulung in Sachen Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Judikatur des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu unterziehen.

und beim Minderheitenschutz den höchsten Standard in Europa. (Die Presse vom 28. 7.) Dem widersprach zwar eben dort am nächsten Tag die grüne Nationalratsabgeordnete Ulrike Lunacek unter Hinweis auf § 209, aber was können einige Stimmen schon ausrichten gegen eine erdrückende Übermacht ignoranter JournalistInnen, denen jegliches Bewußtsein für die Unteilbarkeit der Menschenrechte fehlt?

Das von *Ritzaus Bureau* verbreitete Interview mit dem Autor dieser Zeilen wurde am 15. September von der dänischen Tageszeitung *Politiken* aufgegriffen. Das linksliberale Blatt hatte einige Experten gebeten, den Weisenbericht zu analysieren. Und deren Einschätzung fiel eher niederschmetternd aus. Instinktsicher stießen sie auf das massive rechtsstaatliche Problem, daß gegen Urteile in den Ehrenbeleidigungsverfahren, die von der FPÖ gegen politische GegnerInnen angestrengt werden, nicht beim OGH oder Verfassungsgerichtshof Berufung eingelegt werden kann. Näheres darüber in der Presseaussendung der HOSI Wien vom 16. September, die im Kasten auf S. 13 abgedruckt ist.

Rechtliche Probleme

Das sind aber nicht die einzigen rechtlichen Probleme, die in diesem Zusammenhang zu bearbeiten sein werden. Die Kritik der drei Weisen an Österreichs Justiz ist an und für sich unübersehbar, aber Österreichs feige PolitikerInnen haben ausnahmslos abgewiegt – Justizschelte ist nicht opportun, die Justiz in Österreich ist sakrosankt, kein/e PolitikerIn traut sich, an ihr Kritik zu üben (siehe auch *Kurts Kommentar* auf S. 14). Nur der vernichtend kritisierte Justizminister Dieter Böhmendorfer kam unter Beschuß der Opposition und wurde mit Rücktrittsaufforderungen überschüttet – auch von der HOSI Wien (siehe Presseaussendung im Kasten links). Obwohl es an der Kritik der Weisen nichts zu rütteln gab, mauerte die Regie-

rung. Der untragbare Justizminister durfte bleiben. Ein weiterer Sündenfall der ÖVP, den man hoffentlich nie vergessen wird.

Die Maßnahmen und ihre Aufhebung haben überdies deutlich gezeigt, daß auch die EU bei der Durchsetzung ihrer gemeinsamen europäischen Werte, wie sie im Artikel 6 EU-Vertrag festgeschrieben sind, in der Praxis noch erhebliche rechtliche Probleme hat. Zwar sieht Artikel 7 EU-Vertrag ein Verfahren vor, wie festgestellt werden kann, daß in einem Mitgliedsstaat eine „schwerwiegende und anhaltende Verletzung“ der im Artikel 6 genannten Werte und Grundsätze vorliegt, und daß in einem solchen Fall bestimmte Rechte des betreffenden Staates ausgesetzt werden können, aber dieser Artikel ist viel zu schwerfällig, als daß er jemals praktische Anwendung finden könnte. Daher wurden im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die österreichische Regierung Stimmen laut – auch in Österreich –, diesen Artikel so abzuändern, daß er praktikabel wird. Jetzt, da die Maßnahmen aufgehoben sind, ist es um eine solche Änderung wieder ruhig geworden. Doch die EU-Kommission plant, demnächst einen Vorschlag zur Novellierung des Artikels 7 EUV vorzulegen. Federführend bei der Ausarbeitung dieses Vorschlags ist Kommissionsmitglied Michel Barnier. Die nächste Gelegenheit zur Vertragsänderung bietet die momentan laufende Regierungskonferenz, die mit dem EU-Gipfel im Dezember in Nizza abgeschlossen werden soll und bei dem die Verträge ja geändert werden sollen.

Außenministerin Benita Ferrero-Waldner schlug auch die Schaffung einer EU-Menschenrechtsagentur und die Installation eines EU-Menschenrechtskommissars vor. Diesen Vorschlag begrüßte die HOSI Wien in einer Presseaussendung am 18. September ausdrücklich (siehe Kasten S. 13 rechts). Der Vorschlag von Ferrero-Waldner ist indes keineswegs neu. Bereits die Schlußfolgerungen des Europäischen Rats von Köln

Presseaussendung der HOSI Wien vom 16. 9. 2000

Weisenbericht wäre als Jus-Diplomarbeit durchgefallen

Dänische Experten zerpfücken Weisenbericht

Die drei Weisen wären mit ihrem Bericht durchgefallen, hätten sie ihn als Diplomarbeit für den Magisterabschluß in Rechtswissenschaften eingereicht – so der Tenor dänischer Experten, die von der Tageszeitung *Politiken* um eine Analyse des Weisenberichts gebeten wurden. „Bei uns hätte ein Diplomand nicht einfach nur über die Gesetzgebung drauflos plaudern und an der Oberfläche kratzen können, ohne tiefer zu gehen und die Wirklichkeit zu beschreiben“, meinte etwa Jens Vedsted Hansen, Professor für Menschenrechte an der Universität Århus. Nachzulesen gestern in der Internet-Ausgabe von *Politiken* unter <http://politiken.dk/125074>

„Während Jus-Diplomarbeiten im besten Fall am Dachboden wohlmeinender Eltern oder im Keller der Universitäten Staub ansammeln, wurde der Weisenbericht allerdings als objektive Analyse der Situation in Österreich lanciert und als Grundlage für die Aufhebung der Sanktionen der 14 EU-Staaten verwendet. Nur die größte österreichische Lesben- und Schwulenorganisationen hat aufgeschrien und die EU-14 zur Fortsetzung der Maßnahmen aufgerufen. ‚Die drei Weisen haben eindeutige Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen völlig ignoriert‘, erklärt der Obmann des Verbandes HOSI. Jens Vedsted Hansen teilt die Ansicht, daß sich die drei Weisen nicht für die österreichische Wirklichkeit interessiert haben.“ – schreibt *Politiken* weiter.

Fast ein Skandal

Hansen weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Beschreibung der FPÖ-Angewohnheit hin, politische Gegner mit Klagen einzudecken. Die Weisen schreiben, daß in den Verfahren der Oberste Gerichtshof oder der Verfassungsgerichtshof nicht angerufen werden können. Die FPÖ kann daher auf diese Art die politische Debatte obstruieren und die Meinungsfreiheit knebeln. „Das schlimmste ist, daß die drei Weisen faktisch ein massives Problem aufdecken, es dann aber vorziehen, wegzuschauen. Das kommt einem echten Skandal nahe, da sie damit indirekt Verstöße gutheißen, die sie faktisch selber enthüllt haben“, sagt Jens Vedsted Hansen. Hansen meint weiter, die drei Weisen hätten eine „oberflächliche Arbeit mit klarer politischer Hauptzielsetzung“ geliefert.

Bevor die Sanktionen am Dienstag aufgehoben wurden, hatte HOSI-Wien-Generalsekretär Kurt Krickler der dänischen Nachrichtenagentur *Ritzaus Bureau* ein Interview gegeben und dabei dafür plädiert, die Sanktionen nicht aufzuheben, solange nicht § 209 StGB abgeschafft ist: „Wenn Dänemark die Maßnahmen nach all dem, was in dieser Angelegenheit passiert ist, aufhebt, dann billigt Dänemark die Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen offiziell und gibt der Regierung in Wien grünes Licht, sie fortzusetzen.“ Krickler beschuldige die drei Weisen, bewußt ernste Menschenrechtsprobleme ignoriert zu haben, hieß es in der Meldung von *Ritzaus Bureau* weiter: „Die drei Weisen wollten gar keine Probleme finden und haben eindeutige Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen völlig ignoriert.“ Kricklers Appell – „Wir können und wollen nicht glauben, daß Menschenrechtsverletzungen an Homosexuellen in Übereinstimmung mit den gemeinsamen europäischen Werten stehen“ – blieb leider ungehört. Dänemark wollte aus niedrigen innenpolitischen Gründen – um das Euro-Referendum am 28. September zu retten – die Maßnahmen unbedingt sofort aufheben.

im Juni 1999 enthalten einen derartigen Vorschlag. Darin wird – allerdings ziemlich unverbindlich – angeregt, die Frage der Zweckmäßigkeit der Einrichtung einer Agentur der Union für Menschenrechte und Demokratie zu prüfen. Die Diskussion ging nicht sehr weit, im Europäischen Parlament war man eher der Ansicht, das Mandat der in Wien ansässigen *Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC)* entsprechend zu erweitern.

Widerstand geht weiter

Aber auch an anderen Fronten ging der Kampf der HOSI Wien gegen die Menschenrechtsverletzungen der FPÖVP-Regierung weiter. Am 23. bzw. 24. Juli berichteten Claus Pirschner und Kurt Krickler auf einer Podiumsdiskussion bzw. in einem Workshop bei der *Euro-Mediterranen Sommeruniversität Homosexualitäten in Marseille* über die Auswirkungen der neuen Regierung auf die Menschenrechtssituation von Lesben und Schwulen.

Am 8. September brachte der französisch-deutsche TV-Sender *arte* in seinen Abendnachrichten einen Beitrag über die Donnerstags-Demos und die Situation in Österreich in Erwartung des Weisenberichts (der Beitrag wurde am 7. gedreht), in dem auch der Autor dieser Zeilen zu Wort kam.

Zwar sind in letzter Zeit die Regenbogenfahnen bei den Donnerstags-Demos seltener geworden (siehe auch Aufruf im *Lambda special* auf S. XII), aber zumindest am 7. 9. für *arte* war wieder eine dabei. Und auch auf der Kundgebung gegen Justizminister Böhmendorfer am 20. 9. vor dem Justizministerium. Zu dieser Demo hatten die Grünen aufgerufen, die am selben Tag einen Mißtrauensantrag gegen Böhmendorfer im Nationalrat einbrachten.

Presseaussendung der HOSI Wien vom 18. 9. 2000

Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien begrüßt Vorschlag für eine EU-Menschenrechtsagentur und einen EU-Menschenrechtskommissar

§ 209 StGB erster potentieller dringlicher Fall

„Die HOSI Wien begrüßt den Vorschlag von Außenministerin Benita Ferrero-Waldner, in der EU eine eigene Menschenrechtsagentur und einen eigenen Menschenrechtskommissar zu installieren“, kommentiert HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler diesen höchst erfreulichen Vorstoß. „Die menschenrechtswidrige Bestimmungen des § 209 StGB (höheres Mindestalter für homosexuelle Handlungen unter Männern) wäre sicherlich eine der ersten und größten Menschenrechtsverletzungen, mit denen diese beiden Einrichtungen dann zu befassen wären.“

„Allerdings“, betont HOSI-Wien-Obmann Christian Högl, „müßten diese beiden Einrichtungen dann aber auch die Kompetenz haben, Mitgliedsstaaten unter ultimativer Androhung von Sanktionen dazu zu zwingen, erkannte Menschenrechtsverletzungen zu beenden. Eines neuen Gremiums, das nur Empfehlungen abgeben kann, bedarf es nicht. Denn davon gibt es bereits genug.“

So hat etwa 1998 der UNO-Ausschuß für Menschenrechte Österreich ausdrücklich aufgefordert, den menschenrechtswidrigen § 209 abzuschaffen. ÖVP und FPÖ haben dies dennoch bisher verhindert. Schon 1997 hatte die Europäische Menschenrechtskommission in einer britischen Beschwerde festgestellt, daß jegliche unterschiedliche Mindestaltersgrenze zwischen homo- und heterosexuellen Beziehungen eine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention darstellt. Geschehen ist auch damals in Österreich nichts. Im Gegenteil: Wider besseres Wissen haben ÖVP und FPÖ im Juli 1998 mit ihrer Mehrheit im Nationalrat verhindert, den Konventionsverstoß § 209 aus dem Strafrecht zu streichen.

Haiders willige Vollstrecker

Europäische Nachhilfe für Österreichs verrottete Justiz

Über drei (!) Seiten hinweg kritisieren die drei Weisen in ihrem Bericht (Randnummern 93-103), daß die FPÖ versucht, politische GegnerInnen und KritikerInnen durch Ehrenbeleidigungsklagen einzuschüchtern und „zum Schweigen zu bringen“, und daß sich die österreichische Justiz zu Jörg Haiders Handlangerin, seiner willigen Vollstreckerin macht: *Nicht alle [Gerichte] scheinen die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in ausreichender Weise zu berücksichtigen* (Randnummer 99). Unter Ziffer 102 erteilen die Weisen dann noch konkrete Nachhilfe und zitieren relevante Textstellen aus dem sog. Lingens-Urteil des EGMR. FPÖ, Justizminister Dieter Böhmndorfer und Teile der österreichischen Justiz werden als Gefahr für die Redefreiheit und Menschenrechte angesehen, die drei Weisen sehen „Anlaß zu ernsthafter Sorge“.

Dieser Teil des Weisenberichts ist nicht nur eine vernichtende Kritik an der Taktik der FPÖ,

politische GegnerInnen medienrechtlich zu verfolgen, und an Justizminister Böhmndorfer, früher als Rechtsanwalt ihr federführender Komplize und Vollstrecker, sondern auch eine niederschmetternde Kritik an Österreichs Justiz. Daß hier der Justiz eines vorgeblichen Rechtsstaates Nachhilfeunterricht in Sachen Auslegung der Europäischen Menschenrechtskonvention und Judikatur des EGMR gegeben werden muß, ist ein Armutszeugnis der Sonderklasse für diese Justiz und müßte eigentlich Konsequenzen haben. Dieselbe Nachschulung hätten übrigens auch jene Richter und zitieren relevante Textstellen aus dem sog. Lingens-Urteil des EGMR. FPÖ, Justizminister Dieter Böhmndorfer und Teile der österreichischen Justiz werden als Gefahr für die Redefreiheit und Menschenrechte angesehen, die drei Weisen sehen „Anlaß zu ernsthafter Sorge“.

Wer aber geglaubt hat, jetzt kommt zumindest endlich eine breite öffentliche Debatte über die reaktionäre Justiz in diesem Land in Gang, die selbstherrlich, außerhalb jeglicher

demokratischen Kontrolle, quasi als Staat im Staat tagtäglich über die Schicksale hunderter Menschen entscheidet, der hat sich gewaltig geirrt. Zwar versuchte es SP-Justizsprecher Johannes Jarolim mit dem durchaus vernünftigen und zutiefst demokratischen Vorschlag, die Urteile in den verschiedenen Verfahren des berüchtigten Medienrichters Ernest Maurer, an dessen Adresse die Nachhilfe in den Ziffern 99 und 102 speziell gerichtet ist, ins Internet zu stellen und damit einer breiten wissenschaftlichen Analyse und Erörterung zuzuführen, aber die Diskussion verebbte alsbald wieder. Österreichs PolitikerInnen sind einfach zu feig, dieses heiße Eisen anzufassen.

Von der angeblichen Unabhängigkeit der Justiz kann jedenfalls keine Rede sein. Österreichs RichterInnen und StaatsanwältInnen sind in ihrer großen Mehrheit konservativ bis reaktionär. Und so schauen dann auch ihre Urteile aus. Das ist nichts Neues.

Schon im Dritten Reich waren diese beiden Berufsgruppen neben den ÄrztInnen diejenigen, in denen der Anteil an Nazis am höchsten war. Keine andere Berufsgruppe, deren Wirken mit dermaßen weitreichenden Folgen für andere Menschen verbunden ist und die dermaßen große Verantwortung trägt, hat so freie Hand wie RichterInnen und StaatsanwältInnen. Ob SozialarbeiterInnen oder PsychologInnen, sie alle unterziehen sich professioneller Supervision, um ihre für andere Menschen so bedeutsamen Entscheidungen ebenso zu hinterfragen wie ihr professionelles Tun an sich. Was macht eigentlich RichterInnen und StaatsanwältInnen zu Übermenschen, daß sie derartiges nicht notwendig haben, nie von Selbstzweifel angekränkelt werden und ihre einsamen Entscheidungen daher nicht zu hinterfragen brauchen? Noch dazu, wenn sie nicht einmal ihr Handwerk anständig gelernt haben.

VON KURT KRICKLER

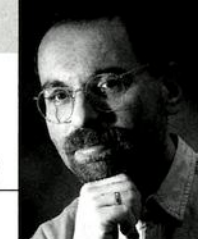


FOTO: C. HÖBL

Gerade wir Lesben und vor allem Schwule können ein Lied singen von der Behandlung, die uns von diesem so „unabhängigen“ Justizpersonal zuteil wurde und wird. Fast tagtäglich werden in Österreichs Gerichtssälen Homosexuelle wie der letzte Dreck, wie Abschaum behandelt (vgl. auch Bericht ab S. 22).

Klagt uns!

Die FPÖ und die „ehemalige“ Kanzlei Böhmndorfers (sein Name steht „nur“ mehr auf dem Briefpapier!) haben das Land mit Klagen überzogen. Ausgerechnet die FPÖ, die im Austeilen nicht zimperlich ist, möchte die sensible Mimose spielen, die darauf achten will, daß keine Unsitten einreißen im demokratischen Diskurs, daß Österreichs Politik mädchenpensionatskompatibel wird/bleibt. Wer einen Ruf hat, der rennt nicht wegen jeder Kleinigkeit zum Kadi, den ficht Kritik, mag sie auch als unberechtigt empfunden werden, nicht an. Aber die FPÖ und ihre Politspitzen haben eben keinen Ruf zu verlieren, daher rennen sie ihm umso mehr hinterher und versuchen, durch Gerichtsurteile an einen solchen zu gelangen. „Seelenhygienisch heruntergekommene Politemporkömmlinge“ (© André Heller), die sie sind, haben sie eben nicht die Größe, Kritik einzustecken.

Alles, was Rang und Namen hat in Österreich, ist jedenfalls in letzter Zeit von den SHP geklagt worden. Alles? Nein! Die HOSI Wien und die LAMBDA-Nachrichten noch nicht! Das ist echt eine Schande, die wir nicht auf uns sitzen

lassen können, zumal wir doch ausführlich Jörg Haiders Homosexualität breitgetreten haben. Warum werden wir nicht geklagt? Das ist ungerecht. *Unser Ruf* steht auf dem Spiel! Daß niemand dem Herrn Haidner oder der Kanzlei Böhmndorfer die *LN* zugetragen hätte (abonniert haben sie sie nicht) – das können wir gar nicht glauben. Immerhin steht der Parlamentsklub der Partei der SHP auf unserer Aussendungsliste. Aber möglicherweise schmeißt die Sekretärin die Zeitung, ohne reinzuschauen, ja auch gleich nach dem Öffnen der Post weg.

Vielleicht sollten wir Sicherheitshalber die letzten Ausgaben direkt an die ehemalige Kanzlei Böhmndorfer schicken? Auf daß wir endlich in den illustren Kreis der von den SHP Geklagten eintreten!

PS: An dieser Stelle habe ich in der letzten Ausgabe darüber spekuliert, ob die LAMBDA-Nachrichten heuer wieder Publizistikförderung bekommen werden, standen wir doch schon in den letzten Jahren auf Andreas Khols Abschußliste – nur dank der SPÖ ist verhindert worden, daß sie den *LN* gestrichen wurde. Jetzt hat FPÖVP freie Bahn. Der zuständige Fachbeirat im Bundeskanzleramt, der über die förderungswürdigen Publikationen befindet, hat jedenfalls die *LN* auch heuer wieder für die Förderung empfohlen und vorgeschlagen. Wir dürfen gespannt sein, ob sich die Regierung über diese Entscheidung hinwegsetzt und den *LN* die Förderung streicht. Demnächst werden wir es erfahren.

Richter übt Kritik an Paragraph 209

Am 2. Oktober stand in Wien – nachdem erst im Juli ein 20jähriger verurteilt worden war (siehe S. 22) – ein 24jähriger Gärtner wegen „gleichgeschlechtlicher Unzucht“ nach Paragraph 209 vor Gericht. Dem jungen Mann wurde eine sexuelle Beziehung mit einem 17jährigen vorgeworfen. Letzterer hatte zugegeben, die Initiative ergriffen zu haben.

Richter Thomas Schrammel vom Grauen Haus sah sich angesichts der Sachlage gezwungen, den Angeklagten zu verurteilen, übte aber mit sehr deutlichen Worten Kritik an der diskriminierenden Mindestaltersbestimmung: Diese werde zwar diskutiert, aber „leider Gottes nicht mit dem Erfolg, daß das Gesetz endlich aufgehoben wird.“

Der 24jährige Angeklagte erhielt drei Monate bedingt. Damit war der Richter bei einem Strafraumen von sechs Monaten bis fünf Jahren sogar unter die Mindeststrafe gegangen. Schrammel bei der Verhandlung: *Der Gesetzgeber hat sich bis jetzt nicht davon überzeugen lassen, daß diese Veranlagung nicht anerzogen, sondern angeboren ist. Genauso gut könnte er mir vorschreiben, ich sollte meine Heterosexualität aufgeben. Das wird ihm auch nicht gelingen.*

Einige Medien griffen diesen Fall prominent auf. So berichteten unter anderem am 2. 10. der ORF-Hörfunk und einige Privatradios sowie die meisten Tageszeitungen in ihren Ausgaben vom 3. 10. (*Neue Kronenzeitung, KURIER, DER STANDARD, Die Presse und die Wiener Zeitung*).

Das „Schwulen- und Lesbenproblem“ der ÖVP

Einen Tag nach Bekanntwerden dieser jüngsten Menschenrechtsverletzung befragte die grüne Nationalratsabgeordnete Ulrike Lunacek Staatssekretär Franz Morak im Menschenrechtsausschuß des Parlaments, was die Bundesregierung zur Abschaffung dieses kriminalisierenden Paragraphen zu tun gedenke. Morak verwies auf den im Parlament eingesetzten Unterausschuß des Justizausschusses und betonte, daß seine persönliche Haltung ja „bekannt“ sei.

ÖVP-Justizsprecherin Maria Fekter nahm dann zum von ihr so bezeichneten „Schwulen- und Lesbenproblem“ Stellung und verwies ebenso auf den Unterausschuß (für den es allerdings noch keinen Termin gibt, siehe S. 22). Sie fügte noch hinzu, daß im Weisenbericht nichts zum § 209 enthalten sei – was ja bedauerlicherweise stimmt. ÖVP-Menschenrechtssprecher Matthias Ellmayer erklärte noch, daß sich „hier etwas bewegen“ werde – was genau und bis wann, war aber niemand bereit zu sagen. Wie oft muß es wohl noch zu menschenrechtswidrigen Verurteilungen kommen, bis die ÖVP auch tatsächlich etwas unternimmt?

Bei Erscheinen dieser LAMBDA-Nachrichten werden die Grünen aus Anlaß dieser beiden Verurteilungen und der Europaratsschließung (siehe S. 29) bereits eine Anfrage zu dieser Thematik an Justizminister Böhmndorfer gestellt haben.

CH/UL

Zurück in die Steinzeit

Petra & Sandy:
in Dänemark
„verheiratet“,
in Österreich
rechtlich
wie Fremde zu-
einander

Bisher stellen österreichische Lesben und Schwule, die im Ausland eine Eingetragene PartnerInnenschaft eingegangen sind, wohl eher noch Einzelfälle dar, zumal die Zahl der Staaten, wo dies möglich ist, noch sehr gering ist und diese – sieht man vielleicht von Schweden ab – auch nicht unbedingt zu den Ländern zählen, in die ÖsterreicherInnen traditionellerweise auswandern. Der erste Österreicher, der in den Niederlanden eine Eingetragene Partnerschaft mit einem Mann geschlossen hat, ist übrigens schon wieder geschieden.

Je mehr Länder jedoch die Eingetragene PartnerInnenschaft einführen bzw. die traditionelle Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnen werden, desto mehr ÖsterreicherInnen werden im Ausland derartige Verbindungen schließen. Speziell nach der Verwirklichung der Eingetragenen LebenspartnerInnenschaft in Deutschland wird die Zahl der ÖsterreicherInnen mit derartigem Familienstand wohl sprunghaft ansteigen. Obwohl sie im Ausland praktisch den Status von Ehen haben, werden diese Beziehun-

gen in Österreich nicht anerkannt. Hier werden sie von Rechts und Staats wegen wie zueinander Wildfremde behandelt. Mit der zunehmenden Zahl dieser Fälle wird sich allerdings der Druck auf die Politik in Österreich erhöhen, diesen untragbaren Zustand zu beenden. Es wird jedoch nicht reichen, bloß die im Ausland geschlossenen Eingetragenen PartnerInnenschaften anzuerkennen, inländische Paare zugleich aber von einer solchen Möglichkeit auszuschließen.

Die Wienerin Sandra Mamoli war eine der ersten, wenn nicht überhaupt die erste Österreicherin, die im Ausland eine Eingetragene PartnerInnenschaft mit einer Frau eingegangen ist, und zwar 1993 in Dänemark. Im April dieses Jahres übersiedelte sie mit ihrer dänischen Partnerin Petra Petersen in ihre Heimatstadt. Im LAMBDA-Interview erzählen die beiden, wie es war, plötzlich wieder in den Status von rechtlich zueinander Wildfremden zurückzufallen, und warum sie zu Jahresende ihre Zelte in Wien früher als geplant wieder abbrechen und nach Dänemark zurückkehren werden.

INTERVIEW: KURT KRICKLER

LN: Sandra, du bist wahrscheinlich eine der ersten Österreicherinnen, wenn nicht überhaupt die erste, die im Ausland eine Eingetragene PartnerInnenschaft (EP) mit einer Frau eingegangen ist. Wie hat es dich nach Dänemark verschlagen, und wann hast du Petra dann „geheiratet“?

Sandra: Ich bin 1992 nach Dänemark gezogen, da mir ein dänischer Handballklub einen Vertrag angeboten hat. Eigentlich hätte ich nur ein bis zwei Jahre dort bleiben sollen, aber da es mir sehr gut gefallen hat und ich meine Freundin Petra kennengelernt habe, habe ich mich entschlossen zu bleiben. Petra hat in derselben Handballmannschaft gespielt, und wir haben 1993 „geheiratet“. Der Grund dafür war eine dänische Aufenthaltsgenehmigung: Österreich war damals noch nicht Mitglied der EU, und es wäre für mich als Nicht-EU-Staatsbürgerin unmöglich gewesen, in Dänemark zu bleiben. Für Petra hätte es die gleichen Probleme

mit einer Aufenthaltsgenehmigung in Österreich gegeben. Die einfachste Lösung, um weiterhin zusammenleben zu können, war daher, eine Eingetragene PartnerInnenschaft einzugehen. Daß die Wahl damit auf Dänemark als Wohnsitz fiel, ist klar, da Österreich ja bekanntlich, was Rechte von Homosexuellen betrifft, Dänemark weit hinterherhinkt.

Wie war das mit euren Eltern und eurer Familie? Sind sie zu eurer Hochzeit gekommen? Habt ihr ein großes Fest gemacht?

S: Ich wäre zutiefst entsetzt gewesen, wenn meine Eltern, die ich für liberale, intelligente und gebildete Menschen halte, mit meiner Homosexualität ein Problem gehabt hätten. Gott sei Dank haben sie mich auch nicht enttäuscht und Petra sofort akzeptiert. Daß ich homosexuell bin, war bei uns eigentlich nie ein Thema, und natürlich sind meine Eltern zu unserer Hochzeit gekommen. Die Hochzeit haben wir im kleinen Kreis mit ca. 15 Leu-

ten gefeiert, und wir haben nach der standesamtlichen Zeremonie ein sehr tolles und amüsantes Fest gehabt.

Petra: Meine Eltern haben ihr bisheriges Leben in einer 2000-Seelen-Gemeinde in Süddänemark verbracht. Da sie vorher eigentlich noch nie mit dem Thema Homosexualität in Berührung gekommen sind, haben sie anfangs noch einiges an Wissen aufzuholen gehabt. Nachdem dann aber geklärt war, daß man als Lesbe bezüglich AIDS in eine Low-risk-Gruppe fällt, und die Nachbarn auch alle sehr positiv reagiert haben, hat es überhaupt keine Probleme gegeben. Sie haben Sandy als Schwiegertochter voll akzeptiert und sind natürlich zu unserer Hochzeit gekommen.

Ihr seid vor einigen Monaten, im April, nach Wien übersiedelt. Warum?

S: Nach acht Jahren in Dänemark bzw. einem davon in England habe ich wieder Lust bekommen, etwas Neues aus-



Sandra Mamoli

Jahrgang 1970, geboren in Wien, Matura im Leistungsmodell Südstadt; Profi-Handballspielerin, u. a. im österreichischen Nationalteam (1990-92), Teilnahme an den Olympischen Spielen in Barcelona (1992); im selben Jahr Übersiedlung nach Dänemark; 1993-96 Studium moderner Sprachen (Englisch, Dänisch) an der *Handelshøjskole Syd* (~ Wirtschafts-Uni), Abschluß mit *Bachelor of Arts (BA)*; 1996-99 Studium der *Computational Linguistics* (Computer-Linguistik) an der *Handelshøjskole* in Kopenhagen, Abschluß mit *Master of Arts (MA)*; 1994 Auslandsstudienjahr an der *University of North London*, 1999-2000 IT-Consultant bei *Cambridge Technology Partners*, Kopenhagen.



Petra Petersen

Jahrgang 1967, geboren in Tønder, Süddjütland, Handelsschule in Åbenrå (Apenrade), 1986-88 Bürokauffrau-Lehre, 1988-2000 Bankangestellte, 1993 Eingetragene PartnerInnenschaft mit Sandra, 2000 Übersiedlung mit ihr nach Wien.

zuprobieren. Daß meine Wahl auf Wien fiel, war vor allem darauf zurückzuführen, daß ich gerne in der Nähe meiner Familie leben wollte. Außerdem hatte ich Wien als eine sehr schöne Stadt mit hoher Lebensqualität in Erinnerung und wollte einfach gerne ausprobieren, ob ich mich in Wien oder in Kopenhagen wohler fühlen würde.

P: Der Hauptgrund für mich war natürlich, daß Sandy gerne wieder in Wien wohnen wollte. Wir haben jetzt acht Jahre in meinem Land und in der Nähe meiner Familie gewohnt. Deshalb habe ich es auch nur als gerecht empfunden, einige Zeit in der Heimatstadt meiner Frau zu verbringen.

In Österreich wird eure Eingetragene Partnerinnenschaft nicht anerkannt. War das ein praktisches Problem für euch bei den Behörden? Habt ihr dadurch irgendwelche Schwierigkeiten oder Nachteile gehabt? Fast auf jedem Formular wird ja z. B. nach dem Familienstand gefragt. Was habt ihr da angegeben?

P: Seitens der Behörden hat es überhaupt keine Schwierigkeiten gegeben. Mein einziger Kontakt mit den Behörden war das Meldeamt. Ich habe nur den obligaten Meldezettel ausgefüllt, und auf dem wird ja nicht nach dem Familienstand gefragt. Nachdem ich meinen dänischen Paß hergezeigt hatte, habe ich sofort den abgestempelten Meldezettel bekommen. Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis braucht man als EU-Staatsbürgerin ja keine.

Wie war das an euren neuen Arbeitsstellen? Im Personalfragebogen wurde doch sicher auch gefragt, ob ihr verheiratet seid? Habt ihr da Nachteile gegenüber euren heterosexuell verheirateten KollegInnen, etwa in punkto betriebliche Vergünstigungen für die Ehe-

partnerInnen der Angestellten?

S: Ich arbeite in der IT-Branche, die generell recht locker ist. Personalfragebögen gibt es bei uns keine, und auch beim Bewerbungsgespräch hat mich niemand nach meinem Familienstand gefragt. Bei privaten Gesprächen habe ich natürlich kein Geheimnis daraus gemacht, daß ich mit einer Frau verheiratet bin. Die Reaktionen waren alle durchwegs positiv, und es war eigentlich kein großes Thema. Im Gegenteil, meine Arbeitskollegen und Chefs haben mich für äußerst mutig gehalten und es eigentlich toll gefunden, daß ich nicht versuche, meine Homosexualität zu verbergen. Obwohl das natürlich gezeigt hat, daß ich in einer tollen Firma arbeite, hat mich diese Reaktion doch etwas amüsiert. Ich habe überhaupt keinen Mut aufbringen müssen, um dort von meiner Ehe zu erzählen – in einer Firma, die mich nicht so akzeptiert, wie ich bin, möchte ich nämlich sowieso nicht arbeiten. Personalvergünstigungen sind bei Computerfirmen ja eher selten, d. h., es gibt bei uns keine. Wenn es aber welche gäbe, wäre ich sicher, daß man keinen Unterschied zwischen hetero- und homosexuellen Paaren machen würde.

P: Ich war vielleicht ein bißchen vorsichtiger als Sandy, vor allem weil ich oft gehört habe, daß die Österreicher recht steif und konservativ sein sollen. Außerdem ist die Bankenwelt, wo ich arbeite, ja generell reaktionär im Vergleich zur Computerbranche. Auf dem Personalfragebogen habe ich daher „ledig“ angekreuzt. Erst nachdem ich einige Zeit in der Bank gearbeitet hatte, habe ich einigen meiner Kollegen von meiner Ehe erzählt. Eigentlich haben alle positiv reagiert, die meisten haben mir aber geraten, das nicht je-

dem und vor allem nicht den Chefs zu erzählen, da diese wahrscheinlich ein Problem damit hätten. Heute bereue ich eigentlich ein bißchen, daß ich nicht von Anfang an offen war. Auch weil ich es aus Dänemark gewöhnt bin, daß alle meine KollegInnen und Chefs über mein Privatleben Bescheid wissen – und ich auch über ihres. Personalvorteile, wie z. B. Gratis-Konten, keine Gebühren usw. hat es für Sandy nicht gegeben, und ich bin mir auch sicher, daß sie keine bekommen hätte, wenn ich auf dem Personalfragebogen „verheiratet“ angegeben hätte. In Österreich gelten wir ja weiterhin als unverheiratet, da gleichgeschlechtliche Ehen noch immer nicht anerkannt werden.

Hat es euch gestört oder gar geärgert, daß ihr hier in Österreich wieder in den rechtlichen Status von zueinander Wildfremden zurückgefallen seid? Als ihr vor eurer Übersiedlung nach Wien mit der HOSI Wien wegen möglicher Anerkennung der EP hier in Österreich Kontakt aufgenommen hattet und wir nur Negatives berichten konnten, habt ihr befürchtet, „zurück in die Steinzeit“ zu kommen. War es so schlimm?

S & P (abwechselnd): Die „Steinzeit-Befürchtungen“ haben sich absolut bewahrheitet. Ich empfinde es regelrecht als Frechheit, daß man unsere Eingetragene Partnerinnenschaft in Österreich nicht anerkennt. In Dänemark haben wir genau die gleichen Rechte wie Ehepaare. Daß man als homosexuelles Paar in Österreich dann plötzlich überhaupt keine Rechte hat, ist schockierend. Auch wenn es im täglichen Leben kaum praktische Probleme gibt, ist es eine Tatsache, daß wir hier vom Gesetz her benachteiligt sind. Einige sind sicher der Meinung, daß das ja egal sein kann, wenn man im täglichen Leben nicht diskriminiert wird, aber

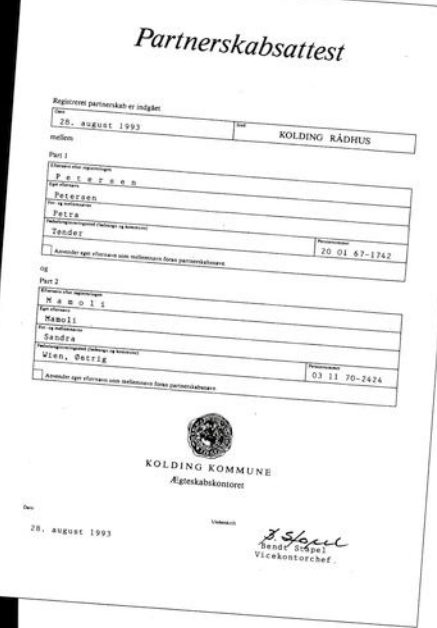
Gesetze sind in der Regel immer dann wichtig, wenn es um Extrem- oder Ausnahmefälle geht, die nicht Teil des täglichen Lebens sind.

Wir werden z. B. in den Bereichen des Erb- und Mietrechts diskriminiert. Und auch im Spital könnte man z. B. uns den Kontakt mit der kranken Partnerin verweigern. Was uns auch unheimlich aufregt – und ich weiß, daß hiervon auch unverheiratete Heterosexuelle betroffen sind – ist, daß man keine gemeinsame Wohnung kaufen kann, wenn man nicht verheiratet ist. Wenn wir das in Dänemark erzählen, glauben die Leute, wir leben im tiefsten Mittelalter. Ein weiteres Problem ist auch, daß jede von uns theoretisch aufgrund ihrer Homosexualität gefeuert werden könnte. Nicht daß das passiert wäre, aber es ist einfach erschreckend, daß es keine Anti-Diskriminierungsgesetze gibt.

Sandra, du müßtest also frustriert und wütend sein über Österreich, weil es so rückständig ist...

S: Österreich ist wirklich unheimlich rückständig, nicht nur im Bereich der gleichgeschlechtlichen Partnerschaften, über die ich schon gesprochen habe. Meine Frustration und Wut hält sich allerdings in Grenzen, weil ich nicht gezwungen bin, hier zu leben. Für mich ist das Problem leicht lösbar: Ich spreche perfekt dänisch, kenne die Kultur und kriege auch jederzeit einen Job in Dänemark. Wenn es mir nicht gefällt, haue ich einfach wieder ab nach Kopenhagen.

Welche Unterschiede sind für euch als Lesben die markantesten zwischen Dänemark und Österreich, z. B. in Hinblick auf das offene Leben-Können des Lesbischseins, in Hinblick auf die sogenannte Szene, die Haltung und



Einstellung der Leute, der Öffentlichkeit usw.?

S & P (abwechselnd): Die Reaktion eines Österreichers und eines Dänen, die sie sich mit dem Thema Homosexualität noch nie auseinandergesetzt haben, auf die Aussage, daß man lesbisch sei, ist ziemlich unterschiedlich: Der Österreicher sagt in der Regel kurz „Aha“ oder „Ja“ oder etwas ähnlich Nichtssagendes und geht dann unauffällig zu anderen Gesprächsthemen über. Das weitere Gespräch erfolgt dann hinter dem Rücken.

Der Däne sagt normalerweise, er kenne keine Homosexuellen und sei noch nie mit diesem Thema konfrontiert gewesen, und fragt einem dann ein Loch in den Bauch. In der Regel entschuldigt er sich dafür, daß man diese Fragen sicher schon 3000mal zu beantworten

hatte, und beginnt dann ein mindestens einstündiges Gespräch über Dinge, die ihn „schon immer interessiert“ haben. Die Grundreaktion geht in die Richtung „Wow, wie spannend! Und jetzt hab' ich jemanden, der mir alle meine Fragen aus erster Hand beantworten kann.“ Ich empfinde die dänische Art als wesentlich angenehmer. Es ist für mich völlig in Ordnung, über Homosexualität so gut wie nichts zu wissen und eigentlich auch keine Meinung darüber zu haben. Wird man aber damit konfrontiert, sollte man Fragen stellen und auch Vorurteile einfach ansprechen. Dadurch werden Vorurteile dann auch sehr schnell ausgeräumt, und man kann sich seine Meinung aufgrund von Tatsachen und nicht von Vorurteilen bilden.

Auch die öffentliche Meinung in Dänemark unterscheidet sich stark

Sandra und Petra bei ihrer Trauung im August 1993 und ihre Partnerinnenschafts-Urkunde (rechts oben)

von der österreichischen: In Dänemark sind Schwule und Lesben allgemein akzeptiert, und es ist, auch wenn es sicherlich Leute gibt, die im stillen Kämmerlein anders denken, nicht salonfähig, seiner Abneigung gegen Homosexuelle Ausdruck zu verleihen. In Österreich ist dem nicht so, und ich vermute, daß das damit zusammenhängt, daß Österreicher oft mehr oder weniger religiös sind und sehr gerne an Althergebrachtem festhalten.

Bezüglich des offenen Leben-Könnens, so halten wir uns weder in Dänemark noch in Österreich zurück. Wir empfinden es als unser Recht, so zu leben, wie wir wollen, solange wir dabei keinem anderen schaden. Und obwohl es für uns keine sozialen Konsequenzen gegeben hat, wären wir auch bereit, diese auf uns zu nehmen, ganz einfach, weil wir meinen, daß wir das Recht dazu haben, in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft zu leben.

In Hinblick auf die Szene können wir eigentlich nicht so viele Vergleiche ziehen. Wir sind in der Beziehung für Österreich wahrscheinlich eher atypisch. Wir bewegen uns nicht allzuviel in der soge-

nannten Szene. Es gibt einige sehr nette Lokale in Wien, wie z. B. das Café Berg, das uns aber vor allem wegen der netten Atmosphäre, der freundlichen Bedienung und des guten Brunchs gefällt und nicht, weil die Klientel meist homosexuell ist. Im allgemeinen ziehen wir es aber vor, uns in einer gemischten Gesellschaft zu bewegen. Wir halten absolut nichts davon, sich freiwillig in ein Ghetto zu begeben, indem man hauptsächlich homosexuelle Lokale frequentiert, vorwiegend Schwule und Lesben als Freunde hat und versucht, in einer Art „homosexuellen Welt“ zu leben.

Generell ist mein Eindruck, daß die Szene in Österreich sich sehr viel mehr vom Rest der Gesellschaft abkapselt als die dänische und es hier auch wesentlich mehr Lokale nur für Männer oder nur für Frauen gibt. Beides Dinge, die uns nicht besonders gefallen. Wir fühlen uns eigentlich in einer gemischten Gesellschaft, d. h. Frauen und Männer, Hetero- und Homosexuelle, am wohlsten. Die Erklärung für die im Vergleich zu Dänemark verstärkte Abkapselung liegt sicher an der geringeren Akzeptanz für Schwule und Lesben. Trotzdem ist es unheimlich angenehm, wenn man, wie in Dänemark, voll akzeptiert wird und der Sinn von homosexuellen Lokalen und Diskotheken ausschließlich Feste und Vergnügen sind.

Ihr werdet Ende des Jahres eure Zelte in Österreich wieder abbauen und nach Dänemark zurückkehren. Petra, vor allem du konntest dich, obwohl du perfekt deutsch sprichst, nicht wirklich einleben in Wien – Probleme mit der Mentalität der WienerInnen?

P: Ja. Absolut. Ich empfinde Wien als unheimlich altmodisch und die Leute hier als unglaublich konservativ. Die Mentalität der Wiener liegt

mir überhaupt nicht: Leute, die einander nicht kennen, sind dezidiert unfreundlich zueinander, und der Umgang miteinander ist vorwiegend durch Aggressivität geprägt.

Ich war z. B. vor einigen Wochen mit meiner Filiale auf Betriebsausflug in Kopenhagen, und meine Kollegen haben die Kopenhagener als extrem freundlich empfunden. Für mich ist das die Normalität, und es ist daher logisch, daß ich die Wiener als unfreundlich und „grantig“ empfinde. Mein Eindruck ist auch, daß die Wiener eigentlich sehr selten lächeln. Man sitzt griesgrämig in der Straßenbahn und vermeidet jeden Blickkontakt mit seinen Mitreisenden. Auch in den Geschäften ist der Service äußerst schlecht und unfreundlich – man hat fast das Gefühl, dankbar sein zu müssen, wenn man etwas kaufen darf.

Auch an meinem Arbeitsplatz fühle ich mich nicht richtig wohl: Die meisten sind unglaublich reserviert, und auch das Siezen, vor allem unter Kollegen, fällt mir sehr schwer. Und wie die Österreicher mit ihren blöden akademischen Titeln herumwerfen, ist entsetzlich: Nur weil jemand sein Studium abgeschlossen hat, was schließlich jeder kann, wenn er will, wird erwartet, daß man fast auf dem Boden kriecht und auf schleimige Art „Frau Doktor“ oder „Herr Magister“ sagt. Und darüber, daß auch die Frau eines Akademikers seinen Titel verwenden kann, lacht man sich in Dänemark krumm.

Das ist natürlich eine grobe Generalisierung: Ich habe auch sehr nette Österreicher kennengelernt, die weltoffen und freundlich sind und mit denen ich inzwischen sehr gut befreundet bin. Außerdem wird mein Eindruck sicherlich

dadurch verstärkt, das ich aus einem Land komme, in dem die meisten Menschen immer freundlich sind und in dem man sogar den Premierminister duzt. Als Nicht-Wiener ist mein Gesamteindruck der Wiener Mentalität jedoch eher negativ. Abgesehen davon, gibt es wunderschöne Gebiete in Wien wie z. B. den 1. Bezirk, und ich finde, daß Ferien in Wien einfach wunderschön sind. Auch die Natur in den Bundesländern gefällt mir wirklich gut. Nur möchte ich lieber Urlaub machen in Österreich und nicht permanent hier wohnen.

Und wie war's bei dir, Sandra – hast du dich nach acht Jahren Dänemark der österreichischen Mentalität entwöhnt? Fühlst du dich in Dänemark wohler als in Österreich – beides probiert, kein Vergleich?

S: Ich kann der Petra eigentlich nur zustimmen. Ich betrachte Österreich inzwischen mit dänischen Brillen und habe die gleichen Probleme mit der Wiener Mentalität wie Petra: Die meisten Menschen, mit denen man nicht befreundet ist, sind unfreundlich und aggressiv, der Umgang untereinander ist sehr steif, Österreich ist eine Servicewüste, und auch die konservativen Grundhaltungen stören mich. Am meisten stört mich eigentlich, daß Österreich so rückschrittlich ist: Was ich von Petra über ihre Bank so gehört habe, werden hier Managementprinzipien angewandt, die schon seit zehn Jahren obsolet sind. Auch im Bereich der neuen Technologien hinkt Österreich Dänemark um mindestens sechs Jahre hinterher, und die Globalisierung hat hier eigentlich kaum Einzug gehalten. Im Vergleich zu Skandinavien sind die Menschen unglaublich wenig international orientiert und sprechen ein wahnsinnig schlechtes Englisch.

Als positiv empfinde ich die billigen Restaurants – dänische Restaurantpreise sind exorbitant – und das gute Wetter. Außerdem ist Österreich für eine (Wahl-)Dänin ein Steuerparadies. Was ich in Dänemark sicherlich vermissen werde, sind die Nähe zu meiner Familie und mein wirklich toller Job bei *Scope Consulting*. In den letzten acht Jahren hat sich in Wien zwar sehr viel Positives getan, aber im Vergleich zu Dänemark ist Wien immer noch ziemlich Ostblock. Ich glaube, ich halte es wie Petra: Es ist toll, in Wien Urlaub zu machen, aber leben will ich hier nicht.

Waren das die ausschlaggebenden Gründe für euch, Österreich wieder den Rücken zu kehren, oder gab es noch andere?

S: Ich denke, das reicht wohl an Gründen...

Sandra, hast du eigentlich vor, deine Staatsbürgerschaft zu wechseln und Dänin zu werden?

S: Nein, ich sehe keinen Grund dazu: Solange ich eine EU-Staatsbürgerschaft habe, ist es mir vollkommen egal, welche.

Vielen Dank für das Gespräch – und alles Gute!

LESBEN
ZEIT
SCHRIFT



SCHRIFTEN

LILA Schriften ist auch als **Kassette** erhältlich und erscheint zweimal jährlich.

Einzelheft: öS 44,-/Dm 7,-/sFr 7,- (incl. Porto)
Abo (4 Ausgaben): öS 155,-/Dm 30,-/sFr 30,-

Bitte gleich bei Bestellung in bar beilegen.

LILA Schriften. Pf 75, A-1032 Wien



VON WEIHBISCHOF ANDREAS LAUN

Kirche und Homosexualität

Was sagt die Kirche Menschen mit homosexuellen Neigungen? Dasselbe wie allen anderen Menschen auch:

Gott liebt euch, und Christus ist auch für euch gestorben. Sein Ruf, „umzukehren“, das persönliche Kreuz anzunehmen und Ihm nachzufolgen, gilt allen Menschen und darum auch euch. Glaubt an das Evangelium und haltet euch an die Gebote Gottes!

Aber ist es nicht doch so, daß Homosexuelle in der Kirche „keinen Platz haben“? Keineswegs – für sie gilt, was für alle gilt: Wer an das Evangelium glaubt und sich bemüht, danach zu leben, gehört zur Kirche. Ausschließen kann man sich nur selbst durch Unglaube und Sünde. Glaube oder Unglaube hat nichts mit der sexuellen Orientierung zu tun.

Soweit, so eindeutig. Dennoch gibt es einen schwerwiegenden Einwand: „Was hilft mir das, da ich anders bin, eben homosexuell, und die Kirche mir nicht erlaubt, es zu sein? Aber wenn Gott mich so geschaffen hat, darf ich wohl so sein – oder?“

1. Gottes Gebot und Kirchengebote

Zunächst eine Richtigstellung: In Fragen der Moral kann die Kirche nicht „erlauben“ oder „verbieten“. Die Kirche hat die Pflicht, die Gebote Gottes zu verkünden, sie kann und darf sich nicht anmaßen, moralische Gebote zu erlassen oder abzuschaffen. Darum heißen sie ja „Gebote Gottes“ und nicht „Kirchengebote“.

2. Gott schuf den Menschen als Mann und Frau

Was die Geschlechtlichkeit des Menschen angeht, hält sich die Kirche an das Bibelwort: Gott schuf den Menschen „als Mann und Frau“. Gemessen an diesem Maßstab hält sie die gleichgeschlechtliche Neigung für „objektiv“ falsch. Die Einfügung des Begriffs „objektiv“ entlastet den konkret Betroffenen: Es wird nicht behauptet, der einzelne müsse „subjektiv selbst schuld daran“ sein.

Allerdings ist damit auch gesagt: Die homosexuelle Neigung ist nicht eine Schöpfungsvariante, die, wenn nicht gleich wertvoll, so doch auch wertvoll, von Gott genauso gewollt wäre wie das Verlangen zwischen Mann und Frau. Homosexuell empfindende Menschen sind gleich wertvoll wie Heterosexuelle, aber das gilt nicht für ihre Neigung.

Bevor jemand meint: Da sieht man es, wir Homosexuelle werden eben doch abgewertet, möchte ich zu bedenken geben: Das Urteil der Kirche betrifft nicht den Menschen, sondern diese seine Neigung. Diese Unterscheidung ist unendlich wichtig.

Noch hilfreicher ist ein anderer Punkt: Bibel und Erfahrung lehren, daß wirklich alle Menschen (über Ausnahmen wie Jesus und Maria brauchen wir hier nicht zu reden) nicht nur eine, sondern viele „Neigungen gegen die Ordnung“ Gottes haben. Darum bedeutet die Treue zu Gott für jeden Menschen, daß er einen manchmal sehr mühsamen Kampf führen muß: gegen seine Neigung zum Stolz, zur Eitelkeit, zum Neid,

zur Gewalttätigkeit, zur Lüge, zu einem unmoralischen Sexualleben usw. Jeder Mensch hat dabei seine besonderen Schwachpunkte.

Homosexuell empfindende Menschen sind also nicht isoliert oder ausgegrenzt oder ein Sonderfall, wenn es heißt: Diese eure Neigung ist nicht gottgewollt, ihr dürft ihr nicht folgen. In der einen oder anderen Richtung gilt das für alle.

3. Woher kommt Homosexualität?

Dabei ist die Frage, ob die homosexuelle Neigung angeboren ist (wie heute eine Mehrheit behauptet) oder ob gilt: „Niemand ist homosexuell geboren“ (wie R. Cohen und etliche andere sagen), für die Kirche unerheblich. Im übrigen hat sie dazu keine eigene Meinung, weil es keine Glaubensfrage ist und sie dafür nicht kompetent ist. Sie greift nur auf, was sie der freien Diskussion der Wissenschaftler entnimmt. Übrigens: Niemand sollte einen anderen moralisch diffamieren, weil er in diesem Punkt anderes denkt als er selbst (und die „politisch Korrekten“).

4. Gibt es ein „Recht auf ein Sexualleben“?

Ich muß es zugeben: Bezüglich der Sexualität schwimmt die Kirche wirklich gegen den Strom der Zeit, jedenfalls so, wie dieser in der kapitalistischen Gesellschaft fließt. Denn der biblischen Lehre folgend, anerkennt die Kirche nämlich überhaupt kein außereheliches Sexualleben als richtig,

Paragraph 209

auch nicht ein heterosexuelles. Jedem, der nicht heiraten kann oder nicht heiraten will oder noch nicht verheiratet ist, sagt sie: Du solltest sexuell enthaltsam leben – das allein entspricht dem Willen Gottes, und jedes „Sexualleben“ gegen dieses Gebot ist eine mehr oder weniger gewichtige Sünde. Wohl gemerkt: Das sagt sie allen Menschen, nicht nur Homosexuellen! Mit dieser Forderung löst die Kirche – ich verstehe das sehr gut! – bei einer großen Mehrheit Kopfschütteln aus. Bei denen aber, die ihr glauben und auch auf die leise Stimme ihres Gewissens hören, wird es wiederum eine Mehrheit sein, die sich zwar bemüht, aber – wie bei anderen Geboten auch – immer wieder versagt. Ihnen sagt die Kirche: Gott hat Geduld mit euch, habt auch ihr selbst Geduld mit euch.

5. Anmerkung zur Gesetzgebung

Der gesetzlichen Privilegierung von Ehe und Familie steht ihre unvergleichbar hohe Bedeutung für das Gemeinwohl gegenüber. Neben der Ehe gibt es viele andere zwischenmenschliche Beziehungen, die ihren Wert für die Gesellschaft haben. Dennoch besteht keine Notwendigkeit, zum Beispiel Freundschaft gesetzlich zu regeln. Eine „Gleichstellung“ von homosexuellen Verbindungen mit der Ehe wäre eine Ungleichbehandlung: Aus der Gemeinschaft von zwei Männern oder Frauen wird keine Ehe, auch wenn man sie so nennt.

6. Folgerungen

Aus diesem – hier knapp skizzierten – Verständnis der Kirche ergeben sich eine Reihe von Folgerungen: Die Kirche lehnt jede Diskriminierung von Homosexuellen ab und bedauert zutiefst all das Unrecht, das solchen Menschen in der Geschichte angetan wurde – manchmal auch von Christen.

Selbstverständlich mißbilligt die Kirche auch in homosexuellen Beziehungen nicht alles und jedes, sondern nur das, was dem Gebot Gottes widerspricht. In Hinblick auf enge Geister sei das Selbstverständliche gesagt: Gutes ist natürlich auch dann gut, wenn es Homosexuelle tun.

Wenn eine „Heilung“, also Umorientierung der homosexuellen Neigung in eine heterosexuelle möglich ist, freut sich die Kirche für den Betroffenen. Ob das geht, ist wiederum keine Glaubensfrage. Daraus gar eine Forderung zu machen wäre Unsinn.

Allein und sexuell enthaltsam leben ist für den Menschen zu schwer. Darum wünscht sich die Kirche, wie es in den USA bereits geschieht, eine Art von „Selbsthilfegruppen“ solcher Menschen: Mit Hilfe von geistlichen Programmen sollen sich die Betroffenen gegenseitig helfen und bestärken, als Christen nach dem Evangelium zu leben. Aus diesen Gruppen können und sollen Männerfreundschaften (ohne sexuelle Beziehungen) hervorgehen, wie sie ja auch vom Katechismus der Katholischen Kirche angesprochen werden.

Nehmen wir an: Jemand hat ein starkes gleichgeschlechtliches Verlangen, zudem erweist sich dieses als „unheilbar“, aber er (oder sie) verzichtet ein Leben lang auf ein entsprechendes Sexualleben, und zwar aus Liebe zu Christus und im Glauben an Gottes Gebot – dann kann er gerade dadurch ein großer Heiliger werden, und ich verneige mich vor der Größe dieses Menschen.

Sicherlich hat es solche homosexuell empfindende Heilige schon gegeben, und wir wissen es nur nicht. Es wäre gut, es gäbe einige, von denen wir es wissen: zur Ermutigung für unsere Schwestern und Brüder, die gleichgeschlechtlich empfinden, und zur Bewahrung vor Überheblichkeit der anderen Christen.

Anm. d. Red.: Zur aktuellen „Causa Laun“ siehe auch Bericht im **special**, Seite IV

Die Zeichen mehren sich, daß Maria Fekter, ÖVP-Justizsprecherin und Vorsitzende des Justizausschusses, die „Reform“ des § 209 doch noch angehen will. Wie in den *LN* 3/00, S. 20, berichtet, hat sie dies für Herbst angekündigt. In einem *ZiB* 1-Interview am 5. August – in dem Beitrag ging es eigentlich aus Anlaß der Debatte in Deutschland um die Eingetragene PartnerInnenschaft – bestätigte sie diese Pläne, sprach aber nur von Straffreiheit für Fälle, bei denen der Altersunterschied zwischen den Beteiligten gering sei. In Zusammenhang mit der Diskussion um die Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters von derzeit 19 auf 18 Jahre erklärte sie drei Wochen später in der *Presse*, daß die ÖVP die Aufhebung des höheren Mindestalters für Homosexuelle nach wie vor ablehne. Man sei für eine „Toleranzgrenze“ bei einem Altersunterschied von zwei Jahren in Beziehungen homosexueller Jugendlicher. Undenkbar sei für sie außerdem die in Deutschland diskutierte Ehe zwischen Homosexuellen.

Damit wäre aber ein Fall wie jener des Michael Wodicka, der im Juli nationales und internationales Aufsehen erregte, allerdings weiterhin strafbar. Am 19. Juli wurde der 20jährige nach § 209 verurteilt,

weil er als 19jähriger mit einem knapp 17jährigen sexuell verkehrte, wobei die Initiative vom Jüngeren ausging, der festgenommen wurde, als er sich mit einem anderen Mann in einem Auto vergnügte. Die Gendarmerie im Burgenland löcherte ihn so lange mit Fragen, bis er auch die Namen anderer Partner angab. Am Tag nach der Gerichtsverhandlung berichteten die Tageszeitungen über diesen unglaublichen Fall, *DER STANDARD* widmete ihm einen Kommentar, ein ausführlicher Bericht fand sich im *Falter* und in der *Volksstimme* # 30 vom 26. 7. Das Europamagazin des Ersten Deutschen Fernsehens brachte am 5. August einen Beitrag über den Fall und interviewte den Betroffenen. Christian Högl sprach ebenfalls mit der ARD-Redakteurin und lieferte Informationen. Auch bei ausländischen schwul/lesbischen Medien stieß § 209 weiterhin auf großes Interesse, Kurt Krickler gab am 22. 7. dem Nürnberger Schwulenradio, am 27. 9. Radio Florian in Hannover und am 2. 10. RadioSUB in Frankfurt Interviews zum Thema.

Dem Staatsanwalt war die verhängte Geldstrafe gegen Michael übrigens zuwenig. Er hat Berufung eingelegt und eine mindestens sechsmonatige Freiheitsstrafe beantragt!

Ein weiterer unglaublicher Fall wurde ebenfalls unlängst in der Öffentlichkeit präsentiert. August Sulzer aus der Steiermark hatte sich an die HOSI Wien gewandt. Er war im Mai 1999 nach § 209 (Tatbestand: „intensives Streicheln des Geschlechtsteils eines Jugendlichen“) zu einem Jahr Gefängnis und Einweisung in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher verurteilt worden. Grund für die Einweisung war ein Gutachten eines Gerichtspsychiaters, der beim Angeklagten eine Neigung zu tätlich-aggressivem Verhalten feststellte, Alkoholismus diagnostizierte (weil Sulzer angab, zwei- bis dreimal die Woche drei bis vier Bier oder Mischungen zu trinken) und daraus schloß, daß weiterhin Taten mit schweren Folgen zu erwarten seien, im konkreten solche wie die gegenständliche (Streicheln des Geschlechtsteils). Zwar hatte Sulzer einige Vorstrafen, darunter war aber nur ein einziges Sexualdelikt. Obwohl selbst die Mutter des Jugendlichen in der Hauptverhandlung erklärte, sie halte die Sache für eine Lappalie, traf Sulzer die volle Härte des Gerichts. Die Anhaltung in einer Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher erfolgt auf unbestimmte Zeit, also möglicherweise auf Lebenszeit. Eine Entlassung kann nur erfolgen, wenn ein Gericht feststellt, daß der Befragte geheilt und ungefährlich ist, und auch dann erfolgt die Entlassung nur bedingt auf eine Probezeit von zehn Jahren.

Im Mai dieses Jahres mußte das Landesgericht für Strafsachen Graz im Zuge der vorgeschriebenen alljährlichen Überprüfung über die weitere Anhaltung entscheiden. Der zuständige Richter verfügte die Fortsetzung der Anhaltung, ohne den Inhaftierten überhaupt gesehen zu haben, und stützte seinen Beschluß auf das seinerzeitige Gutachten und eine Stellungnahme des Gefängnispsychiaters der Haft-

anstalt Graz-Karlau, der meinte, das Erstgutachten sei nach wie vor gültig, eine Änderung sei seither nicht eingetreten, eine solche sei, wenn überhaupt, auch erst nach langjährigen Therapien der gestörten sexuellen Präferenz zu erwarten. Pikante Details am Rande: Auch der Anstaltspsychiater bekam Sulzer gar nicht zu Gesicht, sondern erstellte eine reine Ferndiagnose. Außerdem führt er gemeinsam mit dem Gerichtspsychiater eine Facharztpraxis in Graz!

Die HOSI Wien vermittelte Sulzer weiter an einen Rechtsanwalt, der rechtliche Schritte gegen den Beschluß über die Fortsetzung der Anhaltung beim Oberlandesgericht Graz einleitete. Dieser Beschwerde wurde mittlerweile auch stattgegeben. Das Landesgericht muß nun neuerlich entscheiden und ein ordnungsgemäßes Gutachten einholen, das im Gegensatz zum bisherigen auf einer eingehenden Untersuchung des Angehaltenen beruhen und ordentlich begründet sein muß.

Dieser Fall von Justiz- und Psychiatriemißbrauch ist nur mehr mit sowjetischen Gulags zu vergleichen. Die HOSI Wien schilderte den Fall auch den drei Weisen im Zuge der NGO-Anhörung in Heidelberg (vgl. Bericht ab S. 6).

Am 25. September 2000 kam es in Wels zu einer weiteren Verurteilung eines jungen Mannes nach § 209 StGB, berichtete das Rechtskomitee Lambda. Der zur Tatzeit 26jährige Mann wurde im Mai dieses Jahres von einem 18jährigen krankenhausreif geschlagen (vier Wochen Krankenstand) und um S 20.000,- erpreßt. Der 18jährige behauptete, der 26jährige hätte sich ihm einmal sexuell genähert. Gegenüber den einschreitenden, von Dritten gerufenen Polizeibeamten gestand der 26jährige die Annäherung, gab aber an, daß sich der damals nahezu 17jährige ihm ge-

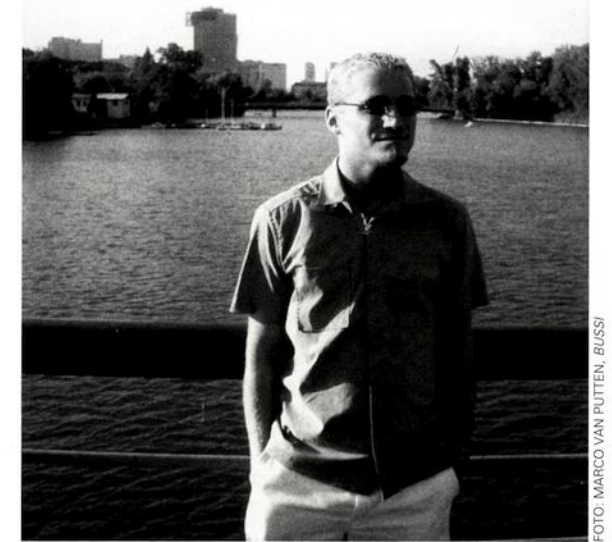


FOTO: MARCO VAN PUTTEN, BUSS

Der nach § 209 verurteilte heute 20jährige Michael Wodicka

genüber als über 18 ausgegeben hatte. Vor dem Landesgericht Wels stellte der 18jährige dies in Abrede, das Gericht glaubte allein den Angaben des gewalttätigen Erpressers, der vor Gericht freimütig eingestand, den Beschuldigten zu hasen, und verurteilte den 26jährigen wegen Versuchs (!) nach § 209 zu drei Monaten (!) Freiheitsstrafe. Auch in diesem Verfahren zeigte sich die Staatsanwaltschaft unbeeindruckt von der Menschenrechtswidrigkeit solcher Verfahren und zeichnete sich die Staatsanwältin durch besonderen Eifer aus. Das Strafverfahren gegen den gewalttätigen Erpresser wurde übrigens bereits einen Tag nach Einlangen der Anzeige der Bundespolizeidirektion Wels von der Staatsanwaltschaft Wels eingestellt!

Österreich ist und bleibt eine Justiz-Bananenrepublik – und jetzt haben wir auch den passenden Justizminister! (Siehe *Kurts Kommentar* auf S. 14).

Der Unterausschuß des Justizausschusses des Nationalrats, der u. a. eine Reform des § 209 vorbereiten soll, hat sich zwar im September konstituiert, aber ein neuer Sitzungstermin wurde gar nicht vereinbart. Für die grüne Abgeordnete Ulrike Lunacek eher ein Indiz dafür, daß man die Sache auf die lange Bank schieben will (siehe S. 15).

LETZTE MELDUNG

Am 2. Oktober kam es in einem weiteren 209er-Verfahren zu einer aufsehenerregenden Urteilsbegründung. Siehe dazu den Bericht auf Seite 15.

Der Entwurf für die Novellierung des Jugendgerichtsgesetzes 1988 und des Strafgesetzbuches in Hinblick auf die erwähnte Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters von 19 auf 18 Jahre wurde mittlerweile zur Begutachtung ausgeschickt – auch an die HOSI Wien. Da § 209 durch diese Novelle nicht betroffen sein wird, hat die HOSI Wien darauf verzichtet, eine Stellungnahme abzugeben. Eine Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters von 19 auf 18 Jahre würde noch krassere und noch mehr Härtefälle schaffen. 1988 wurde ja diese Altersbestimmung im § 209 von 18 auf 19 Jahre hinaufgesetzt.

Kurzmeldungen

Landtagswahlkampf in der Steiermark

Die SPÖ-Steiermark warb bei den Landtagswahlen am 15. Oktober 2000 offensiv um die schwul/lesbischen Stimmen, und zwar mit dem Slogan *Liebe respektieren statt Vorurteile schüren* auf Plakaten und in Inseraten sowie einer Reihe öffentlicher Statements sozialdemokratischer SpitzenpolitikerInnen. *Einen Menschen wegen seiner Homosexualität zu benachteiligen, das darf einfach nicht sein. Wir SozialdemokratInnen setzen uns daher für die volle rechtliche Gleichstellung und für wirksame Regelungen zum Schutz vor Diskriminierung ein*, erklärte etwa Spitzenkandidat Peter Schachner.

Zwei Menschen des gleichen Geschlechts, die in einer Partnerschaft für einander Verantwortung übernehmen, dürfen dabei nicht schlechter behandelt werden als andere. Wir SozialdemokratInnen setzen uns dafür ein, daß homosexuelle Partnerschaften die gleichen Rechte und Pflichten haben wie heterosexuelle, gab Soziallandesrätin Anna Rieder zu Protokoll.

Und für den steirischen SPÖ-Klubobmann Kurt Flecker, der selbst aus dem Bezirk Liezen kommt, ist klar, daß gerade im ländlichen



Ein für die SPÖ wahlkämpfender Roter Panther vorm Grazer Szenelokal Bang

Raum – auch innerhalb der SPÖ – noch viel Arbeit notwendig ist: *Homosexuelle Menschen leben in den Städten und auf dem Land. Vor allem abseits der Ballungszentren müssen wir SozialdemokratInnen noch viel Aufklärungsarbeit für ihre Akzeptanz leisten.*

Offenbar auch bei der ÖVP, die sich auf die ihr eigene Weise profi-

White Ribbon-Kampagne

Männer distanzieren sich von Männergewalt an Frauen

Die *White Ribbon Campaign*, eine internationale Kampagne von Männern gegen Gewalt an Frauen, startet nun auch in Österreich. Koordiniert von der Wiener Männerberatungsstelle, verfolgt sie das Ziel, das Tragen einer kleinen weißen Schleife zum Anlaß zu nehmen, das Bewußtsein von Männern für die Gewaltproblematik als „Männerthema“ zu wecken und sich gleichzeitig öffentlich von Gewalt an Frauen zu distanzieren. Am 24. November 2000, einen Tag vor dem internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, fällt der Startschuß durch eine Auftaktveranstaltung in Wien, der weitere Veranstaltungen in ganz Österreich und eine breite Bildungs- und Medienkampagne folgen sollen. Dazu werden noch Kooperationsinstitutionen und SponsorInnen gesucht!

Information, Bestellung von Schleifen: Männerberatung, Erlachg. 95, 1100 Wien, Tel./Fax 01/603 28 28; white-ribbon@mail.austria.com; www.maenner.at/white.htm



lierte und positionierte. Sie kritisierte die Eröffnung einer Schwulensaua in Graz. Den Vogel schoß dabei die Grazer VP-Gemeinderätin Sissi Potzinger ab, die allen Ernstes meinte, man müsse Kinder vor dieser Sauna schützen!

Die Akzeptanz von Homosexualität ist in den letzten Jahren erfreulicherweise gestiegen. Umso mehr muß es verwundern, wenn eine neu eröffnete Schwulensaua von VP-Mandataren für das Schüren dummer Vorurteile mißbraucht wird, kritisierte der steirische SPÖ-Landtagsabgeordnete Günter Getzinger die ÖVP. *In Wien gibt es schon längst fünf Saunen, die hauptsächlich von schwulen Männern besucht werden. Doch kaum wird in der zweitgrößten Stadt Österreichs eine Herrensaua eröffnet, führt die ÖVP eine Provinzposse auf. Damit betreibt die ÖVP zum wiederholten Male eine gezielte Difamierung der Schwulen, indem sie sie völlig ungerechtfertigter Weise ins Kinderschänder-Eck stellt.*

Jedenfalls hat sich der Slogan *Liebe respektieren statt Vorurteile schüren* als topaktuell erwiesen. *Traurig*, fand das auch SP-Wahlkampfleiter Landesrat Joachim Ressel, *die Jagd auf Homosexuelle ist ja nur ein weiterer Beleg dafür, wie die Rechtsparteien einzelne Bevölkerungsgruppen von der Gesellschaft abspalten und diskriminieren wollen.*

Der 13. – Verglichen

Im September wurden sowohl das zivil- als auch das strafrechtliche Verfahren gegen Kurt Dieman wegen seiner hetzerischen Aussagen gegen Lesben und Schwule im rechtskatholischen Blatt *Der 13.* durch Vergleich beendet – die *LN* haben regelmäßig über die Verfahren berichtet, zuletzt in der Ausgabe 3/00, S. 22. Aufgrund einer neuerlichen für die KlägerInnen positiven Entscheidung des Oberlandesgerichts Wien im Strafverfahren hat die beklagte Partei sich erstmals bereit erklärt, Vergleichsgespräche zu führen. Da nach wie vor

sowohl der Ausgang des zivilrechtlichen als auch des strafrechtlichen Verfahrens ungewiß ist und ein hohes Kostenrisiko besteht, haben sich die KlägerInnen entschlossen, die Verfahren durch einen Vergleich bei gegenseitiger Kostenaufhebung zu beenden. Die HOSI Wien, die Klägerin im Zivilverfahren war, wurde nicht extra gefragt, allerdings waren wir auch bei den Gesprächen mit dem Rechtsanwalt nicht vertreten.

Die Entscheidung ist jedenfalls sehr merkwürdig: Gerade jetzt, da es in den Urteilen sowohl im Zivil- als auch im Strafverfahren positive Entwicklungen gab, die Sache abzubrechen und den eigenen Anwalt selber zu zahlen erscheint doch etwas panikartig. Das hohe Kostenrisiko war auch zu Beginn bekannt. Wenn man sich schon entschließt, derartige Verfahren anzugehen, dann sollte man sie auch durchziehen. Jetzt ist die ganze Sache ausgegangen wie das Hornberger Schießen, allerdings ein ziemlich teures, denn die eigenen Anwaltskosten der KlägerInnen belaufen sich auf fast 300.000 Schilling. Dieses Geld wurde also mutwillig hinausgeschmissen für nichts und wieder nichts. Was hätte man damit nicht alles tun können? Nein, einen konkreten Erfolg gab es doch: Dieman gibt eine Ehrenerklärung ab. Na, toll! Super. Wer ist Herr Dieman?

Nachtschicht bei der AIDS-Hilfe Wien

Bisher war das Kondomobil (ein Fahrradanhänger voll mit Kondomen und Gleitgel) hauptsächlich auf der Donauinsel im Einsatz, um an den schwulen Stränden die Sonnenbadenden zu versorgen. Am 18. August suchten drei AIDS-Hilfemitarbeiter damit erstmals auch den Rathauspark zu nächtlicher Stunde heim – ausgestattet mit einer hochoffiziellen Genehmigung des Stadtgartenamts, daß sie völlig legal ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten nachgehen würden. Sie verteilten Infomaterial, Kondome und Gleitmittel, unterhielten sich mit

den Parkbesuchern und waren überrascht, daß so viele Menschen – wahrscheinlich wegen Schlafstörungen – „nur zum Schauen“ mitten in der Nacht in den Park gehen. Trotzdem zeigte eine Inspektion am nächsten Morgen, daß nicht alle bloß geschaut haben, da die Mitbringsel der AIDS-Hilfe fleißig verwendet wurden. Nächstes Mal aber bitte den gebrauchten Gummi in den Mistkübel werfen und nicht auf den nächsten Ast hängen!

Prävention bei schwulen und bisexuellen Männern muß dort passieren, wo Sex passiert, erklärte Michael Leitner, bei der AHW für Prävention bei schwulen und bisexuellen Männern zuständig, die Aktion.

Wer sich übrigens als Ehrenamtlicher an den Aktionen der AIDS-Hilfe Wien beteiligen möchte, meldet sich am besten unter 595 37 30/50.

Kreisky-Preis für NGO-Projekt AD-Gesetz

Das im Rahmen des Menschenrechtsjahrs 1998 initiierte NGO-Projekt „Antidiskriminierungsgesetz“ ist mit dem 10. Bruno-Kreisky-Preis für Verdienste um die Menschenrechte ausgezeichnet worden. Die *LN* haben regelmäßig über dieses Projekt berichtet (zuletzt # 3/00, S. 24 f), das durch die Annahme der EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf in nächster Zeit äußerst aktuell sein wird (vgl. Bericht ab S. 36 in diesem Heft). Weitere Preisträger sind heuer Radhika Coomaraswamy, UNO-Sonderberichterstatterin über Gewalt gegen Frauen, aus Sri Lanka, das Belgrader Menschenrechtszentrum sowie Karl-Heinz Böhm für seine langjährigen Verdienste um die Aktion *Menschen für Menschen*. Da die HOSI Wien nicht nur eine der sechs Organisationen war, die seinerzeit diesen Projektantrag beim Bundeskanzleramt eingereicht haben, sondern sich auch an den Diskussionen und der Entwicklung des Entwurfs für ein österreichisches Anti-

Kulturstenogramm

Das Tanztheater Homunculus präsentiert seine neue Produktion *GATE 7*.

Ort: Museum Moderner Kunst Stiftung Ludwig, Palais Liechtenstein, Fürstengasse 1, Wien 9.

Zeit: 7.-16. und 22.-25. November 2000, 20 Uhr (außer Mo) Kartenvorverkauf und Bestellung: dietheater Kasse, Karlsplatz 5, Wien 1, Mo-Sa 16.30-19 Uhr, Tel. 587 05 04, oder WUK, Währingerstraße 59, Wien 9, Mo-Fr 14-18 Uhr; Abendkasse ab 19.30 Uhr.



diskriminierungsgesetz beteiligt hat, kann die HOSI Wien wohl diesen Preis auch als Anerkennung ihrer Arbeit betrachten. Kurt Krickler wurde übrigens am 27. 7. von Freak-Radio, dem Behindertenradio des Mittelwellensenders MW1476, über die Positionen der HOSI Wien in Zusammenhang mit dem geplanten AD-Gesetz interviewt.

Erfolge für HOSI-Cowboy-Spot

Apropos Preise: Der HOSI-Wien-Cowboy-Kino- und TV-Spot „Duell“ lief nicht nur im Sommer im Kärntner Privat-TV, sondern schaffte es unter hunderten Einreichungen aus aller

Welt auch auf die Shortlist für den Preis des 2. *Public Service Communications Festival* in Mailand Ende September. Dieses Festival widmet sich ausschließlich der Werbung für soziale

Anliegen. Am 5. Oktober fand auch die Verleihung des Werbefilm-Staatspreises statt. Wie berichtet (*LN* 3/00, S. 25), hatte es *Duell* auf die aus sieben Einreichungen bestehende Shortlist geschafft. Preis gab es keinen, aber Kunst-Staatssekretär Franz Morak meinte zum Spot: „Ein sehr friedliches Duell“.

KK



Weitere Erfolge für die schwulen Cowboys der HOSI Wien

aus der bewegung



Der Bildbericht
YOUTH in connexion
www.rainbow.or.at

Youth in ConneXion

Im Juli fand *Youth in ConneXion* statt: das mittlerweile 4. Summermeeting für Lesben und Schwule unter 25. Der von der Jungen HOSI Linz organisierte Event im Europacamp am Attersee war wieder ein Riesenerfolg (siehe auch Interview mit Werner Dreer auf der Seite rechts). Rund 50 TeilnehmerInnen aus allen österreichischen Bundesländern, Deutschland und der Schweiz fühlten sich wohl. Der Mix aus Spaß und Politik, Aktivitäten und Diskussionen war echt gelungen. Karaoke-, Styling-, Theater- und Videoworkshops förderten kreative Talente zu Tage. Bei Disco, Lagerfeuer und Nachtwanderung wurden die Nächte sowohl heiß als auch romantisch. Besonders erwähnt seien unter den „ernsteren“ Angeboten der (Safer)Sex-Workshop der Linzer Expertin mit Herz, Helga Ratzenböck, und der Beziehungsworkshop mit Johannes Wahala, die sehr gut ankamen.

Die Mitwirkung der unwiderstehlichen Wiener „Baronessen“ Harald und Harald – Workshops zu Theater, Mode und Styling – trug ebenso unverzichtbar zum Gelingen bei wie der unermüdete Einsatz von Joachim in eher konventionell männlichen Domänen: als Techniker beim Karaoke, DJ bei der Abschluß-Party und Digital-Fotograf (Ergebnisse sind zu sehen auf *Rainbow online*).

Der Video-Output von *Youth in ConneXion* kann sich sehen

lassen. Der vom Wiener HOSI-Clan-Trio Barbara, Hannes und Helga geleitete Workshop produzierte in Rekordzeit mit einer international zusammengesetzten Spitzencrew zwei witzige kurze Spots und einen etwas längeren Trans-Het-Les-Gay-Shocker mit hohem Fun- und Pride-Faktor: *Little Camp of Horror*. Parallel dazu entstand die künstlerische Summermeeting-Dokumentation gleichen Namens. Erstmals zu sehen waren die *Youth in ConneXion*-Videos als Großbildprojektion am Tag nach dem großen *Millennium Planet-Fest* der HOSI Linz im Rahmen des Abschiedsbrunchs am 15. Oktober im Cinematograph Linz. Demnächst sicher auch in der HOSI Wien zu sehen.

HELGA PANKRATZ

**Die SCHILLING-AKTION:
Aus nach fünf erfolgreichen Jahren**

Im Sommer 1995 wurde die Idee geboren: Michael Schreiber, Wolfgang Hartinger und die Autorin dieser Zeilen riefen eine Spendenaktion zum Welt-AIDS-Tag ins Leben. Interessierte Lokale sollten auf jedes Getränk, das im Aktionszeitraum verkauft wurde, einen Schilling aufschlagen und/oder Spendenbüchsen aufstellen. So sollte jeder und jede völlig unkompliziert die Möglichkeit haben, Solidarität zu bekunden und zu spenden. Solidarität, direkt, Spenden 1 zu 1 an Betroffene, transparent, unkompliziert, unbürokratisch und ehrenamtlich – diese sieben Schlagworte standen von Anfang an für die SCHILLING-AKTION. Das gesammelte Geld war für Vereine gedacht, die direkt AIDS-Kranke und HIV-Positive betreuen und von anderer Seite nicht ausreichend unterstützt werden. Die Spenden wurden 1:1 an die Betroffenen weitergegeben. Völlig unbürokratisch und transparent. Die anlaufenden Kosten für Kopien, Plakate, Porto etc. wurden von Sponsoren übernommen, die die tatkräftige Hilfe mit ihrer Unterstützung erst möglich machten. Nach Beendigung der Aktion wurde in allen Lokalen/Geschäften, die teilgenommen haben, das Ergebnis veröffentlicht. Somit wußte jede/r, was mit ihrem/seinem „Spendenschilling“ passiert war. Natürlich arbeiteten alle OrganisatorInnen ehrenamtlich. Die LN haben zuletzt ausführlich über das Projekt in der Ausgabe 4/99, S. 13 f, berichtet.



Nach der fünften Auflage der Aktion zum Welt-AIDS-Tag 1999 war die Ernüchterung groß. Trotz immensen Aufwands an Zeit und Energie – zu dritt waren über 90 Lokale/Geschäfte mit Dosen, Flyern und Plakaten zu versorgen, mußten Kontakte gehalten und die Sammelbüchsen wieder eingesammelt werden – war es uns nicht geglückt, die Spendenerfolge aus den Vor-

jahren zu übertreffen. Was uns jedoch mehr zu denken gab, war die Nicht-Resonanz in vielen Szenelokalen. AIDS und die davon Betroffenen scheinen niemanden mehr zu interessieren. Der durchschnittliche Ertrag pro Dose war auf ein Drittel gesunken. HIV/AIDS scheint kein Thema mehr zu sein (vgl. LN 2/00, S. 28).

Schweren Herzens haben wir nun beschlossen, die Aktion für beendet zu erklären und heuer nicht mehr durchzuführen. Es war uns nicht gelungen, HelferInnen oder NachfolgerInnen zu finden, die die Aktion mit uns/nach uns weiterführen wollten. Der Aufwand für uns drei ist nicht mehr machbar. Berufliche und andere Verpflichtungen lassen es nicht mehr zu.

Wir möchten es nicht verabsäumen, uns bei allen 132 Lokalen, Geschäften, Sponsoren, PrivatspenderInnen und UnterstützerInnen zu bedanken, die in diesen fünf Jahren mitgeholfen haben. Nur mit ihrer Hilfe waren die SCHILLING-AKTION und die Hilfe mit dem dabei gesammelten Geld möglich. Der Gesamtertrag aus fünf Jahren SCHILLING-AKTION belief sich auf S 289.082,74. **DANKE!**

BIRGIT HOLZER

Sexualpolitik der Neuen Frauenbewegung

Unter diesem Titel (Untertitel „Von der Lust zur Last mit der Lust“) hält LN-Redakteurin am Institut für Politikwissenschaften ein zweistündiges Proseminar für Politische Theorie: Seminarraum der ÖSFE (Österreichische Forschungsförderung), 1090 Wien, Berggasse 7 Mittwoch 15-17 Uhr Beginn: 18. 10. 2000

Summermeeting Y2K „Kein Zwang und viel Angebot ist die Zauberformel“



Werner Dreer

VON HELGA PANKRATZ

Vom 17. bis 21. Juli 2000 fand das Summermeeting Y2K für junge Lesben und Schwule in Weissenbach am Attersee statt. Mit Werner Dreer von der Jungen HOSI Linz sprachen die *LAMBDA-Nachrichten* über Geschichte, Cash und Zukunftspläne von *Youth in ConneXion*.

LN: Das Y2K-Treffen war schon das vierte derartige Camp in Österreich. Wann und wo fanden die früheren Meetings statt?

Werner Dreer: Die Geschichte des Summermeeting begann 1997 und ist in den Köpfen der damaligen Linzer Jugendgruppenleiter Harald Albrecht und Daniel Blümlinger entstanden. Schon damals, als mit geringeren Mitteln gestartet wurde, beteiligten sich junge Lesben und Schwule aus ganz Österreich und teilweise auch aus Deutschland. Ein Jahr später wurde im steirischen Bad Radkersburg das internationale Jugendtreffen „Queer YOUgend 1998“ als neuntägiges Großprojekt im Rahmen der steirischen Landesausstellung von den Rosa Lila PantherInnen veranstaltet. Diese Veranstaltung bekam Unterstützung aus dem Fördertopf „Jugend für Europa“, somit war es auch erstmalig, daß EU-Gelder für Lesben und Schwule nach Österreich flossen. 1999 entschloß sich die Junge HOSI Linz, das Summermeeting zu einem jährlichen Muß zu machen, da es

beide Male ein so großer Erfolg war. Und die Erfolgsgeschichte setzte sich fort. 1999 wie auch heuer waren über 50 TeilnehmerInnen aus allen Bundesländern, aus Deutschland und der Schweiz dabei.

Wer waren heuer eure Sponsoren?

Hauptsponsor war die Sozialistische Jugend Österreichs, auch die Grünen und die Linzer Szenelokale *Stone-Wall* und *MyWay* haben uns unterstützt.

Reicht die Unterstützung, die ihr bekommen habt, aus?

Den Regierungswechsel bekam das Summermeeting leider zu spüren und in weiterer Folge jede/r TeilnehmerIn, denn 1999 wurde das Summermeeting vom Frauenministerium subventioniert, heuer gab es von Neoministerin Elisabeth Sickl (FPÖ), die u. a. auch dieses Ressort verwaltet, kein Geld mehr, letztlich mußten wir deshalb den TeilnehmerInnenbeitrag erhöhen. Wir sind froh, die Materialkosten, Unterkunft und Verpflegung durch Sponsoring, aus dem Vereinsbudget und den TeilnehmerInnenbeiträgen decken zu können. Allerdings wird das Summermeeting auch in Zukunft nur durch Sponsoring und ehrenamtliche Arbeit in der Vorbereitung und in der Betreuung vor Ort machbar sein. Die jugendfreundlichen Kostenbeiträge der TeilnehmerInnen decken nur ein Drittel der derzeitigen

Gesamtkosten. Mit bezahlten Kräften in der Betreuung und üblichen Honorarkosten für die Workshop-ReferentInnen würde das Summermeeting in dieser Qualität ca. eine viertel Million Schilling kosten. Das heißt, es wäre für uns nicht mehr finanzierbar.

Wie war eigentlich die Medienberichterstattung?

Super! Letztes Jahr berichteten schon Tageszeitungen, Radio und TV über das Summermeeting. Heuer wurden uns die JournalistInnen sogar fast zuviel, immerhin wollten wir vorwiegend für die TeilnehmerInnen dasein. Wir beobachten, daß auch die eher konservativen Medien von Jahr zu Jahr fortschrittlicher werden und berichten. Auch der ORF sendete in Radio Oberösterreich und bundesweit in der *ZiB 3* Beiträge über das Summermeeting, was uns besonders erstaunt hat. Bedenkt man, daß wir ein ganz normales Jugendtreffen veranstalten, das so normal ist wie jedes andere, wo sich Freunde treffen, kennenlernen, Spaß miteinander haben, so wäre da nichts Interessantes für die Medien dabei. Der einzige Unterschied zu anderen Jugendtreffen: Wir sind lesbisch oder schwul! – Aber nur mit Hilfe öffentlicher Präsenz kann man die Gesellschaft bewegen. Wir müssen eben zeigen, daß vieles, was für jeden Hetero-Bürger normal und selbstverständlich ist, auch für uns allmählich selbstverständlich wird.

Werdet ihr 2001 wieder ein Camp machen?

Ja klar!

Was soll im nächsten Jahr gleich bleiben, was wollt ihr vielleicht ändern?

Am Grundkonzept soll es keine große Änderungen geben: Das Summermeeting wird wie bisher von jungen Leuten für junge Leute veranstaltet. Wir werden sicher wieder ein inhaltlich interessantes Programm anbieten, durch das immer die Wahl zwischen Aktivitäten, Fun und Diskussions-Workshops gegeben ist. Vieles anbieten und gleichzeitig keine Zwänge stellen ist die Zauberformel bei der Planung. Ich gehe davon aus, daß nächstes Jahr insbesondere mehr junge Frauen als bisher mitmachen werden, auch in der Organisation. Ich wünsche mir eine Durchmischung bei den TeilnehmerInnen in alle Richtungen, ob Herkunft, ob schwul, ob lesbisch oder ob auch heterosexuelle FreundInnen dabei sein wollen. Die TeilnehmerInnenanzahl soll bewußt auf 50 Personen begrenzt bleiben, damit sich nicht das Gruppen- und Zusammengehörigkeitsgefühl verlieren kann. Wir sind offen für vieles. Ich bin sicher, wir werden viele gute Ideen haben und Anregungen bekommen. Gerade die Jugendarbeit ist ja oft die kreativste Arbeit.

jetzt ein
Abo!

Zeitschrift der Homosexuellen Initiative Wien 22. Jg., Nr. 84 S 60,- € 4,36 3.2000
lambdanachrichten

Widerstand
amnesty gegen § 209
Jörg Haider
Weitere Outing-
Reaktionen
World Pride
Sieg auf allen Fronten
special
wieder mit
20 Seiten
Farbbeilage
Parade 2000

Zeitschrift der Homosexuellen Initiative Wien 22. Jg., Nr. 85 S 60,- € 4,36 4.2000
lambdanachrichten



Petra & Sandy
In Dänemark verheiratet
- in Österreich „Fremde“

Ja, ich will besser informiert sein und bestelle hiermit ein Abonnement der **lambdanachrichten** um S 240,- für 4 Ausgaben.

Die Zusendung erfolgt in neutralem Umschlag. Das Abo läuft bis auf Widerruf, Kündigung ist jederzeit möglich, offene Abogebühren werden anteilig rückerstattet!

Name: _____

Adresse: _____

Datum, Unterschrift _____

lambdanachrichten
c/o HOSI Wien
Novaragasse 40
A-1020 Wien

Bitte Bestellkarte kopieren/abtrennen und in Kuvert einsenden.

international

Europarat verabschiedet historische EntschlieÙung

Österreich muß endlich handeln

Am 26. September 2000 hat die Parlamentarische Versammlung des Europarats in StraÙburg mit großer Mehrheit – 95 Ja-Stimmen gegen 29 Nein-Stimmen bei 9 Enthaltungen – jene Resolution über die „Situation von Lesben und Schwulen in den Mitgliedsstaaten des Europarats“ beschlossen, deren Verabschiedung im Juni vertagt worden war (vgl. LN 3/00, S. 28 f). Die Versammlung fordert darin – wie berichtet – die 41 Mitgliedsstaaten des Europarats auf, u. a. Anti-Diskriminierungsbestimmungen zu schaffen, die sexuelle Orientierung als Schutzkategorie enthalten, ungleiche Mindestaltersgrenzen für homo- und heterosexuelle Handlungen abzuschaffen und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften durch das Rechtsinstitut der Eingetragenen PartnerInnenschaft rechtlich anzuerkennen.

Die EntschlieÙung und der dazugehörige Bericht wurden vom sozialistischen Abgeordneten Csaba Tabajdi aus Ungarn vorbereitet. Dieser Bericht hat für den Europarat denselben Stellenwert wie der Bericht der deutschen grünen EP-Abgeordneten Claudia Roth aus 1994 für die EU (vgl. LN 2/94, S. 51 ff). In manchen Dingen ist der Tabajdi-Bericht sogar weitreichender. Während es Roth nicht gelang, einen Passus über die Verantwortung politischer und religiöser Führer für die weitverbreitete Homophobie und eine Empfehlung zur Anerkennung von Verfolgung aufgrund der sexuellen Orientierung als Asylgrund in ihre EntschlieÙung aufzunehmen, findet sich beides in der nun vom Europarat verabschiedeten Resolution. Steht zu hoffen, daß er auch dieselben Impulse und Auswirkungen haben wird.

Historischer Erfolg für die ILGA-Europa

Die Verabschiedung des Tabajdi-Berichts ist auch ein historischer Erfolg für die ILGA-Europa, der speziell ihren beiden Europaratsbeauftragten Nigel Warner aus London und Nico Beger aus Berlin zu verdanken ist. Warner hatte eine beispiellose Lobbying-Kampagne in ganz Europa koordiniert, selber über 1000 Briefe an die Mitglieder der Versammlung geschickt und gemeinsam mit Nico in StraÙburg persönliche Gespräche mit Schlüsselpersonen geführt und auch die Arbeit des Berichterstatters tatkräftig unterstützt.

Die HOSI Wien hat nicht einmal eine Stunde nach der Verabschiedung dieser historischen EntschlieÙung (die Debatten werden live im Internet übertragen) eine Presseaussendung (siehe Kasten) verschickt und speziell darauf hingewiesen, daß gerade Österreich als eines der absoluten Schlußlichter unter allen 41 Mitgliedsstaaten hier akuten Handlungsbedarf aufweist.

Presseaussendung der HOSI Wien vom 26. September 2000 (gekürzt)

Europarat tritt für Lesben- und Schwulenrechte ein

„Diese Resolution, die für die 41 Mitgliedsstaaten allerdings nicht bindend ist, ist ein historisches Dokument“, erklärt HOSI-Wien-Obfrau Waltraud Riegler, „denn man muß bedenken, daß im Europarat 41 Staaten vertreten sind, auch fast alle ehemaligen Ostblockländer, darunter etwa Rußland, Moldawien oder Georgien. Und die Inhalte der EntschlieÙung sind in der Tat sensationell, insbesondere die Forderung an alle Staaten, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften durch Schaffung des Rechtsinstituts der Eingetragenen Partnerschaft anzuerkennen.“

Dringender Handlungsbedarf für Österreich Keineswegs Musterland der Menschenrechte

„Wir hoffen“, ergänzt HOSI-Wien-Obmann Christian Högl, „daß Österreich jetzt endlich handeln wird – alle drei Forderungen richten sich nämlich auch an Österreich, das in diesem Bereich unter den 41 Staaten zu den absoluten Schlußlichtern zählt. Nur mehr eine kleine Minderheit hat – wie Österreich mit § 209 – noch diskriminierende Bestimmungen gegen Homosexuelle im Strafrecht. Österreich wird auch namentlich deswegen im Bericht erwähnt, den der ungarische Abgeordnete Csaba Tabajdi in Vorbereitung der EntschlieÙung erstellt hat. Damit wird die Liste jener internationalen Gremien und Resolutionen, die Österreich direkt oder indirekt auffordern, § 209 abzuschaffen, immer länger. Zuvor hatten bereits die Europäische Menschenrechtskommission, der UNO-Ausschuß für Menschenrechte und das Europäische Parlament derartige Aufforderungen ausgesprochen. Österreich, das sich selbst so gerne als Musterland der Menschenrechte darstellt, hat jedoch diese Aufforderungen bisher konsequent ignoriert.“

Historische EntschlieÙung für Europas Lesben und Schwule

„Die Verabschiedung der EntschlieÙung, die übrigens auf eine Initiative der SPÖ-Abgeordneten Imtraut Karlsson zurückgeht, ist auch ein großer Erfolg für die europäische Lesben- und Schwulensbewegung, die ein großangelegtes und konzertiertes Lobbying in ganz Europa durchgeführt hat“, erklärt HOSI-Wien-Generalsekretär Kurt Krickler, der auch Vorstandsvorsitzender des europäischen Lesben- und Schwulenverbands ILGA-Europa ist. „ILGA-Europa und ihre Mitgliedsorganisationen in den Europaratsstaaten haben den Berichterstatter mit umfangreichen Informationen über die Situation von Lesben und Schwulen in allen 41 Staaten versorgt und auch die Vorbereitung und Durchführung einer Anhörung im Menschenrechtsunterausschuß der Parlamentarischen Versammlung im Oktober 1999 in Paris unterstützt. Für Lesben und Schwule in ganz Europa ist diese EntschlieÙung ein historisches Ereignis.“

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union

VON KURT KRICKLER

Dem Europäischen Rat wurde Mitte Oktober in Biarritz der Entwurf einer Charta der Grundrechte der Europäischen Union vorgelegt. Auf dem EU-Gipfel am 7. und 8. Dezember 2000 in Nizza soll diese Charta dann feierlich proklamiert werden. Obwohl es sich hier um ein eminent wichtiges Projekt handelt, hat es in Österreich bisher kaum eine öffentliche Debatte über die Inhalte der geplanten Charta gegeben, zu sehr hat die lächerliche Sanktionendiskussion alle anderen EU-Themen in den Hintergrund gedrängt. Dieser Umstand wirft einmal mehr ein bezeichnendes Licht auf das erschreckend niedrige Niveau, auf dem sich Politik und Journalismus ganz allgemein in Österreich bewegen. Erst der EP-Abgeordnete Hans-Peter Martin (SPÖ) hat im *STANDARD* vom 23. September die österreichische Öffentlichkeit über den mangelhaften und enttäuschenden Entwurf alarmiert.

Diese Charta wird auch für Lesben und Schwule relevant sein und ihre Situation potentiell verbessern können. Allerdings wird die Charta auch ihre Grenzen haben. Daher wollen wir mit diesem Beitrag über den Stand der Dinge in Sachen Grundrechtscharta ausführlich informieren. Wie alle großen Projekte in der EU hat auch sie eine längere Vorgeschichte, die zu kennen nicht uninteressant ist und zudem ein besseres Verständnis des politischen Hintergrunds ermöglicht. Daher sei an dieser Stelle auf diese Vorgeschichte eingegangen.

Die Vorgeschichte

Als die Europäische Gemeinschaft gegründet wurde, war man nicht der Ansicht, ihre primär wirtschaftlichen Ziele und Aktivitäten würden einen Grundrechtsaspekt beinhalten. Die Gründungsmitglieder hatten überdies gemeinsam mit anderen Staaten den Europarat, eine eigenständige Organisation, gegründet. Der Schutz der Menschenrechte sollte durch die im Rahmen des Europarats 1950 verabschiedete Europäische Menschenrechtskonvention und seinen Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) garantiert werden.

Im Laufe der Zeit nahm jedoch das Verständnis dafür, daß Grund- und Menschenrechte einen integralen Bestandteil des Gemeinschaftsrechts darstellen, immer mehr zu. Anfänglich erlangten die Grund- und Menschenrechte diese Anerkennung durch Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften (EuGH), der in mehreren Rechtssachen entschied, daß die Grund- und Menschenrechte Teil der allgemeinen Rechtsgrundlagen sind, zu deren Anwendung der Gerichtshof verpflichtet ist. Eine der wichtigsten Quellen in diesem Zusammenhang stellt dabei natürlich die erwähnte Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) dar.

Der erste Gemeinschaftsvertrag, der einen ausdrücklichen Hinweis auf Grundrechte enthielt, war schließlich die 1986 angenommene Einheitliche Europäische Akte.

Die Fragen der Grundrechte haben sich auch mit den Diskussionen über die UnionsbürgerInnenschaft überlagert, die durch den Maastricht-Vertrag (1993) ge-

schaffen wurde – jede/r BürgerIn eines EU-Mitgliedsstaats ist UnionsbürgerIn. Diese war jedoch eher von symbolischer als von realer Bedeutung, da die UnionsbürgerInnen nur in den Genuß der eingeschränkten bürgerlichen und politischen Rechte, wie sie im Vertrag definiert sind, kommen. Zu diesen zählen das Recht, überall in der EU leben und arbeiten zu können, und das aktive und passive Wahlrecht bei Wahlen zum Europäischen Parlament und bei Lokalwahlen (wobei auch dieses in beiden Fällen gewissen Einschränkungen unterliegt). Die Forderungen nach einem umfassenderen Konzept der UnionsbürgerInnenschaft und nach garantierten Rechten für alle in der EU lebenden Menschen, nicht nur für die StaatsbürgerInnen der Mitgliedsstaaten, wurden immer lauter.

Im Laufe der Zeit hat sich auch verstärkt die Einsicht durchgesetzt, daß Maßnahmen zur Errichtung des Binnenmarkts, wie z. B. der freie Personenverkehr, ihr Ziel nicht erreichen können, wenn nichts gegen die Unterschiede im Grad des Schutzes vor den verschiedenen Formen der Diskriminierung unternommen wird. Dies kam auch im Weißbuch zur Sozialpolitik aus dem Jahre 1994 zum Ausdruck, in dem festgestellt wurde, daß die Union Maßnahmen zum Schutz der Menschen vor Diskriminierung setzen muß, will sie die Freizügigkeit der Personen tatsächlich Realität werden lassen.

Der Vertrag von Maastricht war zudem bei den Menschen auf wenig Gegenliebe gestoßen. Die Regierungen der Mitgliedsstaaten erkannten, daß sie sich mit der rückläufigen Unterstützung in der Bevöl-

kerung für die europäische Integration auseinandersetzen und auf die weitverbreitete Skepsis in Hinblick auf ihre Richtung und Auswirkungen, wie sie sich immer wieder in Meinungsumfragen niederschlug, reagieren mußten.

Es entstand beträchtlicher politischer Druck, die soziale Dimension zu stärken und Europa näher zu seinen BürgerInnen zu bringen. Im Mai 1995 forderte das Europäische Parlament in einer Entschließung, die damals bevorstehende Regierungskonferenz möge „einen Vertrag für die Bürger der Union“ verabschieden, der diesen mehr Rechte und allen in der EU lebenden Menschen einen verbesserten Grundrechtsschutz zuerkennen solle. Von unterschiedlichster Seite wurden Forderungen laut nach Aufbau eines „sozialen Europas“ durch Änderungen im Vertrag, mit denen die sozialpolitischen Bestimmungen erweitert, die Gemeinschaftspolitiken in Bereichen wie Beschäftigung und Umwelt gestärkt, Diskriminierung verboten und bürgerliche und soziale Grundrechte verankert werden.

Im Sozialpolitischen Aktionsprogramm 1995-1997 der Europäischen Kommission wurde die Einsetzung eines Komitees der Weisen angekündigt. Dieses sollte untersuchen, welche Rolle die „Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer“ aus dem Jahre 1989 in Hinblick auf die bevorstehende Revision der Verträge spielen könnte. Das Komitee präsentierte seinen Bericht „Für ein Europa der politischen und sozialen Rechte“¹ im März 1996. Es trat darin vehement für die Schaffung eines „sozialen Europas“ ein, in dem die sozialen und wirtschaftlichen Fragen miteinander verzahnt werden, und betonte die Notwendigkeit, das Bewußtsein für Demokratie und Bürgersinn in der Union

dadurch zu stärken, daß soziale und bürgerliche Rechte als unteilbar behandelt werden. Der Bericht schlug als ersten Schritt die Verankerung eines Kernbestands an Rechten, darunter das Verbot jeglicher Diskriminierung, in den Verträgen vor. Dem sollte dann eine umfassende Konsultation folgen, um eine vollständige Liste bürgerlicher, sozialer und politischer Rechte zu erarbeiten. Zu einem solchen Diskriminie-



ungsverbot kam es im Zuge der Regierungskonferenz, die im Juni 1997 mit dem Vertrag von Amsterdam endete, allerdings noch nicht. Es reichte bloß für die Bestimmung des Artikels 13 EG-Vertrag, durch die der Union die Kompetenz übertragen wurde, Diskriminierung aus bestimmten Gründen zu bekämpfen und dazu einstimmig geeignete Vorkehrungen zu treffen.

Die Europäische Kommission bekundete jedoch ihre Absicht, diese Debatte voranzutreiben, und setzte zu diesem Zweck eine hochrangige ExpertInnengruppe ein, in der Professor Spiros Simitis den Vorsitz führte. Sie sollte den Status der Grundrechte in den Verträgen nach dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags analysieren und die Möglichkeit prüfen, bei der nächsten Revision der Verträge einen Grundrechtskatalog in diese aufzunehmen. Die Kommission nutzte somit die zwei Jahre

zwischen der Annahme des Amsterdamer Vertrags und seinem Inkrafttreten am 1. Mai 1999, um schon die nächsten Schritte vorzubereiten.

Der Bericht dieser ExpertInnengruppe – „Die Grundrechte in der Europäischen Union verbürgen: Zeit zum Handeln“² – wurde im Februar 1999 veröffentlicht und enthält spezifische Empfehlungen zur Aufnahme von garantierten Rech-

ten in die Verträge. Beim Europäischen Rat in Köln im Juni 1999 wurde vereinbart, die Ausarbeitung einer solchen Charta der Grundrechte in Angriff zu nehmen. Diese solle ein präziser Katalog von Menschenrechtsnormen werden, in dem die durch die EMRK garantierten Grund- und Freiheitsrechte, gewisse soziale Rechte sowie jene grundlegenden Rechte, die den BürgerInnen der Europäischen Union in ihrer Eigenschaft als UnionsbürgerInnen zuerkannt worden sind (etwa das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der Union), zusammengefaßt werden. Ein Entwurf soll bis zum Europäischen Rat im Dezember 2000 ausgearbeitet werden. „Danach wird zu prüfen sein, ob und gegebenenfalls auf welche Weise die Charta in die Verträge aufgenommen werden sollte“, hieß es dazu in den Schlußfolgerungen des Kölner EU-Gipfels.³

Die Charta wird ausgearbeitet

Auf dem EU-Gipfel in Tampere im Oktober 1999 wurde schließlich das Gremium bestimmt, das die Charta ausarbeiten soll⁴: Es erhielt die Bezeichnung „Konvent“ und besteht aus je zwei Mitgliedern der 15 nationalen Parlamente, aus je einem Beauftragten der Staats- und Regierungschefs der 15 EU-Staaten und aus 16 Abgeordneten des Europäischen Parlaments sowie einem Beauftragten des Präsidenten der Europäischen Kommission.

Bereits in Tampere wurde auch die Arbeitsweise des Konvents festgelegt. Ebenso, wer anzuhören ist, nämlich der Wirtschafts- und Sozialausschuß, der Ausschuß der Regionen, der Europäische Bürgerbeauftragte sowie gesellschaftliche Gruppen und Sachverständige. Ebenfalls wurde festgelegt, daß die Beratungen des Konvents und alle ihm vorgelegten Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich sein müssen. Die Beratungen sind in der Tat völlig transparent gewesen, alle Dokumente – auch die zahlreichen schriftlichen Stellungnahmen der Zivilgesellschaft, darunter der ILGA-Europa – sind auf einem eigenen Website abrufbar.⁵

Im Dezember 1999 trat das 62köpfige Gremium zum erstenmal in Brüssel zusammen. In 15 zwei- bis dreitägigen Sitzungen wurde danach unter Vorsitz des deutschen Altbundespräsidenten Roman Herzog der Textentwurf erarbeitet, quasi in mehreren Lesungen. Im April wurden rund 60 VertreterInnen von nichtstaatlichen Organisationen – darunter der ILGA-Europa – zu einem Hearing in Brüssel geladen, wo sie Gelegenheit hatten, in fünfminütigen Statements ihre Anliegen auch mündlich vorzutragen. Im Juni standen dann rund 1000 Änderungsanträge zur Behand-

lung an. Am 25. und 26. September trat der Konvent zu seiner vorerst letzten Sitzung zusammen, um den endgültigen Textentwurf fertigzustellen, den er dem Europäischen Rat in Biarritz am 13. und 14. Oktober vorgelegt hat. Der Europäische Rat wird dann zum Entwurf der Charta Stellung nehmen. Möglicherweise wird der Konvent dann bis Nizza am endgültigen Text weiterarbeiten.

Feierliche Erklärung oder rechtsverbindlicher Text?

Eine nicht nur innerhalb der befaßten NGOs, sondern auch in der interessierten Öffentlichkeit diskutierte Frage ist jene, ob die Charta rechtsverbindlich in die Gemeinschaftsverträge aufgenommen oder bloß eine feierliche Proklamation wird. In Nizza wird sie sicherlich nur feierlich proklamiert werden, wie ja der Auftrag des Rates von Köln lautet. „Danach wird zu prüfen sein, ob und gegebenenfalls auf welche Weise die Charta in die Verträge aufgenommen werden sollte.“ Es ist damit zu rechnen, daß in Nizza ein Verfahren verabschiedet wird, wie die Charta tatsächlich in die Verträge aufgenommen werden kann, wobei dies naheliegenderweise wohl im Rahmen der nächsten Regierungskonferenz geschehen wird, mit deren Beginn aber frühestens im Jahre 2003 zu rechnen ist. Die derzeit laufende Regierungskonferenz, die in Nizza abgeschlossen werden soll, beschäftigt sich nicht mit der Charta. Jedenfalls ist der Druck der Öffentlichkeit inzwischen wohl zu groß, als daß die Charta nur eine unverbindliche Deklaration bleiben könnte.

Die Relevanz für Lesben, Schwule und Transgender-Personen

Abgesehen davon, daß alle in der Charta berücksichtigten Rechte natürlich auch für alle Lesben, Schwule und Transgender-Personen von Bedeutung sind, gibt es zwei Artikel in der Charta, die von ganz spezifischer Signifikanz für sie sind. Da ist zum einen der Nichtdiskriminierungsartikel. Er hat die Ziffer 21 und findet sich im Kapitel III – „Gleichheit“ (die Charta ist in sieben Kapitel eingeteilt). Artikel 21 formuliert ein absolutes Diskriminierungsverbot: Absatz 1 in der momentanen Fassung, die unter der Bezeichnung „CONVENT50“ firmiert und auf dem Website des Konvents abrufbar ist, lautet: *Diskriminierungen ins-*

besondere wegen des Geschlechts, der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, der genetischen Merkmale, der Sprache, der Religion oder der Weltanschauung, der politischen oder sonstigen Anschauung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, des Vermögens, der Geburt, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung sind verboten.

Daß „sexuelle Ausrichtung“ ausdrücklich als Schutzkategorie in diesen Artikel aufgenommen worden ist, war einerseits naheliegend, weil sie ja auch im Artikel 13 EG-Vertrag vorkommt, andererseits wurde dies bereits im erwähnten Simitis-Bericht empfohlen. Natürlich ist es auch ein Erfolg des Lobbying der ILGA-Europa, die dies in ihren Stellungnahmen gefordert hat. Im Zuge der Ausarbeitung des Textes gab es indes auch Versuche, „sexuelle Orientierung“ aus dem Artikel 21 zu streichen, etwa durch einen Abänderungsantrag des persönlichen Beauftragten Premierminister Tony Blairs, Lord Goldsmiths. Daß Blair ausgerechnet einen erkonservativen Vertreter in den Konvent entsandte, kann man böswillig fast schon als leichte Sabotage des Projekts werten. Überhaupt ist man ja in einigen Mitgliedsstaaten, nicht nur im Vereinigten Königreich, sondern auch in Skandinavien, allerdings aus unterschiedlichen Gründen, der Charta gegenüber eher vorsichtig und skeptisch eingestellt.

Jedenfalls haben sich schließlich jene durchgesetzt, die „sexuelle Orientierung“ explizit erwähnt sehen wollten. Was ILGA-Europa jedoch nicht gelang, war, die ausdrückliche Aufnahme von „geschlechtlicher Identität“ in den Artikel 21 zu erwirken.

Die Aufnahme „sexueller Orientierung“ ist sicherlich auch deshalb ein so großer Erfolg, als Artikel 21 ein klares und allgemeines Diskriminierungsverbot formuliert. Selbst wenn die Charta vorerst nur eine Deklaration ist, ist sie ein wichtiges Dokument, auf das sich Lesben und Schwule in der EU berufen können. Wird die Charta später rechtsverbindlich, wird sie dann die erste internationale Konvention sein, in der „sexuelle Orientierung“ ausdrücklich berücksichtigt wird.

Der zweite für Lesben und Schwule spezifisch interessante Artikel ist jener über das Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen, zurzeit Artikel 9 im Kapitel II – „Freiheiten“. Hier haben sich allerdings die Traditionalisten durchgesetzt,

obwohl es sehr weitreichende Anträge – auch in Übereinstimmung mit den Forderungen der ILGA-Europa – gegeben hat, die Gleichstellung von Lebensgemeinschaften und Eingetragenen PartnerInnenchaften, ausdrücklich auch gleichgeschlechtlicher, mit der Ehe hier festzuschreiben. Artikel 9 in seiner jetzigen Fassung verweist jedoch diese Rechte zurück an die Mitgliedsstaaten. Er lautet: *Das Recht, eine Ehe einzugehen, und das Recht, eine Familie zu gründen, werden nach den einzelstaatlichen Gesetzen gewährleistet, welche die Ausübung dieser Rechte regeln.*

Hier ist also für Lesben, Schwule und Transgender-Personen unmittelbar nichts zu gewinnen.

Eingeschränkter Anwendungsbereich

In diesem Zusammenhang ist auch auf den größten „Haken“ der Charta hinzuweisen. Der findet sich im Artikel 51 im Kapitel VII – „Allgemeine Bestimmungen“. Dort heißt es nämlich:

(1) Diese Charta gilt für die Organe und Einrichtungen der Union unter Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips und für die Mitgliedstaaten bei der Durchführung des Rechts der Union. Dementsprechend achten sie die Rechte, halten sie sich an die Grundsätze und fördern sie deren Anwendung gemäß ihrer jeweiligen Zuständigkeiten.

(2) Diese Charta begründet weder neue Zuständigkeiten noch neue Aufgaben für die Gemeinschaft und für die Union, noch ändert sie die in den Verträgen festgelegten Zuständigkeiten und Aufgaben.

Mit anderen Worten: Die Mitgliedsstaaten sind der Charta nur dann unterworfen, wenn sie Gemeinschaftsrecht anwenden. Da Strafrecht und Familienrecht weiterhin bei den Mitgliedsstaaten ressortieren, wird man sich gerade in diesen Bereichen, wo Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Orientierung am häufigsten vorkommen, leider nicht auf den Artikel 21, das allgemeine Diskriminierungsverbot, berufen können.

In diesem Zusammenhang ist es übrigens auch sehr merkwürdig, daß sich die Charta trotz dieser Einschränkung des Artikels 51 mit Rechten befaßt, die im Zuge der Anwendung von Gemeinschaftsrecht nie und nimmer zum Tragen kommen können. So

ist schwer vorstellbar, bei welcher Gelegenheit die Organe und Einrichtungen der EU bzw. ihre Mitgliedsstaaten bei der Umsetzung von Gemeinschaftsrecht die Todesstrafe anwenden könnten, die im Artikel 2, Absatz 2 im Kapitel I – „Würde des Menschen“ – geächtet wird (*Niemand darf zur Todesstrafe verurteilt oder hingerichtet werden*). Dasselbe gilt für Folter (Artikel 4).

Allerdings könnte die Bestimmung über den Anwendungsbereich der Charta gerade für jene Bereiche interessant werden, wo es um Diskriminierungen von gleichgeschlechtlichen PartnerInnenchaften geht. Denn wengleich das Recht, eine Ehe einzugehen bzw. eine Familie zu gründen, ins Familienrecht der Mitgliedsstaaten ausgelagert bleibt, so betreffen Bereiche wie die Niederlassungsfreiheit bzw. der freie Personenverkehr innerhalb der EU für alle EU-BürgerInnen oder der Familiennachzug doch wesentliches EU-Recht. Gerade die Freizügigkeit der Personen ist eine der wichtigsten Säulen des Gemeinschaftsrechts. Wenn Personen nunmehr in diesem Recht wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden, dann muß das natürlich einen Verstoß gegen die Charta darstellen.

Man kann sich zum Beispiel den Fall vorstellen, daß ein in Schweden eingetragenes gleichgeschlechtliches Paar, bestehend aus einer Schwedin und einer Drittstaatsangehörigen, sagen wir einer Polin, sich in einem Land niederlassen möchte, wo es die Eingetragene PartnerInnenchaft noch nicht gibt. Während sich die Schwedin problemlos in, sagen wir Österreich, niederlassen kann, hat sie keinen Rechtsanspruch – im Gegensatz zu einem Landsmann, der mit einer Polin verheiratet ist –, ihre polnische Partnerin mitzunehmen. Hier käme es ganz eindeutig zu

einer nach Artikel 21 der Charta verbotenen Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung in der Anwendung von EU-Recht durch einen Mitgliedsstaat.

Das Beispiel könnte man auch mit zwei Schweden durchspielen, von denen nur einer eine Beschäftigung in seinem neuen Wohnsitzland hat, der Partner aber sein grundsätzliches Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU mangels Arbeitsplatzes, beruflicher Fähigkeiten oder finanzieller Mittel nicht in An-



spruch nehmen kann – diese sind ja nach wie vor auch für EU-BürgerInnen Voraussetzung für die Freizügigkeit. Bei einem verheirateten Paar spielt es jedoch keine Rolle, wenn einer der Ehegatten keine dieser Voraussetzungen erfüllt.

Nun könnte man einwenden, daß – um bei diesem Beispiel zu bleiben – Österreich die Eingetragene PartnerInnenchaft in Schweden und anderen Mitgliedsstaaten nicht anerkennen muß, weil einerseits die skandinavischen Länder von sich aus ihren Gesetzen eine internationale Wirkung versagt haben und andererseits es sich ja um keine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung handle, da ja auch heterosexuelle LebensgefährtenInnen aus Drittstaaten, die ihren EU-PartnerInnen nach Österreich folgen möchten, nicht automatisch Anrecht auf Aufenthalt hätten wie Ehegatten.

Entwicklung ist nicht aufzuhalten

Dieses Argument wird aber spätestens nächstes Jahr – zumindest für die Niederlande – obsolet, wenn dort die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet wird. Dann fällt nämlich auch der gleichgeschlechtliche Ehegatte unter den Begriff des Ehegatten in allen gemeinschaftsrechtlichen Bestimmungen zum freien Personenverkehr und zur Familienzusammenführung. Eine solche in den Niederlanden rechtsgültig ge-

schlossene Ehe zwischen zwei Frauen oder zwei Männern könnte weder Österreich noch der Europäische Gerichtshof (EuGH) ignorieren – zumal Familienrecht gerade eben in die Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten fällt und die EU hier über keine Kompetenz verfügt. Verweigerte Österreich den Aufenthalt einem z. B. kanadischen Ehegatten eines Niederländers, der sich bei uns niedergelassen hat, so wäre dies eine Verletzung der Charta aufgrund der sexuellen Orientierung bzw. – eigentlich in erster Linie – auch des Geschlechts, denn theoretisch könnten ja dann auch zwei heterosexuelle Frauen bzw. zwei heterosexuelle Männer einander heiraten. Zwar hat ein Sprecher der EU-Kommission nach der Abstimmung im niederländischen Unterhaus am 12. September erklärt, die Anerkennung der gleichgeschlechtlichen Ehe sei eine Sache, die allein jedem ein-

zelnen Mitgliedsstaat zukomme, doch hier hat der Gerichtshof wohl auch noch ein Wortchen mitzureden.

Daraus ergeben sich dann wieder neue Konsequenzen. Zum einen wird es dann schwer argumentierbar sein, den Eingetragenen PartnerInnen aus Schweden, Dänemark, Frankreich und den beiden EWR-Ländern Island und Norwegen nicht dieselben Rechte zu gewähren wie den gleichgeschlechtlichen Ehegatten aus den Niederlanden, zumal die nordischen Regelungen ja quasi einer Ehe gleichkommen. Zum anderen wird es noch schwieriger zu argumentieren sein, daß niederländische gleichgeschlechtliche Ehegatten in Österreich dieselben Rechte haben wie österreichische verschiedengeschlechtliche Ehepaare, während die einheimischen Lesben und Schwulen in ihren PartnerInnenchaften völlig rechtlos bleiben. Hier könnte also jene Mitgliedsstaaten, die noch keinerlei rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenchaften haben, gehörig unter Zugzwang kommen.

Jedenfalls wird die Charta sicherlich noch viel Stoff für den Streit der Juristen und Juristinnen liefern, und man wird sich auf spannende Musterprozesse vor dem EuGH freuen können, denn es wird wohl am Gerichtshof liegen, in manchen Bereichen letztendlich Klarheit zu schaffen.

Und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)?

Diese letzten Beispiele und Artikel 51 über den Anwendungsbereich der Charta illustrieren auch deutlich, warum eine eigene EU-Charta notwendig ist. Viele haben ja im Vorfeld argumentiert, man brauche keine eigene EU-



VON IRENE ZEILINGER

Wer die Wahl hat...

Charta der Grundrechte, weil ja ohnehin alle 15 Mitgliedsstaaten die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarats ratifiziert haben. Notfalls hätte ja auch die Union zusätzlich noch der EMRK beitreten können, wie dies einige Länder lieber gesehen hätten. Vor allem in Skandinavien und dem Vereinigten Königreich steht man der EU-Charta eher skeptisch gegenüber, wohl auch, weil man fürchtet, dies sei der Anfang für eine EU-Verfassung und eine föderalistische EU.

Andererseits wollen auch die EuGH-Richter in Luxemburg nicht ihre KollegInnen am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg über Gemeinschaftsrecht befinden und urteilen lassen. Hier besteht eine Rivalität und Eifersucht zwischen den Gerichtshöfen. 1996 hat der EuGH in einer offiziellen Stellungnahme auch festgehalten, daß ein Beitritt der EU zur EMRK gar nicht möglich sei.⁶ Und das von manchen befürchtete Risiko, daß Luxemburg und Straßburg bei gleich- oder ähnlich gelagerten Fällen unterschiedliche Urteile fällen könnten, bestünde ja durchaus.

Schwachpunkte des derzeitigen Entwurfs für eine EU-Charta

Während Lesben und Schwule, was ihre spezifischen Anliegen betrifft, einigermaßen mit dem Entwurf der Charta zufrieden sein können, können sie das als gewöhnliche EU-BürgerInnen, speziell als ArbeitnehmerInnen, schon weniger sein.

Europäische Netzwerke und Dachverbände von nichtstaatlichen Organisationen (NGOs), die in verschiedenen sozialen Bereichen tätig und in der Plattform Europäischer Sozial-NGOs zusammengeschlossen sind, haben gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) eine zweijährige Kampagne geführt, daß speziell die sozialen Rechte in der Charta entsprechend verankert werden. In dieser Hinsicht wies der vorletzte Entwurf allerdings dermaßen große Defizite auf, daß die Plattform und der EGB auf einer gemeinsamen Konferenz am 30. August und 1. September dieses Jahres in Brüssel zur Ansicht gelangt sind, daß es besser ist, diesen Entwurf lieber gar nicht zu verabschieden als in der derzeitigen Form. Die ILGA-Europa war bei dieser Konferenz durch ihre beiden Vorstandsvorsitzenden Jackie Lewis und den Autor dieser Zeilen vertreten. Letzterer nahm auch an der österreichischen Tagung im Rahmen dieser Kampagne teil, die gemeinsam vom ÖGB und Volkshilfe am 14. Juli in Wien veranstaltet wurde.

Insbesondere wurde kritisiert, daß der Chartaentwurf hinter die Rechte der revidierten Europäischen Sozialcharta des Europarats aus 1996 zurückfällt und im Gegensatz zu dieser etwa das Recht auf Arbeit genauso wenig vorsieht wie das Recht auf Wohnen, auf Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung oder auf soziale Dienstleistungen. Auch das Recht auf Mindesteinkommen fehlt im Entwurf. Ebenso das Recht zu streiken. Dafür findet sich als ein Novum für eine Grundrechtskonvention das Recht auf unternehmerische Freiheit. Dieser Artikel 16 ist dem umtriebigen, bereits erwähnten Vertreter Tony Blairs zu verdanken und hat die spöttische Bezeichnung „Lord-Goldsmith-Gedächtnis-Artikel“ erhalten. Während die Sozialpartner stört, daß sie durch die Charta nicht auf europäischer Ebene anerkannt werden, kritisieren die NGOs, daß ihre Konsultation in keinem Artikel vorgesehen ist. Auch die Rechte von sich

legal in der Union aufhältigen Drittstaatsangehörigen sind nach Ansicht der Zivilgesellschaft nicht ausreichend berücksichtigt.

In der Schlußphase hat der Konvent seinen endgültigen Entwurf jedoch noch entscheidend verbessert. Der eingangs erwähnten Kritik Hans-Peter Martins sowie jener der NGOs wurde dabei Rechnung getragen. So wurde etwa das Streikrecht ausdrücklich in den Artikel 28 aufgenommen. Trotzdem ist dieser Entwurf nicht der erhoffte große historische Wurf geworden, sondern lediglich ein kleiner gemeinsamer Nenner.

Zusammenfassung

Die geplante EU-Charta wäre auch für Lesben und Schwule relevant und brächte ihnen einen verbesserten Schutz vor Diskriminierung.

Auch wenn sie vorerst nicht rechtsverbindlich wäre, könnte der EuGH diese Charta nicht völlig ignorieren, sondern müßte sie bei seinen Entscheidungen berücksichtigen.

Auch wenn der Anwendungsbereich der Charta auf die Organe und Einrichtungen der Union sowie für die Mitgliedsstaaten ausschließlich auf die Durchführung von Gemeinschaftsrecht beschränkt ist, verbietet Artikel 21 der Charta zumindest in all diesen Bereichen jegliche Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung. Zusätzlich hätte die Charta dadurch in Ergänzung zum Artikel 13 EG-Vertrag noch stärkere Signalwirkung auf die Mitgliedsstaaten, im Kampf für die Gleichstellung und gegen die Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Lesben und Schwulen auch innerstaatlich mehr zu tun.

Obzwar das Recht auf Eingehen einer Ehe und Gründung einer Familie nicht allgemein für die gesamte EU gültig definiert wird, ergeben sich in Verbindung mit Artikel 21 und Artikel 51 doch Chancen auf Verbesserungen in diesem Bereich.

Es ist wieder einmal so weit: Mein Briefkasten geht trotz des „Pas de Pub“-Aufklebers über. Wahlkampfzeit. Und als EU-Bürgerin darf ich sogar mitwählen, es handelt sich um die belgischen Kommunalwahlen am 8. Oktober. Obwohl ich immer noch alle drei Monate meine Aufenthaltsbewilligung umständlich verlängern lassen muß, werde ich plötzlich interessant, und daher rühren auch die Verdauungsbeschwerden oben genannten Behältnisses.

Schon vor Monaten bekam ich eine Broschüre der Regierung, in der ich zur Eintragung in die WählerInnenevidenz meiner Gemeinde aufgefordert wurde. Schon wenige Tagen nach meinem Besuch beim Magistrat flatterte mir die Wahlberechtigung in Form eines A7-Wisches ins Haus. Es ist erstaunlich, wie freundlich die BeamtenInnen plötzlich sein können, wenn es ums Wahl- und nicht ums Aufenthaltsrecht geht. Und wie flink die Angelegenheit erledigt wird. Ich brauchte nicht einmal – wie sonst üblich – eine Stunde lang in der Schlange zu stehen, um mit meinem Anliegen Gehör zu finden.

Die nächste in der Reihe der um Aufmerksamkeit Heischenden war die Flämische Gemeinschaft, die mich zu einem Empfang einlud. Mittlerweile kenne ich mich ja aus: Die BelgierInnen erfreuen sich nicht einer, nein zweier sozialistischer Parteien, ebenso wie zweier liberaler, christlich-konservativer und grüner Parteien, fein säuberlich durch die Sprachgrenze getrennt. Das multipliziert natürlich die verteilte Papiermenge pro Kopf. Jedenfalls frage ich mich, ob die österreichische Regierung wohl schon jemals Nicht-ÖsterreicherInnen zu Buffets eingeladen hat, um sie höf-

lich zu ersuchen, doch bitte wählen zu gehen.

Naja, und seither flattern mir täglich die buntesten Flugis ins Haus. Dabei fällt mir eines auf: Die Programme der einzelnen Listen sind sich sehr ähnlich – was sich unterscheidet, sind die Feste, zu denen frau eingeladen wird. Der Bürgermeister hat das Eselsfest (der Esel ist das Wahrzeichen meiner Gemeinde, nicht daß ihr zu falschen Schlußfolgerungen kommt!), die Liberalen haben das Kirschenfest usw. Ganz verstehe ich ja die tiefere Bedeutung dieses Festes nicht: Wollen sie zeigen, daß mit ihnen gut Kirschen essen ist? Oder daß unter einer roten Schale ein brauner Kern steckt? (*tschuldigung für den schlechten Scherz!)

Während die einen Kulinarisches bieten, winken die anderen mit Recht und Ordnung. Das einzige Traktat, das ich regelmäßig lese, ist jenes vom hiesigen *Blok*-Mann. Der Gute war früher einmal berückter Hauptkommissar hier und wurde dann gefeuert, weil er die Gesetze ziemlich elastisch interpretierte und schließlich an einer Lüge strauchelte. Seit her hat er einen Pik auf seinen Ex-Arbeitgeber, den Bürgermeister. Der Grundtenor seiner Aussendungen ist: Seit Demol weg vom Fenster ist, haben die Kriminellen = Ausländer freie Hand! Wenn's nicht so traurig wäre, könnte ich lachen über die furchtbar schlecht geschriebenen Pamphlete – für wie blöd hält der Mensch die WählerInnen?!

Da wir gerade beim *Vlaamse Blok* sind: Österreich könnte sich eine Scheibe abschneiden von der Art, wie alle belgischen Parteien mit dieser ultra-rechten Gruppie-

rung umgehen. Wie schon bei den letzten Wahlen haben auch diesmal alle den *cordons sanitaire* unterschrieben: eine Selbstverpflichtung, nie und nimmer mit dem *Vlaamse Blok* zu koalieren – auch nicht in Teilfragen und egal, bei welchem Wahlausgang. Denn alle sind sich einig, daß eine demokratisch gewählte Partei noch lang keine demokratische Partei sein muß. Österreich wird natürlich überall als abschreckendes Beispiel zitiert. Und die sozialen Bewegungen haben sich auf Gemeindeebene zu *Blok*-Verhinderungskomitees zusammengetan – beeindruckend!

Nach all dem Geschriebenen ist wohl klar, daß ich von meinem Wahlrecht Gebrauch machen werde. Ob's was bringt? Eine Freundin, die bei den letzten Wahlen zur Wahlbeobachtung verdonnert worden war, erzählte mir, daß in ihrem Wahlbüro die elektronische Urne nicht funktionierte und die 500 EU-Stimmen einfach nirgends aufschienen. Wer nun glaubt, daß die Wahl angefochten oder gar wiederholt worden wäre, hat wohl noch immer nicht durchschaut, daß Österreich und Belgien so verschieden nicht sind. Nur scheint hier die Publicity besser zu funktionieren. Vielleicht gehe ich ja doch noch zum Empfang des Bürgermeisters für die EU-BürgerInnen und hole mir einen warmen Händedruck und ein paar Brötchen. Hoffentlich gibt's auch etwas Vegetarisches.

Anmerkung:

Dieser Artikel basiert auf einem Referat für die Veranstaltung „Lesben und Schwulen in der Europäischen Union“, die von der niedersächsischen Landesregierung am 27. September 2000 im Europa-Pavillon der EXPO in Hannover veranstaltet wurde. Die LN haben bisher über die EU-Grundrechtscharta in den Ausgaben 3/99, S. 42 f, und 3/00, S. 32, berichtet.

1 Für ein *Europa der politischen und sozialen Grundrechte. Bericht des Komitees der Weisen unter Vorsitz von Maria de Lourdes Pintasilgo*. Herausgegeben von der Europäischen Kommission, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1996, ISBN 92-827-7695-6.

2 *Die Grundrechte in der Europäischen Union verbürgen: Zeit zum Handeln. Bericht der Expertengruppe „Grundrechte“*. Herausgegeben von der Europäischen Kommission, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1999, ISBN 92-828-6603-3.

3 Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Köln, 3. und 4. Juni 1999, Anhang IV: *Beschluß des Europäischen Rates zur Erarbeitung einer Charta der Grundrechte der Europäischen Union*.

4 Schlußfolgerungen des Vorsitzes, Europäischer Rat Tampere, 15. und 16. Oktober 1999, Anhang: *Zusammensetzung und Arbeitsverfahren des Gremiums zur Ausarbeitung des Entwurfs einer EU-Charta der Grundrechte sowie einschlägige praktische Vorkehrungen entsprechend den Schlußfolgerungen von Köln*.

5 <http://db.consilium.eu.int/df/default.asp?lang=de>

6 Gutachten 2/94 über den Beitritt der Gemeinschaft zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 28. 3. 1996, Slg. 1996, I-1759.

Europäische Union:

Richtlinie und Aktionsprogramm vor Verabschiedung

ILGA-Europa erhält Basisfinanzierung

VON KURT KRICKLER

Im Oktober gingen nicht nur die Arbeiten an der EU-Grundrechtscharta in eine entscheidende Phase, auch die beiden noch offenen Teile der EU-Kommissionsvorschläge zur Umsetzung des Artikels 13 EG-Vertrag stehen im Oktober zur endgültigen Verabschiedung an: die *Richtlinie des Rates zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf* und der *Beschluß des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Bekämpfung von Diskriminierungen (2001-2006)*. Das dritte Element der Kommissionsvorschläge, die *Richtlinie des Rates zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft*, wurde – wie berichtet (vgl. LN 3/00, S. 31 f) – vom Rat bereits im Juni 2000 verabschiedet und ist mittlerweile im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (L 180 vom 19. Juli 2000) veröffentlicht worden.

Die Rahmenrichtlinie gegen Diskriminierung in Beruf und Beschäftigung und das Aktionsprogramm sind auch für Lesben und Schwule wichtig, da sie „sexuelle Orientierung“ berücksichtigen. Am 5. Oktober hat das Europäische Parlament in Straßburg mit großer Mehrheit seine sehr guten und erfreulichen Berichte und Entschlüsse zu diesen beiden Vorschlägen erörtert und angenommen. Allerdings hat das EP in dieser Frage kein Mitentscheidungsrecht, sondern wird nur angehört. Seine

Beschlüsse haben daher bestenfalls den Charakter von Empfehlungen. Die ILGA-Europa hat im August dennoch ein Positionspapier zu den Details der Kommissionsvorschläge sowie konkrete Abänderungsanträge zu den einzelnen Berichten für die Debatten in den verschiedenen Ausschüssen sowie im Plenum ausgearbeitet und wichtigen EP-Abgeordneten übermittelt. Auch den relevanten Kommissionsstellen wurde das Papier übermittelt, denn die Kommission sollte eigentlich nach der Konsultation des EP ihre Vorschläge an den Rat noch einmal überarbeiten und dabei die EP-Empfehlungen berücksichtigen. Danach wird die Arbeitsgruppe des Rates, in dem die Regierungen der 15 Mitgliedsstaaten vertreten sind, und die seit dem Frühjahr die Kommissionsvorschläge ebenfalls diskutiert hat, eine letzte Sitzung abhalten und ihre Arbeit beenden. Es ist geplant, daß Richtlinie und Aktionsprogramm dann beim Treffen des SozialministerInnenrates am 17. Oktober endgültig verabschiedet werden.

Sollten Richtlinie und Aktionsprogramm beschlossen werden, dann wäre das ein Riesenerfolg für die europäische Lesben- und Schwulenbewegung, die durch ihr fünfjähriges konsequentes und professionelles Lobbying nicht unwesentlich daran beteiligt war. Das geht zurück bis ins Jahr 1995 und die Vorbereitungen auf die Regierungskonferenz, die schließlich zum Amsterdamer Vertrag führte, in den schließlich der Nichtdiskriminierungs-Artikel (13 EGV) inklusive „sexueller Orientierung“ aufgenom-

men wurde, und reicht eben bis zu den aktuellen Bemühungen, wirksame gemeinschaftliche Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung in der Arbeitswelt zu erlassen. Die LN haben stets aktuell und ausführlich über diese Bemühungen und Entwicklungen berichtet. Auch die HOSI Wien war in diesen Lobbying-Prozeß involviert und hatte auch in der Endphase im September mehrmals mit der österreichischen Vertreterin in der Arbeitsgruppe des Rates, einer Mitarbeiterin des Sozialministeriums, telefoniert, um die Anliegen von Lesben und Schwulen in Zusammenhang mit den beiden Vorschlägen zu erläutern.

Kontroverse Debatten

Über die Details der Richtlinie – Beweislastverschiebung, Vorkehrungen gegen Viktimisierung, Sanktionen/Strafen, Entschädigungen, Organe zum Rechtsbeistand und zur Rechtsdurchsetzung – wurde in der Arbeitsgruppe des Rates bis zuletzt heftig diskutiert. Besonders kontroversiell waren die vorgeschlagenen Ausnahmen. Schon die Kommission hat in ihrem Vorschlag vorgesehen, daß die Mitgliedsstaaten für religiöse Arbeitgeber Ausnahmen vorsehen können, also unterschiedliche Behandlung keine Diskriminierung darstellt, wenn sie durch ein bestimmtes Merkmal begründet ist, das mit der Religion oder dem Glauben zusammenhängt, und wenn dieses eine wesentliche berufliche Anforderung darstellt. Eine katholische Schule

Bischof Laun
mißverstanden?

USA: Gore gegen
Reaktionär Bush

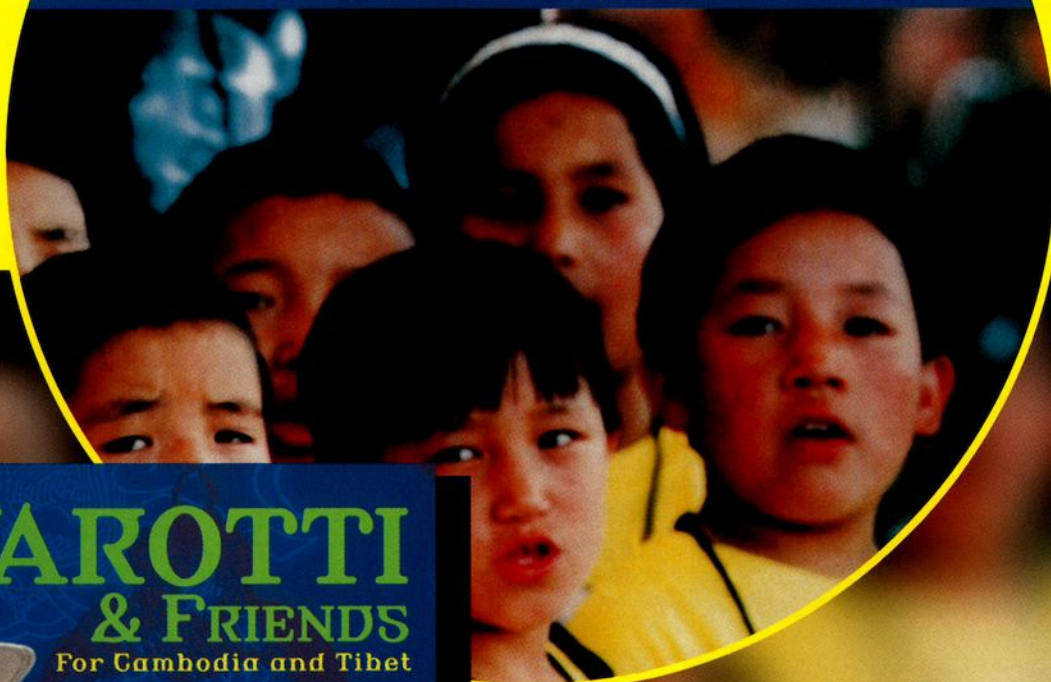
Aktuelle
Sportnews



Jetzt live: Zwei echte Diven
Gloria & Marlene

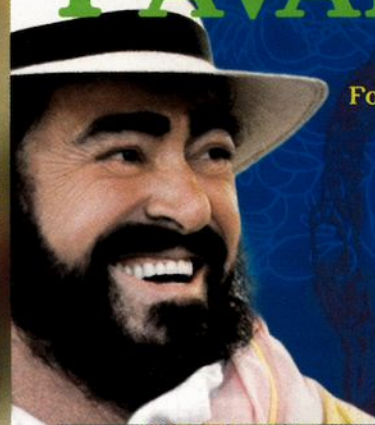
Musik

der
Menschlichkeit



PAVAROTTI & FRIENDS

For Cambodia and Tibet



Biagio Antonacci
Aqua
Tracy Chapman
Corythmics
Irene Grandi
Enrique Iglesias
George Michael
Mónica Naranjo
Savage Garden
Skunk Anansie
Caetano Veloso
Zucchero



Pavarotti and Friends
singen
für die **Kinder**
von **Kambodscha**
und **Tibet**

CD 467 200-2/4 • VHS 074 123-3

DECCA

<http://www.universalclassics.com> UNIVERSAL

bar restaurant café
willendorf



58 71 789

täglich 18-2 Uhr
in der Rosa Lila Villa

U4 Pilgramgasse · 6., Linke Wienzeile 102

HOSI WIEN aktiv für dich

OFFNUNGSZEITEN HOSI-ZENTRUM

DI 19 UHR: IM ZENTRUM - DER DIENSTAGABEND
FÜR ALLE
MI 19 UHR: LESBENGRUPPE
DO 17 UHR: NEWCOMER - COMING-OUT UND MEHR
DO 20 UHR: JUNGE HERZEN - JUGENDGRUPPE
FR 20 UHR: FALLWEISE FRAUENTANZABEND

PROGRAMM

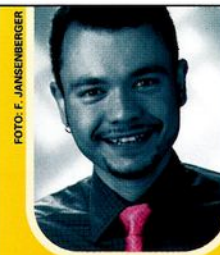
DI 17.10., 20. UHR: RECHTSBERATUNG DURCH DAS
RECHTSKOMITEE LAMBDA
DI 7.11., 20 UHR: RAINBOW DANCERS INFOABEND
FR 17.11., 24. 11. UND 15.12., 21 UHR: RESIS.DANCE
ROCKIN - FRAUENTANZABENDE



**HOMOSEXUELLE
INITIATIVE WIEN**

WWW.HOSIWIEN.AT

2., NOVARAGASSE 40 · TELEFON 01/216 66 04



editorial
von Christian Högl

Ein politisch heißer Sommer liegt hinter uns. Unser Land stand im Bann von „Sanktionen“, die zwar niemand spürte, die aber von der Regierung geschickt instrumentalisiert wurden, um von ihren Aktivitäten abzulenken. Die HOSI Wien hat seit Angelobung der blau-schwarzen Koalition versucht, das auf Österreich gerichtete internationale Medieninteresse zu nutzen, um auf die Menschenrechtsverletzungen im schwulesbischen Bereich hinzuweisen. Das betrifft vor allem das diskriminierende Mindestalter für sexuelle Kontakte zwischen Männern nach § 209 und die bis heute nicht erfolgte Wiedergutmachung für die homosexuellen Opfer des Nationalsozialismus.

Wenngleich diese Mißstände auch schon vor der Angelobung dieses Kabinetts im Februar bestanden haben, so waren es ja genau diese beiden Parteien – ÖVP und FPÖ – die mit ihrer knappen parlamentarischen Mehrheit schon

seit Jahren jegliche Änderung verhindert haben.

Natürlich war uns gleich nach Bekanntwerden der Einsetzung eines Weisenrats klar, daß diese Angelegenheit ein Fall für diesen sein müßte. Wir nahmen auch sofort Kontakt mit den Herren Ahtisaari, Frowein und Oreja auf und ersuchten um einen Gesprächstermin. Ein solcher war gar nicht so leicht zu bekommen. Schließlich war die HOSI Wien dann eine von wenigen Menschenrechts-NGOs, die von den Weisen in Heidelberg zu einem Gespräch empfangen wurden. Dieser Umstand brachte der HOSI Wien Erwähnung in zahlreichen Medien (ausführliche Berichterstattung dazu im Hauptheft der *LAMBDA-Nachrichten*).

Leider haben die Weisen unsere Forderungen letztlich nicht in ihren Bericht aufgenommen. Das ändert aber nichts daran, daß eine große Öffentlichkeit auf unsere Forderungen aufmerksam geworden ist.

IMPRESSUM – Herausgeberin, Medieninhaberin: Homosexuelle Initiative (HOSI) Wien, Novaragasse 40, 1020 Wien, Tel. 01/216 66 04 · Herstellung: Melzer-Druck, 1140 Wien · LAMBDA special ist eine Gratis-Beilage zu den vierteljährlich erscheinenden LAMBDA-Nachrichten · Erscheinungstermin dieser Ausgabe: 9. Oktober 2000, nächste Ausgabe am 9. Jänner 2001 · Es gilt die Anzeigenpreisliste 1/2000.

jetzt abonnieren!



**Erscheint
am 17.
Oktober!**

**Einfach
besser
informiert
sein!**

Die LAMBDA-Nachrichten kosten im Abo S 240,- (4 Ausgaben im Jahr).
Bestellung an: HOSI Wien, Novaragasse 40, 1020 Wien oder E-Mail
lambda@hosiwien.at.
Die aktuelle Ausgabe wird dir mit einem Zahlschein zugesandt.

Der mißverstandene Bischof

Im Mai 2000 verdichteten sich die Gerüchte. Die Tageszeitung *DER STANDARD* wußte am 25. 5. zu berichten, daß unter der Federführung des Moraltheologen und Weihbischofs Andreas Laun an der Organisation einer wissenschaftlichen Tagung zum Themenkreis Kirche und Homosexualität gearbeitet werde. Am 7. September war es dann soweit. Unter Ausschluß der Öffentlichkeit trafen Geistliche in Salzburg zu einer dreitägigen Konferenz zusammen.

hatte man unseligerweise auch den US-Buchautor Richard Cohen eingeladen. Cohen ist ein *converted gay* und Gründer der *International Healing Foundation*, einer reichlich obskuren Organisation, die Homosexuelle von ihrer *Same-Sex-Disorder* heilen will (www.gaytostraight.org). Laun war ganz angetan von den Thesen Cohens und nahm ihn zur Pressekonferenz im Anschluß an die Tagung mit.

Das Medienecho war beachtlich. Fernsehen, Radio, Webnews-Dienste und die Printmedien brachten die Frohbotschaft: Der Salzburger Weihbischof will Homosexuelle heilen! Glücklicherweise hält heutzutage kein Journalist Schwule und Lesben für Kranke. Dementsprechend geharnischt vielen Berichterstattung und Kommentare aus. SozialdemokratInnen, Grüne und Liberale verurteilten die bischöflichen Äußerungen in Presseerklärungen. Auch die HOSI-Wien ließ eine Presseaus-

Bei den Vorträgen wurde unter anderem recht kritisch die Verurteilung und Verfolgung von Homosexuellen in der Kirchengeschichte beleuchtet. Durchaus zu begrüßen ist auch, daß sich die Geistlichen in einer Diskussion zum sprachlichen Umgang mit der Thematik Homosexualität Gedanken machten. Wenn sich die katholischen Würdenträger an ihre bei dieser Veranstaltung gefassten Vorhaben halten, werden



Weihbischof Andreas Laun bei der Pressekonferenz (links) und HOSI-Mitarbeiter Dieter Schmutzer und Obmann Christian Högl bei der Schadensbegrenzung in ORF-ZIB 3 und ATV-Headline-Talk (rechts).

wir Worte wie „Perversion“ oder „abartig“ im Zusammenhang mit gleichgeschlechtlicher Liebe nicht mehr aus ihrem Mund zu hören bekommen. Als einen der Hauptreferenten

sendung raus (siehe nebenstehenden Kasten), die in einigen Medien zitiert wurde, unter anderem im *STANDARD* und *KURIER* vom 9. September. In weiterer Folge war HOSI-

Presseaussendung vom 7. September 2000 HOSI Wien übt scharfe Kritik an Bischof Laun

Die Donnerstag vom Salzburger Weihbischof Andreas Laun getätigten Aussagen, wonach Homosexualität „heil-“ und „reparierbar“ sei und für nicht bekehrungswillige Lesben und Schwule kein Platz in der Kirche sei, sind für HOSI-Wien-Obmann Christian Högl entbehrlich:

„Herr Laun, der sich als diesbezüglicher ‚Wiederholungstäter‘ ja schon sehr eingehend mit der Thematik Homosexualität beschäftigt hat, sollte nicht solchen hanebüchenen Unsinn von sich geben. Selbstverständlich ist sich die Wissenschaft heute völlig einig, daß Homosexualität keine Krankheit, sondern eine natürliche und gar nicht seltene Form der Sexualität ist. Ich empfinde es als eine ungeheure Anmaßung von Andreas Laun und der katholischen Kirche, anderen Menschen vorschreiben zu wollen, wie sie ihre Sexualität zu leben und wen sie zu lieben haben.“

„Laun will also Homosexuelle, die sich nicht in seinem Sinn ‚bekehren‘ lassen, aus der katholischen Kirche verabschieden. Wir sind andersrum der Meinung, daß nicht nur Lesben und Schwule, sondern überhaupt alle fortschrittlich denkenden Menschen die Konsequenzen ziehen sollten und sich ihrerseits aus einer derartig menschenverachtenden Religionsgemeinschaft verabschieden sollten. Diese Scheinheiligkeit und verlogene Sexualmoral hat keinerlei Unterstützung mehr verdient!“

Auch Generalsekretär Kurt Krickler kann nur mehr ungläubig den Kopf schütteln: „Gestern meinte Rom, der katholische Glaube sei der einzig heilsbringende. Heute meint Bischof Laun, Heterosexualität sei die einzig ‚gesunde‘ Form der Sexualität. Mit welchen krausen Äußerungen wird sich die römisch-katholische Kirche morgen lächerlich machen?“

Wien-Obmann Christian Högl am 8. September dann auf ATV Publikumsgast bei *Headline-Talk* zu dieser Causa. Nicht in

anderem einen launig-launischen Hermes Phettberg vor sich, der als Überraschungsgast ebenfalls in diese Sendung

mißverstanden und auch falsch zitiert worden. Wir traten daraufhin mit Laun in Kontakt und boten ihm an, einen Gastkom-



Dieter Schmutzer
Sexualtherapeut



die Sendung gekommen war – trotz vorheriger Zusage – Bischof Laun. An seiner Stelle vertrat Kaplan Stefan Reuffurth die Position der Kirche. Als Kontrahenten hatte dieser unter

gekommen war. In einem längeren Gespräch nach der Show gab sich Reuffurth gegenüber dem Autor dieser Zeilen sehr betroffen über die Medienreaktionen. Laun sei

mentar für die *LAMBDA-Nachrichten* zu verfassen. Sein in mehrfacher Hinsicht nicht uninteressanter Text ist im aktuellen Hauptheft der *LN* nachzulesen. Christian Högl

Jede Nacht ein neues Lustspiel...

CAFÉ REINER

...täglich von 21h - 04h möglich...

WIEN 4., KETTENBRÜCKENGASSE 4

Der schwule Robinson

Der ORF produzierte diesen Sommer gemeinsam mit RTL II die „Expedition Robinson“, eine jener Reality-Shows, die momentan in aller Munde sind. Zwei Teams (ein österreichisches, ein deutsches) treten gegeneinander an und müssen Aufgaben erfüllen. Die Verlierergruppe muß immer einen der ihren „abwählen“ und heimschicken. Der am Ende übrigbleibende Sieger oder die Siegerin fliegt dann um 100.000 D-Mark reicher nach Hause. Im Österreich-Team war ein schwuler Robinson dabei.

Man muß Stefan einfach mögen. Der quirlige junge Mann hat eine sehr offene und lockere Art, mit anderen Menschen umzugehen. Er redet schnell – es sprudelt geradezu aus ihm heraus – und so, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Die *LAMBDA-Nachrichten* trafen ihn zum Interview in einer großen Altbauwohnung in Wien-Neubau, wo er mit einem Heteropärchen in einer WG lebt.

Stefan ist ein humorvoller Mensch. Er hat Sinn für Ironie und liebt es, Dinge scherzhaft überzeichnet darzustellen. Für seine knappen 22 Jahre hat er schon einiges erlebt. Auch vor der Robinson-Episode. Eine Ausbildung zum Touristikkaufmann hat er erfolgreich abgeschlossen, um dann aber etwas anderes zu machen. Er heuerte in einer Werbeagentur an und kann sich mittlerweile als Marketingfachmann bezeichnen.

Seine Leidenschaft gehört aber der Schauspielerei. Eigentlich wollte er sich den Sommer über auf Aufnahmeprüfungen an Schauspielschulen in Österreich und Deutschland vorbereiten, aber dann kam die ORF-Reality-Show in der Südsee dazwischen, und nun ist dieses Vorhaben auf die nächste Saison verschoben. Ein konkretes Angebot für eine Rolle in einer Theaterproduktion für 2001 hätte er schon in der Tasche. Die Rolle: Jean

Michel, Renatos Sohn in „Ein Käfig voller Narren“.
Seine Mitwirkung in „Expedition Robinson“ dauerte nur zwei Wochen. Er war der erste Kandidat, der ausscheiden mußte. Allerdings war er ganz froh darüber, nach Hause zu fliegen. Warum verzichtet jemand auf die Aussicht, eine dreiviertel Million Schilling verdienen zu können? Der Grund ist vor allem die Liebe, wie Stefan bereits als Gast bei „Vera“ Rußwurm erzählte: Nur wenige Tage vor seinem Abflug hatte er sich in seinen jetzigen Freund verliebt. Ist es an und für sich schon schwierig genug, fern jeder Zivilisation auf sich allein gestellt auf einer Insel zu verbringen, so ist es wohl zuviel, wenn dann noch Trennungsschmerz hinzukommt. In Stefans Leben ist mittlerweile wieder Normalität eingekkehrt – wenn man das bei ihm so sagen kann. Ein Mensch mit seiner Spontaneität kennt keinen „normalen“ Alltag...

LN: Stefan, warum um alles in der Welt kommt man auf die Idee, sich so etwas anzutun und sich für ein solches Abenteuer zu bewerben?

War eigentlich von Anfang an bekannt, daß du schwul bist?

Also bei den Castings noch nicht. Ich habe zwar kein Hehl daraus gemacht, aber sie haben's erst gemerkt, als ich die Zusage schon hatte. Das war eigentlich ganz witzig, während eines der Telefoninterviews, die sie mit mir gemacht haben. Die Petra Schäfer von *Prisma TV* fragte mich, was eine Freundin bei mir haben muß, um meine Freundin zu werden. Da hab' ich gesagt, sie muß ein Er sein. Sie war nur kurz irritiert. Dann hat sie die Frage auf „Freund“ umformuliert wiederholt.

Warst du der einzige Schwule in den Teams?

Bei den Österreichern sicher, und soviel ich weiß, auch bei den Deutschen, ja.

Was für Erfahrungen hast du als „Robinson“ gemacht?

Es war ein interessantes Experiment. Und zwar interessant, wie man auf den Entzug von Zivilisation reagiert.

Das ist eine nette Formulierung. Weil du gerade rauchst – wie ist es dir ohne Nikotin auf der Insel ergangen?

Es durfte ja jeder einen persönlichen Gegenstand auf die Insel mitnehmen. Andrea hat Tabak und

Wuzelblätter mitgenommen, und am Abend haben wir gemeinsam eine Zigarette gedreht und geraucht.

Was war dein persönlicher Gegenstand?

Eigentlich wollte ich ein „Work in Progress“-Buch mitnehmen, also eine Art Tagebuch führen. Das habe ich mir dann aber noch anders überlegt und mich für meinen Minidisc-Player entschieden.

So ein Tag auf der Insel ist lang. Was habt ihr die ganze Zeit gemacht?

Im wesentlichen ging es um die Nahrungsbeschaffung. Aber wir haben das auch ein bißchen aufgeteilt. Einige kümmerten sich um die Jagd, die anderen um den Bau einer Behausung. Du darfst nicht vergessen, es herrscht Tropenklima: Das heißt, jeden Tag gibt es mindestens eine Stunde Regen, und es ist auch oft recht windig.

Was unsere LeserInnen wahrscheinlich besonders interessiert, ist die romantische Liebesgeschichte...

Ja, das war ein schlechtes Timing. Nur acht Tage vor dem Abflug habe ich Karsten kennengelernt. Ich habe mir mit einer Freundin eine Aufführung des Musicals *Joseph* angesehen und bin mit ihr nachher noch was trinken gegangen. Dort habe ich ihn getroffen. Wir haben uns über die Inszenierung unterhalten und sind seither zusammen.

Hast du da nicht überlegt, auf das Inselabenteuer zu verzichten?

Schon. Aber ich hatte einen Vertrag unterschrieben, und eigentlich wollte ich schon auch fahren.

Du hast dich dann aber gleich als erster freiwillig zur Abwahl gestellt, als das Österreich-Team ein Spiel verloren hat.

Ja, das stimmt. Eigentlich hätte ein anderer gehen sollen, aber ich wollte heim. Ich habe erkannt, daß ich kein Abenteuerurlauber bin. Da hab' ich lieber Hotels, Betten, Dusche und Buffets.

Wie schauen deine Zukunftspläne aus?

Ich bin seit meinem dritten Lebensjahr von der Schauspielerei fasziniert. Daher will ich jetzt an einer Schauspielschule eine ordentliche Ausbildung machen. Wenn der ORF mich aber vom Fleck weg für eine Serie engagiert, mach' ich das natürlich sofort. *(Lacht.)*

Du bist ja jetzt sozusagen „Experte“. Welche drei Dinge würdest du auf die berühmte Insel mitnehmen?

Meinen Freund, ein Vier-Sterne-Hotel und ein Flugzeug!

interview mit „Robinson“ Stefan

STEFAN: Oh, das war „just for fun“. Eigentlich saß ich des Morgens bei einer Tasse Kaffee in meiner Wohnung und hatte den Fernseher laufen. Die brachten einen Trailer mit einem Aufruf für Kandidaten zu „Expedition Robinson“. Da hab' ich mich einfach so beworben.

Aus wie vielen BewerberInnen bist du ausgewählt worden?

Ich glaube, es waren etwa 5000 Österreicher, in Deutschland noch mehr.

Fühlt man sich da irgendwie stolz oder aufgewertet, aus einer so großen Zahl an Menschen auserkoren zu werden?

Nein, eigentlich nicht. Ich sehe das nicht als besondere Ehre oder so. Eher als Zufall. Ich habe ihnen halt g'rad als Typ in ihr Casting gepaßt.

FOTO: CHRISTIAN HÖGL



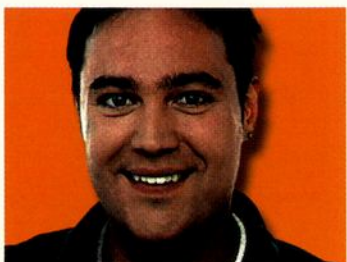
Taxi Orange: Sympathien für Robert

Nicht nur bei Expedition Robinson gab's einen offen schwulen Kandidaten (siehe vorige Seite). Auch bei Taxi Orange, der ORF-eigenen Reality Show, macht einer der Teilnehmer kein Hehl aus seiner Homosexualität und kokettiert sogar damit. Er gibt sich ganz so, wie er ist, und verschwendet keine Energien darauf, sein Tuntig-Sein zu verstecken.

Beim Fernsehpublikum kommt seine offene Art gut an. In der ersten Woche wurde er beim Mittwoch-Zwischenstand gleich nach Everybody's Darling Max im Beliebtheitsranking als Zweiter gereiht.

Der 27jährige Robert ist im Zivilberuf Behindertenbetreuer und hat aufgrund seiner Ausbildung ein gewisses psychologisches G'spür, das ihm im weiteren Verlauf der Sendung noch von Nutzen sein könnte.

Die in der ersten Woche von Sieger Max aus dem Kutscherhof gewählte Marion äußert im TV-Media-Interview allerdings eine Abneigung gegenüber Robert: „Er liegt mir nicht. Er hat oft übertrieben, Situationen überbetont. Manchmal hat er



sein wahres Gesicht gezeigt und hat mich angefaucht.“

Im Gegensatz zu den anderen TXO-WGlern, die alle aussehen wie einem Modell-Katalog entsprungen, entspricht Robert nicht ganz den strengen Schönheitsidealen des Fernsehens. Er ist recht mollig, steht aber zu seiner Figur und mag sich keinen Schlankeitsdiktaten unterwerfen.

Wer möchte, daß „unser“ Robert Sieger bei Taxi Orange wird oder zumindest möglichst lange dabei bleibt, sollte Samstagabend immer zum Hörer greifen und für ihn stimmen.

Wien in Schwarz

Das bereits traditionelle internationale Treffen für Leder-, Gummi- und Uniformfans findet heuer von 25. bis 29. Oktober statt. Die Organisation der Veranstaltung liegt wieder in den bewährten Händen des LMC (Leather and Motorbike Community) Vienna.

Speziell bei den Abendveranstaltungen gilt strikter Dresscode: Wer nicht Kleidung aus schwarzem Leder bzw. Gummi trägt oder in Uniform kommt, wird nicht eingelassen. Die Freunde des Fetischs kommen bei

Wien ist Schwarz 2000 ganz sicher auf ihre Rechnung. Zu den Höhepunkten des Programms gehören ein dancelABspecial im [lo:sch] am 25. Oktober sowie eine Vernissage („Männer, Kerle, Schweine“) von Sepp of Vienna und „Die Nacht“ im subzero am Samstag den 28. Oktober.

Tickets für alle Veranstaltungen sind im Vorverkauf in [lo:sch], Stiefelknecht und Tiberius-Shop erhältlich.

Weitere Informationen beim LMC (01/586 39 42) und unter www.tiberius.at.

www.arcadia.at

Telefon 513 95 68



ARCADIA

OPERA SHOP

in der Wiener Staatsoper

CD • Video • Buch
Zeitschriften • Sängerfotos • Geschenkartikel



aus lesbischer sicht

von Helga Pankratz

Z'wenig und z'viel

„Heute sind schon viiiel zu viiiiele Frauen da!“ meinte ein Türsteher vor mittlerweile fast einem Vierteljahrhundert, um mich und meine Freundinnen zu verschrecken, als wir – die sogenannten Sub-Lesben der späten 70er Jahre – unsere nächtliche Tour durch die „warmen Lokale“ machten. Dazu setzte er eine Mimik auf, als würde er gleich in Ohnmacht fallen und bräuchte dringend das Fläschchen mit dem Rietsalz. Ich kann natürlich nur mutmaßen, was „viiel zu viiiel“ damals bedeutet haben mag: War's eine höfliche Lüge, um nicht – huch, wie harsch! – geradeheraus zu sagen: „Frauen unerwünscht!“, oder waren schon zwei Schwulenmuttis anwesend und deshalb die „Frauenquote“ voll? Oder waren bloß seinem Geschmack nach „zuwenig Männer“ da, und er reagierte seinen Notstands-Frust an uns ab?

In einem ganz anderen Zeitalter, zu Anfang des 21. Jahrhunderts, klingt die Beschwerdenliste in schwul-lesbischen Kreisen sehr häufig konträr: „Viiel zu wenig Lesben!“ schreiben im „G“, wirken bei Euro-Pride mit, kämpfen für die Abschaffung des § 209, machen sich für die Eingetragene Partnerschaft stark. Auch betreffend geringe Präsenz in anderen Bereichen häufen sich wohlmeinend-naive Fragen: Wieso es so wenig lesbische Pornografie gibt? Faktisch kein lesbisches Cruising, das diese Bezeichnung verdient? Und warum in diesem A5-formatigen Kontakt-Heftchen in der Rubrik „Sex only – Lesben“ selten etwas anderes zu finden ist als der redaktionelle Eintrag: „Hier könnte deine Suchanzeige stehen“?

In (an-)klagendem Ton wird auch Unverständnis für die Zurückhaltung der Lesben vorgebracht: Warum nur, warum engagieren sich „so wenige“, solidarisieren sich „so wenige“, exponieren sich „so wenige“? Die durch nichts zu erschütternde vorherrschende schwule Überzeugung ist nämlich, daß Lesben doch „so viel weniger zu fürchten“ hätten, weil sie ja „sehr viel weniger diskriminiert“, „überhaupt nicht kriminalisiert“ und von der Gesellschaft „viel mehr akzeptiert“ werden. – Ach so?

Die regelmäßig zu hörenden Behauptungen über weniger oder sogar Nicht-Betroffenheit lesbischer Frauen durch Akte gesellschaftlicher Antihomosexualität sind reichlich kontraproduktiv für die Bildung eines Solidaritätspaktes. Sie

dienen bloß dem egomanisch-masochistischen Hochstapeln zwecks Selbstdefinition von Schwulen als Angehörige der am „allermeisten verfolgten“ Bevölkerungsgruppe von allen – blind für komplexere gesellschaftliche Zusammenhänge, die eine Allianz von Lesben und Schwulen nahelegen könnten, blind und ungerecht vor triefendem schwulem Selbstmitleid.

Ob politische Diskussionen oder ihre Geschäfte: Der schwule Mainstream führt sie mit einer blauäugigen Ignoranz sondergleichen gegenüber der sich tagtäglich in Wirtschaft, Politik, Kultur und Medien manifestierenden Tatsache, daß wir im Patriarchat leben, in einer Frauen unterdrückenden Welt. Wobei: In der christlich-westlich-konsumistischen Ecke der Welt, in der wir leben, sind halt keineswegs die Frauen selbst verschleiert, umso mehr dafür die Tatsache ihrer nach wie vor wirksamen Unterdrückung.

Auch in der schönen neuen Welt toller Gayschäftsmänner herrscht traditioneller Konkurrenzkampf. Um Macht, um Geld, um Prestige. Schwule Seilschaften halten sich dort an schwule Wertmaßstäbe. Schon das „Eindringen“ einer einzigen Lesbe in diese Männerparadiese ist eine irritierende Sensation. Allein die Vorstellung von einem Drittel Frauenanteil ist manch jungem Erfolgsschwulen „zuviel“, und er redet sofort verächtlich von „Quotenfrauen“, deren Qualifikation er ganz automatisch bezweifelt.

Wieviel hat sich in den 25 Jahren, seit drei Lesben für einen Türhüter „viiel zu viiiel“ waren, am schwulozentrischen Weltbild wirklich geändert? „Zu viele Lesben“ seien in der HOSI Wien aktiv, so das neueste Gerücht! „Zu viele, um sich wohlzufühlen.“ Das verbreitet angeblich ein sensibles Wesen, das – am Rande einer Ohnmacht – über „weibliche Übermacht“ jammernd durch die Szene läuft. Wäre lieb, wenn ihm bei sich bietender Gelegenheit jemand das Rietschälchen reichen würde. (Salmiak ist da drin. Gell?)

Von einer Übermacht habe ich noch nichts bemerkt. Ich merke, daß sich Lesben in der HOSI akzeptiert fühlen können und in der Folge auch mitarbeiten. Sobald Lesben annähernd gleichberechtigt auftreten, führt das leider bei besonders empfindsamen Männern zu „Unwohlsein“. Frei nach dem Sprichwort „Z'wenig und z'viel ist der Narren Ziel“ ist wohl jede Lesbe, die nicht „zuwenig“ ist, für so sensible Gaymütter schon „zuviel“.

Gloria und Marlene mit „Das Beste aus 10 Jahren“

Ein großes Ereignis wirft seine Schatten voraus. Die LAMBDA-Nachrichten haben diesem bedeutenden Anlaß auch dieses special-Cover gewidmet: Gloria und Marlene, die beiden letzten großen Diven unserer Zeit machen auf ihrer Welttournee Halt in Wien.

Und sie haben wieder ein tolles Programm im Gepäck: Eine „Best Of“-Show mit all ihren Hits und Schlagern, Witzen und Wahrheiten. Wie immer verschmelzen die beiden Ikonen aktuelle

Pop-Songs, Chansons und Werke der E-Musik zu einer einmaligen Darbietung. Marlene bei der Pressekonferenz: „Wir lieben die große Show mit großen Gefühlen.“ Und Gloria ergänzt: „Wir sind eben zwei Professionelle.“ Auch diesmal mit dabei: Der Pum's Choir und das Houston-Orchestra unter der Leitung der bezaubernden Pianistin Miss Marilyn und mit kongenialer Begleitung von Peter Hiller am Bass und Sequencer!

Für zusätzliche Unterhaltung und visuelle Bereicherung sorgt das Gay Dance Ballet mit den beiden Solisten Oliver Arnold und René Wagner.

Die Termine für die Show: 17., 18., 21., und 22. November, jeweils ab 20 Uhr. Ort: Der frisch renovierte Festsaal im Aera, 1010 Wien, Gonzagagasse 11, Tel. 01/533 53 14. Vorverkaufskarten können ab 23. Oktober in der Buchhandlung Löwenherz erworben werden, Reservierungen und Abendkasse am Veranstaltungsort!

LIVE!
Gloria & Marlene
Das Beste aus 10 Jahren
Ihre größten Hits!
Wan ned um mi, Favoriten
Der ABBA-Megamix
Immer wieder sonntags
Mister Sandman
As if We Never Said Goodbye

FOTO: F. JANSEBERGER



Der direkte Draht zur Stadt

Ob in der U-Bahn, im Schwimmbad oder beim Spaziergehen: Mit dem WAP-Handy haben Sie auf Schritt und Tritt das Service der Stadt Wien bei sich. Die neue Technologie erleichtert die Kommunikation mit der Stadt – angefangen von Servicenummern über Beschwerdestellen bis hin zum „Behördenführer“.

Sie brauchen ein Parkpickerl und wissen nicht, wohin Sie sich wenden sollen? Sie suchen nach der optimalen Heizung? Sie fühlen sich am Nach-Hause-Weg unsicher, weil eine Straßenlampe ausgefallen ist? Alles kein Problem mehr. Mit dem Cityphone bedient sich die Stadt einer Plattform, die die Kommunikation zwischen Stadt und Bürger verbessern soll.

Stichwort Servicenummern: Von A wie Apotheken-Nachtdienst über Mieterhilfetelefon bis hin zur Umwelt-Hotline finden Sie die wichtigsten Servicenummern der Stadt. Kein lästiges Blättern im Telefonbuch mehr.

Und auch Adressen, Telefonnummern und Öffnungszeiten von Beratungsstellen können Sie jederzeit von unterwegs abrufen, wie etwa Energieberatung, Pollenambulanz oder Volksanwaltschaften.

Tipps vom Cityphone

Auch Tipps für verschiedene Behördenwege kann man sich im Cityphone holen und so unnötige Wege sparen. Ob Sie dringend einen Reisepass brauchen, das Parkpickerl verlängern wollen oder den Bund fürs Leben wagen – per

Tastendruck sagt Ihnen Ihr Handy, welche Dokumente Sie brauchen.

Behördenwege leicht gemacht

Zeitaufwendige Telefonate bleiben einem nicht nur bei Behördenwegen erspart, auch Beschwerden lassen sich mit dem Cityphone mühelos abwickeln. Wenn Sie ein Schlagloch ärgert, die Mistkübel überquellen oder ein Autowrack einen Parkplatz verstellt, können Sie noch an Ort und Stelle Ihren Unmut los werden: Ein-



WAP-Ombudsmann Ernst Graf erledigt Beschwerden auf elektronischem Weg.

fach in der Rubrik Beschwerden das entsprechende Ärgernis anklicken und die Adresse eingetippt. Diese landen per e-mail beim frisch gekürten WAP-Ombudsmann Ernst Graf. „Ich leite die Beschwerden auf elektronischem Weg an die zuständigen Dienststellen weiter, die dann das Ärgernis aus der Welt schaffen. Binnen weniger Tage ist alles erledigt“, so Graf, der auf eine langjährige Erfahrung in diesem Bereich zurückblicken kann.

Seit 20 Jahren werden alle Beschwerdefälle vom Bürgerdienst aufgezeichnet. Aus diesem Pool wurden die gängigsten neun für das WAP ausgewählt. Eines davon ist der klappernde Kanal-

So funktioniert's

Einfach die Adresse <http://wap.citymanager.at> eingeben und schon sind Sie auf der Startseite des Citymanagers. Die Adresse gleich als Lesezeichen speichern, dann geht's beim nächsten Mal leichter. Wie Sie das Cityphone als Lesezeichen installieren, erfahren Sie bei Ihrem Provider. Kunden von max.mobil erreichen das Cityphone auch über den Citymanager im Basismenü des WAP-Portals unter dem Punkt max.unterwegs.



1

Von der Startseite des Citymanagers werden Sie automatisch zur Inhaltsübersicht weitergeleitet. Jetzt klicken Sie den Menüpunkt Cityphone an.



2

Dann sind Sie im WAP-Service der Stadt Wien und haben die Wahl zwischen Servicenummern, Beratungsstellen, Behördenwegen und Beschwerden.



3

Im Menüpunkt Beschwerden finden Sie neun Möglichkeiten: Schlagloch, beschädigtes Verkehrszeichen, klappernder Kanaldeckel, ausgefallene Straßenlampe, Baustofflagerung, schmutziger Gehsteig, voller Mistkübel, Autowrack, gefährliche Unfallstelle. Wählen Sie zum Beispiel „ausgefallene Straßenlampe“ aus.



4

Sie brauchen nur noch die genaue Adresse eingeben (Straße und Hausnummer), bestätigen und absenden. Der WAP-Ombudsmann leitet Ihre Beschwerde auf elektronischem Weg an die zuständige Dienststelle weiter. Binnen weniger Tage ist der Schaden behoben.

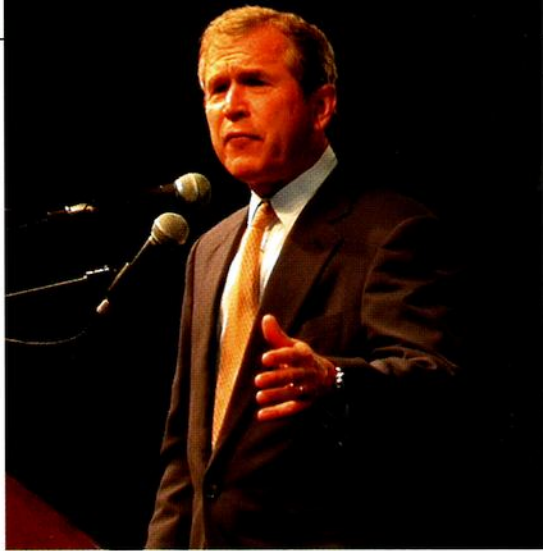
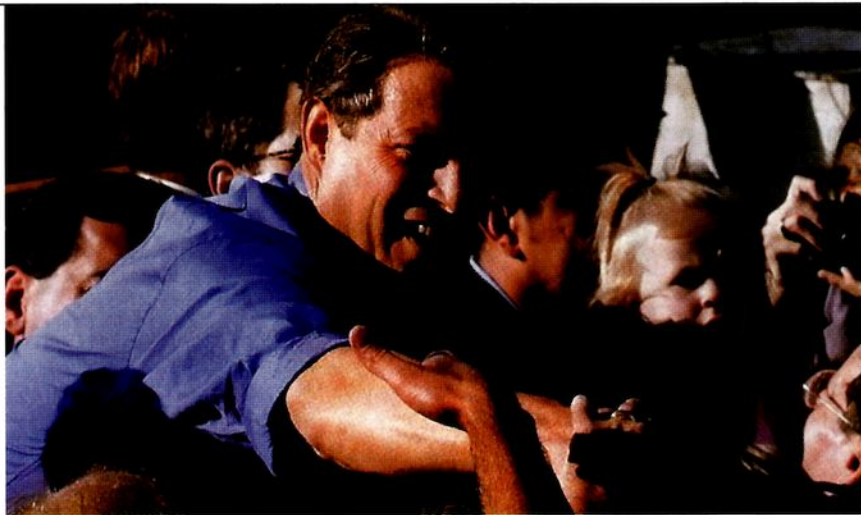
Was es kostet?

Die WAP-Technologie kann nur mit GSM-Handys genutzt werden. Wertkarten-Handy-Benutzer können nur dann im mobilen Internet surfen, wenn sie Kunden bei tele.ring sind. Die Nutzung des Cityphones ist gebührenfrei; es fallen nur jene Gebühren an, die die Netzbetreiber berechnen:

AI	1-2,90	ATS
max.mobil	1-1,90	ATS
one	1	ATS
tele.ring	1,90-3	ATS

deckel. „Allein im Vorjahr haben 216 Wienerinnen und Wiener deshalb bei uns angerufen“, weiß Graf. „Wir versuchen, die Bürger in ihrer Mobilität zu unterstützen und ihnen die Kommunikation mit der Stadt so leicht wie möglich zu machen“, ist Bürgermeister Michael Häupl auf die ersten „WAP-Schritte“ stolz.





USA: Präsidentenwahlen 2000

Liberaler Gore gegen reaktionären Bush

Am 7. November wählen die USA einen neuen Präsidenten. Ein Grund, die beiden aussichtsreichsten Kandidaten für das Präsidentenamt aus schwul/lesbischer Sicht genauer zu betrachten. Für die Grand Old Party, die Republikaner, geht der texanische Gouverneur George W. Bush ins Rennen, für die Demokraten der bisherige Vizepräsident Al Gore. Nach den letzten Umfragen liefern sich die beiden ein Kopf-an-Kopf-Rennen, wobei Gore die Nase vorn hat. Beide liegen bei etwa 45 % in der Wählergunst. Gore kann eher bei der weiblichen, Bush dafür eher bei der männlichen Klientel punkten.

Al Gore, 52, seit 1970 mit Mary Elisabeth „Tipper“ verheiratet, blickt auf acht Jahre Erfahrung an der Seite von Bill Clinton zurück. Davor war er seit 1976 Mitglied des US-Kongresses, seit 1985 des Senats. An Gores Seite kandidiert der bisherige Senator Joe Lieberman für das Amt des Vizepräsidenten. Betrachtet man die Interviews, die die *Human Rights Campaign* mit den Kandidaten

geführt hat, scheint Gore der Traumkandidat für die schwul-lesbische Bewegung zu sein.

So unterstützte er etwa ein Antidiskriminierungsgesetz mit den Worten: *Es ist Zeit für alle Amerikaner zu erkennen, daß Themen, die Schwule und Lesben in diesem Land betreffen, keine Randgruppenthemen sind – sie sind eine Angelegenheit grundlegender Menschen- und Bürgerrechte.* Gore setzt sich dafür ein, daß auch Verbrechen aufgrund der sexuellen Orientierung des Opfers in das *Hate Crime-Gesetz* aufgenommen werden, was eine schärfere Bestrafung solcher Gewalttaten ermöglichen würde. Er verspricht, mehr Geld für die AIDS-Versorgung und -Prävention zur Verfügung zu stellen, unterstützt die rechtliche Verankerung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenenschaften und die Möglichkeit der Adoption von Kindern durch schwule und lesbische Paare. Mit Clinton gemeinsam setzte er einen Diskriminierungsschutz für lesbische und schwule

Staatsbeamte durch, und für beide war es selbstverständlich, daß Lesben und Schwule nicht von Positionen in ihrer Regierung ausgeschlossen wurden. Und auch beim Militär ist Gore für eine vollständige Öffnung für Schwule und Lesben; nach seinem Willen soll die *Don't Ask, Don't Tell*-Politik endlich fallen (vgl. Bericht im Hauptheft der LN 4/00). *Es ist inakzeptabel, daß patriotische Männer und Frauen, die ihrer Nation hervorragend dienen, nicht nur ausgeschlossen werden, sondern auch unter Verfolgung und sogar Gewalt leiden müssen.* Einziges Wermutstropfen seiner Agenda: Ehe soll auch weiterhin per Gesetz als Verbindung nur zwischen Mann und Frau definiert bleiben.

Anders sehen die Pläne des republikanischen Herausforderers aus. George W. Bush, 54, seit 1994 Gouverneur von Texas – und in dieser Funktion verantwortlich für zahlreiche vollstreckte Todesurteile in den letzten Jahren – ist der Sohn des früheren US-Präsidenten George Bush. Er zählt zum rechts-konservativen Flügel seiner Partei und konnte sich in den Vorwahlen gegen den eher liberalen Gegenkandidaten John McCain durchsetzen. Weder unterstützt er ein Antidiskriminierungsgesetz noch die Aufnah-

me von Gewalttaten gegen Lesben und Schwule in das *Hate Crime-Gesetz: Ich habe immer gesagt, daß alle Verbrechen Verbrechen aus Haß sind. Wenn Menschen ein Verbrechen begehen, dann haben sie Haß in ihrem Herzen. Und da ist es schwierig zwischen dem einen oder anderen Grad zu unterscheiden.* Bush spricht sich auch gegen mehr Geld für die AIDS-Prävention aus und hat in Texas sogar ein System geschaffen, nach dem HIV-Infizierte dem Staat gemeldet werden müssen. Mit der Unterstützung des texanischen *Sodomy-Gesetzes* bezeugte er auch seine Zweifel an einer Legitimierung schwuler und lesbischer PartnerInnenenschaften, von der Öffnung der Ehe ganz zu schweigen. Auch eine Adoption durch Lesben und Schwule kommt für ihn nicht in Frage: *Ich bin gegen homosexuelle Adoptionen. Ich glaube daran, daß Kinder in Familien adoptiert werden sollten mit einem Vater und einer Mutter, die verheiratet sind.* Zwar äußerte sich Bush gegen Diskriminierung allgemein, doch unterstützt er das Gesetz zum Schutz homosexueller Staatsbeamter vor Diskriminierung nicht. Auch darüber, ob er offen homosexuelle Menschen in seiner *Administration* einsetzen würde, besteht Unklarheit. Zwar meinte er in der Vergangenheit, *wenn jemand einen Job tun kann, und einen Job, für den er qualifiziert ist, dann soll diese Person diesen Job auch ausüben dürfen*, doch versprach er gegenüber einer Gruppe einflussreicher konservativer UnterstützerInnen, er würde niemanden berufen, von dem er wisse, daß er „praktizierender Homosexueller“ sei. Und über Homosexuelle im Militär meinte er nur: *I'm a "Don't Ask, Don't Tell" man.* Geht es nach ihm, so wird sich also an der derzeitigen Situation in den Streitkräften nichts ändern.

Lothar Ruttner



audiophil von Gerald Reisner

Shirley Bassey

The Remix Album... Diamonds Are Forever

Liberty 7243.525873 2 2

Ein Dinosaurier der Unterhaltungsindustrie macht sich's leicht! Hat Tom Jones sein letztes Album *Reload*

noch neu aufgenommen, hat Shirley Bassey ihre Bänder aus vergangenen Jahren (und ich spreche von Jahrzehnten) jungen Musikern angetragen, um zeitgemäße Klassiker zu produzieren. Und tatsächlich: Oldies wie *Light My Fire*, *Spinning Wheel*, *Big Spender* und *Diamonds Are Forever*, um nur einige zu nennen, strahlen in neuem Glanz. Nicht immer hatten es die Remixer damit ganz leicht, liegen doch von manchen Songs keine separaten Tonspuren vor, die man hätte neu mischen können. Aber die Herren von Propellerhead (*Goldfinger*) und Co. holen das Maximum heraus. Shirley Bassey klingt so aktuell wie nie zuvor, ihre alten Evergreens erstrahlen im neuen Gewand. Was so ein paar Beats/sec. doch ausmachen können!

www.maverickrc.com/nextbestthing

Barbra Streisand

Timeless

Columbia 4874352

Aus und vorbei. Nie mehr will sie live auftreten!

Durch Barbra Streisands Drohung waren ihre letzten vier Konzerte innerhalb kürzester Zeit ausverkauft! Nahezu zeitgleich ist aber eine Doppel-CD mit ihrem Millenniums-Konzert vom Jahreswechsel 99/00 erschienen! Aufgenommen im MGM-Hotel in Las Vegas – ein ziemlich bombastisches Ereignis. Auf dem Album finden sich bekannte Hits und auch neue Songs, darunter erstmals live ein Disco-Hammer aus den 70ern, Big-Band-Jazz-Nummern und Balladen aus frühen Tagen. Sie hat ein großes Repertoire und eine noch immer faszinierende, große Stimme. Ihre Interpretationen und Arrangements klingen live oft besser als die glattgebügelt, weichgespülten Studioversionen der letzten Alben. Die CD klingt frisch, ihre Stimme so leicht wie lange nicht! Kaum zu glauben, daß sie wirklich keinen Spaß an Live-Auftritten hat! Bleibt mir noch die Hoffnung, daß bald eine DVD bzw. ein Video mit ihrem Auftritt herauskommt, der mich auch visuell befriedigt! Dann ist es fast so, als wäre ich wirklich dort gewesen. Vielleicht hält sie es wie Tina Turner – die macht seit zehn Jahren regelmäßig einen Zwischenstopp mit einer letzten Abschiedstournee in Österreich, um sich noch einmal von ihren Fans zu verabschieden! Wie auch immer: eine großartige Platte von Barbra Streisand, an der man einfach nicht vorbeikommt!

www.barbrastraisand.com
www.barbra-streisand.com

Madonnas neue CD hat Oliver Arnold für euch rezensiert:

Madonna Music

Maverick/Warner
Bros. 9362-47865-2



Die Erwartungen waren hoch. Die Gründe dafür: *Ray of Light*, die Werbung und schließlich handelt es sich ja nicht um irgendwen. Mein erster Eindruck: Die Qualität des vorigen Albums erreicht *Music* nicht, vor allem was die Lyrics betrifft. Aber was bringt der Vergleich? Madonna besinnt sich auf die amerikanische Kultur, macht auf Cowgirl, optisch und musikalisch. Das Album wird getragen von den sechs gemeinsam mit Mirwais Ahmadzai produzierten Titeln, bestechend durch Schlichtheit, elektronische Stimmverzerrung, Stolperrhythmus und akustische Gitarre. Die zwei mit William Orbit produzierten Songs wirken veraltet. Zwei gelungene, eingängige Balladen runden das Werk ab. *American Pie*, die Zugabe auf den Europa- und Asien-Editionen, reiht sich in das Gesamtkonzept nicht ein. Madonna bleibt Madonna bleibt Epigone bleibt Mensch. Einige Titel haben Hitpotential, andere... Was hat sie sich bei *Jimmy Jimmy* und dem *Candy Perfume Girl* eigentlich gedacht? *Music* funktioniert. In der Disco und im Zimmer. Wie erwartet. *I like to singy singy singy / Like a bird on a wingy wingy wingy / I like to rhumba rhumba rhumba / Dance to a samba samba samba*.

www.madonnamusic.com

aus dem hohen haus von Ulrike Lunacek



Inszenierung mit Brüchen

Konkrete Äußerungen und selbstbewußtes Auftreten scheinen nach dem Weisenbericht des Justizministers Sache nicht (mehr) zu sein: Bei der Fragestunde im Nationalrat am 21. September 2000 war ihm anzumerken, daß ihn die Vorwürfe im Weisenbericht und wohl auch die beiden von den Grünen und der SPÖ eingebrachten Mißtrauensanträge ziemlich verunsichert hatten.

Es schien, als habe die massive Kritik an seinem persönlichen Verhalten dem als Anwalt für andere sehr wohl redegewandten Minister auf einmal die Stimme verschlagen. Am liebsten hätte er wohl gar nichts mehr gesagt. So beschränkte er sich darauf, auszuweichen, Schriftliches stockend vom Blatt zu lesen oder einsilbig das Offensichtliche zu bekunden. So antwortete er etwa auf die Frage meiner Kollegin Terezija Stoisits, wann er denn die gegen ihn vorliegenden Vorwürfe ernst nehmen und zurücktreten werde: „Gar nicht“.

Der eindeutigen Beantwortung der Frage, ob er die Verwendung der Bezeichnung „Straflager“ für nationalsozialistische Konzentrationslager nicht in jedem Fall für eine Verharmlosung des Nationalsozialismus halte, wich er mit der Begründung aus, er wolle in ein laufendes Verfahren (Haider gegen Pelinka, von „seiner“ Kanzlei betreut) nicht eingreifen.

Und auf meine Frage, ob die geplante Herabsetzung der vollen Strafmündigkeit von 19 auf 18 Jahre auch eine Verschärfung für junge schwule Männer bedeuten werde – derzeit kriminalisiert Strafrechtsparagraf 209 freiwillige sexuelle Beziehungen zwischen Über-19jährigen und 14-18jährigen –, mied er klare Worte ebenfalls: Verschärfung sei sicherlich keine geplant, und privat sei er ja für eine Herabsetzung des Mindestalters. Seine Antwort läßt auch keinerlei Schlüsse zu, was im Detail vom am 18. September eingesetzten Justiz-Unterausschuß zu erwarten sein wird.

Insgesamt waren die beiden Plenartage Mitte September ein Lehrstück darüber, wie die Regierung es schafft, sich medial so in Szene zu setzen, daß die Opposition kaum vorkommt. Nicht genug, daß es für zahlreiche kritische JournalistInnen und Sendungen im ORF schon eng geworden ist; nicht genug, daß die Einladungspraxis in die Diskussions-sendungen davon gekennzeichnet ist, daß grüne PolitikerInnen mehr aus- als eingeladen werden; nicht genug, daß eine ORF-Reform geplant wird, derzufolge der Generalintendant mit einfacher Mehrheit abgewählt werden kann – ein Regierungskommissar par excellence wäre das. – Auch in der medialen Inszenierung ihrer selbst sind die RegierungspolitikerInnen MeisterInnen: Am 20. September vier Stunden Live-Übertragung aus dem Parlament – je eine Weisenbericht-Lobpreisungs- und -Freispruchs-sowie Oppositions-Anklage-Rede von Kanzler und Vizekanzlerin, dann je 18 Minuten die vier Klubobleute, dann der angeschlagene Justizminister und dann je 8 Minuten noch einmal eine Runde aller vier Parteien. Als währenddessen klar wurde, daß trotz Regierungs-Inszenierung die verbleibende Fernsehzeit für die Außenministerin sehr knapp werden würde (es hatten sich nicht alle Regierungsmitglieder an die vorgegebene Zeit gehalten), ging ÖVP-Klubobmann Andreas Khol durch die Reihen von SPÖ und Grünen und ersuchte darum, auf einige Minuten Redezeit zu verzichten, damit die Außenministerin ihre Rede doch noch vor TV-Publikum halten könnte.

Da konnte sich unsereins nur über die vormittäglichen Olympia-Berichte im anderen ORF-Kanal freuen und hoffen, daß sich mehr ÖsterreicherInnen mit Vormittags-Freizeit für die sportlichen Wettkämpfe interessierten als für die Nationalstolz- und Beschwichtigungsreden der Regierungsspitzen.

Ulrike Lunacek ist Nationalratsabgeordnete und außenpolitische Sprecherin der Grünen. Sie ist Österreichs einzige offen lesbische Politikerin.

JUGENDTREFF
Donnerstag ist Jugendtag
DO 17 UHR: NEWCOMER
DO 20 UHR: JUNGE HERZEN
HOSI
HOMOSEXUELLE INITIATIVE WIEN WWW.HOSIWIEN.AT
2., NOVARAGASSE 40 · TELEFON 01/216 66 04

Politik, Theater, Widerstand und Donnerstags-Demos

Die politische Situation in Österreich ist seit Regierungsantritt der blauschwarzen Koalition gespannt und prekär wie selten zuvor. Seit Schüssel und Co unterirdisch zur Angelobung schlichen, ist viel passiert. Mit Rekordtempo peitschen die Blauschwarzen ihre Gesetzesvorschläge durch, daß einer/einem schwindelig wird.

Die von der EU verhängten „Sanktionen“ sind nun auch vorbei. Was bleibt, ist die Unzufriedenheit vieler tausender ÖsterreicherInnen, die nach wie vor zu Recht gegen diese illegitime Regierung auftreten. Durch den *Leidartikel* Gudrun Hauers in der letzten Ausgabe der *LAMBDA-Nachrichten* inspiriert, überlegte ich die Situation der österreichischen Theater. Haben sie in irgendeiner Form darauf reagiert? Wenn ja, wie? Sind außer den Protestnoten gegen Subventionskürzungen irgend welche politischen Stellungnahmen abgegeben worden? Meiner Meinung nach sieht es traurig aus in der österreichischen Theaterlandschaft. Speziell, wenn man politische Stellungnahmen erwartet. Burgtheater und Volkstheater organisieren Lesungen und Diskussionen. Der Rest ist Schweigen. Der Spielplan läuft in geordneten Bahnen weiter. Das Theater hält sich an seine eigenen Gesetze und genügt sich weiter selbst.

Daß Theater und Kunst im allgemeinen die Welt verändern oder das Gute im Menschen wecken (was immer das sein mag), ist wohl nie mehr gewesen als eine Illusion. Politische Wirklichkeiten zu verändern mit künstlerischen Aktionen wie „Bitte liebt Österreich“ funktioniert leider nicht. Das mußte auch Christoph Schlingensiefel einsehen.

Kunst soll und muß politisch sein

Politik und Gesellschaftskritik sind die Wurzeln von Literatur und Theater. Und gerade in Zeiten wie diesen sind offene Stellungnahme und Kritik eine absolute Notwendigkeit. Aber die Energien werden wohl für interne Machtkämpfe aufgebraucht, da reicht es nicht mehr für kritisches und politisches Theater. Leider.

Als einzige Ausnahme in diesem Dilemma fallen mir nur die Wiener Festwochen ein, und auch da nur eine einzige Produktion, das schon erwähnte „Bitte liebt Österreich“. Und diese eine Produktion war dann auch gleich der Skandal schlechthin, der Aufreger im heurigen Sommerloch. Es ging dabei um die Projektion, das Ernstnehmen, Nachspielen dessen, was die FPÖ in punkto Ausländerpolitik seit Jahren propagiert und die ÖVP jetzt salonfähig gemacht hat. Um die Situation der AsylantInnen, die – auch jetzt und heute – unter unmenschlichen Umständen in Containern im sogenannten Niemandsland am Flughafen Schwechat sitzen und auf die Entscheidung warten, ob ihnen nun Asyl gewährt wird oder ob sie abgeschoben werden.

Die Wortmeldungen und Eskalationen beim Container vor der Oper bewiesen, daß diese Aktion notwendig war und wie wichtig es ist, genau solche Situationen aufzuzeigen. Die Realität hatte die Inszenierung längst überflügelt und Bernhardische Ausmaße angenommen. Real und live. Spätestens im nächsten Frühjahr, vor der Wahl in Wien, wenn wieder die ganze Stadt zugeklebt ist mit „Stopp der Überfremdung“- und ähnlichen Plakaten, dann wird es wieder sichtbare Realität sein.

Das Fazit über die „Bitte liebt Österreich“-Container-Inszenierung von Christoph Schlingensiefel, das Gudrun Hauer gezogen hat, möchte ich auf keinen Fall so stehen lassen. Das war mir zuviel Erregung über eine Erregung. Der eigentliche „Skandal“ ist meiner Meinung nach nicht die „umgedeutete Wirklichkeit“, sondern die tatsächliche Wirklichkeit, die tagtägliche Realität in Österreich, die aufgezeigt wurde: Container am Flughafen Schwechat, *Kronen-Zeitung*, FPÖ-Slogans. Das hielten anscheinend sehr viele nicht aus. Was sollten sich schließlich die TouristInnen denken? Die Anlehnung an „Big Brother“ fand ich legitim. Auch das ist eine Realität unserer Zeit, man kann dazu stehen, wie man will.

Die Kunst triumphierte meiner Ansicht nach keinesfalls über das Leben. Sie zeigte lediglich eine Facette auf. Und dies brachte eine Dynamik an den Tag, die mich noch heute schaudern läßt. Bei Thomas Bernhard kann man das alles nachlesen. Die „Volksseele“ kochte und entließ sich in einem Ausmaß wie seit der



Seit einiger Zeit sind auf den Donnerstagsdemos oft keine Regenbogenfähnen mehr zu sehen. Der lesbisch/schwule/transgender Widerstand darf nicht erlahmen!

„Heldenplatz“-Premiere nicht mehr. Christoph Schlingensiefel wurde (wie damals Thomas Bernhard) mit Mord bedroht, beschimpft, ihm wurden Prügel angetragen, an seinem Geisteszustand wurde gezweifelt, mit Klagen wurde gedroht. Die Aufregungen des Sommers haben sich gelegt. An der politischen Situation hat sich nichts geändert. Die blauschwarze Koalition werkt munter weiter, als ob alles in Ordnung wäre. Weitere Geldquellen werden erschlossen. Schließlich müssen die neuen Bundesheerflugzeuge bezahlt werden. Und auch weiterhin gehen die Sparpläne auf Kosten der Schwächsten. Frauen, StudentInnen, Arbeitslose, NotstandshilfebezieherInnen – da werden Gelder gekürzt und weggestrichen, Zusagen nicht eingehalten.

Widerstand

Lassen wir uns das nicht gefallen. Versuchen wir wenigstens, etwas an diesen Zuständen zu ändern! Gerade jetzt heißt es: aufstehen, aufmucken, Zeichen setzen. Am besten gleich am nächsten Donnerstag bei der wöchentlichen Demo. Es wäre toll, wieder mehrere tausend lautstark durch die Innenstadt ziehen zu sehen. Und auch wieder mehr Lesben, Schwule und Transgender-Leute. Holt sie wieder raus – die Regenbogenfähnen, die Transparente, Trommeln und PfeiferIn! *Leidartikel* über die „unterentwickelte Streikkultur“ genügen nicht – Mitmarschieren ist angesagt! Auf WIDERSTAND am Donnerstag!

Birgit Holzer

Wiens älteste Gay-Bar

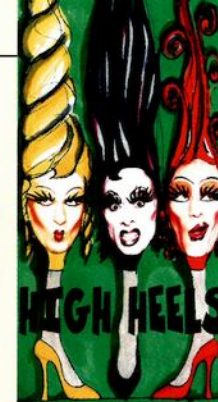
Alte Lampe

Öffnungszeiten:
So, Mi & Do: 18 bis 1 Uhr
Fr & Sa: 20 bis 3 Uhr
Happy Hour: 18 bis 20 Uhr

Heumühlgasse 13
A-1040 Wien
Tel. 01/587 34 54
altelampe@hotmail.com

Clublokal der Wiener Bären
Bärenstammtisch jeden 4. Mittwoch im Monat

20 Jahre HOSI Salzburg



Im Juni 1980 erhielt das Proponentenkomitee, das den Verein „Männergruppe Salzburg – Homosexuelle Initiative“ gründen wollte, von der Sicherheitsdirektion Salzburg nach längerem Hin und Her den Nichtuntersagungsbescheid (vgl. LN 3-4/80, S. 5). Kurz darauf konstituierte sich der Verein – nach der HOSI Wien – als zweiter Homosexuellenverein in Österreich. 20 Jahre später feiert die HOSI Salzburg jetzt unter der Schirmherrschaft des Salzburger Bürgermeisters Dr. Heinz Schaden und des Salzburger Landeshauptmannstellvertreters Gerhard Buchleitner (beide SPÖ) ihren runden Geburtstag. Dieser öffentliche politische Rückhalt ist in Salzburg bisher einmalig.



Feste soll man feiern! Mit dabei in Salzburg die Femmes Vocales und die Müncher Showtruppe High Heels

Mit vier Veranstaltungen im Oktober 2000 soll das Jubiläum würdig begangen werden. Dabei sollen sich einerseits die Salzburgerinnen und Salzburger mehr Wissen über und Einblick in ihre eigene nächste Umgebung verschaffen können – wer könnte schon behaupten, keinen Schwulen oder keine Lesbe zu kennen? – und andererseits sollen die Lesben und Schwulen in Salzburg Gelegenheit haben, auf ihr Leben und ihre Lebensweise als Bestandteil der Gesellschaft aufmerksam zu machen – auf daß sie in dieser Salzburger Gesellschaft angstfrei und würdevoll, selbstbestimmt und selbstbewußt ihr

Leben führen können.

Zu den UnterstützerInnen der Jubiläumsveranstaltungen zählen u. a. die Grünen im Salzburger Landtag, die SPÖ Salzburg, die Sozialistische Jugend Salzburg, die Bürgerliste Salzburg Stadt, die Kulturabteilung und die Abteilung für Gesundheit und Soziales des Amtes der Salzburger Landesregierung und das Liberale Forum Salzburg.

Wir gratulieren ganz herzlich und wünschen der HOSI Salzburg noch mindestens weitere 20 erfolgreiche Jahre. Alles Gute!

VERANSTALTUNGEN

Fr 13. 10. 2000, 20 Uhr:
 Filmkulturzentrum „Das Kino“, Giselakai 11:

Eröffnungsabend
„Homosexuell – anders in Salzburg (?)“
 Impulsfilm
 Referat „Zwanzig Jahre HOSI – und jetzt?“
 Podiumsdiskussion
Leitung:
 Thomas Rottenberg,
DER STANDARD
 TeilnehmerInnen:

- ▶ Mag. Ulrike Lunacek, Die Grünen im Nationalrat
- ▶ Mag. David Brenner, Jugendsprecher der SPÖ im Salzburger Landtag
- ▶ Dr. Günther Reisbeck, Verband der schwul-lesbischen PsychologInnen Deutschlands
- ▶ Martin Plöderl, HOSI Salzburg

- ▶ ein/e VertreterIn der ÖVP (noch keine Zusage)
- ▶ Doris Tazl, FP-Klubobfrau im Salzburger Gemeinderat
- ▶ Prälat Balthasar Sieberer, Erzdiözese Salzburg
Umrahmung:
 Femmes vocales

Di 17. 10. 2000, 20 Uhr
 Haus der SPÖ Salzburg, Wartelsteinstraße 1:

Informationsabend
„Homosexuelle Gesundheit – Prävention, Hilfe, Therapie“
 mit FA Dr. Manfred Tritscher, DSA Maritta Bruckbauer und Diplomkrankenschwester Johann Mitterlechner

Zielgruppe: Junge Menschen und Personen, die mit jungen Menschen zu tun haben

Do 19. 10., 20 Uhr
 Literaturhaus Salzburg, Strubergasse 23:

Chanson-Kabarett-Literatur-Abend
 mit Martin Heim, Alex Goretzki & Uta von Barmen (Hannover) und Günther Tolar (Wien)

Fr 20. 10. 2000, 21 Uhr
 ARGE Nonntal, Mühlbacherhofweg 5:

Fest: 20 Jahre HOSI Salzburg

Mitternacht: Modenschau mit Rieger-Fashion u. Hair-Studio M. 2.00 Uhr: Tanz- und Kabarett-Show mit den „High Heels“ aus München
 Und dann Abtanzen bis 6 Uhr früh!
 Ab 4 Uhr: Afterhour-Disco im Oscar's, Gstättergasse

LEATHER & RUBBER
 & TOOLS & TOYS!
 1070 LINDENCASSE 2
 TEL/FAX 01.5220474
 NETSHOP:
 www.tiberius.at
 MO-FR 15-18.30 SA 11-15

TIBERIUS®

zieht ungeheuer an

... where men come to have fun

täglich 16 - 02 h

Mariahilfer Straße 45
 Raimundhofpassage 2. Hof
 1060 Wien, Tel. 585 24 37

IM ZENTRUM

Der Dienstag Abend für alle

DI 20 UHR

KAFFEEESCHLÜRFEN · DISKUTIEREN · POLITISIEREN
 LEUTE TREFFEN · INFORMIEREN · SPASS HABEN

HOMOSEXUELLE INITIATIVE WIEN WWW.HOSIWIEN.AT

2., NOVARAGASSE 40 · TELEFON 01/216 66 04

Während diesen Sommer Österreichs Regierung noch über Isolation klagte, waren in der Welt des schwul-lesbischen Sports die ÖsterreicherInnen alles andere als isoliert. Besuche aus dem Ausland, Besuche im Ausland und die Vorbereitung auf Sydney 2002 standen und stehen auf der Tagesordnung.

Internationale Begegnungen

Derek Liecny vom Outreach-Committee der Federation of Gay Games (FGG) traf im August mit Rainbow-Sports-Kontaktpersonen in Linz und Wien zusammen. Am ersten Septemberwochenende tagte der Vorstand der European Gay and Lesbian Sports Federation (EGLSF) in Wien und führte dabei auch Gespräche mit SportlerInnen aus Graz und Wien. Nur eine Woche später war anlässlich der Euro-Pride-Vorbereitungen Susan Emmer-son, die Vizepräsidentin der FGG, auf Wienbesuch zwecks Teilnahme an der Konferenz der Euro-

pean Pride Organisers' Association (EPOA) – mit jeder Menge Info-Material über die Gay Games für uns im Gepäck.

Team Austria goes Sydney

Nach einem ersten Treffen am 18. Juni nimmt die Vorbereitung auf die Teilnahme möglichst vieler SportlerInnen aus Österreich an den Gay Games 2002 allmählich Gestalt an. Einzel-SportlerInnen, Teams und Sportgruppen, die ernsthaft am Antreten bei den nächsten Gay Games interessiert sind, an der österreichischen Sydney-PR-Kampagne oder Sponsoring-Suche mitwirken möchten, sind zum „Let's go Sydney“-Treffen am 21. Oktober um 19 Uhr im Orlando (Wien 6., Mollardgasse 3) eingeladen.

„Team Austria goes Sydney“-Kontakt Wien: 01/893 75 70 (Helga), Linz: 0732/60 98 98-4 (HOSI), Innsbruck: 0512/570777 (Martin), Graz: 0676/320 96 23 (Gabi).

Gay Games VI

25. Oktober – 9. November 2002, Sydney

Sportarten: Badminton, Basketball, Bowling, Eishockey, Eiskunstlauf, Fußball, Golf, Judo, Kampfkunst, Marathon, Pool-Billard, Radfahren, Ringen, Schwimmen, Segeln, Tanzen, Tennis, Tischtennis, Triathlon, Volleyball u. a.

Anmeldung:

- 1. März 2001: Start der begünstigten Registrierung
- 1. November 2001: Start der regulären Registrierung
- 31. Juli 2002: Anmeldeschluß www.gaygamesvi.org.au

Sport-Turnier-Stenogramm

Badminton Barbie nach Südtirol

Mit der Bad-Bitch-Trophy 2000 in Wien hat Aufschlag, Österreichs erster schwuler Volleyballverein, am 25. Juni seine erfolgreiche Premiere als Veranstalter eines schwul-lesbischen Badminton-Turniers hingelegt. Elf Badminton-Paare spielten um die Trophy. Diese – eine Barbie-Puppe – ging schließlich an ein Südtiroler Männerpaar. Auf dem zweiten Platz landete Ernst aus Linz mit dem aus Vorarlberg stammenden Doppel-Partner Stefan. Das einzige reine Frauenpaar wurde übrigens hervorragende vierte.

Daß zu diesem Turnier so viele Schwule – und Lesben! – kamen, ermutigt den Verein, noch diesen Herbst ein Folgeturnier durchführen zu wollen. „Vielleicht wird daraus ja auch mehr“, heißt es bei Aufschlag: „Eine Badminton-Gruppe, die sich regelmäßig zum gemeinsamen Spiel trifft und beim Verein Aufschlag ein Zuhause findet.“

Im Herbst gibt es auf jeden Fall eine Einladung an alle interessierten Frauen und Männer zu einem gemeinsamen Spieltermin. Wer dazu oder zu einem der kommenden Badminton-Turniere von Aufschlag eingeladen werden möchte: E-Mail an aufschlag@gay.or.at oder Anruf bei Roland: 01/350 23 40 genügt.

König Ludwig nach Linz

Der Bad-Bitch-Zweitplatzierte, Rainbow-Sports-Oberösterreich-Kontaktperson Ernst, nahm im Juli als einziger Österreicher am



Chancenreich bei der schwul-lesbischen Fußball WM 2000: die Belgierinnen

FOTOS: D. HAUBERGER

„König Ludwig Cup“ in München teil. Im Doppel der Klasse A wurde er mit dem ihm zugelosten Niederländer Theo erster! Die König-Ludwig-Goldmedaille in der Top-Klasse A motiviert ihn sehr für die EuroGames 2001 in Hannover, die nächsten Turniere in Deutschland, Holland und natürlich jenes von Aufschlag in Wien. Ernst denkt auch über die Veranstaltung eines Turniers in Linz nach: „Sobald die passende Halle gefunden ist und es genügend MitarbeiterInnen für die Vorbereitung und Durchführung gibt.“

Badminton-Internet-Tips: www.racketclubmuenchen.de; www.aufschlag.gay.or.at

Tennis: Italian Gay-Open

Alex hat an den Italian Gay-Open in Mailand (30. 8. bis 4. 9.) teilgenommen. Als einziger Österreicher unter insgesamt 110 TennisspielerInnen aus acht Ländern. Der A-Klasse-Spieler aus Wien kam bis ins Viertelfinale, wo er nach einer 6/3-3/1-Führung etwas zu übermütig und unkonzentriert wurde und dem nervenstärkeren holländischen Spieler 3/6, 6/4, 6/2 Satz und Sieg überlassen mußte.

Alex möchte zu sämtlichen kommenden schwul-lesbischen Turnieren fahren und würde sich „über ein paar Tennisspieler freuen, die das auch möchten“, um nicht auf Dauer der einzige aus Österreich zu bleiben.

Rainbow Sports-Kontakt Tennis (schwul): Alex, Tel. 0676/6246947

Non-Gay Competitions

Im September haben viele „Rainbow“-SportlerInnen und -Sportler bei großen allgemeinen Wettbewerben sehr gute Leistungen erbracht, zum Beispiel am 10. September beim Marathon in Berlin. Ganz besonders hatte es Sonntag, der 17. September, diesbezüglich in sich: Beim Wachau-Marathon, Wiener In-line-Marathon und bei den Österreichischen Schwimm-Meisterschaften waren „unsere“ SportlerInnen voll dabei.

Berlin-Marathon

Inline-Skating-Kontaktperson Elvira, die sich beim Halbmarathon von Zürich ganz nebenbei als weibliches Laufwunder von Rainbow Sports Austria erwies, lief am 10.



Christine (links im Bild) und Elvira, die schwul-lesbischen Rainbow-Sportlerinnen beim Berlin Marathon

September in Berlin zum erstenmal die volle Marathon-Distanz. Mit ihrer tollen Zeit von 3:48 h lag sie im vordersten Drittel aller insgesamt fast 23.000 LäuferInnen, die das Ziel erreichten.

Inline-Marathons

Die Inline-Skating-Zweitplatzierte von Zürich, Christine, blieb beim

Wachau-Marathon

Ebenfalls am 17. September nahmen die Rainbow Sports-Läufer Reinhard, Ernst und Manfred zum Auftakt ihrer herbstlichen Laufsaison am Wachau-Marathon in Krems teil. Beim Marathon, mit insgesamt 1.376 LäuferInnen, lief Reinhard die volle Distanz in der guten Zeit von 4:01. Nicht weniger als



Rainbow Sports-Frau Elvira Franta hielt beim Berlin Marathon die Fahne hoch

Berlin-Marathon ihrem „Euro-Games-Fach“ treu und fuhr den Inline-Skate-Marathon in 1:39h – zwischen nicht weniger als 6.800 anderen SkaterInnen.

Beim vom Wetter nicht verwöhnten Wiener In-line-Marathon am 17. September wurde Christine mit 1:00 h über die halbe Distanz in der Fitneß-Klasse der Frauen Gesamt-Siebente unter 123 Klassierten. Ein großer Erfolg, zumal in allen Klassen die Erstplatzierten jeweils VereinsfahrerInnen waren. **Rainbow Sports-Inline-Skating:** Elvirafranta@surfeu.at

5.287 Personen haben den Halbmarathon zurückgelegt, in dem unsere Läufer Manfred (Zeit 1:51; AK 40, Rang 351) und Ernst (Zeit 1:30; AK 30, Rang 66) sehr gut unterwegs waren. Ernst gelang es, seine eigene – sehr gute – EuroGames-Zeit um zwölf Minuten zu unterbieten. **Rainbow Sports-Marathon: Helmut:** 01/581 85 05, Ernst: 01/269 96 98, Heide: 0676/617 53 40

Austrian Masters Schwimmen

Bei den Österreichischen Schwimm-Meisterschaften am

What's new?

Zu einem lebendigen Netzwerk gehört Veränderung. Einige Sportarten sind neu bei Rainbow Sports vertreten, andere sind seit kurzem nicht mehr auf der Liste.

Willkommen im Team:

Pferdesport

Astrid hat früher bereits an Springreit-Turnieren teilgenommen und auch mit dem Dressurreiten Erfahrung. Jetzt übt sie vor allem Westernreiten aus. Unabhängig von der Sportart ist ihr im Umgang mit den Pferden *natural horsemanship* wichtig, das sensible Eingehen auf die Tiere. Astrid – mit ihrem Quarterhorse Dan in Niederösterreich zuhause – meldete sich bei Rainbow Sports, um im Bereich Pferdesport Kurse, Turniere und ähnliche Events für Schwule und Lesben auf die Beine zu stellen.

Reitsport (lesbisch/schwul): Astrid, Tel. 0664/300 33 14

Tirol

Kein geringerer als Martin, der EuroGames-Goldmedaillengewinner im Klettern, hat sich

bereit erklärt, für das Rainbow Sports-Kontaktnetz als Ansprechperson für lesbische und schwule SportlerInnen in Tirol zur Verfügung zu stehen. Über seine Teilnahme an den Euro-Games in Zürich berichtet er übrigens, daß die HOSI Tirol seine Teilnahme vorbildlich unterstützt hat.

Rainbow Sports Tirol (schwul/lesbisch) und Klettern: Martin, Tel. (0512) 570777

Fußball

Bekanntlich fand in Köln vom 2. bis 8. Oktober die schwul-lesbische Fußball-WM statt. Um künftig bei solchen Events nicht mehr im Abseits stehen zu müssen, gehen jetzt Fußball-ProponentInnen bei Rainbow Sports in die Offensive. Die für ein reguläres Team noch etwas zu kleine Gruppe nennt sich *Pink AnKick* und sammelt schon eifrig und mit Erfolg vereinzelte Anfragen und Interessenbekundungen von Schwulen und Lesben, die gern in einem Gay-Team Fußball spielen würden. Noch diesen Herbst werden alle InteressentInnen zu einem Fußballstammtisch eingeladen, bei dem sie sich kennenlernen und die Teambildungen in Angriff nehmen können.

Pink AnKick (Fußball schwul und lesbisch): Helga, 01/893 75 70 oder Elvira: Elvirafranta@surfeu.at

Good bye

Gay Aerobics

Derzeit gibt es keine schwule Aerobics-Gruppe. Veit, der bisherige Kontaktperson für diese Disziplin, die zum Allerfeinsten des Schwulensports zählt, hat wegen der Euro-Pride-Vorbereitung keine Zeit, sich um eine Halle und andere organisatorische Details zu kümmern. „Mitmachen würde ich gerne“, meint er, falls sich ein Organisationstalent für die Reaktivierung der Aerobics-Gruppe fände.

Lesbian Eishockey, Triathlon und Handball

Mo, die Eishockey-Kontaktperson, ist nach Berlin verzogen; Theresia, bis vor kurzem für Triathlon auf der Liste, ging nach Großbritannien, und Julia, die Ansprechpartnerin für Handballerinnen und Kletter-Lesben, lebt jetzt in den USA. Vielen Dank und alles Gute!

16. und 17. 9. in Wiener Neustadt – mit 846 Einzelnennungen und ca. 300 TeilnehmerInnen, darunter auch Gäste aus der BRD, Schweiz, Ungarn, Tschechien, Polen – traten von Rainbow Swim Gerhard, Gustav, Paul und Ulrike an. Ulrike Lunacek erreichte einen 5. Platz über 100 m Brust und einen 5. Platz in der Mixed-Staffel mit anderen VereinskraftschwimmerInnen und erwarb

dabei ihre Schwimmlizenz. Somit wird sie bei künftigen Euro-Games nicht mehr in der Kategorie „Plausch“ antreten, sondern als registrierte Schwimmsportlerin. Gustav machte in der Altersklasse 30 einen 4. Platz über 100 m und einen 5. über 50 m Brust. Gerhard, ebenfalls in der AK 30, wurde 6. über 50 m Brust, 8. über 100 m Kraul und in einer

Männerstaffel 4 x 50 m Freistil. Zusammen mit Paul und anderen Vereinskraftschwimmern erreichte er Platz 5. Paul bereitete uns Freude mit viermal Silber in der Altersklasse 40 heim – 100 m Lagen, 50 m Brust, 100 m Brust, 100 m Delphin – und Gold im 100-m-Rücken-Bewerb. **Rainbow Swim Austria: Paul, Tel. 01/604 21 24**



American Discount

Comics · Magazines · Books

GRÖSSTE AUSWAHL AMERIKANISCHER MAGAZINE U. BÜCHER IN ÖSTERREICH

Wien 7, Neubaugasse 39
Wien 22, EKZ Donauzentrum
GRAZ, Jakoministraße 12
SALZBURG, Waagplatz 6

ASIAN AMERICAN
SPORTSWORLD:
Wien 8,
Linke Wienzeile 58

3X AM VIENNA AIRPORT:
Gate A • Gate C • Central
ZENTRALVERKAUF:
Wien 4, Rechte Wienzeile 5

Dr.med. Horst Schalk

..... dein praktischer Arzt

Arzt für Allgemeinmedizin - Privat und alle Kassen
Ordinationszeiten: Mo, Mi: 15 - 18 Uhr, Di, Do: 9 - 12 Uhr, Fr: 13 - 16 Uhr
1090 Wien, Zimmermannplatz 1/4. Tel: 01/40 80 744. Fax: 01/40 80 7446

„Liebe respektieren statt Vorurteile schüren.“

Zeigen Sie Schwarzblau die Rote Karte.

SPÖ

könne also einen protestantischen Religionslehrer ungestraft diskriminieren. Aber was ist mit dem Geographielehrer, dem Schulfachlehrer oder der Putzfrau – müssen die auch katholisch sein und womöglich zur Sonntagsmesse gehen? Und was ist mit religiösen Einrichtungen wie der Caritas oder religiös geführten Seniorenheimen und Spitälern? Während der Kommissionsvorschlag hier sehr restriktiv war, wollte speziell das Vereinigte Königreich die „wesentlichen beruflichen Anforderungen“ nicht nur auf das Glaubensbekenntnis, sondern auch auf das Verhalten erweitern (offen Homosexuelle, auch wenn sie die passende Konfession hätten, wären vom Diskriminierungsschutz ausgeschlossen) und überdies auf alle Tätigkeiten und Stellen in religiösen Einrichtungen ausgedehnt wissen, also auch auf die Mathematiklehrerin und den Krankenpfleger.

Zu schreibender Stunde ist nicht bekannt, worauf man sich im Rat nun einigen wird. Die LN planen aber, in der nächsten Ausgabe die Richtlinie im vollen Wortlaut zu veröffentlichen.

Österreich muß handeln

Nach der Veröffentlichung der verabschiedeten Richtlinie im Amtsblatt der EG hat die österreichische Bundesregierung dann vermutlich drei Jahre Zeit, diese Richtlinie in nationales Recht umzusetzen (diese Frist wird in der Richtlinie selbst festgelegt; da sie für die im Juni beschlossene Anti-Rassismus-Richtlinie drei Jahre beträgt, ist auch mit drei Jahren für die Beschäftigungsrichtlinie zu rechnen). Österreich muß also Gesetze gegen die Ungleichbehandlung und Diskriminierung von Personen in der Arbeitswelt u. a. wegen ihrer sexuellen Orientierung erlassen. Das entspricht quasi

dem seit langem geforderten Antidiskriminierungsgesetz, allerdings nur für den Bereich der Arbeitswelt. Aber es wird an uns und den anderen betroffenen Interessenvertretungen, speziell der behinderten und älteren Menschen, liegen, ob Österreich sich auf das absolute Minimum der Richtlinie beschränkt oder ob daraus ein umfassendes Gesetz wird, das auch vor Diskriminierung in anderen Bereichen schützen soll, etwa beim Zugang zu Waren und Dienstleistungen.

Noch können wir uns also nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen, sondern müssen weiter Druck machen, damit diese einmalige Gelegenheit optimal für uns genutzt wird.

Basisfinanzierung für ILGA-Europa

Das zu beschließende Aktionsprogramm zur Bekämpfung von Diskriminierungen aufgrund der in Artikel 13 angeführten Gründe für die Jahre 2001-2006 soll ein Budget von € 98,4 Millionen (1,354 Milliarden Schilling) haben. Wie die LN ebenfalls berichteten (vgl. # 1/00, S. 24), stellt das Programm eher auf Großprojekte ab, die Mindestförderungssumme ist bei € 200.000,- festgelegt. Das Programm sieht vor, Projekte in drei Aktionsbereichen zu fördern. Im Aktionsbereich 2 ist die *Basisfinanzierung relevanter Nichtregierungsorganisationen, die über Erfahrungen mit der Bekämpfung von Diskriminierungen und der Vertretung diskriminierter Personen auf europäischer Ebene verfügen*, vorgesehen, und zwar mit dem Ziel, die *Ausarbeitung eines integrierten und koordinierten Konzepts für den Kampf gegen Diskriminierungen zu fördern*.

Diese Bestimmung ist geradezu maßgeschneidert für eine Basisfinanzierung für die IL-



ILGA-Europa erhält Basisfinanzierung in der Höhe von knapp drei Millionen Schilling

GA-Europa. Da sie überdies die einzige NGO ist, die auf europäischer Ebene gegen die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung kämpft, ist es ziemlich klar, daß ILGA-Europa für die Jahre 2001 bis 2006 potentielle Nutznießerin des Aktionsprogramms sein wird. Basisfinanzierung bedeutet im EU-Zusammenhang Geld für Infrastruktur, Angestellte, Tagungen und regelmäßige Publikationen. Normalerweise erhalten NGOs Förderungen nur für die Durchführung konkreter Projekte, die über die laufenden Tätigkeiten hinaus gehen, wobei nur ein gewisser, kleiner Prozentsatz zur Abdeckung sogenannter Overhead-Kosten verwendet werden darf.

Daß die ILGA-Europa offensichtlich auch für die zuständigen Dienststellen der Kommission die Partnerin der Wahl für den Bereich „sexuelle Orientierung“ ist, ergibt sich nicht nur aus den regelmäßigen Kontakten und der guten Zusammenarbeit der letzten dreieinhalb Jahre, sondern auch aus dem Umstand, daß der Antrag der ILGA-Europa auf Förderung im Rahmen eines Vorläuferprojekts von der Kommission positiv beschieden wurde.

Im April 2000 hatte die ILGA-Europa einen Antrag auf Förderung in der Höhe von € 216.000,- (knapp drei Millionen Schilling) gestellt, und zwar im Rahmen des Aufrufs

zur Einreichung von Projekten VP/2000/004 zur Unterstützung der Koordinierungsaktivitäten von Organisationen, die auf europäischer Ebene im Kampf gegen Diskriminierung aktiv sind. Im August erhielt ILGA-Europa die Nachricht, daß der Antrag in voller Höhe genehmigt wurde.

Das Projekt beginnt am 1. Dezember 2000 und dauert zwölf Monate. Mit diesem Geld will die ILGA-Europa u. a. in Brüssel ein Büro anmieten, zwei MitarbeiterInnen anstellen, 50 Personen die Teilnahme an der Jahreskonferenz 2001 und ein zweitägiges Treffen von 20 AktivistInnen, die zu einem starken Kern von Kontaktpersonen in den 15 EU-Mitgliedsstaaten aufgebaut werden sollen, finanzieren. Außerdem beinhaltet das vorgelegte Budget die Herausgabe einer Broschüre, einer zu gründenden vierteljährlichen Publikation der ILGA-Europa und des Jahresberichts 2000/2001 sowie die Kosten für rund 20 Reisen nach Brüssel und Straßburg.

Der Haken bei der Sache ist allerdings, daß die ILGA-Europa einen Anteil von 20 % des Gesamtbudgets, d. s. € 54.000,- (S 743.000,-) tragen muß, und zwar in bar. ILGA-Europa wird also in den nächsten Monaten ihr Fundraising für diesen Anteil an der Finanzierung forcieren müssen.

Der Anteil der sogenannten Ko-Finanzierung war auch eine der wichtigsten Fragen im Zusammenhang mit dem Aktionsprogramm. Die Kommission hatte in ihrem Vorschlag eine 10%ige Ko-Finanzierung durch den Antragsteller vorgesehen. Im Haushaltsausschuß des Parlaments wurden dann sogar 30 % vorgeschlagen. Der Berichterstatter über das Aktionsprogramm für den EP-Ausschuß für die Freiheiten und Rechte der Bürger, Justiz und innere Angelegenheiten,

der offen schwule EP-Abgeordnete Michael Cashman (*Labour*), hingegen hat in seinem am 5. 10. verabschiedeten Bericht zehn Prozent vorgeschlagen. Hoffentlich bleibt's letztlich dabei, denn 20 Prozent Ko-Finanzierung aufzustellen wäre für die ILGA-Europa auch in den Jahren bis 2006 ein ziemlich großes Problem.

Wichtige Rolle der HOSI Wien

Mit der Gewährung erwähnter Förderung wurde die ILGA-Europa endgültig als die europäische Lesben- und Schwulenlobby anerkannt. Das ist ohne Zweifel ein großer Erfolg des Vorstands und aller Mitgliedsorganisationen, die ihn in seiner Arbeit unterstützt haben.¹ Das konsequente Lobbying und die regelmäßige Präsenz der ILGA-Europa-Vorstandsmitglieder in Brüssel und Straßburg haben sich bezahlt gemacht (allein der Autor dieser Zeilen reiste in den letzten dreieinhalb Jahren in seiner Funktion als Vorstandsvorsitzender fast 50mal nach Brüssel). Die meisten Organisationen, die eines der Vorstandsmitglieder gestellt haben, mußten für deren Reisekosten in die Tasche greifen, da die ILGA-Europa nicht genug Geld hatte.

Die HOSI Wien war indes sicherlich die wichtigste Sponsorin von ILGA-Europa-Aktivitäten. Nicht nur, daß sie meine Reisen in den ersten beiden Jahren mit S 50.000,- unterstützt und damit eine nicht unwesentliche Starthilfe, sogenanntes *seed money*, gegeben hat, hat die HOSI Wien in Österreich auch Geld zur Ko-Finanzierung zweier Projekte aufgestellt, ohne die die ILGA-Europa nicht das Ansehen erwerben hätte können, das sie heute in Brüssel genießt. Ingesamt S 300.000,- an Förderungen hat die HOSI Wien bei österreichischen Ministerien für die ILGA-Europa-Projekte *Gleichstellung von Lesben und Schwulen – eine relevante Frage im zivilen und sozialen Dialog* (vgl. LN 3/98, S. 41 f) und *Der Vertrag von Amsterdam – neue Möglichkeiten für den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung durch Artikel 13 EGV* (vgl. LN 4/99, S. 29) locker machen können. Die HOSI Wien hat also allen Grund, auf ihre weitsichtigen Entscheidungen und ihre bisherige Unterstützung und damit auf ihren Anteil am Erfolg der ILGA-Europa stolz zu sein.

¹ Der aktuelle Tätigkeitsbericht des ILGA-Europa-Vorstands für die Zeit Oktober 1999 – Oktober 2000 ist auf dem Web- site der ILGA-Europa nachzulesen (wie übrigens auch jene der Vorjahre, allerdings nur auf englisch): www.ilga-europe.org

EU unterstützt Bekämpfung von Gewalt gegen Lesben

VON IRENE ZEILINGER

Diskriminierung allerorten, die bürgerliche Lesben- und Schwulenbewegung ficht gegen diese Umstände an, aber ein Thema bleibt dabei unbeleuchtet: Gewalt. 80 bis 99 % aller Lesben (abhängig von der jeweiligen Gewaltdefinition) haben in ihrem Leben schon mindestens einmal Gewalt aufgrund ihres Lesbischseins erlebt, teilen alarmierende Studien aus Deutschland und Großbritannien mit. Wie reagieren Lesben auf die alltägliche latente Bedrohung einer heterosexistischen Gesellschaft?

Eigentlich sollte die eigene physische und psychische Sicherheit an erster Stelle kommen im politischen Forderungskatalog von Lesben und Schwulen. Doch beim näheren Hinsehen stehen an der Spitze unserer Prioritätenliste Antidiskriminierung sowie rechtliche Anerkennung und Gleichstellung unserer PartnerInnenschaften. Homophobe Gewalt kommt kaum einmal zur Sprache, und wenn, dann lediglich bezogen auf Gewalt gegen Schwule. Sogar auf lexikalischer Ebene wirkt sich das aus: Mensch hört immer wieder einmal vom Schwulenklatschen in bundesdeutschen Gefilden (gibt es da übrigens eine österreichische Entsprechung dafür?) oder vom *gay bashing* im angloamerikanischen Raum, aber ein lesbisches Pendant gibt es nicht dazu. Gewalt gegen Lesben fände ja sowieso nicht statt, da Lesben eben keine Klappenkultur vorweisen und deshalb im öffentlichen Raum auch nicht erkennbar seien.

Gewalt ist...

Doch die Tatsachen sehen anders aus. Vor dem Hintergrund des verdammenden, kriminalisierenden und pathologisierenden Mainstream-Diskurses macht sich ein generelles Legitimitätsgefühl für gewalttätiges Verhalten gegenüber diskriminierten Minderheiten breit. Weil Lesben und Schwule als wider-natürliche, kranke und unmoralische Personen gelten, denkt sich auch niemand etwas dabei, wenn Worte oder Fäuste ihr Ziel treffen. Gewalt – das ist

die Verletzung der körperlichen oder seelischen Integrität der/der anderen und manifestiert sich auf struktureller und interpersoneller Ebene. Über die Auswirkungen struktureller Diskriminierungen auf Selbstmordrate und Identität – Stichwort: internalisierte Homophobie – wurde bereits üppig diskutiert. Die Folgen von persönlicher Ausgrenzung in Familie und FreundInnenkreis, von Haßtiraden, sexueller Belästigung, von Mobbing oder körperlichen Angriffen, um nur einige zu nennen, bleiben jedoch bisher im Dunkeln.

Einen großen Teil der Verantwortung für die Unsichtbarkeit von lesbenfeindlicher Gewalt hat wohl unsere Selbstdefinition als starke, unabhängige Frauen zu tragen, denn die starke Lesbe kann nicht gleichzeitig zugeben, daß sie auch verletzbar ist, ohne ihre Identität in Frage zu stellen. Zudem sind da sicher auch noch die Bedenken, daß ein ständiges Beklagen der Lesben dazu führen könnte, daß Lesbischsein in der Öffentlichkeit noch mehr als Problem thematisiert wird, anstatt die Aufmerksamkeit auf die TäterInnen lesbenfeindlicher Gewalt zu lenken. In jedem Fall sitzen die Lesben wieder einmal zwischen zwei Stühlen – sie passen mit ihrer doppelten Angreifbarkeit weder völlig ins Konzept der frauen- noch der schwulenspezifischen Anti-Gewaltarbeit.

Aus diesem Grund setzten sich vor mehr als einem Jahr auf Initiative der Lesbeninformations- und Beratungsstelle Frankfurt (LIBS) die Lesbenberatung Berlin, das Frauenreferat der Stadt Frankfurt und die Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Stadt Wien zusammen, um ein europäisches Kooperationsprojekt auf die Beine zu stellen. Das erste Projektjahr ist nunmehr abgeschlossen, und die Ergebnisse können sich sehen lassen. In Wien, Berlin und Frankfurt fanden Veranstaltungen zum Thema Gewalt gegen Lesben statt. Im Falle Wiens wurde erstmals diese Problematik umfassend behandelt, die Veranstaltung erfreute sich eines großen Zuspruchs. Zudem fand als erster An-

Gewalt, nein danke!

stoß zur Vernetzung der verschiedenen Initiativen, die zu diesem Thema bereits arbeiten oder in der Zukunft arbeiten möchten, Ende Mai dieses Jahres das erste Europäische Symposium zu Gewalt gegen Lesben in Frankfurt statt.

Europaweite Gegenstrategie

Teilnehmerinnen aus acht Ländern diskutierten die rechtlichen, sozialen und politischen Aspekte von Gewalt gegen Lesben und nahmen eine erste Bestandsaufnahme von Strategien gegen lesbenfeindliche Gewalt vor. Äußerst interessante Projekte wurden vorgestellt, bei denen es um Hilfeleistungen, TäterInnenarbeit und die Sensibilisierung der Polizei ging. Diese Projekte sind auf österreichische Verhältnisse leider (noch) nicht voll umsetzbar, aber wir können durchaus die Lektionen aus diesen Erfahrungen ziehen und erste Schritte in Richtung einer auf die hiesigen Verhältnisse angepaßten Anti-Gewaltarbeit tun. Die Wiener Veranstaltungsreihe, die in Zusammenarbeit von Lila Tip, FrauenLesbenMädchenZentrum, Lila Schriften, Institut Frauensache und der Frauenhelfer organisiert wurde, sollte keine einmalige Angelegenheit bleiben, sondern sich auf die Bundesländer ausdehnen und sich zu Handlungsmöglichkeiten verdichten.

Falls die Europäische Kommission auch weiterhin an der Förderungswürdigkeit dieses Pionierprojektes im Rahmen ihres DAPHNE-Programms festhält, ist für die Zukunft der lesbenspezifischen Anti-Gewaltarbeit gesorgt. Für die nächsten drei Jahre stellte LIBS ein ehrgeiziges Programm zusammen. Zuerst soll in Deutschland und Österreich sowie in den künftigen Partnerländern Großbritannien und Belgien mittels Gratispostkarten eine breitere Öffentlichkeit sensibilisiert werden, um die bestehende Gewaltbereitschaft zu verringern und die Akzeptanz von Lesben zu erhöhen.

Die bestehenden Hilfeleistungen werden in punkto Lesbenfreundlichkeit unter die Lupe genommen werden. Mittels einer Fragebogenuntersuchung bei den diversen Projekten, Vereinen und Institutionen soll deren Zugänglichkeit und Sensibilität für

Lesben geprüft werden. Die Erfahrungen aus Deutschland haben gezeigt, daß Lesben nur dort Hilfe suchen, wo ihnen bereits zuvor aktiv signalisiert worden ist, daß sie willkommen sind und ihre Probleme ernst genommen werden. Lesben fühlen sich nicht automatisch mitgemeint, wenn ein Fluchthaus, ein Notruftelefon oder eine Beratungsstelle sich an Frauen im allgemeinen richtet. Die Ergebnisse dieser Untersuchung bilden die Basis für ein geplantes Fortbildungspaket für Anti-Gewaltprojekte, Polizei, TherapeutInnen, AnwaltInnen, ÄrztInnen und andere, die mit lesbischen Gewaltopfern zu tun haben.

Information muß her

Einen weiteren Schwerpunkt stellt eine geplante Studie über Gewalt in lesbischen Beziehungen dar, die somit ein noch tiefer sitzendes Tabu in der Lesbenbewegung berührt, als es die Gewalt durch Außenstehende ist. Ebenso wie das Idealbild der starken, unabhängigen Lesbe die persönliche Auseinandersetzung mit lesbenfeindlichen Übergriffen erschwert, so tut das auch das Idealbild der immer solidarischen, immer frauenliebenden Lesbe. Wie das marginalisierte Gruppen oft tun, schneiden auch wir Lesben uns ein Wunschbild unserer selbst zusammen, das uns den Blick auf unsere eigenen Schwachpunkte verstellt. Nicht nur der Grundsatz der Parteilichkeit feministischer Anti-Gewaltarbeit (für welche Frau ergreife ich denn Partei, welcher glaube ich?), auch essentialistisch anmutende Vorurteile (Lesben sind die besseren Menschen und tun darum so etwas nicht) führen zur Verharmlosung und Nichtwahrnehmung von Gewalt in lesbischen Beziehungen und isolieren das Opfer von ihrer Bezugsgruppe, während die Täterin ungestört weitermachen kann. Die europäische Studie soll die Unsichtbarkeit dieses Problems durchbrechen und auch mit den üblichen Ausflüchten von EntscheidungsträgerInnen aufräumen: „no statistics – no problem“.

Um das Wissen um lesbenfeindliche Gewalt in all ihren Formen nicht nur an die PolitikerInnen und Hilfsorganisationen, sondern auch an die Lesbe zu bringen und ihr somit eine Handlungsorientierung zu

geben, wurde bereits eine vergleichende Sammlung verschiedener Studien zum Thema Gewalt gegen Lesben in Buchform herausgegeben (siehe Literaturhinweise unten). Als Abschluß des Projektes im Jahr 2003 sind eine CD-ROM und Internetseiten mit allen Ergebnissen der einzelnen Untersuchungen und Aktionen geplant. Also Daumen halten, damit das Projekt auch weiter finanziert wird!

Und was kann ich tun?

Außer die bereits genannten Informationsquellen zu nutzen, Veranstaltungen zu besuchen oder am Projekt mitzuarbeiten, kann jede Lesbe auch selbst etwas tun, um die gewaltträchtige Grundstimmung in unserer Gesellschaft zu verändern. 98 % der Lesben in einer Bielefelder Umfrage haben verbale oder psychologische Gewalt erlebt, 44 % haben sexuelle Gewalt erfahren müssen, und 24 % wurden bereits tätlich angegriffen. Selbstverteidigungskurse sind daher eine naheliegende Vorbeugemaßnahme auf persönlicher Ebene, denn Gewalt kann jede Lesbe treffen. Besonders gefährdet sind Lesben, wenn sie in der Öffentlichkeit als Paar auftreten und somit erkennbar sind. Darum empfiehlt es sich auch, gemeinsam mit der Partnerin zu überlegen, wie im Ernstfall am besten zu reagieren wäre in Hinblick auf die Sicherheit beider und die Schlagkraft der Abwehrhandlung. Und am wichtigsten ist und bleibt: reden und Augen und Ohren offen halten. Gewalt gegen und unter Lesben ist ein ernst zu nehmendes, wenn auch unbequemes Thema, und es geht uns alle an.

Information/Literatur zum Thema:

Ministerium für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit des Landes Nordrhein-Westfalen: *Gewalt gegen lesbische Frauen: Studie über Diskriminierungserfahrungen*. Bielefeld 1998. Gratis zu bestellen bei info@mail.mfjfg.nrw.de

Constance Ohms: *Gewalt gegen Lesben*. Querverlag, Berlin 2000 (siehe auch Buchrezension S. 70 in diesem Heft)

Constance Ohms (Hg.): *Mehr als das Herz gebrochen. Gewalt in lesbischen Beziehungen*. Orlanda-Frauenverlag, Berlin 1993.

Deutschland: Kontra Lesben- und Schwulenehe

„Das Homo-Ehe-Gesetz ist ein heterosexuelles Gesetz“

INTERVIEW: GUDRUN HAUER

Die Einführung der sogenannten „Homo-Ehe“ in Deutschland beseitigt nicht nur bestehende Diskriminierungen, sondern schafft neue. Warum das so ist und welche Alternativen eine emanzipatorische Lesben- und Schwulenehe bislang erarbeitet hat und fordert, erläutert *whk*-Bundessprecherin Dirk Ruder.

Dirk Ruder,

1968 in der DDR geboren, wuchs im Ruhrgebiet auf, wo er heute lebt. Nach dem Coming-out mit 16 Jahren war er aktiv in der Demokratischen Lesben- und Schwuleneheinitiative (DeLSI) und deren Schwulenreferent. Nach Auflösung der DeLSI – des damals bundesweit einzigen Lesben- und Schwulenverbands – engagierte er sich Anfang der neunziger Jahre in verschiedenen schwulen Medienprojekten, u. a. 1991 als Mitgründer und Redakteur des schwulen Radiomagazins *Pink Channel* in Duisburg. Der freie Journalist ist „partei- und erwerbslos“ und seit Frühjahr 1999 Sprecherin des wiedergegründeten *wissenschaftlich-humanitären Komitees (whk)* im Rheinland.

Zum Weiterlesen: Ilona Bubeck (Hg.): *Unser Stück vom Kuchen? Zehn Positionen gegen die Homo-Ehe*. Querverlag, Berlin 2000.

LN: Deutschland diskutiert derzeit die Einführung der von Teilen der deutschen Lesben- und Schwulenehebewegung geforderten sogenannten „Homo-Ehe“. Als Bundessprecherin des *whk* bist du dagegen. Warum?

Dirk Ruder: Das *whk* ist nicht gegen Diskussionen, wohl aber gegen das, was uns die Bundesregierung ungebeten als „Projekt der Moderne“ auf-tischen will. Wir haben immer deutlich gemacht, daß wir die Ehe grundsätzlich und die Light-Version für Homos insbesondere, u. a. als Modelle ablehnen, die Abhängigkeitsverhältnisse schaffen oder zementieren und an den Lebensrealitäten und -wünschen von Homo- und auch Heterosexuellen vorbeigehen. Der von der rot-grünen Koalition vorgelegte Entwurf ist anti-emanzipatorisch intendiert, und das geben die beteiligten PolitikerInnen ganz offen zu. Es gehe nämlich einerseits darum, gesellschaftliche Leitbilder für junge Homosexuelle zu schaffen, andererseits darum, Eltern quasi ein „Beruhigungsmittel“ an die Hand zu geben, so nach dem Motto: Da wir jetzt unseren homosexuellen Nachwuchs legal unter die Haube kriegen, brauchen wir uns vor den Nachbarn nicht mehr zu schämen. Man faßt sich an den Kopf, aber so hört man's tatsächlich im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestags. Die Motivation für den Entwurf ist eine durchwegs heterosexuelle. Abgesehen davon, daß wir hier eine Neuauflage des Schutzes der Jugend vor „unkontrollierter“ Sexualität erleben, muß man doch fragen, welche lesbisch-schwulen Forderungen der Entwurf überhaupt enthält. Die Debatte um die Absicherung von Beziehungen ist ja nicht neu, und sie ist erst recht kein Einfall bürgerlicher Homoverbände. Wir haben Ende der achtziger Jahre beispielsweise diese Fragen sehr konkret unter dem Label „Lebensformenpolitik“ in der Demokratischen Lesben- und Schwuleneheinitiative (DeLSI) diskutiert, und einer, der sich da-

mals bei uns Anregungen holte, war Volker Beck. Der Bundesverband Homosexualität (BVH) legte Anfang der neunziger Jahre sein Konzept der notariell beglaubigten Partnerschaft vor, und schließlich gibt es Christina Schenks „Wahlverwandtschaften“-Papier – insgesamt also eine mehr als fünfzehnjährige kontinuierliche Debatte. Die daraus resultierenden Forderungen ignoriert der Regierungsentwurf völlig.

Gab es denn keine Gespräche?

Das Bundesjustizministerium hat diesen Entwurf in Geheimverhandlungen mit dem LSVD und dessen Untervereinen ausgekugelt. Erst durch eine parlamentarische Anfrage der Bundestagsabgeordneten Christina Schenk wurde überhaupt erst bekannt, wer da eigentlich konkret von homosexueller Seite am Tisch gesessen hat, die Homo-Presse schrieb immer nur nebulös von „den Lesben- und Schwulenverbänden“. Wir waren jedenfalls nicht geladen, und der größte Lesbenverband, der *Lesbenring*, auch nicht. Man könnte die Liste fortsetzen. Als ich dies gegenüber der Bundesjustizministerin im letzten Herbst monierte und um die Möglichkeit zur Teilnahme bat, ließ sie mitteilen, es sei *allein schon aus organisatorischen Gründen nicht möglich, den Kreis der Teilnehmer zu erweitern*. Ich werde mir den Brief von Frau Herta Däubler-Gmelin vom 24. September gut aufheben, damit niemand vergißt, daß die Homo-Ehe unter dem expliziten Ausschluß des gesamten emanzipatorischen Flügels der Homo-Bewegung zustande kam. Zudem hat der LSVD Öffentlichkeit und Homo-Szene in den Wochen vor Bekanntgabe des Entwurfs systematisch belogen. Immer wieder rügten der LSVD und sein Bundessprecher Michael Schmidt, der nach Angaben der Szenepresse über gute politische Kontakte zur Ministerin verfügt, es läge

nicht einmal ein diskussionsfähiger Entwurf vor. Ein Täuschungsmanöver, denn am Vorabend des Berliner CSD wurde das Ding aus dem Hut gezaubert.

Ist da eine sachliche Debatte überhaupt möglich?

Am 19. September lud der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages zu einer öffentlichen Anhörung zur Homo-Ehe – sinnigerweise ins Verkehrsministerium. Mein Eindruck



dort war, daß dort die ExpertInnen Diskussion überraschend sachlich geführt wurde, selbst von Seiten der CDU. Die Veranstaltung war für die Bundesregierung ein einziges Watschenkonzert, weil alle juristischen GutachterInnen – die von der Regierung bestellten (darunter aus Österreich), aber auch die von der CDU – die Gesetzesvorlage gründlich demonstrieren und fragten, wozu man eigentlich ein Gesetz für Homosexuelle brauche. Selbst der von der grünen Regierungspartei berufene Gutachter Prof. Dr. Hein Kötz vom Hamburger Max-Planck-Institut nannte das Werk eine „barocke Lösung“, bei der sich das Justizministerium wohl „etwas gedacht“ habe, man wisse nur nicht genau, was. Die rot-grüne Regierungspartei war schon froh, daß der Entwurf nicht als

grundgesetzwidrig bezeichnet wurde, was man kaum kommentieren mag. Am Abend meldete die „Tagesschau“ dann, die Regierung fühle sich in ihrer Auffassung bestätigt, worauf das *whk* sofort mit einer Presseerklärung reagierte.

Rechtliche Gleichstellung bedeutet doch Beseitigung oder zumindest Verminderung von Diskriminierung.

Die Frage ist, ob das vorliegende Gesetz tatsächlich eine Gleichstellung bedeuten würde. Die übliche Bürgerrechtsfolklore des LSVD à la „Gleich viel Recht für gleich viel Liebe!“ einmal beiseite, hat das bisher niemand ernsthaft behauptet. Im Gegenteil, der Entwurf ist eine einzige Begründung dafür, wie man Homosexuelle *auf gar keinen Fall* rechtlich gleichstellt, weil diese Gleichstellung ja einer Ehe gleichkäme – und da ist der im Grundgesetz verankerte besondere Schutz von Ehe und Familie davor. „Die Homo-Ehe nimmt niemandem etwas weg“ lautet folglich die ebenso brave wie dümmliche LSVD-Parole. Das Gesetz in der momentan vorliegenden Form bedeutet eine unübersehbare Schlechterstellung in vielen Bereichen. Der Anspruch auf Sozialhilfe beispielsweise fällt weg, weil die Partner gegenseitig unterhaltspflichtig sind, auch über das Ende der Beziehung hinaus. Da überlegt man sich vorher schon sehr genau, ob man eine solche Abhängigkeit riskiert. Dann: Die Angehörigen des jeweiligen Partners gelten als Verwandte – und zwar lebenslanglich. Während man angesichts von AIDS in den achtziger Jahren überlegte, wie gleichgeschlechtliche Beziehungen vor Eingriffen der biologischen Herkunftsfamilie geschützt werden können – auch nach Beendigung des Verhältnisses oder über den Tod eines Partners hinaus –, zementiert der Entwurf das genaue Ge-

genteil: Der Partner ist tot, aber dessen möglicherweise feindselige Verwandtschaft hat man bis an sein Lebensende am Hals. Das ist grotesk! Man baut neue Diskriminierungen auf, um alte zu beseitigen?! Einen derart konservativen Ansatz kann selbst der LSVD seiner Anhängerschaft nicht ohne weiteres unterjubeln. Und deswegen veranstaltet man den ganzen Zirkus um „Menschenrechte“ und die eingetragene Lebenspartnerschaft, die mehr Leute diskriminiert als gleichstellt.

„EMMA“-Herausgeberin Alice Schwarzer forderte schon vor vielen Jahren das Recht auf gleichgeschlechtliche Ehen. Die Verweigerung dieses Rechtes verglich sie unter anderem mit dem Apartheid-System in Südafrika, das Ehen zwischen Farbigen und Weißen verbot ...

Auch Hella von Sinnen reist munter mit dem Apartheid-Vergleich durch die Lande. Eigentlich sollte man annehmen, daß ein halbwegs politisch gebildetes Publikum angesichts einer solchen Gleichsetzung den Kopf schüttelt. Das „Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen“ – das an sich kein Verbot, sondern lediglich nicht vorgesehen ist – wird in Deutschland, soweit mir bekannt ist, weder mit staatlichem Terror und Folter noch mit einem Regime der Rassentrennung durchgesetzt. Aber statt Kopfschütteln ernen Leute wie von Sinnen tosenden Applaus. Das ist das Niveau, auf dem Befürworter der Homo-Ehe die heterosexuelle Mehrheit zu gewinnen trachten. Irgendwas bleibt schon hängen: Huch, Apartheid für Homosexuelle, na das ist ja schlimm. Da ist man natürlich dagegen.

Das *whk* wendet sich insbesondere gegen den Grünen-Bundestagsabgeordneten Volker Beck und damit zusammenhängend die Politik des LSVD. Warum könnt

oder wollt ihr hier nicht unterstützen?

Weil es aus unserer Sicht hier nichts zu unterstützen gibt. Das von uns favorisierte Konzept der Wahlverwandtschaften – also frei delegierbare Individualrechte statt eines Gesamtpaketes aus Rechten und Pflichten – ist ein gänzlich anderes. Mit der „Erfindung“ der Homo-Ehe vollzog der damalige SVD in der ersten Hälfte der neunziger Jahre eine Abkehr vom vorrangig diskutierten Konzept der Lebensformenpolitik. Damit entzog er anderen Gruppen die Unterstützung – nicht umgekehrt. Die Propagierung der Homo-Ehe bediente objektiv konservative und nationale Volksgemeinschafts- und Familientrends nach der deutschen Einheit und bot dem LSVD ein unumkämpftes Terrain zur Profilierung. Ohne sie wäre er heute nicht das, was er ist: ein staatlich geförderter Homosexuellenverband, dessen Sprecher in Parlamenten und im Staatsapparat sitzen und noch mehr Gelder für den eigenen Verein beschaffen. Die Kumpanei mit dem Staat und der Ruf nach Pflichten standen stets im Widerspruch zu einer emanzipatorischen Politik.

Ihr versteht die Ehe grundsätzlich als patriarchale Institution. Sie ist daher nicht reformierbar?

Ja.

Das Recht auf gleichgeschlechtliche Eheschließungen zementiert also bestehende Verhältnisse, statt sie von innen her aufzubrechen?

So ist es.

Nutznieser des traditionellen Ehe-modells sind bislang Männer; Leidtragende sind die Frauen, sie reichen auch mehrheitlich die Scheidung ein. Siehst du Unterschiede zwischen Lesben und Schwulen, wenn sie das Recht auf Eheschließung erhalten? Das

Macht- und Hierarchiegefälle spielt hier ja keine Rolle.

Sicher, das Hierarchiegefälle zwischen Mann und Frau verschwindet auf den ersten Blick im Binnenverhältnis, aber die Homo-Ehe schafft ganz neue Machtverhältnisse, und zwar strukturell. Wenn beispielsweise ein/e PartnerIn keinen deutschen Paß besitzt, wird sein/ihr Aufenthaltsrecht nur durch die bestehende Eingetragene Partnerschaft gewährleistet. Der deutsche Part verfügt damit jederzeit über die Entscheidungsgewalt darüber, ob jemand hier leben kann oder – bei Unbotmäßigkeit oder Ungehorsam – abgeschoben wird. Es fällt sehr schwer, darin keine moderne Form der Leibeigenschaft zu sehen.

Befürchtest du wirtschaftliche Nachteile für Lesben- oder Schwulenpaare mit allen auch negativen Konsequenzen für die Partnerschaft, da die BefürworterInnen ja immer auch fordern „Recht auf Gleichstellung mit allen Rechten und Pflichten“? In Zeiten der Globalisierung und des Rückbaus des Sozialstaates heißt dies doch auch der – freiwillige – Verzicht auf bestimmte soziale Absicherungen und damit auf schwer erkämpfte Rechte.

Ich habe das bereits im Hinblick auf den drohenden Verlust von Sozialhilfe angerissen. Beck hat selbst daraus einen Vorteil zu konstruieren versucht, indem er das Lebenspartnerschaftsgesetz als „echte Einsparung für die Kommunen“ und im Sinne der Rotstiftpolitik der Bundesländer pries. Mittlerweile entnimmt man der Presse, daß es für hinterbliebene Homo-Ehe-Partner keine Rente geben soll, und man fragt sich schon nicht mehr, ob, sondern was als nächstes gestrichen wird. Was übrig bleibt, wird ein kümmerlicher Mix aus wenigen Rechten und fast allen Pflichten sein – letztere zum Teil lebenslanglich.

Die politischen Differenzen zwischen whk und LSVD lassen sich meiner Ansicht nach am ehesten als solche zwischen politischer Emanzipationsbewegung auf der einen und Bürgerrechtsbewegung auf der anderen Seite umschreiben. Sind Bürgerrechte, und Frauen sind ja noch immer weit davon entfernt, Bürgerinnen im vollen Wortsinn zu sein, nicht ein wichtiger Zwischenschritt zur vollen Emanzipation?

Der Begriff der Bürgerrechte ist meines Erachtens in Deutschland durch die Politik des LSVD diskreditiert, weil er mit rückwärtsgewandten Ideen und Begriffen wie Liebe und Treue operiert. So schafft man

keine Basis für Emanzipation. Wer „Bürgerrechte“ für schwule Soldaten einfordert, handelt nicht emanzipatorisch. Und wer (lesbische) Frauen in ein Abhängigkeitsverhältnis namens (Homo-)Ehe zwingt, dem scheinen die Bürgerinnen auch nicht sehr am Herzen zu liegen – Zwischenschritte hin oder her.

Emanzipation ist immer die Frage nach konkreten Utopien. Die Bürgerrechtsbewegung hat keine anderen Utopien als die möglichst geräuschlose Integration ins bestehende System. Die feministische Frauenbewegung hat diese Politik sowieso nie unterstützt.

Seid ihr nicht zu radikal? Stoßt ihr nicht viele vor den Kopf?

Gesellschaftliche Veränderungen sind immer von radikaler Politik ausgegangen. Mit einem schwulen Kaffeekränzchen stößt man natürlich niemanden vor den Kopf.

Jede emanzipatorische Bewegung benötigt BündnispartnerInnen? Wo sind eure? Oder wo wollt ihr die finden? Wo sind die Gemeinsamkeiten – und die Unterschiede?

Ich kann das an der Debatte um die Eingetragene Lebenspartnerschaft festmachen. Den vorliegenden Gesetzentwurf haben zahlreiche Organisationen und Verbände mehr oder weniger deutlich abgelehnt: die Deutsche AIDS-Hilfe, der Lesbenring, die Humanistische Union, das Bisexuelle Netzwerk und viele regionale Gruppen, vor allem an den Universitäten. Vielleicht ist der Begriff BündnispartnerInnen in diesem Zusammenhang zu mächtig, weil es kein programmatisches oder organisatorisches Bündnis, aber ähnliche Interessenlagen gibt. Ein Bündnisgedanke dokumentiert sich am ehesten in der „Kölner Erklärung“ gegen die Homo-Ehe, die sexuellemanzipatorische Gruppen unter Mitwirkung des whk Rheinland zum Kölner CSD veröffentlichten (www.konsumschwuchte.de). Da der LSVD derzeit eine bundesweite Aktion „Deutschland sagt Ja“ in verschiedenen Städten organisiert, ist davon auszugehen, daß es mindestens ebenso viele Gegenveranstaltungen geben wird, wenn auch mit wesentlich geringem finanziellem Aufwand.

Die Forderung nach der sogenannten „Homo-Ehe“ läßt sich ja auch als „Übergangsforderung“ oder zumindest als Zwischenschritt zu radikaleren Forderungen auffassen...

Das Gegenteil ist der Fall. Wenn die Homo-Ehe erst einmal da ist, wird die politische Diskussion um selbstbestimmte Formen des Zusammenlebens – ob homo, hetero, zu zweit oder zu mehreren, mit oder ohne Sex – für Jahre vom Tisch sein. Das Argument dazu hört man schon heute: Wer eine abgesicherte Beziehung haben will, soll heiraten. Daß der Zwang zur Ehe die Ausgangsbasis für fortschrittlichere Lösungen erhöhen soll, halte ich für reichlich abwegig.

Warum sollen Lesben oder Schwule nicht heiraten dürfen, wenn sie unbedingt wollen? Warum soll ihnen das legislativ verunmöglicht werden?

Wir sind nicht dagegen, daß Lesben und Schwule heiraten, wenn sie möchten. Wir sind dagegen, daß man heiraten *muß*, um rechtliche Absicherung zu erlangen, weil dies die einzig „erlaubte“ Möglichkeit ist.

Wenn die Ehe keine Alternative ist, welche dann? Es existieren ja massive Ungleichbehandlungen, die sich, individuell betrachtet, höchst fatal auswirken können.

Natürlich. Ich denke, der französische PaCS wäre auch für Deutschland eine Möglichkeit, ein erster Schritt. Man muß sich nur einmal die Zahlen angucken: In knapp einem halben Jahr haben in Frankreich gut 30.000 homo- wie heterosexuelle Paare davon Gebrauch gemacht – davon können die Skandinavier nur träumen. Sogar Heterosexuelle „heiraten“ in Frankreich gleichgeschlechtlich, weil das unbürokratische Absichern und vor allem Auflösen ihrer Beziehung offenbar ihren Bedürfnissen entspricht. Die Behörden hatten bis Jahresende ursprünglich mit etwa 10.000 Paaren gerechnet, inzwischen geht man vom Zehnfachen aus. Man darf durchaus übernehmen, was sich anderswo bewährt.

Gleichstellung innerhalb des bestehenden Systems oder Emanzipation des Bestehenden und Transzendieren – darauf läuft es doch letztlich hinaus. Wie definierst du Befreiung für Lesben und für Schwule?

Transzendieren klingt mir zu esoterisch. Im whk-Programm steht sinngemäß, daß Emanzipation unteilbar sei – und Befreiung läßt sich schließlich nicht irgendwie auf Lesben und Schwule beschränken. Befreiung muß die Befreiung von Macht- und Herrschaftsstrukturen sein, alles andere wäre keine. ≤

Die Positionen der HOSI Wien Anmerkungen zur „Homo-Ehe“

VON KURT KRICKLER

Positionen und Forderungen der HOSI Wien

Als Dänemark 1989 die Eingetragene PartnerInnenenschaft eingeführt hat, hat auch die HOSI Wien die Forderung nach Schaffung dieses Rechtsinstituts auf ihre Fahnen geschrieben – und einen entsprechenden Passus in ihr damals aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens ausgearbeitetes Forderungsprogramm aufgenommen. Wir haben auch vor Jahren in den LN eine längere grundsätzliche Debatte in zwei Schwerpunkt-Ausgaben mit Pro- und Kontra-Positionen geführt (4/92, S. 37-62, und 1/93, S. 39-54). Das ist lange her. Seither haben wir zu dieser Frage zwar fast in jeder Ausgabe regelmäßig – seit der Ausgabe 4/96 in unserer ständigen Rubrik „Heiratssachen“ – über die Entwicklungen im In- und Ausland berichtet, aber in der Grundsatzdiskussion sind fast nur Stimmen zu Wort gekommen, die dieses Modell ablehnen, z. B. Christina Schenk (LN 4/98, S. 51 ff) oder Jürgen Nehm vom whk (LN 4/99, S. 33); nur einmal gab es seither einen Beitrag, in dem die inhaltlichen Positionen der HOSI Wien dargelegt wurden, und zwar als Reaktion auf die 1997 vom heute nur mehr als Phantom existierenden Österreichischen Lesben- und Schwulenforum (ÖLSF) präsentierten Forderungen zur rechtlichen Anerkennung und Gleichstellung gleichgeschlechtlicher PartnerInnenenschaft (LN 3/97, S. 32 ff).

So wichtig uns die Meinungsvielfalt und die Diskussion unterschiedlicher Positionen zu dieser Frage in den LN sind, meinen wir jedoch auch, daß es aus Anlaß des Interviews mit Dirk Ruder (ab S. 40) zweckdienlich ist, die Positionen der HOSI Wien und ihre Forderungen in den LN wieder in Erinnerung zu rufen. Vielen, die die HOSI Wien bzw. die LN noch nicht lange kennen, ist der Standpunkt des Vereins in dieser Frage wahrscheinlich gar nicht bekannt.

Die HOSI Wien tritt für eine Eingetragene PartnerInnenenschaft (EP) nach nordischem Modell als schwul/lesbisches Äquivalent zur Ehe ein, also nur für gleichgeschlechtliche Paare. Das hat einerseits prinzipielle Gründe (stünde die EP auch für heterosexuelle Paare offen, dann hätten diese eine Wahlmöglichkeit mehr zur Ausgestaltung ihrer Beziehung als Lesben und Schwule, was eine Ungleichbehandlung wäre), andererseits pragmatische: Alles, was in der Realität zu einer kalten Abschaffung der Ehe führt – also



Erste Lesbenhochzeit in China, Dez. 1999

auch eine EP, die für Heteros eine viel attraktivere „Ehe light“ wäre –, wäre politisch in absehbarer Zeit nicht durchsetzbar. Die EP damit zu überfrachten, sie auch für Heteros zu wollen, würde die Einführung der EP für Lesben und Schwule nur be-, wenn nicht sogar verhindern.

Grundsätzlich sollen für die EP genau dieselben Rechte und Pflichten gelten wie für die Ehe. Allerdings müssen für die EP manche Begleitumstände bzw. Rahmenbedingungen anders gestaltet werden als für die Ehe – z. B. die Scheidungs- und Unterhaltsbestimmungen, die ja nicht zu den eigentlichen Rechten und Pflichten zählen, zumindest zu jenen, die sich aus dem Verhältnis zu Dritten, also zum Staat ergeben. Beispiel Scheidung: Wie man durch den prominenten Fall Klestil weiß, kann in Österreich ein Ehegatte eine Scheidung bis zu sechs Jahre blockieren. Derartige Rahmenbedingungen

für die EP zu übernehmen wäre Unsinn. Keine Lesbe und kein Schwuler, die/der halbwegs bei Trost ist, würde sich unter diesen Umständen auf eine EP einlassen. Daher hat es in Österreich auch keinen Sinn, wie in den Niederlanden die (Öffnung der bestehenden) Ehe zu verlangen, solange diese nicht entsprechend reformiert ist, oder die totale Blaupause der Ehe auf die EP. Auf diese Gleichstellung können Lesben und Schwule sicherlich gerne verzichten.

Wenn wir von der Lesben- und Schwulenehe (bzw. seltener der Homo-Ehe) reden, meinen wir daher immer die EP – denn sonst könnten wir ja gleich von der Ehe reden. Obwohl viele meinen, die Verwendung dieser Begriffe wäre kontraproduktiv, sollte man sie dennoch benutzen, um damit auch der Öffentlichkeit klar zu machen, daß wir im Prinzip und tatsächlich alle mit der Ehe verbundenen Rechte und Pflichten wollen. Darüber sollte es kein Mißverständnis geben. Daß wir das – wie in Skandinavien und den Niederlanden – nicht alles gleich im ersten Anlauf bekommen werden, damit müssen wir wohl rechnen und uns darauf einstellen. Adoption und Witwen/Witwerrente etwa werden sicherlich kontroversielle Punkte sein.

Mit der Einführung der EP muß natürlich auch die Anerkennung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften einhergehen. Das heißt, alle Rechte, die schon heute für unverheiratete verschiedengeschlechtliche LebensgefährtenInnen gelten – und das sind ja gar nicht so wenige –, müssen dann natürlich auch für gleichgeschlechtliche LebensgefährtenInnen gelten, die keine EP eingehen wollen. Lesben und Schwule haben dann wie Heterosexuelle drei Optionen zur Ausgestaltung ihrer Beziehungen: eine Verbindung ohne jegliche rechtliche Konsequenz, Zusammenleben als LebensgefährtenInnen oder Eingehen einer EP.

Auf keinen Fall werden wir uns mit einer Lösung wie dem französischen PaCS zufriedengeben. Dieser ist inakzeptabel. Er sieht z. B. mehrjährige Anwartszeiten vor. Das heißt, die PartnerInnen können erst einige Jahre nach PaCS-Schließung – im Gegensatz zu Ehepaaren – in den Genuß gewisser Rechte kommen und nicht sofort!

Das nordische Modell hat sich seit über zehn Jahren bestens bewährt. Man arbeitet daran, die letzten Unterschiede zwischen EP und Ehe zu beseitigen. Es gibt weder in Dänemark, Schweden, Norwegen, Island noch

in den Niederlanden, wo jetzt die Ehe geöffnet wird, nennenswerte Stimmen von Lesben und Schwulen (oder Heteros), denen zufolge diese Rechtsinstitute nicht ausreichend seien und es noch zusätzlicher Rechtsinstitute oder rechtlicher Absicherungen für andere Lebensformen bedürfe.

Anmerkungen zu Dirk Ruder

Natürlich müssen sich Lesben und Schwule dann auch gründlich überlegen, ob es in ihrer jeweiligen Situation günstig ist, eine EP einzugehen, denn in der Tat ist damit mitunter oder sogar in den meisten Fällen eine finanzielle Schlechterstellung verbunden. Das müssen die Heteros ja auch – und die richten sich ihr Leben ja auch danach ein. In Österreich heiraten tausende Paare mit Kindern nicht, weil eine alleinstehende Mutter Anspruch auf erhöhtes Kindergeld hat. Geheiratet wird erst, wenn der Anspruch auf Kindergeld weggefallen ist. In Österreich gibt es im Gegensatz zu Deutschland übrigens kein steuerliches Ehegatten-Splitting. (Der Autor dieser Zeilen, der in zwei langjährigen Quasi-Schwulenehen gelebt hat, kann bestätigen, daß in beiden Fällen durch die jeweiligen konkreten Umstände eine tatsächliche Ehe mit erheblichen finanziellen Einbußen verbunden gewesen wäre.) Die HOSI Wien ist jedoch optimistisch, daß Lesben und Schwule – wie die Heteros – imstande sein werden, das Für und Wider abzuwägen und sich dann zu entscheiden. Manche Leute heiraten trotz der pekuniären Nachteile und sehen die Ehe nicht unbedingt als reines Mittel zum Zweck der Senkung der Lebenshaltungskosten an. Leuten, die sich in absolut keine Abhängigkeit begeben wollen, muß man in der Tat dringend von einer EP abraten, die sollten es wirklich am besten bleiben lassen. Gezwungen wird aber – entgegen Dirk Ruders Behauptungen – ohnehin niemand.

Hier wird auch Dirks Demagogie unerträglich. Mehrfach

spricht er vom Zwang zur Ehe. Niemand wird heiraten müssen. Wenn er fürchtet, die Diskussion über andere Formen des Zusammenlebens wäre für Jahre vom Tisch, würde die EP jetzt in Deutschland verwirklicht, dann hat er damit wohl recht, übersieht aber, daß diese auch jetzt nicht wirklich auf dem Tisch ist. Weit und breit ist keine größere politische Kraft oder gar eine Volksbewegung zu sehen, der das Konzept der Wahlverwandtschaften – also frei delegierbare Individualrechte statt eines Gesamtpakets aus Rechten und Pflichten – ein Anliegen ist. Dieses Konzept ist derzeit nicht mehrheitsfähig. Und die Entscheidung fällen die PolitikerInnen und nicht JuristInnen und andere ExpertInnen. Daß manche klammheimlichen Gegner im Rechtsausschuß ein übles taktisches Spielchen gespielt haben könnten mit ihrer progressiven Kritik am Entwurf der deutschen Bundesregierung – das ist Dirk offenbar nicht in den Sinn gekommen.

Billig sind auch manche seiner anderen demagogischen Ausführungen. Der Vergleich mit dem Verbot gemischtrassiger Ehen im Apartheid-Regime Südafrikas bezieht sich eindeutig auf diese Diskriminierung, die durchaus vergleichbar ist, und nicht auf Terror und Folter des Apartheid-Regimes. Auch in den USA waren noch bis 1967 gemischtrassige Ehen in mehr als der Hälfte der Bundesstaaten „nicht möglich“ – um Dirks lächerliche Haarspalterei aufzugreifen. Das ist vergleichbar! Hier eine Hierarchie der Diskriminierung bzw. deren Bekämpfung aufstellen zu wollen – das wäre anti-emanzipatorisch – schließlich ist laut Dirk, und das können wir nur unterschreiben, Emanzipation unteilbar – und Befreiung läßt sich schließlich nicht irgendwie auf Farbige/Schwarze beschränken.

Dirks unredliche Argumentation gipfelt aber im Beispiel mit dem binationalen Paar. Gerade die Möglichkeit, den Aufenthalt eines ausländischen Partners bzw. einer ausländischen Partnerin zu sichern, ist wohl eine der wichtigsten einer EP (siehe

auch Interview ab S. 16 in diesem Heft). Diese Möglichkeit als moderne Form der Leibeigenschaft zu denunzieren ist nicht nur an den Haaren herbeigezogen, sondern völlig abwegig und jenseitig. Auch derzeit erwerben ausländische EhegattInnen erst nach einer gewissen Frist einen eigenständigen Anspruch auf Aufenthalt. Wie lange diese Frist ist, ist unabhängig von der Frage der EP zu diskutieren. Wenn die Beziehung – ob jetzt in einer Ehe oder einer EP – in Brüche geht, sollte das in beiden Fällen dieselben Folgen haben. Ist man vom inländischen Partner bzw. vom Ehegatten- bzw. EP-Status aus fremdenrechtlichen Gründen abhängig, ist das sicherlich ein Problem. Der/Die ausländische PartnerIn heiratet aber in erster Linie eine Person und nicht einen Staat. Möglich, daß es in Einzelfällen dazu kommen kann, daß der/die inländische PartnerIn diese Abhängigkeit ausnützt und den/die ausländische/n PartnerIn unter Druck setzt. Aber diese Möglichkeit in Einzelfällen, denen tausende Fälle gegenüberstehen, in denen eine solche Regelung hilft, als ein Argument gegen die EP ins Treffen zu führen ist abstrus und grotesk – also wenn es sonst keine Einwände gibt... Niemand käme auf die Idee, die Ehe aus diesem Grund zu bekämpfen.

Jedenfalls ist es erstaunlich, wieviel Energie manche Leute aufbringen können, wenn es darum geht, etwas destruktiv zu verhindern, nur weil man anderer Ansicht ist und mit den eigenen Vorstellungen, dem eigenen Lobbying nicht durchkommt. PolitikerInnen haben in der Regel ein gutes Gespür dafür, was machbar ist und was nicht. Wenn man sie von den eigenen Positionen nicht überzeugen kann, dann soll man wenigstens so fair sein, potentiell mehrheitsfähige Positionen nicht zu torpedieren. Außer der reinen Spekulation, man verbaut sich die Umsetzung der Utopie in den nächsten Jahren, hat Dirk kein wirkliches Argument, warum der Vorschlag der Bundesregierung als ganzes bekämpft werden muß. Wie in den ande-

ren Staaten mit ähnlicher Regelung, wo die EP niemandem persönlich geschadet bzw. mehr geschadet hat als die Nichtregelung davor, wird auch in Deutschland oder Österreich niemand unter der Einführung des EP leiden, aber vielen Leuten wird sie nutzen, jedenfalls mehr als die Nichtregelung jetzt. Kann man das nicht akzeptieren? Die perfekte Lösung für jede und jeden wird es ohnehin nie geben. Jedenfalls ist auch an Dirks Beispielen klar zu erkennen, daß die Vorteile einer EP ihre möglichen Nachteile bei weitem überwiegen – und wie gesagt: jede/r hat die freie Wahl, eine EP einzugehen oder nicht.

Die Idee, ein Rechtsinstitut zu schaffen, bei dem man sich eine Ehe à la carte zusammenstellt und sich nur die Rosinen herauspicks (die Berücksichtigung des Haushaltseinkommens für die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung oder Notstandshilfe des arbeitslosen Partners, wie dies für EhegattInnen und heterosexuelle LebensgefährtenInnen jetzt schon gilt, wird z. B. aus der Shopping-Liste gestrichen) – die wird's in hundert Jahren nicht spielen! Und eine solche Ehe/Lebensform à la carte läuft wiederum auf die kalte Abschaffung der Ehe hinaus – und da wird es einfach zu viele Widerstände geben. In Österreich, wo erst vor vier Jahren die Strafbarkeit (!) des Ehebruchs abgeschafft wurde, ist ja selbst eine parlamentarische Mehrheit für ein modernes Scheidungsrecht in weiter Ferne. Es wäre natürlich schön, könnte man sich nur die Rechte holen und die Pflichten vergessen, aber diesen Gefallen wird man uns nicht machen. Dies erkämpfen zu wollen wäre wirklich reine Energie- und Ressourcenverschwendung.

Und wenn Dirk und das whk ohnehin jegliche Kumpanei mit dem Staat, und damit wohl auch mit der Gesellschaft – was ja schwer voneinander zu trennen ist –, ablehnen, dann muß man sich ohnehin fragen, wieso sie eigentlich überhaupt vom Staat eine Regelung verlangen.

Nicaragua: Stürmische Zeiten

VON IRENE ZEILINGER

Wenn von Nicaragua die Rede ist, so drängen sich ein paar Schlagzeilen ins Gedächtnis zurück: sandinistische Revolution 1978, Kämpfe mit den von den USA finanzierten Contras, Wahlsieg der Konservativen 1990 und der verheerende Hurrican Mitch 1998. Gute Nachrichten kommen selten aus dem ärmsten Land Lateinamerikas, auch nicht für Lesben und Schwule. Seit 1992 sind homosexuelle Handlungen strafbar. Wie unter diesen schwierigen Umständen trotzdem eine Lesbenbewegung entstehen kann, davon erzählt Mary Bolt González, Psychologin, Mitarbeiterin der AIDS-Präventionsstelle Xochiquetzal und Autorin des ersten Buches über die Situation von Lesben in Nicaragua, *Sencilamente diferentes*.

LN: Erzähle uns doch zu Beginn deine Erfahrungen als Lesbe und Feministin in Nicaragua.

Mary Bolt González: Während der siebziger und achtziger Jahre war ich Aktivistin des *FSLN (Frente Sandinista de Liberación Nacional)*, aber ich lebte nicht offen lesbisch. Ich hatte eine verantwortungsvolle Funktion und wurde oft von einem Ort zum anderen versetzt, zu meinem Besten – so sagte man –, um Konflikte zu vermeiden und den Namen des *FSLN* zu schützen.



Gab es damals eine offizielle Stellungnahme des *FSLN* zur Homosexualität?

Es gab eine offizielle Entscheidung, daß die Lebensweise jeder und jedes einzelnen zu respektieren sei und sich der *FSLN* nicht darin einmische. Ich glaube, daß die Situation der Lesben und Schwulen, die im *FSLN* aktiv waren, stark von deren jeweiligen politischen Vorgesetzten abhing. Die meisten waren in dieser Hinsicht sehr konservativ und sind es heute noch. Ich war von 1983 bis 1986 *Coordinadora* in León, und meine Vorgesetzte wußte, daß ich Lesbe bin. Sie sagte mir, ihr sei das egal, was sie interessiere, sei meine Arbeit, Punkt. Von ihr bekam ich viel Unterstützung. Ab etwa 1985 mobilisierten sich Lesben und Schwule innerhalb des *FSLN*. Diese Bewegung wurde unterdrückt, und einige landeten im Gefängnis. Wir waren alle SandinistInnen, wir waren alle RevolutionärInnen, und niemand wollte

den Fortschritt der Revolution behindern. Die Revolution hatte Priorität, darum verhielten sich die meisten ruhig. Aber zum 10. Jahrestag des Sieges der Revolution 1989 gab es eine lesbischwule Delegation beim großen Aufmarsch in Managua. Sie marschierten mit Transparenten und identifizierten sich klar als Lesben und Schwule. Das war das erstmal, daß sich Lesben und Schwule öffentlich zeigten.

Warst du damals bei dieser Bewegung dabei?

Nein. Du mußt verstehen, daß die SandinistInnen gegen Somoza (*einzigster Diktator Nicaraguas*) und die Contras kämpften. Das war in erster Linie ein Klassenkampf, aber nicht ein Kampf gegen andere Formen von Unterdrückung. Denn natürlich wurden Lesben und Schwule immer diskriminiert, und ebenso die Frauen. Aber gegen die-

Thema Südamerika

Die *LN* haben in der Vergangenheit immer wieder über die Lesben- und Schwulenbewegung in Lateinamerika berichtet und öfters insbesondere lesbische Aktivistinnen interviewt¹. In den letzten Jahren war das immer seltener der Fall. Umso mehr freut es uns, in dieser Ausgabe zwei Aktivistinnen aus Nicaragua und Bolivien zu Wort kommen zu lassen.

¹) Interviewt in den *LN* haben wir u. a.: Patria Jiménez (Mexiko), # 2/99, S. 35ff, Claudia Acevedo (Guatemala), # 4/97, S. 23ff. Außerdem widmeten wir in der Ausgabe 2/91 einen Schwerpunkt dem Thema *Lesben in Lateinamerika* (S. 31-52).

se Unterdrückung kämpfte der FSLN nicht. Oder zumindest gab es keine gezielte Politik gegen diese Diskriminierungen.

Ich hatte nach den Wahlen 1990 mein Coming-out, als mir klar wurde, daß ich niemandem damit schaden würde. Viele meiner Bekannten und in meiner Familie wußten es nicht und waren überrascht, aber die, die mich gern hatten, haben mich auch weiterhin gern, unabhängig davon, ob ich nun lesbisch bin oder nicht. Es war eine schöne und interessante Erfahrung.

1992 reformierte dann Doña Violeta (*Violeta Chamorro, konservative Präsidentin ab 1990*) das Strafgesetz mit der Novelle 150. In dieser Novelle wurde der Sodomie-Paragraph 104 eingefügt, der schon im Strafgesetz von vor 100 Jahren existierte. Wir gründeten damals die nationale Kommission für eine Sexualität frei von Vorurteilen, um dagegen zu kämpfen. Wir brachten eine Stellungnahme im Parlament ein, veranstalteten Diskussionen und sammelten 4000 Unterschriften, aber letztendlich wurde das Gesetz verabschiedet.

Eines ihrer Argumente war, daß die Kinder geschützt werden müßten. Am ärgsten war Azuzena Rey. Sie ist Abgeordnete und auch heimliche Lesbe, und sie sprach sich trotzdem öffentlich für dieses Gesetz aus! Wir legten auch eine Verfassungsbeschwerde beim Obersten Gerichtshof ein, aber die wurde abgewiesen, weil es angeblich keine Lesben und Schwulen in Nicaragua gebe. Wir haben dann noch beim Interamerikanischen Gerichtshof Beschwerde eingelegt und warten nun auf eine Entscheidung.

Wie wirkt sich der § 104 konkret auf Lesben und Schwule aus?

Unter der Regierung Alemán

(konservativer Nachfolger von Violeta Chamorro) wurde er in einigen Fällen angewendet. Zum Beispiel gab es da den Fall einer 19jährigen und einer 17jährigen Lesbe, die gemeinsam von daheim ausrissen. Beide waren minderjährig, aber die Mutter der Jüngeren hat die Ältere angezeigt wegen Verführung Minderjähriger und Sodomie. Sie wurde verurteilt.

Oder ein anderes Beispiel: Eine Mutter zeigte die Lehrerin ihrer Tochter wegen derselben Vergehen an. Aber hier hatte die Lehrerin nie eine Beziehung zu dem Mädchen gehabt. In Wirklichkeit hat die Mutter ihre Tochter der Lehrerin angeboten im Austausch für die finanzielle Unterstützung der ganzen Familie, und weil die Lehrerin ablehnte, zeigte die Mutter sie an. Die Lehrerin wurde freigesprochen, aber das beeinträchtigte natürlich ihr Leben schwer, ihre Situation in der Schule usw.

Aber es gibt auch Situationen, wo § 104 indirekt dazu führt, daß Lesben und Schwule sich nicht zu wehren trauen. Zwei Freundinnen gingen auf dem Malecón (*populäre Strandpromenade in Managua*) spazieren. Ein Polizist kam und sagte, er würde sie mitnehmen und wegen § 104 anzeigen, denn sie hielten sich an der Hand. Sie machten nicht etwa ein öffentliches Aufsehen, dabei waren sie einfach zwei Freundinnen. Aus Angst gaben sie ihm dann Geld, die Uhren, und was weiß ich noch alles. So etwas kann passieren.

Wie verhalten sich die Frauenbewegung und die Lesbenbewegung zueinander?

Die Frauenbewegung unterstützt die Lesben. Wir haben dafür gekämpft, daß jede Frau über ihren Körper entscheiden kann. Das bezieht sich auch auf die sexuelle Orientierung.

Außerdem bietet uns die Frauenbewegung einen Freiraum. Hier können lesbische Paare ihre Zuneigung zeigen, die anderen Frauen wissen, daß sie Lesben sind, und es gibt kein Problem damit. Aber der Hurrican Mitch hat wieder einmal die wirtschaftliche Lage, das tägliche Überleben zur Priorität erhoben. Es waren gerade viele Dinge in der Frauenbewegung am Entstehen, zum Beispiel das Netzwerk gegen Gewalt gegen Frauen, aber sie mußten diesen Kampf vorerst aufgeben und mit ihren Forderungen zurückstecken.

Wie organisieren sich die Lesben in Nicaragua?

Wir organisieren uns in kleinen Gruppen an verschiedenen Orten, meist über freundschaftliche Kontakte. Es gibt Gruppen in Granada, Masaya, Corinto, El Viejo, Estelí, Matagalpa und Managua. Aber diese Gruppen koordinieren sich nicht. Wir sind nicht strukturiert oder in einer homogenen Bewegung organisiert, aber wir melden uns öffentlich zu Wort. Unter Doña Violeta begannen die Diskotheken, es gab die ersten Feste zum Christopher Street Day, und seit 1991 feiern wir den Tag für eine Sexualität frei von Vorurteilen. In Masaya und Granada werden Transvestiten-Wettbewerbe veranstaltet, auch in Estelí und Corinto. Es gibt alternative Radio- und Fernsehprogramme und Zeitschriften, die sich immer wieder des Themas annehmen.

Bei den *Gay Games* in Amsterdam waren wir mit zwölf Personen vertreten. Als wir zurückkamen, waren wir sehr motiviert. Wir hatten viele Ideen und viele Themen, die wir diskutieren wollten, aber letztendlich war der Alltag zu anstrengend, und wir haben nicht getan, was wir uns vorgenommen hatten. Du mußt erst etwas zu essen haben, be-

vor du dich organisieren kannst. Der tägliche Überlebenskampf laugt dich einfach aus. Aber wir bleiben an der Idee einer nationalen Lesbenorganisation dran.

Möchtest du den Österreicherinnen zum Abschluß noch etwas sagen?

Zuerst einmal wünsche ich mir, daß die entwickelten Länder begreifen, daß es in Nicaragua viele verschiedene Lesbengruppen gibt. Oft herrscht aus Bequemlichkeit ein Bild von der Dritten Welt vor, daß eine Lesbe aus einem bestimmten Land für alle Lesben dieses Landes sprechen kann. Sie kann ihre Organisation vertreten, aber es gibt doch noch so viele andere Meinungen und Ansätze in jedem Land. Auch bei der Verteilung von Geld und bei Einladungen ins Ausland ist das eine hinderliche Sichtweise, denn alle Strömungen und Ansichten sollten ein Ohr finden.

Und schließlich braucht unsere Arbeit Unterstützung, finanzielle Unterstützung natürlich, aber auch inhaltliche. Der Austausch von Erfahrungen und Informationen, von Materialien, Themen, die gerade diskutiert werden, Bibliographien usw. sind für uns sehr wichtig. Dabei sollten die Frauen im Norden auch berücksichtigen, daß nur wenige von uns Englisch können. Ich kann es z. B. nicht, und bei internationalen Treffen fühle ich mich oft sehr diskriminiert, weil nicht an eine kontinuierliche Übersetzung gedacht wird und die Stimmen aus dem Süden dann weniger Gewicht haben als die aus dem Norden. Wir wünschen uns mehr Solidarität und Unterstützung, einen Austausch in beide Richtungen.

Danke für das Gespräch.

„Gesellschaftliche Kämpfe sind nicht aus der Mode“

Ein Gespräch mit María Galindo von der bolivianischen Gruppe *Mujeres Creando*

INTERVIEW: DIRK RUDER

LN: María, wie ist die politische Situation in deinem Land?

María Galindo: Bolivien ist eine sogenannte Demokratie, die Rechte regiert mit Unterstützung der Linken – jener Linken, die von der jetzt regierenden Rechten gefoltert und unterdrückt wurde. Das ist Wahnsinn. Banzer war einst Diktator und jetzt regiert er als Demokrat. Die Arbeitslosenquote liegt inoffiziell bei siebenzig Prozent. Die Leute verdienen im Durchschnitt 50 Dollar pro Monat, soziale Sicherungssysteme gibt es nicht. Nach Erhöhung des Wasserpreises kam es in diesem Frühjahr zu landesweiten Protesten. Die Regierung verhängte den Ausnahmezustand und schränkte politische Betätigungsmöglichkeiten und die Reisefreiheit ein. Man denkt, es ist Krieg, aber es ist Neoliberalismus.

Was sind *Mujeres Creando*, die schöpferischen Frauen?

Wir sind eine autonome Gruppe, die Teil der sozialen Bewegungen ist. Die sozialen Bewegungen stecken weltweit in der Krise. Eigene Ziele sind verloren gegangen. Viele Leute möchten nichts mehr vom politischen Kampf hören. Also haben wir versucht, eine Antwort auf diese Krise zu geben. Sie lautet: Raus aus unseren Ghettos! Schaffen wir – Lesben, Heteras, Indígenas, Junge, Alte – Organisationen, in denen wir uns gegenseitig stützen und gemeinsame politische Ziele finden können. Was uns verbindet, sind die Unzufriedenheit und die Kraft, etwas zu ändern.

Ihr kritisiert die Trennung der verschiedenen sozialen Kämpfe...

Wir sehen, daß es eine Strategie des Systems ist, unsere sozialen Kämpfe voneinander zu trennen. Jedes soziale Subjekt

soll nur darüber sprechen, worüber es „darf“: Lesben und Schwule sollen etwa nur über Lesben- und Schwulenrechte sprechen. Aber diese Rechte sind sehr begrenzt: Heirat, Entkriminalisierung, AIDS-Arbeit. Natürlich können wir solidarisch –, aber das ist Aufgabe des Gesundheitssystems und nicht unsere. Indígenas sollen nur über Folklore sprechen. Niemand will annehmen, Indígenas könnten Lesben sein. Niemand will annehmen, eine Behinderte könnte lesbisch und Künstlerin sein. Diese Haltung respektieren wir nicht, und das ist eine tolle Strategie, weil das System uns nicht versteht. Das System sagt immer: Aber was wollt ihr? Und wir sagen: Wir wollen eine Veränderung, die groß ist.

Damit seid ihr Teil einer weltweiten radikalen Emanzipation...

Denselben Offensiven, Provo-

kationen, die das System gegen euch als Schwule und Lesben startet, sind auch wir unterworfen. Auch von uns wollte man, daß wir eine „Bewegung“ sind, die unpolitisch agiert. Als Lesbe darf und will ich auch über die Wirtschaft sprechen. Es ist wichtig, daß ich mich als Lesbe frage: Bin ich eigentlich *nur* Lesbe? Was ist eine politische lesbische Identität? Ist es lediglich eine sexuelle, oder gehört zum Lesbischsein nicht auch, daß ich arbeitslos bin oder daß meine Freundin Indígena ist? Diese uns vom System aufgezwungenen Identitäten sind nicht die unseren.

Du bezeichnetest Lesbischsein in Bolivien als ein „Drama aus Blut“. Was meinst du damit?

Ich wurde verfolgt, ich war im Exil, und niemand wollte mir helfen, weil ich Lesbe bin. Das ist nicht einfach, aber es ist kein Drama. Ein Drama für mich ist, daß Lesben nur et-

FOTO: KASSANDRA RUHMAI-BOCHUM



was über lesbische Sachen und Schwule nur etwas über SM-Sex hören wollen. Ein Drama für mich ist, daß ihr Westeuropäer von mir nur ein Drama, nur Elend erwartet, wenn ich über meine Situation spreche. Ich suche keine humanitäre Hilfe in Europa. Es geht uns gut. Wir haben Kraft, wir haben Ideen, wir haben politische Ziele – und wir haben eigene Worte. Wir brauchen eure Worte nicht.

Wie ist *Mujeres Creando* entstanden?

Wir drei Gründerinnen kamen aus der Linken. Wir sahen, daß die Linke in Bolivien sich zu sehr mit Macht und Teilhabe beschäftigte,



und da war kein Platz für Frauen – für Lesben noch weniger. Es fehlte an Alltag und Leidenschaft. Also haben wir gesagt: Dann machen wir das.

Reden wir über eure politische Praxis...

Es scheint, als sollten wir unsere ganze Energie in die Reform von Gesetzen stecken. Wir sind da sehr skeptisch. Wir haben nicht viel Energie. Die, die wir haben, stecken wir lieber in die Stärkung unserer Bewegung als in den Dialog mit einem rassistischen, homophoben und korrupten Staat. Ich will keinen Dialog mit einem Staat, der mich braucht, um mich als pluralistisches Feigenblatt zu benutzen.

Also keine Kommunikation mit dem Staat?

Nur wenn die Bewegung eine starke Position hat und wenn ihre Vertreter ehrliche Vertreter sind – nicht manipulierte Leute, die nur

Die politischen Verhältnisse in Bolivien (im Foto die Hauptstadt La Paz) sind immer noch weit von denen einer echten Demokratie entfernt. Korruption, Rassismus und Homophobie dominieren das Land.

Macht und einen Karrieresessel für sich selbst anstreben. „Staatliche“ Lesben- und Schwulenverbände kommunizieren in erster Linie mit dem Staat, weil sie ihren Einfluß im System vergrößern wollen. Die sozialen Bewegungen sind ihnen ziemlich egal. Aber ein regierungsnaher Verband kann nichts gegen Polizeigewalt machen, weil ja gerade er das System stützt, daß er zu bekämpfen vorgibt. Deshalb brauchen wir eine Organisation, die beispielsweise die Übergriffe der Polizei stoppen kann. Das ist möglich, es ist nur eine andere Logik. Homo-Verbände, die Druck machen wollen, müssen regierungsunabhängig sein.

In Europa, insbesondere in Deutschland, wird oft gesagt, gerade die Nähe zum Staat habe erst Erfolge gebracht, beispielsweise in bezug auf das schwierige Verhältnis zur Polizei...

Selbstverständlich sind Polizeiübergriffe auch für Integrationisten ein Problem. Aber die Polizei dient den Interessen des Systems und nicht meinen oder denen von anderen Homosexuellen – nicht einmal, wenn sie das behaupten. Manche Deutsche meinen, die Polizei sei gut zu ihnen. Okay, das ist ihre Sache. Aber ich werde meine Energie nicht dazu benutzen, die Polizei zu verändern.

Du sagst: Das System versteht uns nicht, es versteht unsere Beziehungsformen nicht. Wie hat es auf euch reagiert?

Wir haben dauernd Probleme, und ich weiß noch nicht, wie groß die noch werden. Bei unseren Straßenaktionen werden wir oft verhaftet, beispielsweise wenn wir Graffiti malen. Dabei ist das gar kein Verhaftungsgrund. Faschistische Organisationen, die mit der Regierung in Verbindung stehen, drohen uns an, uns zu vergewaltigen. In der normalen Bevölkerung haben wir aber an Sympathie gewonnen, weil uns solche Drohungen nicht einschüchtern. Die Leute merken, daß wir einen starken Willen haben.

Natürlich versucht der Staat, uns auf alle erdenkliche Weise zu paralisieren. Parteien umwerben uns, mal offen, mal durch Angebote der

„Koordinierung“ oder der Zustimmung zu bestimmten Fragen. Das lehnen wir natürlich ab. Eine andere Strategie lautet: Diese Frauen sind ein politisches Problem. Eine weitere ist, uns in Arbeitslosigkeit zu halten, sodaß wir kein Geld zum Leben haben. Natürlich könnte ich als versteckt lebende Lesbe einen gut bezahlten Job haben. Nur ist das, was mir der Staat hier anträgt, ein Gefängnis.

Euer politischer Ort ist die Straße...

Die Straßen in Bolivien sind lebendige Orte. Da steht die Verkäuferin mit ihren Sachen – illegal –, da sind die Straßenkinder – auch illegal –, und da bin ich – illegal – mit meiner feministischen Zeitschrift. Hier können wir uns in der Verschiedenheit treffen. *Mujeres Creando* machen Performances, wir verkaufen unsere Zeitungen und malen Graffiti. Wir versuchen, dort nicht nur über Politik, sondern auch über den Alltag zu sprechen. Ich habe zum Beispiel Performances mit Coca-Blättern gemacht. Coca-Blätter sind illegal geworden. Aber nicht die Blätter werden verfolgt, sondern die Bäuerinnen, die sie anbauen.

Die Straßenaktionen haben uns Medienöffentlichkeit verschafft. Als im letzten Jahr eine Freundin mal wieder bei einer Aktion verhaftet wurde – ich selbst konnte gerade noch entkommen –, bin ich zu einer großen Tageszeitung gegangen und habe gesagt: Diese Frau ist verhaftet worden, ich möchte das von hier aus öffentlich machen. Man ließ mich auch telefonieren, und innerhalb von zwei Stunden wußte das ganze Land Bescheid.

Welche Bedeutung haben die Graffiti?

Als sich *Mujeres Creando* auch in anderen Städten formierte, nutzen die Frauen die Wandzeichnungen als eigene Ausdrucksform. Mittlerweile ist daraus eine eigene, öffentlichkeitswirksame Verständigungsmöglichkeit geworden. Frauen kennen und erkennen unsere Graffiti. Nach der Verhaftung unserer Mitstreiterin wollte man beispielsweise polizeilich gegen uns vorgehen, weil wir die Mauer eines großen Kinos bemalt hatten. Der Besitzer

des Kinos sagte aber, dies sei Kunst und freie Meinungsäußerung, er könne und wolle gegen die Frauen nichts machen, und man solle die Verhaftete gefälligst freilassen. Durch die Graffiti wurden wir bekannt, geliebt und verfolgt... (Lacht)

Ihr wendet euch gegen „Pornographie und SM-Kultur“. Könntest du das näher erläutern?

Beides sind Offensiven des Systems zur Kommerzialisierung unserer Sexualität. SM-Sex ist Folter, und ich bin gegen Folter. Die gleichen Praktiken, die heute Teil der SM-Kultur sind, wurden in der Zeit der bolivianischen Diktatur gegen politische Gegner als Folter angewandt. Das ist in jedem Heft von *amnesty international* nachzulesen. Ich kann nicht in den eigenen vier Wänden SM praktizieren und dann auf die Straße gehen und gegen Folter sein, das geht nicht. Als Feministin weiß ich, daß Frauen, die vergewaltigt wurden, später Schwierigkeiten haben, beim „normalen“ Sex zum Orgasmus zu kommen. So wird aus der tatsächlichen eine strukturelle Vergewaltigung. Wo die Grenzen zwischen Sex und Folter verschwinden, erheben sich viele Fragen.

Mit deiner Freundin hast du ein Aufklärungsbuch für junge Mädchen geschrieben...

Zuerst verkauften wir das Buch für wenig Geld direkt auf der Straße an die Mädchen. Die Polizei war immer hinter uns her, aber wir haben einfach weitergemacht. Manche Leute reagierten aggressiv: Statt solche Bücher zu schreiben, sollten wir uns besser für unsere Homosexualität entschuldigen. Dann kam es in die Buchereien und schließlich in die Öffentlichkeit. Verbreitung von unten nach oben sozusagen. Viele bolivianischen Schulen und Institutionen, aber auch UNICEF und UNESCO wollten mit unserem Buch nichts zu tun haben. Den Druck der 10.000 Exemplare haben wir mit geliehenem Geld finanziert.

Beschreib' doch mal euer Frauenzentrum...

Es ist das erste und einzige in Bolivien und offen für alle. Wir arbeiten ehrenamtlich in Schichten und haben den ganzen Tag geöffnet. Wir verkaufen mittags Essen, um finanziell unabhängig zu sein. Da kommen Mütter mit ihren Kindern, ein paar Lehrerinnen von gegenüber, auch Männer. Wenn du lesbisch oder schwul oder Indígena bist, unsere Bibliothek für wissenschaftliche Zwecke nutzen oder wenn du eine Veranstaltung machen, den Gesundheitsraum nutzen oder ein Video zeigen möchtest, ist unser Zentrum erst recht für dich offen. Das ist unsere Alltagspolitik. Nachmittags organisieren verschiedene Gruppen kulturelle Veranstaltungen.

Warum laßt ihr auch Männer rein?

Feministin zu sein bedeutet für uns nicht, daß Schwule oder Männer per se unsere Feinde sind. Selbstverständlich sind wir gegen das Patriarchat. Nur: In vielen Fragen kämpfen wir für die gleichen Veränderungen wie Männer. Bei uns trifft sich beispielsweise eine anarchistische Männergruppe...

Schwule?

Ich glaube, daß von ihnen ein paar schwul sind, aber sie trauen sich noch nicht. Na gut, wir haben Geduld. (Lacht)

Hat die kommerzielle Szene in Bolivien eine Bedeutung als Fluchtpunkt oder Freiraum?

Die wenigen Läden sind nach Klassen und Schichten aufgeteilt. Es gibt sehr exklusive, verborgene und teure Etablissements für die Oberschicht. Die Mittelschicht trifft sich in ein paar Discoteken. Allerdings gehen die Leute dort mit sehr viel Angst hin. Nicht wegen der Polizei, sondern wegen der Gewalt *untereinander*. Das ganze Leiden, die ganze Diskriminierung äußern sich dort gegeneinander. Und dann gibt es illegale Kneipen als Treffpunkte für Arbeiter und Arbeitslose, wo es sehr viel Gewalt zwischen Schwulen und auch zwischen Lesben gibt. Die Polizei wiederum nutzt diese Situation als Vorwand für Razzien, Kontrollen

und Bedrohungen. Wer kann, verläßt das Land. Nach dem Gesetz wird Homosexualität nicht bestraft, aber entscheidend ist die gesellschaftliche Ächtung. Viele arbeiten lieber als Putzfrau illegal in den USA, um dem Druck der Familie zu entfliehen.

Mit welchen lateinamerikanischen Gruppen arbeitet ihr zusammen?

Vorwiegend mit anderen autonomen, feministischen Gruppierungen. Vor zwei Jahren organisierten wir in Bolivien ein lateinamerikanisches Feministinnentreffen.

Sozialismus oder Tod?



María Galindo ist Psychotherapeutin und Mitautorin mehrerer Sachbücher, einer feministischen Zeitschrift und – zusammen mit ihrer Freundin – des einzigen Aufklärungsbuchs für junge Mädchen. Die Diktatur zwang die offen lesbische Aktivistin einer marxistischen Gruppierung in den achtziger Jahren ins europäische Exil. Sie lebte illegal auch in Deutschland, das sie auf Einladung von *amnesty international* im letzten Jahr legal besuchte.

Mujeres Creando („Schöpferische Frauen“) ist eine vor acht Jahren in Bolivien gegründete, autonome, pazifistische Vereinigung von Feministinnen, die sich als Antwort auf die weltweite Krise sozialer Bewegungen „in ihrer Verschiedenheit organisiert“ haben.

Wir haben nicht das Patentrezept, aber wir müssen über Wirtschaftsfragen reden. Der Kapitalismus beutet Männer aus und Frauen noch mehr. Ich bin nicht der Meinung, daß gesellschaftliche und Klassenkämpfe aus der Mode sind.

Eine andere Version dieses Interviews erschien zuerst in „Gigi – Zeitschrift für sexuelle Emanzipation“.

Kontakt Mujeres Creando: creando@ceibo.entelnet.bo

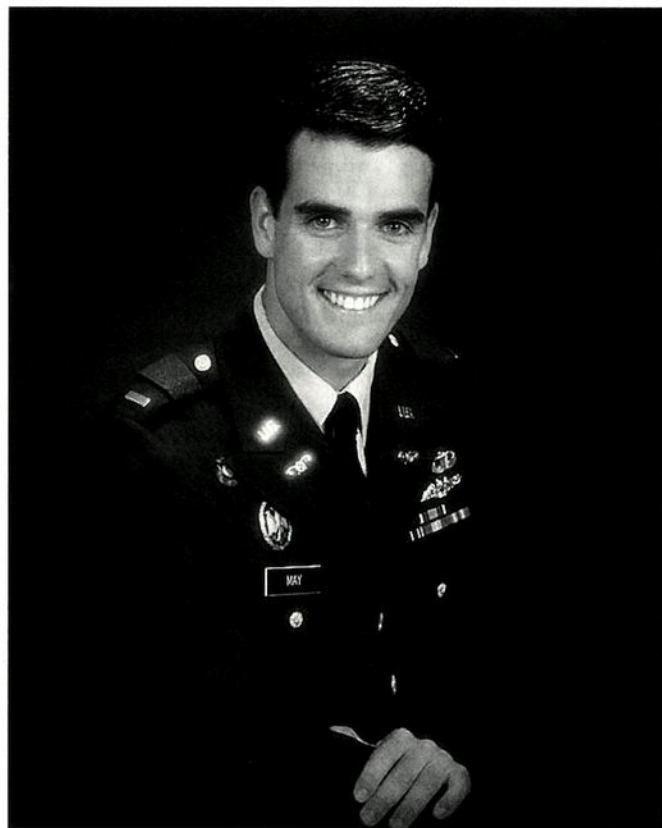
Eine Frage der Ehre

Lesben und Schwule in der US-Armee

VON LOTHAR RUTTNER

Steve May – 28, Abgeordneter zum State House von Arizona, konservativer Republikaner, Mormone, *First Lieutenant* der *US Army Reserve* und der einzig offen schwule republikanische Bundesstaats-Abgeordnete der USA – steht unter Verdacht, gegen die *Don't Ask, Don't Tell, Don't Pursue*-Politik der Armee verstoßen zu haben. Warum? In einer Debatte im Arizona State House, in der es um die massive Schlechterstellung homosexueller Paare ging, protestierte er lautstark und wies dabei auf seine eigene Homosexualität hin. Dies könnte nun zur Folge haben, aus der Armee ausgeschlossen zu werden. Aus dem einfachen Grund, weil er schwul ist und es auch noch offen lebt.

Bis der Demokrat Bill Clinton 1992 das Präsidentenamt nach zwölf Jahren republikanischer Führung übernahm, war es Schwulen und Lesben von Gesetzes wegen verwehrt, in der US-Armee zu dienen. Große Hoffnungen wurden in Clintons Regierung gesetzt; und schon im April 1993 wurde in Washington gefeiert: Das Verbot sollte aufgehoben werden. Als es Mitte Juli dann aber so-



weit war, gab es nur einen Kompromiß zwischen dem Weißen Haus, das die Diskriminierung vollständig beenden wollte, und dem Militär, das den Bann aufrechterhalten wollte: *Don't Ask, Don't Tell, Don't Pursue*. Ab nun durften Lesben und Schwule zur Ar-

mee, aber nur solange sie keinem etwas davon erzählten, lesbisch oder schwul zu sein. *Don't Ask*: Militärangehörige werden nicht mehr nach ihrer sexuellen Orientierung gefragt, müssen diese auch nicht offenlegen. *Don't Tell*: Militärangehörige dürfen dafür

ihre Homosexualität auch nicht öffentlich machen. *Don't Pursue* garantiert die sexuelle Orientierung als Privatsache und soll Verfolgungen und „Hexenjagden“ verhindern (vgl. LN 3/93, S. 56).

Seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes ist ein Anstieg der Zahl der Ausschlüsse aus der Armee zu verzeichnen. Wurden 1994 noch 617 Soldaten und Soldatinnen aufgrund ihrer Homosexualität entlassen, waren es 1998 schon 1.145. Im Juli 1999 wurde ein Soldat in Fort Campbell (Kentucky) mit einem Baseball-Schläger zu Tode geprügelt, weil er angeblich schwul war.

Steve May wurde im August 1995, nach zwei Jahren aktiven Dienstes in der Armee, in die Reserve entlassen. Seine Vorgesetzte, Major Eileen L. Norton, bestätigt ihm eine herausragende und makellose Karriere während seiner aktiven Dienstzeit. 1998 kandidierte er – offen schwul – für das Arizona House of Representatives und konnte sich in seinem Wahlsprenkel gegen sechs andere republikanische Kandidaten durchsetzen. Für May stand seine Homosexualität jedoch nie im Vordergrund seiner politischen Tätigkeit.

Die schwule Gemeinschaft, so betonte er schon vor den Wahlen, sollte nicht glauben, er wäre so etwas wie ein Vollzeit-Schwulrechtler in der Legislative. Seine Schlagworte seien Wachstum, Ausbildung und Sicherheit. „Vergessen Sie nicht, daß ich Republikaner bin. Ich war schon immer Republikaner und war schon mit 14 Jahren in der Partei aktiv. Ich bin kein schwuler Demokrat, der vorgibt, ein Republikaner zu sein, damit er gewählt wird.“ Dennoch würde er aber in seiner politischen Arbeit nicht darauf vergessen, daß er schwul ist. Wenn es um eine Benachteiligung Homosexueller ginge, so würde er auch vehement dagegen auftreten.

Schon in den ersten Wochen in seinem Amt konnte er sein Engagement unter Beweis stellen. Einige seiner ParteikollegInnen, allen voran Karen Johnson, brachten einen Gesetzesantrag im Abgeordnetenhaus ein, der dem Staat, den Städten, Gemeinden und Bezirken verbieten sollte, auch den PartnerInnen homosexueller Angestellter Gesundheits- und Unfallversicherung zu gewähren. Weiters sollten Schulen keine Clubs mehr unterstützen, die eine spezifische „sexuelle Orientierung“ fördern, und als letzter Punkt sollten gleichgeschlechtliche Paare nicht mehr mit der Pflege von Kindern beauftragt werden dürfen. Zur Begründung ihres Antrags präsentierte Johnson Argumente wie, homosexuelle Lebensstile untergraben die natürliche Familie. „Es ist wichtig für die Gesundheit und das Überleben unserer Nation, soziale Wahrheit und Reinheit wiederherzustellen. Ist eine Partnerschaft ohne dem Gewinn, den eine Ehe bringt, überhaupt gut? Ist Homosexualität gut? Wenn homosexuelles Zusammenleben schädlich für das Individuum und die Gesellschaft ist, dann hat die Gesellschaft die Verantwortung, Widerstand zu leisten.“

May hatte ursprünglich nicht geplant, zu diesem Antrag zu sprechen, doch er empfand ihn und Johnsons Aussagen als Affront gegen ihn und seinen Partner. „Ich

weiß nicht, ob diese Lügen Kinder der Ignoranz, Bigotterie oder von Vorurteilen sind ... Ich fühle mich beleidigt. Ich bin angewidert. Es ist eine Lüge.“ Später verglich er ihre Pläne auch mit mittelalterlichen Kreuzzügen. „Viele Abgeordnete hier, glaube ich, erwarten von mir, ruhig in meinem Büro zu sitzen, und verstehen nicht, warum ich an die Öffentlichkeit gehe und diese lächerlichen Gesetze angreife. Aber wenn Sie meine Familie attackieren und meine Freiheit stehlen, werde ich nicht ruhig in meinem Büro sitzen bleiben. Diese Regierung nimmt meine schwulen Steuergelder, und meine schwulen Steuergelder sind gleich viel wert wie Ihre Steuergelder. Wenn Sie nicht bereit sind, mich fair zu behandeln, nehmen Sie auch mein Geld nicht!“

Mays emotionales Auftreten fand breites Echo in den regionalen Medien. Und dieses Echo erreichte auch seine Vorgesetzten in der Armee. Kurz nach dieser Debatte bekam er aufgrund der kritischen Situation am Balkan einen Einberufungsbefehl zum Dienst in einer aktiven Reserve-Einheit. Er hatte zwei Optionen: die Befehle zu verweigern und um eine Befreiung aufgrund seiner sexuellen Orientierung anzusuchen oder den Befehlen zu folgen und zum Dienst anzutreten. „Mit der Nation im Krieg im Kosovo zog ich meine Uniform an und diente abermals meinem Land. Ich war – und bin immer noch – bereit, mein Leben im Kampf zu riskieren, und ich bin verpflichtet, es zu tun.“ Im Juli 1999 – May hatte gerade ein Trainings-Wochenende hinter sich gebracht – wurde ihm mitgeteilt, gegen ihn würde aufgrund des Verdachts, er wäre homosexuell, ermittelt, und es bestünde die Möglichkeit, daß er entlassen werden könnte.

Nach einem Auftritt in der ABC-Sendung *Good Morning America* und einem Editorial über seine Situation in den *New York Times* begann eine breite Medienberichterstattung über die Untersuchungen gegen May. Ein Besuch bei Larry

King auf CNN und Berichte in *USA Today*, im *Time Magazine* und anderen Medien folgten. Trotz all der Aufmerksamkeit sieht sich May weder als Aushängeschild für den Kampf gegen die *Don't Ask, Don't Tell*-Politik noch für den Kampf für die Rechte der Schwulen und Lesben.

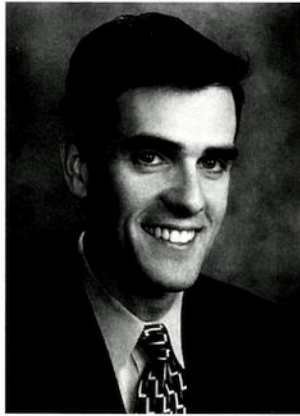
Anfang März dieses Jahres kam dann der Brief von der Armee – ihm wurde vorgeschlagen, aus der Armee auszutreten, um einem Ausschluß-Verfahren gegen ihn, das bereits, speziell wegen seiner Homosexualität, eingeleitet worden war, zuvorzukommen. Ginge er freiwillig, könnte dies ehrenhaft erfolgen. Als besondere Motivation

Uncle Sam mag keine Lesben und Schwule – zumindest, wenn sie sich als solche deklarieren.



für diesen Schritt war dem Brief auch gleich ein Austrittsgesuch, fertig zur Unterschrift, beigelegt. Aber May trat nicht freiwillig aus und bat, daß der Prozeß weitergehen und er zu einer Anhörung vor einem Offiziersausschuß geladen werden möge. Diese Anhörung steht nun bevor, und es liegt an diesen Offizieren, ob sie Mays Homosexualität über seine makellose Militärlaufbahn stellen werden.

Steve May im Interview



LN: Im Sommer letzten Jahres begann die US Army Ermittlungen gegen Sie wegen der eventuellen Verletzung der „Don't Ask, Don't Tell, Don't Pursue“-Politik. Daraufhin begannen Sie Ihren Kampf für Ihr Recht, in der Army zu bleiben. Was sind die wichtigsten Punkte Ihrer Verteidigung?

Steve May: 1995 wurde ich ehrenhaft aus der Armee entlassen. Von da an war ich Zivilist und wurde während der Mobilisierung für den Kosovo in den Dienst zurückberufen. In der US-Army sind Offiziere, nachdem sie den aktiven Dienst quittiert haben, verpflichtet, für eine gewisse Anzahl von Jahren in Bereitschaft zu bleiben. Für mich gilt das bis Mai 2001. Während dieser Zeit in Bereitschaft unterliege ich aber nicht militärischen Regeln oder Gesetzen; lediglich mein Name ist auf einer Liste verzeichnet.

Ich kandidierte 1996 zum Arizona State House, verlor diese Wahlen, wurde aber – als offener schwul lebender Mann – 1998 in das Amt gewählt. Im Februar 1999 wurde ich schließlich in die US-Army-Reserve zurückberufen. Das heißt also, die Armee ver-

sucht, mich wegen „einer Tat“ zu belangen, die ich begangen habe, während ich nicht der militärischen Rechtsordnung unterworfen war. Grundsätzlich hat meine Rede – in der ich über meine sexuelle Orientierung gesprochen habe – zu dieser Zeit nicht gegen das Militärgesetz verstoßen. Das ist wirklich absurd.

Weiters genießen in den USA alle Abgeordneten einen gewissen Grad an Immunität für Reden und Taten innerhalb ihres politischen Amtes. Wir glauben, daß dieses Prinzip, das auch in den Verfassungen der Vereinigten Staaten und Arizonas festgehalten ist, auch diese Rede betrifft und schützt, die die Armee als Beweismittel für meine Entlassung verwendet. Während es in einem Zivilgericht selbstverständlich ist, dieses Prinzip zu respektieren, wie es in den meisten Demokratien dieser Welt üblich ist, weigert sich das Militär, dies zu tun.

Und schließlich erlaubt es *Don't Ask, Don't Tell* den Befehlshabern, einen Offizier seiner guten Leistung wegen in Diensten zu halten. Es gibt viele Kameraden in meiner Einheit, die, gemeinsam mit meinen offiziellen militärischen Zeugnissen, bezeugen, daß meine Leistung beispielhaft war. Wir hoffen, wir können den Offiziersausschuß, der über mein Schicksal entscheidet, davon überzeugen, daß es im besten Interesse für die Armee ist, einen qualifizierten und herausragenden Soldaten trotz des Eingeständnisses seiner Homosexualität zu behalten.

Warum nehmen Sie eigentlich all die Anstrengungen, die der Kampf gegen DADT kostet, auf sich, anstatt einfach aus der Armee auszutreten?

Die Armee hat mich zweimal aufgefordert, auszutreten. Das wäre der einfache Weg. Aber ich glaube, Gott hat mir eine einmalige Möglichkeit gegeben, die amerikanische Öffentlichkeit über den Irrsinn und die Gefahr dieses schrecklichen Gesetzes zu informieren. Dieses Gesetz schwächt unsere nationale Verteidigung, weil aufgrund dessen jedes Jahr 1200 fähige, qualifizierte und tüchtige Soldaten entlassen werden. Dieses Gesetz ist moralisch falsch. Dieses Gesetz steht im Gegensatz zu den Grundwerten der amerikanischen Nation.

In ein paar Worten: Warum glauben Sie ist die *Don't Ask, Don't Tell, Don't Pursue*-Politik gescheitert?

Don't Ask, Don't Tell ist bis ins Innerste von Clinton gefärbt. Es vermittelt unseren jungen Soldaten, sie können alles tun, was immer sie wollen, solange sie darüber lügen. Gleichzeitig verlangen wir in jedem anderen Fall absolute Ehrlichkeit von unseren Truppen. Das steht in direktem Konflikt mit militärischen Werten und kann somit niemals Erfolg haben.

Erhalten Sie Verständnis und Unterstützung für Ihre Anliegen von Ihren Kollegen und Peers in der Armee?

Ich habe unvorstellbare Unterstützung von meinen Vorgesetzten, Peers und Untergebenen erhalten. Ich glaube die meisten Soldaten halten dieses Gesetz für einen lächerlichen Rest einer älteren Generation.

Bei einem Treffen des *Atlanta Executive Network* im Dezember letzten Jahres sagten Sie, Sie

sähen sich nicht als Aushängeschild für den Kampf gegen DADT. Ich denke aber, daß Sie mittlerweile durch all die Präsenz in den Medien zu einer sehr prominenten Galionsfigur für diese Sache geworden sind. Wie denken Sie heute darüber?

Ich führe diesen Kampf nicht, weil ich ein Aktivist für Schwulenrechte bin, sondern weil ich ein amerikanischer Patriot bin. Ich möchte den AmerikanerInnen die Scheinheiligkeit dieses gescheiterten Gesetzes bewußt machen. Ich möchte ihnen mitteilen, daß dieses Gesetz eine Gefahr für den Geist Amerikas, für unsere Geschichte, unsere Sicherheit und unsere Zukunft ist. Zur Galionsfigur: Ich bin stolz darauf, eine kleine Rolle in dem seit 30 Jahren größten Bürgerrechtsstreit Amerikas zu spielen. Ich wurde gesegnet mit der Möglichkeit, diese Schlacht zu führen, und ich habe vor, diese auch zu gewinnen.

Wie schätzen Sie Ihre Chancen ein, nach den Ermittlungen gegen Sie First Lieutenant der Army Reserve zu bleiben? Und was werden Sie tun, sollte der Offiziersausschuß gegen Sie entscheiden?

Es wird ein harter Kampf werden, und ich werde möglicherweise die erste Verhandlung verlieren. Wie auch immer, ich werde zuerst innerhalb des Militärs berufen, bis hinauf zu Präsidenten. Sollte der Präsident nicht zu meinen Gunsten entscheiden, werde ich dieses Gesetz zivilrechtlich beim Obersten Gerichtshof anfechten. Es ist ganz eindeutig eine harte Schlacht. Wie auch immer die Sache ausgeht, mein Kampf wird die amerikanische Öffentlichkeit über diese Thematik aufklären, und wir werden damit Meinungen ändern.

Glauben Sie, Sie können mit Ihrem Fall ein Exempel statuieren, das zu einem Umdenkprozeß in der Behandlung von Schwulen und Lesben in der Armee führen wird?

Absolut. Genau das ist es, was ich versuche zu erreichen. Ich muß nicht in der Army bleiben. Ich bin ein gewählter Abgeordneter, ich besitze eine erfolgreiche Firma für natürliche Nahrungsmittel – ich brauche die Army nicht. Aber ich diene dort, weil ich glaube, daß mein Land meine Dienste braucht, und ich habe eine Verpflichtung, bereit zu sein, mein Land zu verteidigen. Ich bin bereit mein Leben für mein Land zu geben. Die Tatsache, daß ich schwul bin, verringert meine Pflicht nicht, mein Land zu verteidigen und für mein Land zu sterben, wenn es so sein soll.

Sie haben mehrmals betont, daß Sie sich selbst nicht als Schwulenrechtler sehen. Warum ist das so wichtig für Sie?

Ich habe nicht für mein Amt kandidiert, um Fahnenträger für Schwulenrechte zu werden. Ich repräsentiere 200.000 Menschen; manche von ihnen sind schwul, der Großteil ist es nicht – aber ich repräsentiere sie alle. Ich will nicht nur eine kleine Wählerschaft vertreten. Aber, wie ich schon zuvor gesagt habe, im Kampf für mehr Bürgerrechte für Schwule in den Vereinigten Staaten geht es nicht nur um Schwulenrechte. Es geht darum, die Rechte, die alle Amerikaner genießen können sollen, zu festigen. Der Kampf um homosexuelle Gleichberechtigung ist eine Schlacht um den Triumph amerikanischer Werte und des amerikanischen Traums. Es geht nicht darum, schwul zu sein;

es geht darum, ein amerikanischer Bürger mit dem geschützten Recht auf Leben, Freiheit und dem Streben nach Glück zu sein. Schwul zu sein darf kein Grund sein, mich aus dem amerikanischen Gesellschaftssystem auszuschließen.

Ich würde jetzt gerne noch zu den diesjährigen Präsidentschaftswahlen kommen. In den Vorwahlen haben sie Gov. John McCain unterstützt; über George W. Bush meinten Sie, Sie wären nicht sicher, ob er den Intellekt hätte, den es braucht, um im Oval Office zu dienen. Nun hat Bush die Vorwahlen gewonnen und ist der republikanische Kandidat. Haben Sie mittlerweile Ihre Meinung geändert?

Nein, das habe ich nicht.

Der nächste Präsident wird großen Einfluß auf die DADT-Politik haben. Während Al Gore als Gegner dieses Gesetzes bekannt ist, meinte Bush ganz eindeutig, er sei ein *Don't Ask, Don't Tell*-Mann. Wie denken Sie darüber?

Trotz Gores Parteinahme für die extreme Linke – nur der Kongreß kann dieses Gesetz verändern. Der Präsident kann ein Veto gegen Beschlüsse des Kongresses einlegen, aber er kann das DADT-Gesetz nicht ohne Kongreß ändern. Somit macht Gore leere Versprechen, und Bushs Meinung ist eigentlich bedeutungslos.

Was erwarten Sie von der nächsten Regierung in bezug auf Lesben und Schwule in der US Army?

Der Kongreß soll dieses Gesetz ändern und den Gesetzen der meisten europäischen Staaten anpassen: keine Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung.

Aus aller Welt

Aktuelle Nachrichten aus nah und fern

ZUSAMMENGESTELLT VON KURT KRICKLER

SAUDI-ARABIEN Homosexuelle hingerichtet

Vergangenen Juli wurden sechs Männer in Saudi-Arabien wegen homosexueller Handlungen hingerichtet, berichtet der US-Journalist Rex Wockner. Am 11. Juli wurden Attiya bin Ubaid Attiya, Radschah bin Ibrahim Issa und Radschi bin Hamad bin Ali in Ebha mit einem Schwert geköpft, nachdem sie von einem islamischen Gericht schuldig gesprochen wurden, homosexuelle Handlungen begangen und Frauen imitiert zu haben. Am 14. Juli wurden drei aus dem benachbarten Jemen gebürtige Männer, Abdullah Dschabbi, Yahya Faradsch und Faradsch Hadschuri, in Dschisan ebenfalls mit dem Schwert geköpft. Sie waren wegen homosexueller Handlungen und Transvestismus angeklagt.

EUROPARAT Vereinigtes Königreich verurteilt

Am 31. Juli 2000 veröffentlichte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein weiteres Urteil zugunsten der Menschenrechte von Homosexuellen, und zwar in einer Beschwerde gegen das Vereinigte Königreich, weil dort immer noch ein Totalverbot homosexueller Handlungen unter zustimmenden erwachsenen Männern (auch im Privaten) für den Fall

besteht, daß mehr als zwei Personen daran beteiligt sind (vgl. LN 3/00, S. 30). Der Gerichtshof sieht in diesem Gruppensex-Verbot eine Verletzung des im Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierten Rechts auf Achtung des Privatlebens und sprach dem 1948 geborenen Kläger, der nur mit dem Kürzel A.T.D. firmiert, eine Entschädigung von fast 21.000 Pfund Sterling zu, außerdem muß ihm das Vereinigte Königreich die Verfahrenskosten in der Höhe von 12.400 Pfund ersetzen. Nach den positiven Urteilen betreffend das Berufsverbot gegen Lesben und Schwule in den britischen Streitkräften (vgl. LN 4/99, S. 30) und in einer Sorgerechtsbeschwerde eines schwulen Vaters gegen Portugal (vgl. LN 1/00, S. 29) war eigentlich allgemein mit diesem Urteil gerechnet worden. Zypern hatte in dessen Erwartung dieselbe Bestimmung bereits vergangenen Juni aufgehoben. Da der aus sieben RichterInnen bestehende Senat des Gerichtshofs eine Verletzung des Artikels 8 – einstimmig – feststellte, hielt er es für nicht mehr nötig zu untersuchen, ob auch eine Verletzung des Artikels 14 vorlag (Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung).

Mit diesem Urteil hat der Gerichtshof seine Judikatur verfestigt, strafrechtliche Sonderbehandlung der Homosexualität im Vergleich

zur Heterosexualität als Konventionsverletzung einzustufen. Nach diesem Urteil kann eigentlich kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die 209er-Fälle, die in Straßburg gegen Österreich anhängig sind und noch anhängig gemacht werden, von den Beschwerdeführern gewonnen werden.

Teuer zu stehen kommt der britischen Regierung und damit den SteuerzahlerInnen der Queen übrigens auch die erwähnte Verurteilung in Sachen Berufsverbot in der Armee: Der Gerichtshof hat inzwischen in diesen Fällen auch seine Entscheidung in der Frage der Entschädigung bekannt gegeben (diese wurde zeitlich unabhängig vom Urteil in den Beschwerden gefällt): Jedem der vier Kläger wurden rund 30.000 Pfund für den erlittenen seelischen und psychischen Streß zugesprochen sowie zwischen 64.000 und 152.000 Pfund für den Einkommensverlust. Da in der Vergangenheit tausende Lesben und Schwule wegen ihrer Homosexualität aus den Streitkräften entlassen wurden, hat das britische Verteidigungsministerium nun 60 Millionen Pfund für weitere Entschädigungsforderungen auf die Seite gelegt.

KROATIEN

Einheitliches Mindestalter

Wie erst jetzt in der internationalen schwul/lesbischen Öffentlichkeit bekannt wurde, trat bereits am 1. Jänner 1998 ein neues Sexualstrafrecht in Kroatien in Kraft, durch das die unterschiedlichen Mindestaltersgrenzen für hetero- und homosexuelle Handlungen von 14 bzw. 18 Jahren (letztere galt auch für lesbische Beziehungen) aufgehoben wurden. Im neuen Strafrecht gilt damit ein einheitliches Mindestalter für alle sexuellen Orientierungen von 14 Jahren, Homosexualität kommt darin nicht mehr ausdrücklich vor. Erstaunlich, daß dies zu einer Zeit passier-

te, als Tudmans HDZ-Partei noch an der Macht war. Damit wird Österreich mit seinem menschenrechtswidrigen Paragraphen 209 immer mehr zum isolierten Sonderfall in ganz Europa.

MOLDOVA

Versammlung aufgelöst

Am 23. September 2000 wurde eine Veranstaltung der einzigen Lesben- und Schwulenorganisation Moldovas, *GenderDoc-M*, von der Polizei aufgelöst. Die Veranstaltung fand in einer öffentlichen Bibliothek in der Hauptstadt Chişinău statt, wurde von der *Soros Foundation* unterstützt und war in den lokalen Medien angekündigt worden. Unter den Teilnehmern, die über die bisherige Arbeit von *GenderDoc-M* sowie über die Vernetzungsmöglichkeiten mit anderen nichtstaatlichen Organisationen in der Region diskutierten, waren u. a. Vertreter des moldauischen Helsinki-Komitees sowie der rumänischen Lesben- und Schwulenorganisation *ACCEPT*.

Polizisten betreten den Veranstaltungsraum, erklärten die Versammlung für illegal und lösten sie auf, ohne dies näher zu begründen oder gar einen schriftlichen Bescheid vorzulegen. Aleksei Marcikov, der Leiter von *GenderDoc-M*, wurde auch auf die Polizeidienststelle vorgeladen, weigerte sich allerdings, dieser Vorladung nachzukommen, da diese ebenfalls nicht schriftlich erfolgte.

RUMÄNIEN

Anti-Diskriminierungsverordnung

Ausgerechnet in Rumänien, das mit seinem § 200 im Strafrecht noch über eine der strengsten anti-homosexuellen Bestimmungen in ganz Europa verfügt, wurde am 31. August 2000 von der Regierung eine Anti-Diskriminierungsverordnung beschlossen, durch die auch Personen aufgrund ihrer sexuellen

25 Jahre UKZ – wir gratulieren!

Unsere Kleine Zeitung, besser bekannt auch als *UKZ – Das Lesbenmagazin aus Berlin* feiert den runden 25. Geburtstag. Sie ist die älteste deutschsprachige Zeitschrift von und für Lesben; die *UKZ* hat nicht nur Lesbengeschichte beschrieben und analysiert, sondern ist selbst Teil der deutschen Lesbenbewegungsgeschichte.

1975 wurde die *UKZ* von Ilse Kokula, Eva Rieger, Gertrude Sandmann, Kitty Kuse und anderen Lesben gegründet und veränderte sich schnell vom internen Mitteilungsblatt für die Mitarbeiterinnen und Interessentinnen der Gruppe L '74 zu einer Zeitschrift auch für Lesben mit wenig Kontakten zur Szene. Nach wie vor wird die *UKZ* wie andere Bewegungszeitschriften nicht kommerziell hergestellt. 1994 modernisierte sie ihr Layout. Inhaltlich stillt sie höchst unterschiedliche Lesebedürfnisse – jene nach politischer Information, nach Diskussionen, nach Informationen darüber, was sich in der Szene oder in Lesbengruppen gerade tut, aber auch jene nach Unterhaltung und nach Kontakten.

Wir gratulieren unserer deutschen Schwester ganz herzlich und wünschen ihr – mindestens – ein weiteres Vierteljahrhundert, möglichst ohne Existenzsorgen und mit vielen Abonnentinnen und Leserinnen!

Die *UKZ* erscheint zweimonatlich und ist erhältlich im Abonnement (*UKZ*, Gruppe L '74 e.V., Postfach 31 06 09, D-10636 Berlin) oder in der Wiener Frauenbuchhandlung „Frauenzimmer“ in der Zieglergasse 28.

GUDRUN HAUER



Orientierung vor Diskriminierung in verschiedenen Bereichen geschützt werden sollen, etwa auf dem Arbeits-, Wohnungs- und Dienstleistungsmarkt. Verstöße gegen diese Bestimmung können mit hohen Geldstrafen geahndet werden. Auch in diesem Bereich wurde Österreich also von einem ehemaligen Ostblockland überholt. (Vergleiche auch Bericht auf Seite 56.)

Heiratssachen

NIEDERLANDE

Ehe geöffnet

Am 12. September 2000 verabschiedete die Zweite Kammer des niederländischen Parlaments mit 109 gegen 33 Stimmen ein Gesetz, mit dem nunmehr die bürgerliche Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden wird. Bereits im April 1998 hatte die Zweite Kammer die Regierung zur Vorlage eines entsprechenden Gesetzesvorschlages aufgefordert (vgl. *LN* 3/98, S. 47). Das ist jetzt geschehen – es fehlt nur noch die Zustimmung der Ersten Kammer – an der aber niemand zweifelt. Die Regelung wird höchstwahrscheinlich bereits am 1. Jänner 2001 in Kraft treten. Dann werden die Niederlande das erste Land der Welt sein, in dem gleichgeschlechtliche Paare heiraten können. Die einzige Ausnahme für sie wird sein, daß sie – wie schon jetzt als Eingetragene PartnerInnen – keine Kinder aus dem Ausland adoptieren können. Dies erschien der Regierung notwendig, um die Adoptionszusammenarbeit mit Ländern der sogenannten Dritten Welt nicht zu gefährden. Man befürchtet, daß diese keine Kinder mehr zur Adoption in die Niederlande freigeben würden, könnten diese auch von gleichgeschlechtlichen Paaren adoptiert werden.

Das am 1. Jänner 1998 eingeführte Rechtsinstitut der Eingetragenen PartnerInnen-schaft, die in den Niederlanden sowohl gleich- als auch verschiedengeschlechtlichen Paaren offensteht (vgl. *LN* 4/97, S. 38), wird parallel zur Ehe weiterbestehen.

SLOWAKEI

Homophobe Töne

Die Eingetragene PartnerInnenschaft für gleichgeschlechtliche Paare war Sommerlochthema in der Slowakei. Das beunruhigte offenbar Justizminister Ján Čarnogurský, der auch Vorsitzender der christdemokratischen Partei KDH ist, offenbar dermaßen, daß er sich veranlaßt sah, dazu in einer öffentlichen Erklärung (vom 17. August 2000) Stellung zu nehmen (hier gekürzt):

In den vergangenen Wochen und Monaten mehren sich in einigen Medien Artikel, die ein Gesetz über die Eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle fordern. Inhaltlich fallen diese Forderungen in die Kompetenz des Bürgerlichen bzw. Familiengesetzbuches, also in die Kompetenz des Justizministeriums. Einführend muß gesagt werden, daß der Abschluß von Verträgen zwischen Personen gleichen Geschlechts bereits nach dem geltenden Recht möglich ist. § 51 BGB ermöglicht Bürgern, beliebige Verträge zu schließen, die nicht gesetzeswidrig sind. In einem solchen Vertrag können Personen der gleichen sexuellen Orientierung, die in einer Partnerschaft leben, ihre Beziehungen in bezug auf Eigentum, Erbe u. a. regeln. Diesen Vertrag können sie bei einem Notar schließen.

Eine andere Frage ist die Annahme eines Gesetzes, das die Partnerschaft der Homosexuellen der Heirat annähert oder sie auf dieselbe Ebene bringt. Heirat, Elternschaft und Familie genießen bei uns den Schutz der Verfassung (Art. 41). Nach dem zitierten Verfas-

sungsartikel haben Personen, die Kinder erziehen, Anrecht auf Hilfe des Staates. Diese Bestimmung der Verfassung, das Familienrecht und viele andere Gesetze bevorzugen bewußt die Familie. (...) Die Familie, vor allem Mann und Frau, Vater und Mutter, nehmen große Belastungen bei der Sorge für das Kindeswohl auf sich, aber dank dieser Sorge überleben Familie und Staat. Im Falle der homosexuellen Verbindungen ist es ausschließlich eine Sache der freien Wahl zweier Menschen gleichen Geschlechtes, ob sie zusammenleben oder nicht, sich treu sind oder nicht, sich trennen oder nicht. Aus gesellschaftlicher Sicht gibt es keinen Grund für den Staat, mit finanziellen oder anderen Anreizen auf die Stabilität ihrer Beziehungen Einfluß zu nehmen. Das Anheben von gleichgeschlechtlichen Verbindungen auf Familienebene degradiert und relativiert die Familie. In einer Situation, in der es in der Slowakei in absehbarer Zukunft niemanden geben wird, der arbeitet, um die laufenden Rentenzahlungen zu decken, würde eine solche Schwächung der Familie durch die Eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle lediglich eine Beschleunigung des Zusammenbruchs des Sozialsystems bedeuten, von den moralischen Konsequenzen für die Gesellschaft nicht zu reden. Die Familie ist kein Vertrag zwischen Mann und Frau, die Familie ist eine einzigartige Verbindung von Mann und Frau, und jede Schwächung dieser Einzigartigkeit würde das Absagen des Astes bedeuten, auf dem die Gesellschaft sitzt.

Aus diesem Grunde bereitet das Justizministerium keine gesetzliche Regelung zur Verankerung der Eingetragenen Partnerschaft für Homosexuelle vor. Ganz einfach: So lange

ich Justizminister bin, wird es keine Eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle in der Slowakei geben.

Schützenhilfe erhielt Čarnogurský von seinem Parteikollegen Alojz Rakús, einem Nationalratsabgeordneten und Psychiater. Er meinte: *Eine der Ursachen, die zur jetzigen Aktualisierung der Frage der sog. Eingetragenen Partnerschaft von Homosexuellen beigetragen haben, war die Entscheidung der APA (American Psychiatric Association) im Jahre 1973, Homosexualität aus dem Verzeichnis der Geisteskrankheiten zu streichen. Er kritisierte die Argumente, die zu der Entscheidung geführt haben, und behauptete, kein einziges dieser Argumente könne den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen standhalten: Es ist nicht gelungen, die biologische Determination der Homosexualität zu beweisen (weder genetisch noch anders). Im Gegenteil: Es hat sich gezeigt, daß es sich um ein multifaktoriell bedingtes Phänomen handelt, bei dessen biologischen Voraussetzungen meist auch verschiedene psychosoziale Faktoren eine Rolle spielen (Erziehung, soziale Mentalität usw.). Die Homosexualität ist psychologisch beeinflussbar: Verschiedene Begleitstudien über die Effektivität von Psychotherapie bei Homosexualität weisen bis zu 52%ige Erfolgsraten auf.*

Daraufhin gingen in Preßburg die Wogen hoch. Die kürzlich ins Leben gerufene „Initiative Anders“ (*IN-IN, Iniciativa Inakost'*), ein Zusammenschluß von acht regionalen schwul/lesbischen Organisationen und zwei informellen StudentInnengruppen in der Slowakei, verurteilte die diskriminierenden Äußerungen der beiden konservativen Politiker aufs schärfste. Sie seien geeignet,

Haß gegen Lesben und Schwule und dessen gewalttätigen und gesetzeswidrigen Ausdruck in der Bevölkerung anzustacheln. Čarnogurský wurde wegen seiner Äußerung, solange er Justizminister sei, werde es keine Eingetragene Partnerschaft für Homosexuelle in der Slowakei geben, zum Rücktritt aufgefordert: Diese Äußerung, so die Initiative, degradiert das slowakische Parlament von der gesetzgebenden Institution zum Handlanger von Regierungspolitikern, die ihre Macht nutzen, um Druck auszuüben. Wir fordern das slowakische Parlament und alle im Parlament vertretenen Parteien auf, diesen Übereifer von Regierungmitgliedern zurückzuweisen, die das Land andererseits in die EU und die NATO führen wollen.

Die homophoben Äußerungen der beiden Politiker haben – wie meist in solchen Fällen – aber Positives für Lesben und Schwule ausgelöst: nämlich eine öffentliche und mediale Diskussion des Themas. So tröstete auch die tschechische Bewegung ihre FreundInnen in der Slowakei damit, daß solche Angriffe der Öffentlichkeit erst bewußt machten, daß Lesben und Schwule diskriminiert werden. Durch sie würden die Menschen schwul/lesbischen Anliegen gegenüber auch sensibler und aufgeschlossener, als sie es ansonsten wären.

Deutsche Übersetzungen:
ANNA DAUČIKOVÁ

ILGA-Europa tagte in Bukarest Paradoxe Wirklichkeit

VON KURT KRICKLER

Vom 4. bis 8. Oktober 2000 fand die 22. Europa-Konferenz der *International Lesbian and Gay Association (ILGA)* in der rumänischen Hauptstadt statt. Bukarest wurde vor zwei Jahren bewußt als Tagungsort gewählt, um einerseits auf die immer noch sehr prekäre Rechtslage in Rumänien aufmerksam zu machen und andererseits auch im Land selber Impulse zu setzen. Daß eine Lesben- und Schwulenkonferenz in Bukarest für großes Aufsehen sorgen würde, war klar.

Und weder Medien noch GegnerInnen haben die OrganisatorInnen von *ACCEPT*, der rumänischen Lesben- und Schwulenrechtsorganisation, in dieser Hinsicht enttäuscht. Die Pressekonferenz vor der Tagung am 4. Oktober war sicherlich die bestbesuchte in der ILGA-Geschichte. Vier Kamerateams und zahlreiche JournalistInnen und FotografInnen drängten sich um die VertreterInnen von *ACCEPT* und ILGA-Europa. Auch nachher mußten zahlreiche Einzelinterviews gegeben werden. Nicht nur das rumänische Fernsehen, auch internationale Medien wie *CNN*, *BBC* und *Reuters* waren zur Stelle. Die Tageszeitungen berichteten ausführlich, auch an den anderen Tagen der Konferenz.

Die Tagung war auch die bestgeschützte in der ILGA-Geschichte. Da orthodox-fundamentalistische Gruppen Protestkundgebungen, Dauermahnwachen und Dauergebetsaktionen angekündigt hatten und die rumänische Regierung offenbar jeglichen Zwischenfall vermeiden wollte – immerhin waren Abgeordnete des Europäischen Parlaments angesagt –, wurde das Hotel Parc im Norden der Stadt ständig von der Polizei bewacht. Mehrere Mannschaftswagen der verschiedenen Polizei- und Gendarmerie-Einheiten – man konnte sie an ihren Uniformen unter-

scheiden – fuhren vor dem Hotel auf. Bei der Stadtrundfahrt an einem der Konferenznachmittage fuhren vier Polizeifahrzeuge Eskorte. Der Aufwand war aber gar nicht nötig, denn die GegnerInnen der Konferenz konnten nur eine Handvoll DemonstrantInnen mobilisieren, die weitab vom Tagungshotel weder störten noch sonstwie auffielen – und auch von den Medien ignoriert bzw. als Kuriosum präsentiert wurden.

Perfekt organisiert

ACCEPT hatte die Tagung perfekt organisiert. Rund 100 TeilnehmerInnen aus fast dreißig Ländern waren gekommen. Die den Grünen in Deutschland nahestehende Heinrich-Böll-Stiftung hatte die Tagung mit DM 48.000,- unterstützt, die amerikanische *Astraea Foundation* unterstützte mit ihrem Beitrag die Teilnahme einiger Lesben. Dank niederländischer Hilfe konnte *ACCEPT* in den letzten Jahren eine Infrastruktur aufbauen, von der auch viele Gruppen in Westeuropa nur träumen können: *ACCEPT* hat mehrere bezahlte Angestellte und jetzt auch – mit niederländischem Geld – ein eigenes Haus im Zentrum Bukarests gekauft, das für alle Aktivitäten genutzt wird. In einem mehrjährigen Projekt wurde diese Infrastruktur in Zusammenarbeit mit der niederländischen Lesben- und Schwulenorganisation *COC* und mit Geld der niederländischen Regierung geschaffen. Zusätzlich erhielt *ACCEPT* auch von anderen Stiftungen und Einrichtungen, etwa dem *Open Society Institute (Soros Foundation)* finanzielle Unterstützung. Dieses vorbildliche und gelungene Projekt einer Zusammenarbeit zwischen einer west- und einer osteuropäischen Lesben- und Schwulenorganisation wurde übrigens vor kurzem beendet. Um den erfolgreichen Abschluß dieses Projekts zu feiern, luden *COC* und *ACCEPT* am ersten Konferenz-

abend zu einem Dinner ins Hotel Continental ein, auf dem auch ein kurzes Video über das Projekt gezeigt wurde.

Wichtigster Gast der Veranstaltung war der US-Botschafter in Rumänien, der etwa als genauso wichtig angesehen wird wie der rumänische Premierminister. Die Anwesenheit des Botschafters war daher eine mittlere Sensation, über die die Medien ebenfalls berichteten. Auch andere Botschaften, die in der Vergangenheit *ACCEPT* unterstützt und ihre schützende Hand über die Gruppe gehalten hatten, schickten VertreterInnen, etwa die schwedische und deutsche. Dieses Projekt ist ein Vorzeigeprojekt, das möglicherweise Nachahmer finden wird, etwa in den Nachbarstaaten Bulgarien oder Moldawien. Mitarbeiter der *Soros Foundation* und der Heinrich-Böll-Stiftung nahmen an der Tagung teil, sodaß AktivistInnen aus den mittel- und osteuropäischen Staaten die Möglichkeit hatten, Kontakt aufzunehmen und mögliche Unterstützung zu erörtern.

Während also die ausländischen Botschaften hochrangige Vertreter schickten, hielt sich das offizielle Rumänien zurück. Weder Präsident noch Regierung noch die Stadt Bukarest schickten Großworte, von einer persönlichen Anwesenheit ganz zu schweigen. Auch die Parteien hielten sich bedenklich, was wohl daran liegt, daß im November Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattfinden werden und sich die PolitikerInnen daher zu diesem Thema bedeckt halten wollen. Obwohl sich offenbar auch in der rumänischen Öffentlichkeit die Haltung zur Homosexualität zu ändern scheint: Immer öfter wird das Thema im Fernsehen aufgegriffen, und unlängst zeigte sich sogar eine Mehrheit der ZuseherInnen einer Talk-



Kurt Krickler, Jackie Lewis und Nico Beger (v.l.n.r.) im Gespräch mit dem US-Botschafter in Rumänien

Show in einer Telefon-Wertung pro-homosexuell.

Paragraph 200

Auch die Abschaffung des § 200 im rumänischen Strafrecht scheint an den nahenden Wahlen zu scheitern. Während die Abgeordnetenkammer im Juni die Aufhebung dieser Bestimmung bekanntlich beschlossen hat (vgl. *LN* 3/00, S. 30), hat der Senat diese Gesetzesvorlage noch immer nicht auf die Tagesordnung gesetzt. Sie wird wahrscheinlich in dieser Legislaturperiode verfallen, denn der Wahlkampf hat begonnen und der Senat scheint sich jetzt nicht mehr damit befassen zu wollen. Die ILGA-Europa-Konferenz hat jedenfalls in einem Schreiben an den Präsidenten des Senats die sofortige Aufhebung gefordert. Paragraph 200 sieht seit 1996 kein Totalverbot mehr vor, allerdings werden homosexuelle Handlungen auch unter zustimmenden Erwachsenen bestraft, wenn sie öffentliches Ärgernis erregen. Und das ist eine ziemliche Gummi-Bestimmung in einem Land, wo bis vor kurzem jede/r jede/n bespitzelte und Privatsphäre ein Fremdwort war.

Schade, daß der Senat der Tagung dieses Willkommensgeschenk nicht gemacht hat. Grund dazu hätte er jedenfalls genug gehabt: Erst am 26. Sep-

tember hat der Europarat alle Mitgliedsstaaten aufgefordert, Sonderstrafgesetze gegen Homosexuelle aufzuheben (vgl. Bericht auf S. 29), in der Konferenzwoche selbst debattierte das Europa-Parlament in Straßburg die Berichte über die einzelnen beitragswilligen Kandidatenländer, und im verabschiedeten Bericht über Rumänien wurde der Senat ebenfalls aufgefordert, § 200 endlich zu streichen.

Gutes Timing

Überhaupt fiel die ILGA-Europa-Jahrestagung mitten in eine für Lesben und Schwule in ganz Europa wichtige Periode voller Erfolge und wichtiger Entwicklungen: Nicht nur die erwähnte historische Entscheidung des Europarats vom 26. September konnte gefeiert werden, auch die Präsentation des endgültigen Entwurfs für eine EU-Grundrechtscharta am Montag vor Beginn der Tagung (vgl. Bericht ab S. 30) und die Finalisierung der Richtlinie und des Aktionsprogramms in Umsetzung des Artikels 13 EG-Vertrag (siehe Bericht ab S. 36).

Die Möglichkeiten, auf EU-Ebene und damit in den Mitgliedsstaaten und den Beitrittsländern gegen Diskriminierung von Lesben und Schwulen zu kämpfen, wurden dann auch in den Arbeitskrei-

sen und auf einer Podiumsdiskussion diskutiert, an der u. a. Joke Swiebel, offen lesbische Europa-Abgeordnete der niederländischen Partei der Arbeit, und ein Mitarbeiter der grünen EP-Fraktion teilnahmen.

Der ILGA-Europa-Vorstand konnte also eine äußerst erfolgreiche Bilanz über das abgelauene Vereinsjahr ziehen – ein 26seitiger Bericht wurde erstellt und ist auch im Internet abrufbar (www.ilga-europe.org). Da die Jahreskonferenz zugleich die Generalversammlung ist, wurde auch ein neuer Vorstand in Bukarest bestellt, allerdings gab es nur zwei Änderungen: Steffen Jensen aus Dänemark und Alberto Volpato aus Belgien/Italien kandidierten nicht mehr, sie wurden durch Nigel Warner aus London und Alessio de Giorgi aus Pisa ersetzt. Die anderen Vorstandsmitglieder sind: Nico Beger (Deutschland), Adrian Coman (Rumänien), Isabelle Crutette (Frankreich), Tatjana Greif (Slowenien), Kurt Krickler (Österreich) und Jackie Lewis (Vereinigtes Königreich). Jackie und Kurt wurden vom Vorstand wieder zu den Vorstandsvorsitzenden ernannt, Nigel zum Kassier. Die nächsten Konferenzen wurden an Rotterdam (2001) und Lissabon (2002) vergeben.

ACCEPT hat gezeigt, daß man selbst unter gesellschaftlich und politisch widrigen Bedingungen eine erfolgreiche Lesben- und Schwulenorganisation aufbauen und eine perfekte internationale Konferenz ausrichten kann. Die MitarbeiterInnen von *ACCEPT* wurden dann auch am Ende der Tagung mit *standing ovations* bedankt. Es war eine erfolgreiche Tagung, die sehr viel Aufbruchsstimmung für die ILGA-Europa sowohl in West- wie in Osteuropa geschaffen hat.

IGLYO-Lesbentreffen in Berlin

Gewisse Themen will und kann frau nicht mit Männern diskutieren

Von BRITTA STROJ

Manchmal dehnt sich Zeit seltsam. Wenn etwa Tage wie Sekunden vergehen, aber dann dennoch wie Jahre anmuten. So und ähnlich erlebten die Teilnehmerinnen der ersten IGLYO-Frauenkonferenz die Zeitspanne von einer Woche. Vom 10. bis 17. September 2000 trafen sich in Berlin 18 Lesben im Alter zwischen 19 und 29 zu dieser ganz besonderen Konferenz.

I miss you all so much! ist in fast jeder E-Mail der nun vor allem durch das World Wide Web vernetzten Frauen zu lesen, gesendet quer durch den Cyberspace. Zwischen Jugoslawien, England, Irland, Deutschland, Rumänien, Bul-

tisch, A., U. und ich. Das kann nicht gut gehen, dachten wir und scherzten bitter über Themen wie „Konkurrenzverhalten“ und „Fleischmarkt“, wurden dann ernster bei dem Gedanken an divergierende politische Meinungen, die wir in unseren Köpfen bereits lautstark aufeinanderprallen hörten. Doch es sollte ganz anders kommen.

Eine Konferenz für uns allein

„Frauenraum“ war innerhalb der *International Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Youth Organisation (IGLYO)*, die seit 1984 besteht, als Bedürfnis stets vorhanden. Während der langjährigen gemeinsamen politischen Arbeit



ten IGLYO-Konferenz ein Women only-Workshop als fixer Bestandteil des Programms angeboten wurde, löste dies unter den TeilnehmerInnen und OrganisatorInnen noch heftige Wortgefechte aus. Doch nach langwierigen autonomen Planungen, die sich vor allem wegen jener Mauern als schwierig erwiesen, die von Geldern und räumlichen Strukturen trennten, konnte das zähe Organisatorinnen-team im September die Teilnehmerinnen der IGLYO-Frauenkonferenz hereinbitten: in ihren Raum.

Es geht los

„Gewisse Themen kann ich und will ich nicht mit Männern diskutieren“, erklärt mir U. und erinnert mich an die kleineren Arbeitsgruppen zum Thema *self harming*. Wir sprechen über fast alles, es gibt kein Thema, das uns bereits zu langweilig wäre. Manche von uns besuchen nun ihren x-ten, y-ten oder sogar schon z-ten Safer-Sex-Workshop. F. aus Rumänien erzählt mir, wie isoliert und hilflos sie sich als Lesbe in ihrem Land fühlt, in einem Land, in dem Lesben und Schwule kein bißchen sichtbar sind. Finanzielle Unabhängigkeit, so hofft sie, wird ihr das Coming-out bei den Eltern erleichtern. Von zu Hause rausgeschmissen zu werden hätte dann zumindest den Vorteil, von homophoben Kommentaren der Familie während der gemeinsamen

Fernsehabe freigegeben zu sein. „Aber einen gutbezahlten Job zu kriegen ist schwer“, seufzt sie dann, „als Frau.“

Tageweise widmeten wir uns komplexeren Gebieten wie *mental health, disability, general health issues, transgender, violence in lesbian relationships*, jedoch waren vierundzwanzig Stunden dazu natürlich zuwenig. Schlafmangel machte sich breit. Bald schon hatten wir müde Gesichter und rote Augen, die wir rieben, während wir über das Streichen von Frühstücksbroten hinweg bereits Pläne für den Abend schmiedeten. Es galt schließlich, noch Berlin zu erkunden, denn wer tagsüber viele Gedanken tanzen läßt, denen tanzen abends die Körper wie von selbst!

Wieder in Wien angekommen, versuchen wir, das Geheimnis der vergangenen Woche zu enträtseln. Auffallend oft fallen dabei Worte wie „Vertrauen“, „Verbundenheit“, „Vernetzung“. Und immer wieder erstaunen wir darüber, daß wir ein so starkes Gefühl der Sicherheit spüren konnten. Die Zweifel, die wir auf der Hin-fahrt hegten, sind längst vergessen. Sollte etwa so Solidarität unter Lesben aussehen, von der es heißt, sie existiere nicht, sie gebe es bloß in der Theorie? „Ich frag' mich, ob es den EU-MinisterInnen auch so geht, wenn die sich treffen – auf einer Konferenz“, überlegt A. mit breitem Grinsen, während sie erneut die Photos ansieht.

Karl Heinrich Ulrichs (1825-1895)



Wie aus dem ersten Schwulen der Weltgeschichte ein geachteter Bürger wurde

*Dahin sei der Mann,
so meinst du, weil er nun tot ist
und mit leichtem Gewicht
ihn die gütige Erde nun deckt?
Nein, mögen auch ruh'n
sanft die Gebeine im Grab,
fort lebt sein Werk
und der Adel der Tat.*

Nachruf auf Karl Heinrich Ulrichs im *Corriere dell'Aquila* vom 25. Juli 1895

VON HANS-PETER WEINGAND

Montag, 28. August 2000. Eine bunt zusammengewürfelte Schar von Schwulen aus Florida, Berlin, Göttingen, München, Graz, Rom, Bari, Genua und L'Aquila trifft sich zu Mittag an einem heißen Spätsommertag am städtischen Friedhof in L'Aquila, der Hauptstadt der italienischen Provinz Abruzzen. Sie alle sind einem Aufruf im Internet gefolgt: Es gilt genau an dessen 175. Geburtstag eines Mannes zu gedenken, der heute als „der erste Schwule der Weltgeschichte“ gilt: Karl Heinrich Ulrichs. Er hat wegen seiner sexuellen Orientierung seinen Job verloren. Er hat sich gegenüber seiner Familie geoutet und gegenüber der Öffentlichkeit. Er hat 1867 beim Deutschen Juristentag einen Antrag gestellt, homosexuelle Handlungen nicht mehr zu bestrafen, und wurde niedergeschrien. Er hat zahlreiche Schriften und Petitionen verfaßt. Er ist im Alter von 69 Jahren im Exil in Italien gestorben. Er war mutiger,

als es viele Schwule heute noch sind – und das vor über 130 Jahren!

Der 1825 geborene Jurist gilt heute als Vorreiter der schwulen Bürgerrechtsbewegung. Von 1864 an veröffentlichte er unter dem Pseudonym Numa Numantius eine Reihe von Aufsätzen unter dem Titel *Forschungen über das Rätsel der männlichen Liebe*. Im Juli 1867 versuchte Ulrichs auf dem Deutschen Juristentag in München, einen Antrag zum Sexualstrafrecht, die Homosexualität betreffend, zu begründen. Zum erstenmal in der Welt ergriff ein Homosexueller, der sich dazu bekannte, in der Öffentlichkeit das Wort, um sexuelle Freiheit zu fordern. Bereits nach wenigen Sätzen wurde Ulrichs durch den lautstarken Protest der Zuhörer unterbrochen; er konnte sein Referat nicht zu Ende führen.

Daraufhin veröffentlichte Ulrichs, diesmal unter seinem richtigen Namen, zunächst die in München von ihm nicht beendete Rede und deren Geschichte. Es folgte eine systematische Abhandlung seiner Theorie der Homosexualität. Ulrichs entwarf auch Statuten für einen „Bund der Urninge“ (Ulrichs nannte die gleichgeschlechtliche Liebe „Uranismus“) und damit das erste Konzept für eine Bewegung von Lesben und Schwulen.

Ulrichs verließ 1880 Deutschland und ging nach Italien. 1895 ist er in L'Aquila gestorben und dort am städtischen Friedhof begraben worden.³

Die Schritte der über 20 Leute, die sich im Jahr 2000 getroffen haben, sind zielsicher. Das Grab auf dem großen Friedhofsareal ist den meisten bekannt. Viele von ihnen haben bereits das gemacht, was Magnus Hirschfeld als erster Ausländer 1909, 14 Jahre nach Ulrichs' Tod, tat.¹ Sie haben sich beim alten Friedhofswärter nach dem Grab erkundigt und Blumen hingelegt. Viele taten dies in den letzten Jahren, ohne voneinander zu wissen. Massimo Consoli, Pionier der italienischen Schwulenbewegung, besucht das Grab seit 1988. Auch aus Berlin ist um diese Zeit jemand gekommen und hat sogar seine Adresse bei der Friedhofsverwaltung hinterlassen. Sie ist mit Bleistift im Gräberbuch eingetragen. 1995 kam Besuch aus München



Eine bunt zusammengewürfelte Schar aus den USA, Deutschland, Österreich und Italien folgte dem Internetaufruf, sich zum 175. Geburtstag von Karl Heinrich Ulrichs in Italien zu treffen.



garien, Israel, Österreich, Italien und Ungarn zwischen die Botschaften der neu- und lieb-gewonnenen Freundinnen hin und her. Allen fällt es schwer, wieder in ihr Alltagsleben einzutauchen.

Es war „wie ein langer Schlaf“, meint A., „Und da hatte ich einen Traum – der war die Frauenkonferenz.“ Vor unserer Abfahrt waren wir skept-

mit Männern blieb der Wunsch der Frauen nach einer anderen Diskussions- und Arbeitsbasis – einer, die mehr Raum für Lesben schafft – immer bestehen. Vor etwa fünf Jahren begann sich dieser Wunsch in den Vorbereitungen zu jener ersten Frauenkonferenz immer mehr zu konkretisieren. Als nach langen Diskussionen und viel Rechtsfertigungsarbeit auf der letz-

und aus Göttingen. Die Göttinger Gruppe hat, wie Fotos zeigen, das Unkraut beseitigt und die Grabplatte gereinigt. Was ein Jahr später die Grazer Gruppe verwunderte: Aufgrund der Angaben in Hubert Kennedys Ulrichs-Biographie erwarteten sie



Marchese Niccolo Persichetti (1849-1915). Ein Jahr nach Ulrichs' Tod verfaßte er eine Gedenkschrift zur Würdigung des Latinisten.

einen Trümmerhaufen, Steinfragmente mit kaum lesbarer Inschrift.⁵ Ein Jahr später kamen die Grazer mit Kies, Werkzeug und fachkundigen Tips wieder. Seither ist die große Steinplatte von Flechten befreit, wieder zusammengefügt und ruht sicher auf einer unsichtbaren Unterlage aus rostfreiem Stahl. 1997 folgten zwei Vertreter der Buchhandlung Prinz Eisenherz aus Berlin. Wie sagte der alte Friedhofswärter 1996 sinngemäß? Ah, Ulrichs, der deutsche Latinist. Muß ein berühmter Mann sein. Jedes Jahr kommen ein paar Leute und besuchen das Grab. Leute aus Deutschland und aus Amerika...⁶

Das Grab wird mit einer Regenbogenfahne drapiert. Und natürlich Blumen. Aber auch Übersetzungen der Grabinschrift und Bücher wurden mitgebracht. Ulrichs' Werke zum Thema Homosexualität, neu aufgelegt in deut-

scher⁷ und englischer⁸ Sprache. Bücher und Broschüren über Ulrichs' Leben und Werk. *Fort lebt sein Werk und der Adel der Tat*, hieß es nach Ulrichs' Tod in einem Nachruf. Gedacht war dabei an den Latinisten Ulrichs und an die Zeitschrift *Alaudae*, die er ab 1889 bis zu seinem Tod in L'Aquila in lateinischer Sprache herausgab.⁹ Wer hätte gedacht, daß über 100 Jahre später ganz andere Werke, ganz andere Taten im Mittelpunkt des Interesses stehen würden: sein Einsatz für Homosexuelle, seine Vorwegnahme von Aktivitäten, die noch heute zu den klassischen Aufgaben der „Bewegung“ gehören.

1865 entwarf Ulrichs Satzungen für einen Urningsbund. Es ist dies der erste Versuch, sich zu organisieren, um für gleiche Rechte der Homosexuellen zu kämpfen. Die Aufgaben entsprechen praktisch den heutigen Aktionsfeldern der Schwulenbewegung. Der Urningsbund verfolgte den Zweck, *die Urninge aus ihrer bisher Vereinzelung zu reißen und sie zu einer solidarisch verbundenen compacten Masse zu vereinigen; gegenüber der öffentlichen Meinung und den Organen des Staats die angeborenen Menschenrechte der Urninge zu verfechten, ihnen namentlich Gleichstellung mit den Dioningen (Heterosexuelle, Anm.) vor dem Gesetz und in der menschlichen Gesellschaft überhaupt zu vindicieren; eine urnische Literatur zu gründen; geeignete urnische Schriften auf Bundeskosten zum Druck zu befördern und für die Zwecke der Urninge in der Tagespresse zu wirken.*¹⁰

Im italienischen Exil war Ulrichs' Eintreten für Homosexuelle nicht mehr so ausgeprägt wie in Deutschland. Der Gegenstand seiner Schriften *Forschungen über das Räthsel der mann männlichen Liebe*,

die Homosexualität, wird nicht mehr beim Namen genannt. Anlässlich Richard von Krafft-Ebings Veröffentlichung *Der Konträrsexuelle vor dem Strafrichter* nahm Ulrichs nach langen Jahren des Schweigens noch einmal öffentlich zum Thema Stellung. In *Alaudae* kommt er im September 1894 auf diese Schrift zu sprechen, schreibt aber nur andeutungsweise von einem „merkwürdigen anthropologischen Rätsel“. Er begrüßte Krafft-Ebings Einsatz für die Entkriminalisierung, wandte sich aber gegen die Ansicht, daß es sich bei Homosexualität um „Irrsinn“ handle. Sein Engagement sah Ulrichs, damals 69 Jahre alt, als gescheitert an: *Ich war lange Zeit voller Hoffnung, doch irgendwann hatte ich dann keine Hoffnung mehr.*



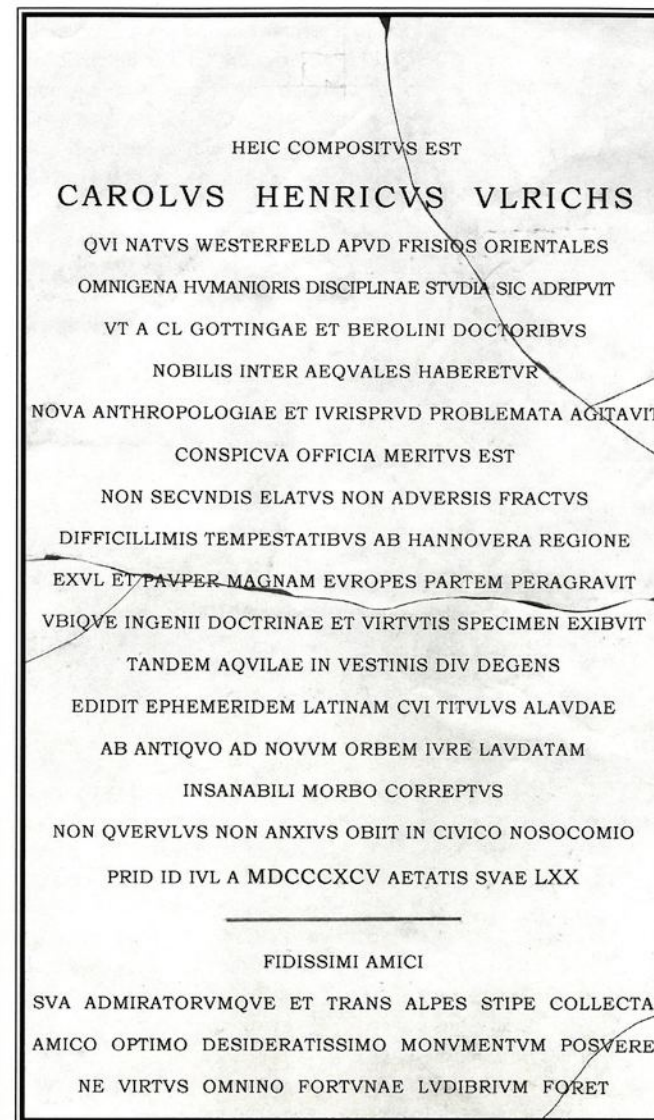
Im Palazzo Franchi vollendete Ulrichs 1884 seine *Matrosengeschichten*.

*Nun kehrt die Erinnerung zurück daran, wie stark die Hoffnung war, die mir damals Kraft gab.*¹¹

Kurz vor diesem resignierenden Artikel hatte sich Ulrichs noch einmal aufgerafft: Am 18. Juni 1894 richtete er eine Eingabe an das K.K. Justizministerium und an „die Ausschüsse des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses zur Berathung des Strafgesetzes“ in Wien, um erneut für die Strafflosigkeit gleichgeschlechtlicher Beziehungen einzutreten. Die Petition wurde mit der Bemerkung *Man bekommt aber den Eindruck, als ob Ulrichs nicht recht normal wäre* abgelegt.¹²

Marchese Niccolo Persichetti, ein angesehener Bürger L'Aquilas und enger Freund Karl Heinrich Ulrichs', erzählte Magnus Hirschfeld 1909 über Ulrichs' letzte Lebensjahre: *Von seinen anthropologischen Studien – sagte der Marchese und meinte damit die homosexuelle Frage – sprach er hier in Aquila nur sehr selten. Sein ganzes Interesse galt der Pflege des Lateinischen.*¹³ Ähnlich äußerte sich Ulrichs in einem *Literarischen Lebenslauf* vom 18. Oktober 1894: *Ich verwandte auch einige Mühe auf bestimmte Fragen der Anthropologie, um ein gewisses anthropologisches Rätsel zu lösen. Meine Forschungen dazu habe ich auf Deutsch veröffentlicht.*¹⁴ Deshalb sprach Niccolo Persichetti in seiner Grabrede auch von „Untersuchungen über eine neue und schwierige anthropologische Frage“, deshalb steht heute auf Ulrichs' Grabstein: *NOVA ANTHROPOLOGIAE ET IVRISPRVDENTIAE PROBLEMATATA AGITAVIT* (Neuen Fragen der Anthropologie und Jurisprudenz spürte er nach).¹⁵

Der österreichische Reisechriftsteller Reinhard E. Petermann¹⁶ berichtet, daß Ulrichs vom Sprachunterricht lebte und seine Zeitschrift *Alaudae* auch in Amerika Verbreitung fand.¹⁷ Durch diese Zeitschrift wurde Ulrichs offensichtlich bald anerkanntes Mitglied der Intelligenzija der italienischen Provinzstadt. Für Marchese Niccolo Persichetti, der seit 1880 die Errichtung eines Denkmals für Salust vorantrieb, veröffentlichte er Aufrufe in seiner Zeitschrift.¹⁸ Das von Cesare Zocchi geschaffene Monument wurde 1896, ein Jahr nach Ulrichs' Tod, gegossen, konnte aber erst 1903 in L'Aquila aufgestellt werden.¹⁹ In diesem Zusammenhang wurde daran erinnert, daß Ulrichs sich seinerzeit als Schriftsteller für



das Denkmal eingesetzt hatte und daß er auch dem PropONENTENKOMITEE angehörte, für das man übrigens auch Victor Hugo und Theodor Mommsen gewinnen konnte.²⁰

Karl Heinrich Ulrichs starb am 14. Juli 1895 um 5 Uhr nachmittags im an der Piazza San Basilio gelegenen städtischen Krankenhaus.²¹ Persichetti erzählte Hirschfeld, daß er den an einer Nierenentzündung Leidenden in das Krankenhaus brachte und Ulrichs dort nach einigen Tagen in seinen Armen starb.²² Das Begräbnis am nächsten Tag war prächtig. Der Bürgermeister und die Prominenz des Ortes erwiesen dem Verstorbenen

die letzte Ehre. Niccolo Persichetti würdigte in seiner Grabrede den Latinisten Ulrichs und behauptete, dieser Mann gehöre zu denen, die „ausgewählt sind für die Unsterblichkeit“. Er ließ Ulrichs neben der Grabkapelle seiner Familie am städtischen Friedhof begraben, wobei die letzte Ruhestätte als Teil dieser Kapelle gilt.²⁴

Die Lokalzeitung *Corriere dell'Aquila* veröffentlichte am folgenden Tag diesen Nachruf: *Am Sonntag ist im städtischen Krankenhaus Professor Carlo Ulrichs verstorben. Als Mann mit Doktorwürden hat er sich vor einigen Jahren in unserer Stadt niedergelassen, wo er*

Ulrichs' Freunde finanzierten 1895 mittels einer internationalen Spendenaktion eine prächtige Grabplatte, die heute in mehrere Teile zerbrochen ist.

HIER LIEGT BEGRABEN
KARL HEINRICH ULRICHS,
GEBOREN IN WESTERFELD BEI DEN OSTFRIESEN.
ALLE BEREICHE HUMANISTISCHER BILDUNG
WAREN IHM SO SEHR ZU EIGEN,
DASS DIE BERÜHMTE GELEHRTE IN GÖTTINGEN UND BERLIN
NEUEN EDLEN ZU IHRESGLEICHEN ZÄHLTEN.
NEUEN FRAGEN DER ANTHROPOLOGIE
UND JURISPRUDENZ SPÜRTE ER NACH,
EMPPFAHL SICH FÜR SCHWIERIGSTE AUFGABEN.
IM GLÜCK NIE ÜBERMÜTIG, NIE VERZAGT BEI WIDRIGKEITEN,
VERLIESS ER IN SCHWIERIGEN ZEITEN
SEINE HEIMAT HANNOVER,
VERBANNT UND ARM DURCHWANDERTE ER
EINEN GROSSEN TEIL EUROPAS,
ALS MANN VON GEIST, GELEHRSAMKEIT UND TUGEND
ERWIES ER SICH ÜBERALL.
SCHLIESSLICH BLIEB ER IN AQUILA UND
GAB EINE LATEINISCHE ZEITSCHRIFT HERAUS
MIT DEM TITEL »ALAUDAE«,
ZU RECHT VIEL GELOBT IN DER ALTEN UND NEUEN WELT.
VON UNHEILBARER KRANKHEIT HEIMGESUCHT, STARB ER
OHNE KLAGEN UND FURCHT IM STÄDTISCHEN KRANKENHAUS
AM 14. JULI 1895 IN SEINEM 70. LEBENSJAHR.

SEINE TREUEN FREUNDE
HABEN AUS IHREN UND SEINER BEWUNDERER MITTELN
SOWIE MIT SPENDEN AUS DEM AUSLAND
IHREM BESTEN FREUND, DEN SIE SO SEHR VERMISSEN,
DIESES GRABMAL GESETZT,
DAMIT SEINE TUGEND NICHT ZUM SPIELBALL DES ZUFALLS
WERDE.

*unter der Intelligenzia unserer Bürgerschaft mit großer Wertschätzung für seine Geisteshaltung und Doktrin aufgenommen wurde. Er hat unter dem Titel „Alaudae“ eine hervorragend geschriebene Zeitschrift in lateinischer Sprache veröffentlicht, zu deren eifrigen Lesern auch Ihre Majestät die Königin zählte und die auch sonst von den größten Denkern Europas abonniert wurde. Die Begräbnisfeiern fanden am gestrigen Tage statt.*²⁵ Und in der nächsten Ausgabe erschien auf der Titelseite eine in Hexameter gefaßte *ELEGIA* in lateinischer Sprache, den der mit Ulrichs in permanentem Briefkontakt stehende englische Latinist William Siddons

Young²⁶ am 22. Juli verfaßt hatte: *Dahin sei der Mann, so meinst du, weil er nun tot ist und mit leichtem Gewicht ihn die gütige Erde nun deckt? Nein, mögen auch ruh'n sanft die Gebeine im Grab, fort lebt sein Werk und der Adel der Tat.*²⁷

Zahlreiche Nachrufe folgten,²⁸ und als Niccolo Persichetti nach einer erfolgreichen internationalen Spendenaktion für eine prächtige Grabplatte aus Marmor ein Jahr nach Ulrichs' Tod eine Gedenkschrift herausgab, folgten höchst freundliche Rezensionen.²⁹ Kein Zweifel, Karl Heinrich Ulrichs war ein geachteter Bürger.

Latein hat sich als Weltsprache bekanntlich nicht durchgesetzt.³⁰ Die Worte aus einem Nachruf – *Fort lebt sein Werk und der Adel der Tat* – gelten heute nicht seinen Bemühungen um die lateinische Sprache, sondern seinem Engagement zur Gleichberechtigung der Homosexuellen, von Ulrichs noch „Urnige“ genannt. Über 20 Schwule waren es auch am 28. August 2000, die Persichettis Voraussage am Schluß seiner Grabrede erfüllten, man werde Blumen auf Ulrichs' Grab legen, solange die Überlegenheit seines Geistes und seiner Gelehrsamkeit anerkannt werde.

Über 100 Jahre nach seinem Tod ist Karl Heinrich Ulrichs noch immer – oder besser: schon wieder – ein geachteter Bürger. Die Stadt Göttingen hat ihm, dem ehemaligen Jura-Studenten, im Jänner 1997 eine Gedenktafel gesetzt.³¹ Die Stadt München hat im April 1998 einen Platz nach ihm benannt, da er mit seinem öffentlichen Eintreten für die reichseinheitliche Straffreiheit gleichgeschlechtlicher Beziehungen beim Deutschen Juristentag 1867 in München ... wesentlich zur rechtlichen und gesellschaftlichen Gleichstellung Homosexueller beitrug.³² Ähnliche Bestrebungen gibt es auch in Hannover – treibende Kraft waren und sind natürlich in der Bewegung engagierte Schwule.

SPENDENAUFTRUF

Die Rosalila PantherInnen planen, in L'Aquila die Errichtung einer Gedenktafel voranzutreiben, die Karl Heinrich Ulrichs als Pionier der Schwulenbewegung würdigt.

Spenden zur Unterstützung dieses Vorhabens sind erbeten:

**Rosalila PantherInnen
Postsparkasse, BLZ 60.000
Konto: 93011226
Zweck: Karl Heinrich Ulrichs**

SpenderInnen werden über den Stand der Dinge informiert.

Was 1895 für den Latinisten Ulrichs möglich war, sollte 2000 für den „ersten Schwulen der Weltgeschichte“ möglich sein.

1909 versprach Niccolo Persichetti Magnus Hirschfeld, er werde an Ulrichs' letztem Wohnhaus eine Gedenktafel anbringen lassen.³³ Ob er sein Versprechen gehalten hat, wissen wir nicht. Wo das „alte Haus“ lag, in welchem ihm sein Freund Persichetti im Dezember 1894 eine Wohnung gab, war trotz lokaler Archivrecherchen bisher nicht herauszufinden.³⁴ Wie dem auch sei: Es wäre an der Zeit, den schwulen Pionier in L'Aquila durch eine Gedenkta-

fel zu ehren. Daß sich dafür die Bewegung einsetzen muß, liegt auf der Hand. Dies haben die Rosalila PantherInnen aus Graz unternommen – auf den Spendenaufruf sei nachdrücklich hingewiesen. Was 1895 für den Latinisten durch internationale Zusammenarbeit möglich war, sollte 2000 wohl auch für den Großvater der Schwulenbewegung möglich sein.

Die Bewegung: Bei den gemeinsamen Mittag- und

Abendessen der bunt zusammengewürfelten Schar, die sich an Ulrichs' Grab getroffen hat, ist diese Gesprächsthema Nummer Eins. Natürlich wird auch historisch fachgesimpelt, aber es ist doch äußerst aufschlußreich, von den Italienern Details über *World Pride 2000* in Rom zu erfahren – vor allem, nachdem der grüne Bürgermeister plötzlich kalte Füße bekommen und kurz vorher die versprochenen Subventionen gestrichen hatte (vgl. *LN* 3/00, S. 34 ff). Drei Jahre Vorbereitungszeit – da denkt man an Wien 2001 und hofft...

Oder die leider mit dem unsäglich grauslichen Begriff „Homo-Ehe“ ausgestattete Debatte in Deutschland. Schon spannend, diese Dinge auch mal mit Leuten zu erörtern, die der eingeschlagenen Strategie des deutschen Lesben- und Schwulenverbandes LSVD sehr skeptisch gegenüberstehen. Verbunden mit einer Auffrischung der Kenntnisse über die Geschichte der deutschen Lesben- und Schwulenbewegung.

Wenn man, wie die meisten, den Friedhofsbesuch mit einigen Tagen Urlaub in der entzückenden Stadt L'Aquila verbindet, dann bleibt es auch nicht aus, daß man sich am Corso flanierend wiedertrifft. Das milde Klima der in den Bergen auf 800 Meter gelegenen Stadt lädt ja geradezu zu spannenden Gesprächen ein. Kein Wunder, daß auch Ulrichs diese Stadt wegen des Klimas als Exil gewählt hatte.

Historisches Bewußtsein für die Vorkämpfer der Schwulenbewegung zu haben ist natürlich nicht jedermanns Sache. Aber es ist oft reizvoll, in den 1994 neu herausgegebenen Schriften zu blättern, die vor über 130 Jahren erschienen sind. Der Mut ist erstaunlich, die Analysen sind manchmal

offensichtlich zeitlos. Es ist auch nicht jedermanns Sache, sich in der Schwulenbewegung zu engagieren. Persönliche Betroffenheit ist da zuwenig. Reicht doch das breite Angebot von Konsum und Fun, was man in Europa übrigens auch an der Entwicklung der CSD-Paraden ablesen kann. Ähnliche Erfahrung machte auch Karl Heinrich Ulrichs. Er schrieb vor 130 Jahren über Urnige (Schwule) und

Dioninge (Heteros): *Die grösseren Massen der Urnige ... zeigen leider wenig Sinn für Bestrebungen, welche dahin gerichtet sind, dem Urningtum Freiheit, Berechtigung und Stellung in der menschlichen Gesellschaft zu erobern... Auf Maskenbällen für eine Dame gehalten zu werden und von den getäuschten Dioningen sich den Hof machen zu lassen ist ihnen wichtiger.*³⁵

- 1 www.angelfire.com/fl3/celebration2000/
- 2 Vgl. Volkmar Sigusch: *Karl Heinrich Ulrichs. Der erste Schwule der Weltgeschichte*. Bibliothek rosa Winkel 21, Berlin 2000.
- 3 Zur Biographie vgl.: Hubert Kennedy: *Karl Heinrich Ulrichs. Sein Leben und sein Werk*, Beiträge zur Sexualforschung 65, Stuttgart 1990. Eine Kurzbiographie von Hubert Kennedy ist abgedruckt in: *Karl Heinrich Ulrichs – Matrosengeschichten und Gedichte. Ein Lesebuch*, zusammengestellt von Wolfram Setz. Bibliothek rosa Winkel 18, Berlin 1998, 149-155.
- 4 Vgl. Magnus Hirschfeld: *Die Homosexualität des Mannes und des Weibes*. Berlin 1914, 965; Hirschfelds Bericht über Karl Heinrich Ulrichs ist wiederabgedruckt in: Wolfram Setz (Hg.): *Karl Heinrich Ulrichs zu Ehren. Materialien zu Leben und Werk*. Berlin 2000, 17-33.
- 5 Kennedy, 1990, 254: „Der Grabstein ist heute in mehrere Teile zerbrochen und so verwittert, daß der Text kaum noch lesbar ist.“
- 6 Vgl.: Hans-Peter Weingand: *Exul et Pauper*, in: *Rosalila Buschtrommel*, Nr. 5/1996, 22-24.
- 7 Hubert Kennedy (Hg.): *Karl Heinrich Ulrichs. Forschungen über das Räthsel der mannlichen Liebe*. Nachdruck der Originalausgaben 1864-1879 in vier Bänden. Bibliothek rosa Winkel 7-10, Berlin 1994.
- 8 *The Riddle of Man-Manly Love. The Pioneering Work of Male Homosexuality*, transl. Michael Lombardi-Nash, 2 vols, New York 1994.
- 9 Vgl. Raffaele Colapietra: *Alaudae: una stravaganza erudita provinciale 1889-1892*. In: *Rivista trimestrale di studi demoetnoantropologici*, anno 61, n. 3, Florenz 1995, 297-329.
- 10 Zitiert nach: Kennedy, 1990, 92 f.
- 11 Vgl. *Alaudae*, 355-358. In deutscher Übersetzung in: Sigusch, 110-118.
- 12 Hannes Sulzenbacher: *Man bekommt aber den Eindruck, als ob Ulrichs nicht recht normal wäre. Acht Petitionen gegen den österreichischen Unzuchtparagraphen*. In: *Capri. Zeitschrift für schwule Geschichte*, Nr. 17, Berlin 1994, 19-21.
- 13 Hirschfeld, 966 f. Wiederabgedruckt in: Setz (Hg.), 2000, 32 f.
- 14 Veröffentlicht in: Niccolo Persichetti: *In memoriam Caroli Henrici Ulrichs, ephemeridis cuius titulus "Alaudae" auctoris, Sylloge*. Ex arce sancti Cassiani: Typis Lincinii Cappelli 1896, 6; In deutscher Übersetzung wieder abgedruckt in: Setz (Hg.), 2000.

15 Ebd., 14 und 35.

- 16 Reinhard E. Petermann, geb. 1859 in Freudenthal, gest. 1932 in Wien, Schriftsteller und Journalist; Feuilletons und Essays über touristische, geographische und historische Themen ab 1881 in der *Neuen Freien Presse*, ab 1888 in der *Wiener Zeitung* und im *Neuen Wiener Tagblatt*. Ausgehend von touristischen Reisebeschreibungen verlagerten sich seine Interessen immer mehr in Richtung Kunst und Geschichte Wiens. Vgl. Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1950, Bd. 7, Wien 1978, 444.
- 17 Otto Lehmann-Brockhaus: *Gli Stranieri nell' Abruzzo e Molise durante il '700 - '800*. In: *Atti del 3. Convegno: Viaggiatori europei negli Abruzzi e Molise nel 18. e 19. sec.*, ed. Centro di ricerche storiche Abruzzo Teramano, Teramo 1975, 25.
- 18 *Alaudae*, 159, 176, 237, 272; Vgl. Kennedy, 1990, 235.
- 19 Otto Lehmann-Brockhaus: *Abruzzo und Molise. Kunst und Geschichte*. Römische Forschungen der Bibliotheca Hertziana 23, München 1983, 378.
- 20 *Breve Istoria del Monumenta*, in: *La Rivista Abruzzese*, Anno XIX, Fasc. I, Teramo 1904, 14 f.
- 21 L'Ufficiale dello Stato Civile, Comune dell'Aquila, Atti di Morto 277; Die Angabe in der Biographie von Hubert Kennedy (S. 251), wonach Ulrichs „in seinem Haus im Bezirk San Basilio“ von Angelo Ajo und Andrea Esposito tot aufgefunden und von diesem Ajo und einem Franco Tartaglia identifiziert wurde, ist eine Fehlinterpretation der großteils als Formular vorgedruckten Eintragung. Der Protokollbeamte Ajo hat die Eintragung (und auch die vorherigen und die folgenden) vorgenommen, die beiden Männer Tartaglia und Esposito haben den Todesfall als Zeugen beglaubigt. Als Altersangabe wurde irrtümlich 80 statt 70 Jahre vermerkt. Die letzte Wohnadresse von Ulrichs ist nicht angegeben, als Sterbeort ist nur „Piazza San Basilio“ genannt. Dort befand sich damals wie heute ein Krankenhaus. Daß Ulrichs dort gestorben ist und nicht als Toter in seiner Wohnung aufgefunden wurde, berichten auch alle greifbaren zeitgenössischen Zeitungsnотizen.
- 22 Hirschfeld, 966; Wiederabgedruckt in: Setz (Hg.), 2000, 32.
- 23 Persichetti, 17; Die Grabrede ist in deutscher

Übersetzung wieder abgedruckt in: Setz (Hg.), 2000.

- 24 Gräberbuch des städtischen Friedhofes L'Aquila, laufende Nr. 5095: „S. Carlo Arrigo Ullrichs ... Vicino Capella Persichetti“.
- 25 *Corriere dell'Aquila*, Anno II, n. 23 (16. Juli 1895), 3.
- 26 William Siddons Young betrieb klassische Studien in Harrow, war fast 30 Jahre Offizier in Indien, schrieb über den Krieg zwischen England und Afghanistan und wandte sich dann wie in seiner Jugend wieder den klassischen Studien zu. Er blieb nach Ulrichs' Tod mit Niccolo Persichetti in Freundschaft verbunden. Vgl: *Un poeta latino inglese ad un Abruzzese*. In: *La Rivista Abruzzese*, Teramo 1897, 90 f.
- 27 *Corriere dell'Aquila*, Anno II, n. 24 (25. Juli 1895), 1.
- 28 *Il Popolo Romano*, Anno XXIII, n. 197 (18. Juli 1895); *L'Avvenire della Democrazia*, Anno III, n. 135 (25. Juli 1895); *La Rivista Abruzzese*, Anno X, Fasc. IX, Teramo 1895, 411; *Il Bullettino della Deputazione Abruzzese di Storia Patria*, Anno VIII, 1896, 166; Anno IX, 1897, 207 f.
- 29 *Rivista Abruzzese*, Teramo 1896, 583; *Il Bullettino della Deputazione Abruzzese di Storia Patria*, Anno IX, 1897, 116 f.
- 30 Zu den zeitgenössischen Bemühungen vgl. Wilfried Stroh: *Karl Heinrich Ulrichs als Vorkämpfer eines lebendigen Latein*, in: Setz (Hg.), 2000, 81-92.
- 31 Bernd Aretz: *Karl Heinrich Ulrichs, Jurist*. Rede anlässlich der Enthüllung einer Gedenktafel am 17. 1. 1997, Markt 5. In: *Göttinger Jahrbuch*, Jg. 45, Göttingen 1997, 195-197.
- 32 „Amtliche Namensklärung“, zitiert nach Sigusch, 36 f.
- 33 Hirschfeld, 966; Wiederabgedruckt in: Setz (Hg.), 2000, 32.
- 34 Bekannt ist, daß Ulrichs zumindest 1884 bis 1887 im Palazzo Franchi wohnte und 1894 in der Via S. Teresa 7. Vgl. Kennedy, 1990, 236.
- 35 *Prometheus* (1870), 84 f. Zitiert nach Kennedy, 1990, 190.

ROSIGE ZEITEN

Das unbezahlt gemachte Magazin aus Oldenburg für Lesben & Schwule. Allzweimonatlich neu & kostenlos. Meinungen, Meldungen, Tips & Termine nicht nur aus dem Norden der BRD.

Testen! Probeheft für 3,30 DM in Briefmarken.
Ein Jahr lang für 30 DM. **Abonnieren!**

Rosige Zeiten • Ziegelhofstraße 83 • D-26121 Oldenburg
rosigezeiten@gmx.de • http://oldenburg.gay-web.de/roz

Malta twelve points!

Zwischen „Alter Tränke“ und „Goldmine“

Ein Kärntner Bauernbub ertranst Berlin



EINE REPORTAGE VON CLAUDIA MALEWSKY

„Ich dreh' duuurch!!!“ schallt es mir entgegen, während ich mich die letzten Stufen in einem luxussanierten Altbau im Prenzlauerberg hinaufkämpfe.

„Ich dreh' duuurch!!!“ – das ist Nina (22), so kennt man sie. Ich folge den Stimmen in die Wohnung, deren Tür einen Spalt aufsteht. „Wir sind in der Küüchee...! Komm einfach durch! – So ist das in Berlin! Bis ihr oben seid, das dauert. Tag Schatz! Das ist LeeRoy – wir basteln gerade für seine Party morgen.“

Mir bietet sich ein illustrer Anblick. Es ist 16 Uhr, auf dem Küchentisch häufen sich gut 300 Kondompäckchen, die mit einem 1,5 m langen Faden versehen werden.

„Das ist wie bei uns auf dem Dorf, in Malta. Heimarbeit – alle packen mit an. Ich dreh' duuurch!!! LeeRoy, pack' den Scheiß weg! Ich ertrag' so früh noch keine Gummis. Laß' uns jetzt lieber frühstücken.“ Mit einem Wusch fegt sie die Komdomschächtelchen vom Tisch. „Du dumme Tunte! Ich dreh' duuurch! – Alles ist durcheinander, mit und ohne Faden, und liegt auf dem Boden“, faucht LeeRoy. „Du willst es doch genau so. Oah! Du Porno-Sau! Genauso soll das morgen laufen! Alle wälzen sich wild durcheinander mit 1000 Gummis auf dem Boden! Und ficken sich die Ärsche wund! Und du wirst reich!“ zickt Nina zurück. Natürlich bleibt alles liegen. Natürlich will LeeRoy es genau so.

LeeRoy, der Cazzo-Pornostar, so erfahre ich beim Frühstück, macht im Prenzl'berg jeden Donnerstag 'ne Fickparty im „Stahlrohr“. Nina hat ihn auf die Idee gebracht und die Kontakte hergestellt. Und nun sitzen sie bei Nina und basteln Bändchen an die Kondomschachteln, um sie später mit Heliumluftballons von der Decke griffbereit in den Darkroom schweben zu lassen. „Tunten!“ denke ich mir. Harte Kerle, auf 'ner harten Fickparty und dann Luftballons – naja. „Bis die sonst den Gummi aus der Tasche gekramt haben oder sich erst was am Tresen holen müssen, machen die's doch lieber ohne, das will ich nicht! Nicht auf

meiner Party! So hängen die Gummis überall in Griffhöhe von der Decke und gut is“, erklärt mir LeeRoy, der meinen skeptischen Blick bemerkt hat. „An AIDS sterben ist altmodisch. Das machen doch alle. Wenn ich mal sterbe, dann soll das teuer sein und glamourös. Glamour ist wichtig. Die Leute sollen sagen: ‚Cool, wie die Nina gestorben ist. Das hatte Stil.‘“ Tuntenphilosophie bei Rührei und Vitamintabletten. Glamour zu schaffen braucht viel Kondition. Wir frühstücken in mehreren Etappen, denn seit Ali, Ninas Schulfreundin aus Malta, mit der sie schon die letzten fünf Jahre Österreich unsicher gemacht hatte, vor ein paar Tagen zu ihrem Freund gezogen ist, gibt es in der Wohnung nur einen kleinen Topf, der zum Kaffeekochen, Eierbraten und als Salatschale herhalten muß. „Man kommt zu nix, bei diesen ständigen Nachtevents. Kaum steh' ich mal früh auf, um was zu erledigen, kommt so 'ne doofe Husche, will quatschen und Kondome knoten, und ich komm' zu nix. – Schlimmer als auf'm Dorf! Nie hast du deine Ruhe!“ Nina ergötzt sich geradezu an ihrem theatralischen „Ich dreh' duuurch!“.

Ja Glamour ist ein hartes Brot. Und in den nächsten Tagen kriege ich mit, wie hart. Ich begleite Nina auf ihren Wegen durch die Berliner Nächte.

Nina Queer – Partymacherin & Gayheroine

So stellt sie sich den Leuten vor. Schrill sein! Auffallen! Das muß mensch in Berlin. In der schwulen Sub ganz besonders. „Die Schwulen hier sind so übersättigt. Tausend Events, tausend Partys – jeder will als Star hofiert werden. Alleine schaffst du es nicht. Du brauchst hier echt Freunde, um was aufzuziehen. Leute, auf die du dich verlassen kannst. Die dir sagen, wenn

was gegen dich läuft. Das muß du machen wie auf dem Dorf. Berlin zockt dich sonst nur ab.“ Was alles schief gehen kann, hatte der 22jährige Kärntner Bauernbub schon in Österreich durch. Eine geflopte CD und sein Leben als Bursche ließ er hinter sich, um sich fortan als „Queen of Trash“ in Berlin einen Namen zu machen. „Ich betreibe Transvestismus. Das ist mein Leben. Ich brauche den Fummel, ich brauche den Glamour und die Nacht – und die Nacht braucht mich.“

Nina, die Partymacherin: Ihre Partys sind legendär. Mit ungeheurer Treffsicherheit findet sie Clubs, die von ihrem Publikum angenommen werden. Sie druckt und verteilt Flyer und Freikarten. „Auf eine Freikarte kommen zwei, die zahlen. Verteile 300 Karten und gut 80 kommen. Die Nacht ist hart, Baby!“

Die Locations wechseln. Mal die „Schoppenstube“, eine alte legendäre Ost-Bar, die nur noch wenig von ihrem einstigen Ruhm hat. (Damals mußte Mann anstehen und durfte sich freuen, wenn Mann Einlaß fand.) Nina versuchte dort, Mittwochnachts eine Transenshow zu etablieren. Die Partys liefen nicht schlecht, aber sie wollte ein anderes Publikum. Nicht nur Ostalgiker. „Ich will die ‚Mitte-Kids‘, die haben Kohle und wollen Party! Oah, die brauchen mich, denn ich bin Party, Baby. Ich weiß, wie's geht. Bei mir tanzen die Leute. So wie bei Chantal.“

Chantal ist ihr großes Vorbild. In ihrem „House of Shame“ wird Nina auch auftreten. Chantal hat ebenfalls ständig Probleme mit ihrem Club. Erst kürzlich haben die Betreiber ihn von „Goldmine“ in „Dschungel“ umbenannt – und sie mußte alle Flyer neu drucken. Ninas zweiter Club, in dem sie Partys organisierte, war das „Schoppas“ am Rosenthaler Platz. Da das angeschlossene Restaurant aber tagsüber nicht so gut lief, ging

der Laden pleite. Nächste Station ein kleiner Club am Rosa-Luxemburg-Platz. Samstags! Die Betreiber wurden aber mit dem Gästeansturm nicht fertig und ließen Nina zudem auf ei-



Nina Queer: Ich will die ‚Mitte-Kids‘, die haben Kohle und wollen Party! Oah, die brauchen mich, denn ich bin Party, Baby. Ich weiß, wie's geht.

ner Anzeige wegen Ruhestörung alleine sitzen. „Es ist zwar grottenpeinlich, schon wieder im letzten Moment Partys bei den Zeitungen absagen zu müssen. Aber mit so Idioten kann ich nicht zusammenarbeiten. Weißt du, Baby, ich bring' denen die Promis ins Haus, und die sagen mir, ich soll nicht so viele Leute reinlassen. Zu mir kommen die Mackatsch (Heike, ex-VIVA, Anm. der Red.) und der Morgenstern (Ralf, „Kaffeeklatsch“, ZDF), und selbst die Bild-Zeitung und die B. Z. schicken ihre Tratschreporter bei mir vorbei. ...Oah! Und diese Stümper kriegen ihre Theke nicht organisiert. Und haben im Laden keine Schalldichtung angebracht! Ich dreh' duuurch!“

Nina kann sich bei diesem Thema in Rage reden. Und das zu Recht! Sie hat aber schon wieder eine neue Location gefunden. Ab Oktober jeden Sonntag im Ballhaus Berlin in der Chausseestraße. Die neue Location geht über zwei Etagen und hat Tischtelefone. Ihre Party wird „Herzschlag“

heißen, und es soll geflirtet werden mit aktiver Vermittlung durch Transen. „Oah, das muß laufen, Baby! Aber der Sonntag is' echt schwierig in Berlin. Es gibt schon so viele Schwulettenpartys am Sonntag, weißt. Montags haben doch die Friseurinnen frei. Aber ich will eh lieber die Heten, weißt. Die können zwar nicht feiern, aber mit 'nen guten Bodensatz an Schwulen und Transen wird das 'ne geile Party, und die Heten saufen, haben Spaß wie Bolle, kommen wieder und bringen noch jemand mit. So 'ne Party gibt es eben bei denen noch nicht.“

Auf Ninas Partys gibt es immer Show. Natürlich treten Berliner Transen und die Chefin persönlich auf. Mal bekommt Nina auf offener Bühne „ihre Tage“, mal „frißt“ sie ein Baby, mal heißt ihre Party „Geistesgestört“. Immer ist es laut, wahnsinnig und lustig. „Am Anfang hab' ich mich von Nina nur genervt gefühlt. Ihr Menstruations-Flyer war so ekelig.“ – Morticia schüttelt sich, „aber dann hat mich Emma genötigt, mal mitzukommen. Das war auf der letzten Fete im ‚Schoppas‘, als sie diese Baby-Puppe tranchierte und dann dieses Zeug aß. Ich hab' gedacht: O Gott, die kann doch nicht ernsthaft...! – Und dann hab' ich gemerkt, wie spießig ich bis dahin war. Es reicht eben nicht, sich im Fummel auf die Bühne zustellen und schön zu sein. Nina ist der gelebte Tabubruch. Ungeheuer anstrengend und voll Power! Scheiß' drauf, was die anderen denken! Auch auf uns Transen. – Ich liebe sie dafür.“

Morticia geht meist ungedrängt auf Partys. Mit Emma und Gundel tritt sie als „die Katjas“ auf, ist Gast im „Café Transler“ und macht bei Wigstöckel mit. Emma Cock am Drink ist mehr 'ne mütterliche Freundin so um die 40 und legt in Berlin bei vielen Partys auf. Spezialität: Originalsingles aus den 70ern. Natürlich auch bei Nina. „Ja,

ja. Emma betreibt auch Transvestismus. Und ich liebe sie dafür, weißt. Emma, die wird nie schön sein, so wie die vielen Jungtransen, die ihre Jugend und ihre Ärsche zu Markte tragen. Aber Emma, die legt dann noch Platten auf, wenn die anderen sich nicht mehr vor die Tür wagen, weil sie ihre ersten Falten haben. – Emma macht im Ballhaus meine Theke und die Buchhaltung. LeeRoy die Tür. Ali und Tonka machen die Fotos, weißt. Es ist echt wichtig, viele Fotos zu haben und den Zeitungen verschiedene zu schicken. So kann dir jede 'nen Tagestip geben und dein Foto drucken, und trotzdem sehen die Ankündigungen in den Zeitungen verschieden aus. Ich find' die Kroyman so doof: Seit zwei Monaten immer nur das eine Foto.“

Montags und dienstags beginnt Nina ihre Runde am Wittenbergplatz in Schöneberg, an der „schwulen Pommes-Bude“. Im Sommer haben sich dort „Ninas Pommes-Partys“ etabliert. Ali arbeitet an einem anderen Imbiß am Platz – an der Hetenfront. „Am besten, du stehst irgendwo zentral und läßt die Leute zu dir kommen. Das strengt weniger an und ist effektiver. Und was glaubst, was hier für

Kerle vorbeikommen! Der Imbiß ist wie ein Dorfplatz, hier wird gelacht, geweint und getratscht. Hier werden Verträge gemacht und neue Showideen geboren. Hier bin ich für „BOB-TV“ entdeckt worden, meine Internetshow. Hier is' echt voll das Leben. Jeder, der in der Homolettenwelt von Berlin was auf sich hält, kommt hier auf 'nen Kaffee vorbei. In den Lokalen ist meist die Musik zu laut, und hier kann man zudem noch was essen. Pommes aus frischen Kartoffeln. Im Hinterrzimmer handgesäbelt und immer mit frischem Öl frittiert. Manchmal kommen die Kartoffeln sogar aus Ägypten oder Zypern, wo halt gerade Saison ist.“ Ich finde das zu grotesk: Öko-Kartoffeln aus Ägypten an einer Pommes-Bude mit Disco-Kugel und nur lesbisch/schwulem Personal. Aber das ist Ninas Berlin.

Weiter geht's durch die Nächte mit kleinen Pausen, zum Beispiel bei Susi in der „alten Tränke“. Susi ist eine alternde Transe um die 60, die schon vor Jahren die Hormone abgesetzt hat und nun einfach so in einer 24-Stundenkneipe ihre Nachtschichten schiebt. Während Emma die Rolle der mütterlichen Freundin inne hat, gefällt sich Susi in der Rolle der alten verwitweten Nachbarin, die so gerne von früher erzählt und zu der und deren Geschichten jede/r gerne mal auf einen Kaffee vorbeischaut. „Susi betreibt auch Transvestismus. Und Susi schert sich einen Dreck um die Schönheitsideale bei den Schwuletten. Susi is' cool. Wenn ich mal alt werde, was ich nicht glaube, möchte' ich so cool sein wie Susi. Und ob ich dann noch im Fummel bin oder so wie Susi wieder in Hosen – Transvestismus kriegst du auch aus mir nicht raus!“

Nina tritt bei Chantal auf. Endlich! Frank Sperling, der Macher von „Propaganda“, einem monatlichen Riesen-Ho-

mo-Event, ist samt Clan ange-reist, und auch die Homo-Gazetten haben Vertreter geschickt. Chantal hat allen erzählt, sie ließe Nina und Biggi, ihre Haustranse, gemeinsam auftreten, die beiden könnten sich nicht leiden, und sie gäbe beiden nur ein Mikrofon. Auch wenn alles nur Show ist (Nina und Biggi telefonieren intensiv seit Tagen, den Biggi wird natürlich auch wie alle Stars bei „Herzschlag“ auflegen), so legt sich doch Nina mit der Energie einer steinzeitlichen Schlammcatcherin ins Zeug und schubst Biggi schon, während diese Nina ansagt, von der Bühne. Es geht wild her, und Nina liefert den gewünschten Eklat. Sperling engagiert sie vom Fleck weg zur nächsten „Propaganda“, und die Woche ist gerettet.

Es gibt noch viele Nächte und noch mehr Partys, auf denen Nina für Skandale sorgt und auch neue Auftrittsangebote erhält. Berlin ergötzt sich an ihr, ihrer Nymphomanie, ihrer bäuerlichen Derbheit und ihrem Sinn für Glamour und Transvestismus. Und die Welt ergötzt sich an ihrer Internetshow „Trash-BOB“ auf www.BOBtv.com. Dort zelebriert sie jeden Sonntag von 19 bis 20 Uhr ihre Live-Show. Ein Internet-Fernsehquiz mit immer besser werdenden Gewinnen. Sie hat so gute Ratings, daß die Firma erwägt, ihr eine zweite Show zu geben. Es wird wohl ein derberes Format werden, in dem sich Nina über ihr Lieblingsthema Sex austoben kann. Die Sonntage werden demnächst wohl echt hart für die „Queen of Trash“: erst die Internetshow und dann ab ins Ballhaus.

Mir nötigt dieses junge Ding Respekt ab. Ein Kärntner Bauernbub ertranst Berlin! Malta twäölf points.

Anm.: Für die in Heimatkunde weniger Versierten: Malta ist ein Ort, Fluß und Tal in Kärnten.

Mein Familienname, verehrtes Publikum, ist nicht eben häufig. In Deutschland gibt es nach den letzten genealogischen Erkenntnissen keinen weiteren Träger meines Namens. Sie haben also die Ehre mit einem besonders seltenen Exemplar, noch dazu einem, das Kinder, wenn nicht für eine Geißel der Menschheit, so doch für eine ernsthafte Zumutung hält und sich folglich nie und nimmer freiwillig vermehren wird.

Überaus romantisch fand ich hingegen stets den Gedanken an ein nicht allzu kleines, von einem kunstvollen schmiedeeisernen Gitter umzäuntes und von Efeu umranktes Karree auf einem Berliner Prominentenfriedhof: „Hier ruht der letzte Stedefeldt.“ – Bis mich vor einiger Zeit eine Anfrage aus der Neuen Welt ereilte. Eine unweit Rio de Janeiros ansässige Louisa mutmaßte in einer Elektrodepesche, ich müsse dem Stamme ihrer um 1900 nach Südamerika ausgewanderten Altvordern entsprungen sein. Ihre Mutter habe ebenfalls Stedefeldt geheißen, eine Cousine, die jedoch bloß von einem unfruchtbaren, Walter geheißenen Vorfahren adoptiert worden sei, führe noch immer diesen Namen. Ob denn meine Familie auch ihren Ursprung in Thüringen habe?

Mein Ja brachte mir einen temperamentvollen lateinamerikanischen Jubelbrief ein: Sie sei ja so glücklich! Nun habe sie endlich den lang gesuchten Hinweis auf ihre europäischen Wurzeln gefunden. Mit Stolz erfülle sie, daß es sich sogar um eine V.I.P. handle, ich sei schließlich Schriftsteller, wie sie Hinweisen im Internet entnommen habe. Den Titel „Very Important Person“ nahm ich selbstverständlich an. Der Brief endete mit der Zeile: „Lieber Eike, wir sind verwandt! Da bin ich ganz sicher!“



VON EIKE STEDEFELDT

Girl from Ipanema

Nun habe ich, wie so viele Leute, nicht nur gute Erfahrungen mit sogenannten weiblichen Anverwandten gemacht. Im Gegenteil wurden sie mir für gewöhnlich umso lieber, je weniger ich von ihnen hörte und desto weiter entfernt sie waren. Daß ich mich darauf einließ, jener Louisa dennoch Details aus meinem bis ins späte 17. Jahrhundert zurückreichenden, vor über zwanzig Jahren anläßlich der sozialistischen Jugendweihe von meiner Mutter verfertigten Stammbaum mitzuteilen, war weniger der Stimme meines Blutes geschuldet. Die hatte in mir noch nie sehr laut gerufen, um nicht zu sagen: Sie war beizeiten und aus gutem Grunde verstummt. In Anbetracht meiner prekären finanziellen Situation ließ ich mich vielmehr von praktischen Erwägungen leiten.

Immerhin hatte mir Louisa mitgeteilt, ihre Traumstadt heiße New York. Einer geregelten Arbeit gehe sie nicht nach, gelegentlich helfe sie beim Management des väterlichen Unternehmens aus, während sie es den Sommer über vorziehe, sich in Ipanema aufzuhalten. Ipanema? – Im Reisebüro geriet der Angestellte in regelrechte Verzückung. Dabei handele es sich um einen Stadtteil Rio de Janeiros, und zwar den wohlhabendsten, der dortige Strand sei einer der schönsten und teuersten der Welt, mit dem nicht einmal der berühmte von Copacabana mithalten könne. Das war genau das, was mich im Moment interessierte. Augenblicklich kam mir nach dieser Eröffnung der alte Heinz-Rühmann-Film „Das Haus in Montevideo“ in den Sinn, worin eine ehrbare deutsche Pfarrersfamilie unerwartet eben jenes überseeische Gebäude erbt, das sich schließlich als Bordell erweist. Das wäre mir nun wirklich egal gewesen. Aber vielleicht verfügten die brasilianischen Stedefeldts

anstelle eines Freudenhauses über ausgedehnte Ländereien und war Louisas Vater kein Zuhälter, sondern ein achtbarer Haciendero? Tabak, Bananen, Kaffee, Kakao... Im Schlaf erschienen mir nun immer öfter von Palmen gesäumte Küstenstraßen, der Zuckerhut und eine weiße Villa mit ein paar Dutzend Bediensteten in einem gepflegten, parkartigen Anwesen.

Kurz und gut: Diese neue Verwandtschaft bedurfte pfleglichster Behandlung. In thüringischen Standesämtern recherchierte ich fleißig nach Ahnen, belästigte örtliche Pfarrer, sie mögen doch in Taufbüchern – ersatzweise auf dem Kirchhof – nach Überresten Stedefeldtscher Schäfchen suchen oder mindestens Fürbitte bei ihrem Chef für mich einlegen. Meist waren die Ergebnisse unbefriedigend. Zwar schien allein die Tatsache, daß ich nach ihren Vorfahren suchte, Louisa für mich einzunehmen. Dennoch ließ die erhoffte Einladung auf sich warten.

Irgendwann zog ich einen Joker aus dem Ärmel: Meine Ahnenforschung hatte mich auf die Spur eines thüringischen Fleischersohnes namens Hermann Bernhard Stedefeldt geführt, der 1864 im zarten Alter von 20 Jahren an der Universität zu Bonn über Plutarch promoviert hatte. Diese hochkarätige Information verfehlte ihre Wirkung nicht. Louisa nahm sie als weiteren Beweis unserer Blutsbande: Der Clan der Stedefeldts habe, wie sich zeige, einen natürlichen Hang zu Sprache, Dichtung und Philosophie. Hermann B. Stedefeldt sei schließlich ein Philologe gewesen, wie wir nun wüßten, ich wäre Schriftsteller, und sie selbst beherrsche diverse Fremdsprachen. Nebenbei fragte sie, ob ich schon einmal in Brasilien gewesen sei. Na endlich! Ich verneinte bedau-

erd, nicht ohne den vielsagenden Hinweis anzubringen, solche weiten Reisen seien stets eine Frage von Zeit und Geld. Darauf ging Louisa leider nicht ein.

Statt dessen wollte sie plötzlich an meinem Wohl und Wehe teilhaben. Zunächst begehrte sie meine Konfession zu wissen. Ich verkniff mir tunlichst den üblichen Verweis auf Heinrich Heines „Den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen“ und gab die vieldeutige Auskunft, in meinem Landstrich sei der Protestantismus recht verbreitet. Wie viele Kinderchen ich denn hätte, als erfolgreicher Schriftsteller in den besten Jahren sei ich doch sicher längst glücklich verheiratet mit einer ganz reizenden Frau... Einem erfolgreichen Schriftsteller wäre sicher eine schöne Story eingefallen, um sie Louisa aufzutischen. Als Arbeitsloser in den besten Jahren behalt ich mir einseitigen mit einem kryptischen „Wer seinen Beruf ernst nimmt, muß Opfer bringen“. Ich hatte das Gefühl, daß sie mich aufrichtig bedauerte. Welchen Inhalts denn übrigens meine Bücher seien? Obacht, dachte ich mir, auf keinen Fall kannst du jetzt irgendwelches schwules Zeug andeuten! Wenn die gute Louisa stockkatholisch ist, kannst du dir deinen billigen Urlaub, wenn nicht eine ganze Hacienda getrost in den Südwind schreiben. „Liebesgeschichten“ ließ ich also lakonisch wissen. Das war nicht im eigentlichen Sinne gelogen und würde von Louisa bestimmt honoriert. In Lateinamerika habe man einen außerordentlichen Sinn fürs Tragische, hatte ich irgendwo gelesen, und besonders brasilianische Telenovelas sollen zu den herzerweichendsten auf Erden zählen. Louisa zeigte sich in der Tat zufrieden und gab an, sie würde ja auch ganz gern mal wissen, wie es sich so lebt in Deutschland. Kalt sei es, schrieb ich sehr literarisch

und bedeutungsvoll, unerträglich kalt und ungemütlich, die Menschen hierzulande wären geldgierig, egoistisch, rücksichtslos und berechnend und besäßen nicht annähernd die Herzlichkeit, Güte und Gastfreundschaft wie in südlichen Gefilden. Nur zu gern brächte ich möglichst viel Wasser zwischen mich und diese Menschen, am besten einen Ozean...

Wochenlang erhielt ich keine Post. Dann schrieb Louisa, es habe reichlich Aufregung gegeben zu Hause. Dem Vater habe man den Verkaufswagen gestohlen, mit dem sie während der Sommersaison unten am Strand von Ipanema gestanden und ihren Lebensunterhalt bestritten hätten. Für diplomierte Literaturwissenschaftlerinnen wie sie fände sich derzeit auch nirgends Verwendung, nur mit Mühe sei es ihr gelungen, eine Fließbandarbeit bei Coca Cola zu finden. Mit diesem Job werde sie wohl im Leben nie nach New York kommen. Zu alledem hänge der familiäre Segen ziemlich schief, weil sie nicht bloß sich weigere, sonntags in die Kirche zu gehen, sondern mit ihren 37 Jahren noch immer unverheiratet, also unversorgt und kinderlos sei. Sie interessiere sich halt nicht sehr für Männer.

Aus der brasilianische Traum! Keine Hacienda, keine Bediensteten, nicht mal ein Bordell. Rio und der Strand von Ipanema weiter weg als je zuvor und statt dessen eine lesbische Verwandte, deren Stimme des Blutes sich von denselben praktischen Erwägungen stimulieren ließ wie meine. Aber das bei weitem Unerfreulichste an der Angelegenheit: Wahrscheinlich würde auf meinem Grabstein, sofern überhaupt Geld dafür übrig bliebe, dereinst nicht mal mehr stehen können: „Hier ruht der letzte Stedefeldt.“

Dieser Text ist eine Erstveröffentlichung.



Erlesenes

Die LN-Bücherecke



Out im Jahr 2000

Das Coming-out ist, daran konnten auch alle erfreulichen gesellschaftlichen Veränderungen in Hinblick auf die Akzeptanz Homosexueller in den letzten Jahren und Jahrzehnten nichts ändern, immer noch eine oft schwierige Zeit für junge Schwule und Lesben. Daher bedarf es auch nach wie vor der Coming-out-Literatur. Klassiker wie *Schwul, na und?*

von Thomas Grossmann aus den 80ern passen aber nicht mehr so ganz in die neue Zeit der Techno- und Internet-Generation. *Out Now* ist eine aktuelle Alternative – reich bebildert, in modernem Layout. Viele schwule Teenager kommen darin als „Botschafter“ zu Wort und berichten, wie sie ihr Coming-out erleben. In dem knapp 200 Seiten starken Buch werden alle Bereiche behandelt, die junge Schwule heute bewegen, u. a. Themen wie „erste Liebe“, Partnerschaft, Sex, Freundschaft, Coming-out bei Eltern und Freunden usw. Interessant die Verknüpfung mit dem Internet: Weiterführend wird auf einen eigenen Website (www.blue4you/outnow) verwiesen, über den auch mit

den Botschaftern per E-Mail Kontakt aufgenommen werden kann. Dieser Titel ist ein wirklich hervorragend gemachtes, sehr zeitgemäßes Coming-Out-Buch.

Out Now, das Coming-out-Buch für Jungen. Verlag Heinrich Ellermann, Hamburg 2000.

CHRISTIAN HÖGL



Namen, Namen, Namen

Ein Lexikon, wie es nicht üblich ist. Ein Nachschlagewerk, das die Bedürfnisse nach Neugier und Klatsch und Tratsch stillt. Wer ist lesbisch? Wer ist schwul? Wer ist bisexuell? Alle, die bei einem berühmten Namen rätseln, ob sie oder er „so sein könnte“, sind gut beraten mit Karen-Susan Fessels und Axel Schocks *Out!*. Die Neuauflage dieses Klassikers bringt noch

mehr Namen, durchaus auch überraschende. So staunte die Rezensentin etwa bei Selma Lagerlöf, Marion Zimmer Bradley oder John Maynard Keynes. Einige Namen fehlen jedoch – weil die Betroffenen selbst nicht wollten (eine berühmte deutsche Feministin) oder vielleicht ein bestimmter österreichischer Politiker zu klagsfreudig ist? Trotz der immer noch unzureichenden Zahl an darin vertretenen ÖsterreicherInnen eine vergnügliche Lektüre mit Tiefgang.

Karen-Susan Fessel/Axel Schock: *Out! 600 Lesben, Schwule & Bisexuelle.* 3. erweiterte und aktualisierte Ausgabe. Querverlag, Berlin 2000.

Widerstand tut not

Am 4. Februar dieses Jahres wurde die ÖVP-FPÖ-Koalition angelobt. Unzählige Frauen protestieren seither gegen die Regierung. Auf der Straße, im Internet, an den Arbeitsplätzen, in Hörsälen, durchwegs gewaltfrei und immer auch mit sprachlichen Mitteln: in Zeitschriftenartikeln, durch Redebeiträge bei öffentlichen Kundgebungen, bei Protestlesungen, in Gedichten und Essays.

Eine Auswahl dieser vielfältigen sprachlichen Widerstandsproduktion haben kürzlich die Mitarbeiterinnen des Wiener Milena-Verlags als Anthologie veröffentlicht: *Die Sprache des*

Widerstandes ist alt wie die Welt und ihr Wunsch. Bekannte und unbekannte Frauen schreiben darin gegen Rechts, gegen die Politik der Regierung in den unterschiedlichen Bereichen, stellen darin vor, welche Konsequenzen das konservativ-reaktionäre Frauenbild und die daraus folgende Politik für Frauen in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen haben, formulieren ihren Protest gegen Fremdenangst und Fremdenhaß, denken über andere Formen von Politik nach.

Die sehr heterogenen Beiträge, deren Spannweite vom Gedicht bis zur politischen Analyse reicht, insistieren darauf, daß Sprache und Politik nicht etwas Getrenntes sind, daß oftmals politischer Gewalt die Gewalt der Sprache als Gewalttat vorausgeht oder sie begleitet, und sie zeigen Frauen als Widersprechende, Wider-Ständige, Wider-Tätige – in allen Lebens- und Politikfeldern. So schreibt etwa Helga Pankratz in ihrem Mundartgedicht „kadolische kinda“ gegen die Entmündigung durch den Katholizismus an und erinnert in der „Ballade von der Beschäftigungstherapie gegen homosexuelle Betätigung“ daran, daß lesbisches Leben und lesbische Politik manchmal in Widerspruch zueinander stehen können. Alice Pechriggl untersucht die Zusammenhänge von „Sexismus, Rassismus und Homophobie“; Marlene Streeruwitz veröffentlicht in „Heldenplatz“ ihre auf der Abschlußkundgebung am 19. Februar gehaltene Rede – um nur einige der vielen Beispiele hervorzuheben. Ein gerade in Zeiten wie diesen unverzichtbares, auf jede Larmoyanz verzichtendes und wütend machendes Buch, das nicht nur viele lesen,

sondern aus dem viele auch Ermutigung für politisches Handeln ziehen sollten.

Milena-Verlag (Hg.): *Die Sprache des Widerstandes ist alt wie die Welt und ihr Wunsch. Frauen in Österreich schreiben gegen Rechts.* Milena-Verlag, Wien 2000.



Ein gelebtes Jahrhundert

Tochter einer reichen Industriellenfamilie, die bereits in der ersten Generation den Aufstieg in das Wiener GroßbürgerInnenstum geschafft hat; assimilierte, katholisch getaufte Jüdin, die die Jahre der erzwungenen Emigration in Kuba verbringt; nach dem Verlust des väterlichen Vermögens zur Erwerbstätigkeit gezwungen; 1999 als Hundertjährige in einem Wiener PensionistInnenheim verstorben. Einige nackte biographische Fakten, die Sidonie Csillags Lebensgeschichte zumindest auf den ersten Blick nicht wesentlich von der anderer jüdischer Emigrantinnen dieser sozialen Klasse unterscheiden.

Doch diese Biographie ist anders, wie die Biographinnen Ines Rieder und Diana Voigt schon durch den Titel *Heimliches Begehren* anklingen lassen. Die unter einem Pseudonym Porträtierte ist lesbisch und verkörpert zugleich in ihrer Person einige wichtige Aspekte lesbischer Geschichte der österreichi-

chen Zwischenkriegszeit. Sie ist der von Sigmund Freud in seinem einzigen Aufsatz zur weiblichen Homosexualität – *Über die Psychogenese eines Falles von weiblicher Homosexualität* – dargestellte „Fall Dora“, wobei sich ihre Sichtweise der ihr von ihren Eltern aufgezwungenen Psychoanalyse streckenweise durchaus amüsant liest. Auslösefaktor war ihre schwärmerische Verehrung für die aristokratische Nobelprostituierte Leonie Geßmann, die 1924 unter dem Verdacht der versuchten Vergiftung ihres Ehemannes verhaftet worden war. Diese Anklage war, wie Hanna Hacker in *Frauen und Freundinnen* ausführt, einer der wichtigsten von der Justiz behandelten Verfahren gegen Lesben im Österreich der Zwischenkriegszeit und wurde von diversen Medien entsprechend ausgeschlachtet.

Sidonie Csillag heiratete zwar, um den Weiblichkeitsvorschriften ihrer Klasse zu entsprechen; ihr Ehemann lebte vom Vermögen seiner Frau und sympathisierte mit dem Nationalsozialismus. Sie hatte immer wieder Affären mit Frauen, die vor allem schön sein mußten, und große Probleme, Sexualität zu akzeptieren und zu leben. Die beiden Autorinnen nähern sich ihrer Porträtierten mit freundlicher Sympathie und Respekt, manchmal zu respektvoll, fast demütig. Besonders positiv ist in diesem Zusammenhang auch anzumerken, daß sie die Biographie in die allgemeine Geschichte einbetten – gerade diese ständigen Querverweise zeigen aber auch überdeutlich die Durchschnittlichkeit Sidonies und deren völliges Desinteresse an allem Politischen oder auch Kulturellen: Sidonie erweist sich hier als eine von der höchst oberflächlichen, nur an Flirts interes-

sierten Mutter zugunsten der Brüder völlig vernachlässigte ungebildete junge Frau des BürgerInnenstums, die sich im Grunde nur für ihre eigene Person interessiert und sich häufig in verliebte Schwärmerien fern der Realität verliert, im Grunde also völlig beziehungs-scheu, ja bindungsunfähig ist.

Natürlich hatte sie, bedingt durch ihr völliges politisches Desinteresse, auch keinerlei Kontakte mit der Wiener Frauenbewegung oder gar Lebenszene der Ersten Republik. Gerade an ihrer Person läßt sich jedoch deutlich – wenn auch eher nur zwischen den Zeilen auffindbar – der prägende Zusammenhang zwischen Geschlecht und Klasse ablesen, was die Leserinnen eigentlich von einer Idolisierung abhalten sollte.

Der sorgfältigen, gut recherchierten und lesbar geschriebenen Biographie hätte ein kommentierendes Nachwort der Autorinnen gutgetan, das Aspekte wie Auswahl und Interpretation der Quellen und insbesondere die Frage anschneiden hätte sollen, warum historische biographische Lesbenforschung fast ausschließlich Frauen aus der Bourgeoisie oder dem Adel ins Blickfeld rückt, Lesbengeschichte sich also vorwiegend als eine Geschichte bürgerlicher Frauen präsentiert. Diese kritischen Anmerkungen sollen jedoch das Vergnügen an der Lektüre nicht schmälern, die immerhin ein bisher vergessenes Stück lesbischer österreichischer Geschichte aufarbeitet.

Ines Rieder/Diana Voigt: *Heimliches Begehren. Die Geschichte der Sidonie C.* Deuticke-Verlag, Wien 2000.

PRIDE

WEIL WIR LESEN, WAS WIR SIND!

BESTELLEN BEI: PRIDE, C/O HOSI-LINZ, POSTFACH 13, 4013 LINZ

DAS GRATISMAGAZIN FÜR LESBEN UND SCHWULE!



Alles unter Kontrolle?

Alex hat in jeder Situation sich und ihre Gefühle streng im Griff und geht keine unnötigen Risiken ein. In ihrem Beruf sind dies unverzichtbare Anforderungen: Als Personenschützerin muß sie sich auf die unterschiedlichsten Situationen und Menschen einstellen. Manuela Kuck zeichnet in ihrem neuesten Roman *Die Schattentänzerin* einen Arbeitsalltag frei von Glamour und Träumen, die sonst die Medienindustrie vermittelt.

Alex hat Erfolg in dieser Männerdomäne. Den Zutritt zu ihrem Traumberuf hat sie sich hart und auf vielen Umwegen erkämpft. Auch ein Arbeitsunfall kann sie letztlich nicht aus ihrer Bahn werfen. Ihre Ängste scheint sie gut im Griff zu haben, auch ihren Körper: Mit eiserner Disziplin hat sich die stark übergewichtige Jugendliche auf ihr Idealgewicht heruntergehungert und statt Fett Muskeln antrainiert. Auch ihr Coming-out absolvierte sie zwar mit vielen äußeren Problemen, aber ohne innere Konflikte. Rational geht sie auch an ihre Affären heran und verschwendet wenig Energie auf Gefühle. Zweierbeziehungen findet sie spießig. Da lernt sie Barbara kennen und verliebt sich in sie. Diese lebt mit Karin zusammen, einer Alkoholikerin. Barbara erwidert zwar Alex' Gefühle, aber bald wird deutlich, daß sie nicht auf ihre Rolle als Ko-Abhängige verzichten kann

und auf Karins Sucht und zeitweilige Hilflosigkeit psychisch angewiesen ist. In der sich bildenden Dreierbeziehung nehmen schnell alle ihren scheinbar unverrückbaren Platz ein... Die Autorin greift mit der Darstellung des Paares Barbara und Karin durchaus beeindruckend das Tabu Sucht in lesbischen Beziehungen auf. Der in Ich-Form aus der Sicht der Protagonistin erzählte Roman läßt jedoch leider die Frage offen: Ist Alex selbst nicht auch eine Ko-Abhängige – in dem Sinne, daß Barbara und Karin durch ihre Verstrickung in ihre unkontrollierbaren Gefühle genau die Bedürfnisse ausleben, die Alex diszipliniert und zu leugnen versucht?

Manuela Kuck: *Die Schattentänzerin*. Roman. Verlag Krug & Schandenberg, Berlin 2000.



Gewalt und Anti-Gewalt-Arbeit

Anders als die verschiedenen Formen von Männergewalt gegen Frauen oder auch gegen Schwule wird Gewalt gegen Lesben im öffentlichen Bewußtsein nur selten und auch von den Betroffenen selbst nur unzureichend wahrgenommen. Mit diesem wichtigen Befund wartet die auf einer detaillierten Fragebogenauswertung in der BRD fußende Untersuchung *Gewalt gegen Lesben* von Constance Ohms auf.

Kleinanzeigen

NIEDERLANDE: Anwalt, 32/18775, Deutscher, wohnend im In- und Ausland, sucht ihn/euch für gemeinsame Unternehmungen, Besuche, und vielleicht treffe ich ja auch den „Richtigen“. Interesse? Schreibt an: Torsten S. Leder, Dr. Kylstraweg 58A, NL-9063 JE Molenend.

RUSSLAND: Einsame Russin, 44/155, NR, spricht deutsch, sucht Freundin 45-65 Jahre, NR, keine Bi, für den Rest ihres Lebens. Schreib an: Elena Goliato, Elektrifikazii 18-37, RUS-140004 Lyuberzy.

UKRAINE: Gay men, 29/177/74, geography teacher in secondary school, is looking for a friend/partner. My hobbies: nature, geography, sports, music, travels, etc. Please, write to: Valentin, P.O.Box 122, UA-03058 Kyiv.

Zwischen den unterschiedlichen AdressatInnen und Opfern der verschiedenen Formen von Gewalt existieren Gemeinsamkeiten, etwa bei den verschiedenen, ausschließlich von Männern ausgeübten Formen sexualisierter körperlicher Gewalt, aber auch sehr bezeichnende Unterschiede: So können durchaus auch Frauen Täterinnen sein, etwa beim Mobbing am Arbeitsplatz oder bei sexueller Anmache. Gewalt gegen Lesben (als Lesben) existiert bislang jedoch nicht für Behörden oder für Institutionen, und die sehr unterschiedlichen Formen psychischer Gewalt werden vielfach von Lesben selbst nicht als Gewalt wahrgenommen und erlebt, sondern bagatellisiert oder geleugnet.

Ohms stellt in ihrer sehr wichtigen Studie, die mit dem „Hate-Crimes“-Ansatz arbeitet und deren Ergebnisse sicher auch auf Österreich übertragbar sind, die unterschiedlichen Formen von Gewalt gegen Lesben vor und diskutiert abschließend mögliche politische Konsequenzen für die lesbenpolitische Anti-Gewalt-Arbeit. Präventions- und Interventionsarbeit muß auch von politischen Institutionen geleistet und darf nicht individualisiert werden.

Constance Ohms: *Gewalt gegen Lesben*. Querverlag, Berlin 2000.



Mittelalterliche Geschichte

Nach nur zwei Jahren liegt nun die für HistorikerInnen unverzichtbar gewordene Studie *Sodom und Gomorrha* Bernd-Ulrich Hergemöllers in einer überarbeiteten Neuaufgabe vor. Der Autor, Universitätsprofessor für mittelalterliche Geschichte, hat die in seiner Studie präsentierten bisher erarbeiteten wissenschaftlichen Erkenntnisse um den neuesten Forschungsstand aktualisiert und zugleich seine bisherige Konzeption der Schwerpunktsetzung auf Alltagsleben beibehalten, ohne jedoch auf mediävistische Fragestellungen zu verzichten. Die für LeserInnen mit historischen Vorkenntnissen geschriebene Studie arbeitet eine Fülle von Quellenmaterial auf und interpretiert dieses zugleich. Als gravierender Mangel ist leider jedoch die Konzentration auf Männer anzumerken. Trotz des mehr als mißverständlichen Untertitels lesenswert für alle an Geschichte Interes-

sierten und anregend für weitere einschlägige Forschungsarbeiten, auch für Österreich.

Bernd-Ulrich Hergemöller: *Sodom und Gomorrha. Zur Alltagswirklichkeit und Verfolgung Homosexueller im Mittelalter*. Überarbeitete und ergänzte Neuausgabe. MännerschwarmSkript-Verlag, Hamburg 2000.



Frauenleben im 19. Jahrhundert

Die in Wien geborene Betty Paoli (1814-1894) war Lyrikerin, Übersetzerin und nach der gescheiterten Revolution von 1848 die erste Journalistin Österreichs. Sie schrieb zahlreiche, heute allerdings vergessene Gedichte und machte in ihren Feuilletons SchriftstellerInnen wie Annette von Droste-Hülshoff, Marie von Ebner-Eschenbach oder Franz Grillparzer einem an damaliger Gegenwartsliteratur interessierten Publikum bekannt. Ihre zahlreichen Reisen arbeitete sie in vielen Berichten auf und reiht sich somit in die Reihe bedeutender weiblicher Reisender ein. Betty Paoli interessierte sich auch sehr stark für Politik und hier auch für Fragen der Frauenemanzipation.

Ihre Biographin Karin S. Wozonig nähert sich nun der Porträtierten als einer Frau, die sukzessive ihre durch Geschlecht und Klassenzu-

gehörigkeit gezogenen Grenzen um mehr Freiräume und zunehmende Selbstbestimmung erweiterte. Gerade anhand Paolis, die von 1844 an bis zu ihrem Tod mit Ida Fleischl-Marxow zusammenlebte, diskutiert Wozonig auch die Frage nach der – möglichen – Etikettierung als „lesbisch“ oder zumindest als „frauenidentifiziert“ und damit deren durchaus zwiespältiger Vereinbarung für die österreichische Lesbengeschichte. Interessant machen diese Studie auch die Ausführungen der Biographin zu Grundfragen feministischer Methodologie und Interpretationen, die vor allem akademisch vorgebildeten Leserinnen wichtige Denkanstöße geben, aber zugleich auch die Neugier nach einer wichtigen österreichischen Autorin wecken.

Karin S. Wozonig: *Die Literatin Betty Paoli. Weibliche Mobilität im 19. Jahrhundert*. Locker-Verlag, Wien 1999.

GUDRUN HAUER



Der, die, das

Michaela Lindners *Ich bin, wer ich bin* ist kein Buch im herkömmlichen Sinne, sondern eine Sammlung von Briefen. Solche, die jeder einmal abschickt. Die vorliegenden Briefe wurden nicht einzeln abgeschickt, sondern gebündelt – und dann gebunden. Also doch ein Buch. Lindners Leben erweist sich reich an Dingen, die zwar

waren, aber nicht so, wie es schien. Durch ihr Coming-out im Bürgermeisteramt wurde Transidentität in Deutschland ins öffentliche Interesse gerückt – und die Protagonistin gleich mit. In einer Situation, in der sich jede Raupe zum Verpuppen zurückzieht, um nicht schutzlos ihren Freßfeinden ausgeliefert zu sein, bevor sie ein Falter wird, stellte sich Michaela ins Licht der Öffentlichkeit. Sie weiß: Nichts wird mehr sein wie früher. Während sie noch nicht ahnt, was wird, beschreibt sie ihre Welt von damals aus der bereits neuen Perspektive. Auf 346 Seiten hat sie ihre Flügel entfaltet. Ein neues, schönes Lied erklingt.

Erwarten Sie von diesen Erinnerungen keine großen Neuigkeiten. Alles ist – von ihr und anderen – schon

einmal irgendwo gesagt worden – vielleicht nicht mit dieser Ruhe. Erwarten Sie keine Dichtung, denn Sie bekommen das Leben. Als Michael zwang sie sich, in der Männerrolle zu leben, nur weil sie die äußeren körperlichen Merkmale aufwies. Dies ist kein Ratgeber mit Glossar und Literaturverweisen, sondern die Beschreibung eines Wegs. Der Weg einer einfachen Frau, die kein einfaches Leben hatte. Dieses Leben füllt ein Buch und seine Melodie – *Die Frau in ihm* – eine CD.

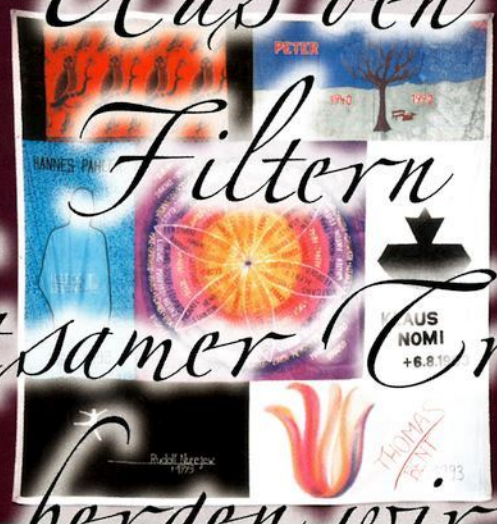
Michaela Lindner: *Ich bin, wer ich bin*. Eichborn-Verlag, Frankfurt am Main 2000. CD: Donato Plöger: *Die Frau in ihm*.

Weitere Infos unter www.ichbinwerichbin.de

CLAUDIA MALEWSKY



Buchhandlung & Café, A-1090 Wien, Berggasse 8



A promise to remember

Das NAMES Project Wien hat sich zur Aufgabe gestellt, Gedenktücher für an den Folgen von AIDS verstorbene Menschen herzustellen. Lebensgefährtnen, Angehörige und FreundInnen haben dadurch die Möglichkeit, das Andenken an die verstorbenen geliebten Menschen aufrechtzuerhalten, diese nicht dem Vergessen anheim fallen zu lassen.

NAMES
project wien

Kontakt:
NAMES Project Wien,
c/o HOSI Wien,
Novaragasse 40,
A-1020 Wien.



*Aus den Filtern
behutsamer Trauer
bergen wir
die Schönheit,
die bleibt.*